

Die Grünen in der Schweiz

Entwicklung – Wirken – Perspektiven

Sarah Bütikofer, Werner Seitz (Hrsg.)



demokratie.schweiz / democratie.suisse

Die Grünen in der Schweiz

Entwicklung – Wirken – Perspektiven

Sarah Bütikofer

Werner Seitz (Hrsg.)

Die Reihe «ds démocratie.suisse/demokratie.schweiz», herausgegeben von Marc Bühlmann, Sean Mueller und Pascal Sciarini, bietet eine Plattform für politikwissenschaftliche Beiträge zur Schweiz. Beleuchtet werden sowohl die spezifischen Eigenheiten des politischen Systems wie seine Institutionen und politischen Prozesse und Akteure als auch ausgewählte Politikfelder und Entschiede.

ds demokratie.schweiz / démocratie.suisse

Die Grünen in der Schweiz

Entwicklung – Wirken – Perspektiven

Sarah Bütikofer

Werner Seitz (Hrsg.)



Diese Publikation wurde vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt.

Der Seismo Verlag wird vom Bundesamt für Kultur für die Jahre 2021–2024 unterstützt.

Publiziert von
Seismo Verlag, Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen AG
Zürich und Genf
www.seismoverlag.ch | buch@seismoverlag.ch

Text © die Autor:innen 2023

ISBN 978-3-03777-271-3 (Print)
ISBN 978-3-03777-878-4 (PDF)
ISSN 2674-1008 (Print)
ISSN 2674-1016 (Internet)

<https://doi.org/10.33058/seismo.30878>

Umschlag: Wessinger und Peng, Zürich und Stuttgart



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons
Namensnennung – nicht kommerziell – keine Bearbeitungen
4.0 international Lizenz

Inhalt

	Vorwort	7
	Dank	16
1	Die Geschichte der Grünen in der Schweiz, 1983–2022 <i>Werner Seitz</i>	17
2	Die Wähler:innen der Grünen – ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Vergleich mit der SP und der GLP <i>Pascal Sciarini und Adrien Petitpas</i>	41
3	Politische Position von Parteibasis und Parteiführung der ökologischen Parteien GPS und GLP <i>Isabelle Stadelmann-Steffen und Karin Ingold</i>	59
4	Digitalisierung hält Einzug in die Parteienstrategie der Grünen Partei <i>Virginia Wenger und Fabrizio Gilardi</i>	75
5	Die Grünen in den Sprachregionen: Gibt es (noch) Unterschiede? <i>Georg Lutz</i>	85
6	Die Grünen in Stadt und Land: Grosse Städte als Vorreiter der grünen Wahlerfolge <i>Madeleine Schneider</i>	95
7	Die Grünen bei Majorzwahlen – Fokus Ständerat <i>Sarah Bütikofer</i>	105
8	Die Grünen im Parlament: Allianzen und Stimmverhalten <i>Daniel Schwarz</i>	121
9	Die Grünen und die direkte Demokratie <i>Lucas Leemann und Angela Odermatt</i>	131
10	Jung=grün? Über die jungen Grünen und die grünen Jungen <i>Maja Haus</i>	145
11	Die Grünen und die Frauen: Feminismus als Teil der politischen DNA der Grünen <i>Gesine Fuchs</i>	157
12	Mobilisierung gegen AKWs, Armee und Kampfjets: Die engen Bande zwischen den Grünen und der Friedensbewegung <i>Andrea Schweizer</i>	169

13	Die Grünen und die Umweltbewegung <i>Monika Gisler</i>	181
14	Die Schweizer Grünen im europäischen Vergleich <i>Martin Dolezal</i>	191
	Literatur- und Quellenverzeichnis	201
	Abkürzungsverzeichnis	219
	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	222
	Die Autorinnen und Autoren	225

Vorwort

Als im Frühjahr 1983 mehrere ökologische Gruppierungen die «Föderation der Grünen Parteien der Schweiz» gründeten, schien ungewiss, was werden sollte aus dieser bunten Gruppe. Wenn die Entwicklung auch keineswegs gradlinig verlief und sowohl Höhen als auch Tiefen kannte, vermochten sich die Grünen in den vergangenen Jahrzehnten in der Schweizer Parteienlandschaft als feste Grösse zu etablieren. Mittlerweile sind die Schweizer Grünen¹ in allen Sprachregionen präsent und regieren in vielen Städten und mehreren Kantonen mit. Seit 2007 haben sie auch Einsitz im Ständerat. 2019 erzielten sie bei den Nationalratswahlen mit 13 Prozent Stimmenanteil ihr bisher bestes Ergebnis und überholten damit die Bundesratspartei Christlichdemokratische Volkspartei (CVP).²

Lange Zeit galt das Parteiensystem der Schweiz – und vieler europäischer Staaten – als sehr stabil. In der Politikwissenschaft hat sich dafür das Konzept des «eingefrorenen Parteiensystems» herausgebildet (Lipset & Rokkan 1967). Ab den 1970er Jahren setzte jedoch in vielen westlichen Demokratien ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel ein, in dessen Zuge postmaterialistische Werte aufkamen. Das Bedürfnis nach Individualität, Selbstverwirklichung, Mitbestimmung und persönlicher Freiheit wurden wichtiger, während materialistische Werte nach Sicherheit und Wohlstand an Bedeutung verloren.

Ausdruck dieses Wertewandels war unter anderem das Aufkommen grüner und alternativer Gruppierungen, die sich in grosser Zahl bildeten und sich den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Gleichstellung der Geschlechter und die Gewaltfreiheit auf die Fahne schrieben. Gemeinsam war ihnen auch, dass sie die traditionellen Politikformen und Interessenvermittlungsmechanismen der Nachkriegszeit ablehnten, da sie diese als ungeeignet für die Bewältigung der anstehenden Probleme erachteten.

Ab den frühen 1980er Jahre schlossen sich diese Gruppierungen in einigen westeuropäischen Ländern auf nationaler Ebene zu grünen Parteien zusammen. In der Schweiz erfolgte die Gründung der Grünen Partei 1983. Für den Historiker Jakob Tanner war dies für die Schweiz die «nachhaltigste Innovation auf parteipolitischer Ebene» (Tanner 2015, 433). In den folgenden

1 Die Schweizer Grünen nennen sich seit 2014 GRÜNE. In der vorliegenden Publikation wird die in der Wahlforschung übliche Bezeichnung Grüne Partei der Schweiz bzw. GPS verwendet.

2 Die CVP fusionierte per 1. Januar 2021 zusammen mit der Bürgerlich-Demokratischen Partei BDP zur Partei «Die Mitte». Die grosse Mehrheit der empirischen Analysen im vorliegenden Buch beziehen sich auf Daten, die den Zeitraum bis und mit den eidgenössischen Wahlen von 2019 abdecken.

Jahrzehnten etablierten sich die Grünen im schweizerischen Parteiensystem, indem sie in allen Kantonen Fuss fassten und zahlreiche Mandate auf allen politischen Ebenen erlangten.

Im vorliegenden Sammelband beleuchten 18 Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Politikbeobachtung die Grünen in der Schweiz in all ihren Facetten. Es wird die Geschichte der Grünen analysiert (Kapitel 1, Seitz), wobei ihren historischen Fundamenten – den ökologischen, pazifistischen und feministischen Bewegungen – je eigene Kapitel gewidmet sind (11, Fuchs; Kapitel 12, Schweizer; Kapitel 13, Gisler). Eine Analyse geht der stark gewachsenen Wählerbasis auf den Grund und vergleicht die Profile der Wähler:innen der Grünen mit denjenigen der politischen Konkurrenz, namentlich der Sozialdemokratischen Partei (SP) und den Grünliberalen (GLP); siehe Kapitel 3, Stadelmann-Steffen & Karin Ingold. Charakteristisch für die Grünen ist der intensive Gebrauch der direktdemokratischen Instrumente (Kapitel 9, Leemann & Odermatt). Dieser wird genauso untersucht wie das politische Verhalten der Grünen im Nationalrat bzw. ihre Vertretungen in den Institutionen (Kapitel 8, Schwarz). Abschliessend wird im vorliegenden Band die Grüne Partei der Schweiz (GPS) einem internationalen Vergleich unterzogen (Kapitel 14, Dolezal).

Die Schweizer Grünen – eine Partei mit bewegter Geschichte

Die Geschichte der Grünen ist eine Geschichte mit Brüchen. Schon bei der Gründung 1983 konnten sich die Aktivist:innen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung nicht auf ein gemeinsames nationales Projekt einigen. So bildeten sich vorerst zwei Formationen: die sogenannte gemässigten Grünen und die alternativen Grünen. Erstere setzten sich – als Grüne Partei der Schweiz (GPS) – bald durch. Die Gruppierungen der alternativen Grünen traten der GPS im Verlaufe der Zeit einzeln bei. Dadurch wurden die Grünen einerseits thematisch breiter, andererseits führte der Einbezug der Alternativen auch zu einem Linksrutsch.

2004 spaltete sich im Kanton Zürich ein Flügel von den Grünen ab; 2007 gründete dieser Flügel mit einigen neu entstandenen Gruppierungen in der Deutschschweiz die Grünliberale Partei, welche Grüne und Sozialdemokratische Partei teilweise konkurrenzierte. Einen detaillierten Überblick über die Gründungs- und Aufbauphase der Grünen in der Schweiz sowie über ihre Siege und Niederlagen bei den Wahlen und Volksabstimmungen bis 2022 gibt Werner Seitz in Kapitel 1.

Die «grüne Welle»

Der bisher wohl aufsehenerregendste Sieg ereignete sich 2019, als die Grünen, aber auch die Grünliberalen, bei den eidgenössischen Wahlen stark an Stim-

men zulegte. Die beiden «Öko-Parteien» konnten ihre Wähler:innenanteile im Vergleich zur vorangehenden Wahl im Jahr 2015 quasi verdoppeln: Die GPS legte um 6,1 Prozentpunkte zu, auf 13,2 Prozente, die GLP um 3,2 Prozentpunkte, auf 7,8 Prozente. Die sogenannte «grüne Welle» hatte sich schweizweit bereits ab 2018 bei den vorangehenden kantonalen Wahlen angebahnt. *Isabelle Stadelmann-Steffen* und *Karin Ingold* gehen in Kapitel 3 der Frage nach, wie sich diese grossen Zugewinne an Wähler:innenstimmen erklären lassen. Sie zeigen, dass die Steigerung in erster Linie auf das Wachstum des Wähler:innenpotenzials mit ökologischer Gesinnung zurückzuführen ist und weniger auf eine Zuwendung der beiden ökologischen Parteien hin zur politischen Mitte. Gleichzeitig führen sie auch vor Augen, dass in der Wähler:innenbasis der SP und bei der Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) der Anteil derjenigen Wähler:innen, die der Umwelt- und Energiepolitik höchste Priorität beimessen, zugenommen hat. Die «grüne Welle» hat sich somit deutlich über die ökologischen Parteien hinaus ausgebreitet.

Enge Beziehungen zur Frauenbewegung ...

Die Grünen sind aber weit mehr als eine Umweltbewegung. Sie sind auch und vor allem Teil der neuen sozialen Bewegungen. Diese hatten sich im Zuge der 1968er-Bewegung herausgebildet und bestanden aus einer Vielzahl von ökologischen, pazifistischen und feministischen Gruppierungen. Diese verschiedenen Bewegungen waren und sind nach wie vor grundlegend für die Entstehung und Weiterentwicklung der Grünen.

In Kapitel 11 des vorliegenden Sammelbands analysiert *Gesine Fuchs* die Verbindung der Grünen zur Frauenbewegung. Gleichstellungspolitische Anliegen waren für die Grünen seit ihren Anfängen ein wesentliches Element und entsprechende Forderungen fanden früh Eingang in die grünen Parteiprogramme. Diese reichten vom straffreien Schwangerschaftsabbruch, über die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften bis zur Umverteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern. Im Verbund mit anderen Feministinnen setzten «grüne Frauen» denn auch wichtige frauenpolitische Meilensteine in der Schweiz: Quoteninitiativen, Frauensessionen und Frauenstreiks.

Schon bald nach ihrer Gründung stellten die Grünen überdurchschnittlich viele Kandidatinnen auf, was von den Wähler:innen der Grünen auch erwartet wurde – und grüne Frauen wurden von Anfang an überdurchschnittlich gut gewählt. Bereits 1987 bestand die Fraktion der Grünen im Nationalrat zu einem Drittel aus Frauen. Nach den Nationalratswahlen 2019 lag der Frauenanteil bei den Grünen bei sechzig Prozent.

... zur Friedensbewegung ...

Anfang der 1980er Jahre erfuhr die Friedensbewegung, sowohl in Europa wie in der Schweiz, im Zuge der Grossdemonstrationen gegen den Nato-Doppelbeschluss einen starken Aufschwung. An diesen Protesten beteiligten sich, mit den Aktivist:innen der Friedensbewegung, häufig auch grüne Gruppierungen. Dabei wurde in der Friedensbewegung mit dem drohenden Atomkrieg zunehmend auch die Umweltzerstörung thematisiert. Umgekehrt flossen auch friedenspolitische Ideen in die grüne Programmatik ein, wie *Andrea Schweizer* in Kapitel 12 des vorliegenden Buches aufzeigt.

Die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Akteur:innen der Grünen und der Friedensbewegung verfestigte sich in den 2000er Jahren zu einem Bündnis zwischen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und den Grünen. 2006 lancierten die Grünen erstmals mit der GSoA gemeinsam eine Volksinitiative. In den Folgejahren ergriffen die Grüne Partei und die GSoA, meist zusammen mit der SP und friedenspolitischen Organisationen, mehrere Referenden und lancierten Volksinitiativen.

... und zur Umweltbewegung

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden in der Schweiz die ersten Organisationen gegründet, die sich für den Schutz von Natur und Landschaft einsetzen. Wie *Monika Gisler* in Kapitel 13 ausführt, veränderte sich das gesellschaftliche Bewusstsein für Umweltprobleme weltweit und in der Schweiz ab Ende der 1960er Jahre, unter anderem mit dem Erscheinen von stark beachteten Berichten wie jener des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums (Meadows et al. 1972). Auf gesellschaftspolitischer Ebene setzte die ökologische Wende mit der Umweltbewegung ein, die Themen lancierte und mittels neuer politischer Aktionsformen wie Besetzungen, Grossdemonstrationen und Inszenierungen auf sich aufmerksam machte. Personell und organisatorisch war diese Bewegung von Anfang an eng mit Exponent:innen der Grünen verbunden.

Wer wählt die Grünen?

Charakteristisch für die Wählenden der Grünen ist ihr überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau. Sie gehören häufig zur neuen, gut ausgebildeten, lohnabhängigen Mittelschicht, und sind im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, im Medien- oder Kulturbereich tätig. Hinsichtlich des Alters ihrer Wähler:innen sind die Grünen kein Generationenprojekt der Alt-Achtundsechziger geblieben, wie einst spekuliert wurde (siehe Vatter/Stadelmann 2008). Die Grünen werden nämlich überdurchschnittlich stark von den jünge-

ren Wählenden unterstützt, verloren dabei aber ihre mittlerweile etwas älter gewordene Wählenden aus den Anfängen nicht.

Pascal Sciarini und Adrien Petitpas zeigen in Kapitel 2 ferner auf, dass die typischen Eigenschaften der Wähler:innender Grünen auch weitgehend auf die Wähler:innen der SP zutreffen. So besteht bereits seit Jahrzehnten zwischen den beiden Parteien ein starkes Konkurrenzverhältnis, denn hier finden die grössten Verschiebungen zwischen Wähler:innenstimmen statt: Der Wahlerfolg der Grünen ging häufig auf Kosten der SP und umgekehrt. Mittlerweile bekommen die Grünen zusätzlich Konkurrenz durch die Grünliberalen, deren Wähler:innen soziodemografisch jener der Grünen sehr ähnlich sind. Allerdings stehen die Wähler:innen der Grünen deutlich mehr links, befürworten mehr Staatsinterventionen in die Wirtschaft und sind umweltfreundlicher eingestellt als die Wähler:innen der Grünliberalen.

Wie bei einer neu gegründeten Partei zu erwarten, übernahmen auch bei den Grünen junge Mitglieder parteiintern und in öffentlichen Ämtern Verantwortung, wie Maja Haus in Kapitel 10 ausführt. 2003 sahen junge Grüne den Moment gekommen, sich auf nationaler Ebene zu den Jungen Grünen Schweiz (JGS) zu formieren. Prominente junge Grüne sorgten dabei für mehr Sichtbarkeit der ökologischen Ideen, vor allem bei jungen Menschen, die in der Tendenz weniger an Politik und parteipolitischem Engagement interessiert sind als Ältere (Beyeler et al. 2015). Die Partei der Jungen Grünen beteiligte sich in mehreren Kantonen zum Teil erfolgreich mit eigenen Listen an Wahlen. Sie schafften es namentlich auch, zwei eidgenössische Volksinitiativen zustande zu bringen. Die Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge» (auch unter dem Namen Stopp-Offroader-Initiative bekannt) wurde zugunsten eines Gegenvorschlags zurückgezogen, die zweite Initiative, die Zersiedelungs-Initiative erhielt 36 Prozent Ja-Stimmen.

Erfolgreicher Einsatz der direktdemokratischen Instrumente

Seit ihrer Gründung zeichnen sich die Grünen durch eine intensive Nutzung der direktdemokratischen Instrumente aus, wie Lucas Leemann und Angela Odermatt in ihrer Übersicht in Kapitel 9 aufzeigen. Mit dem Ergreifen von Initiativen und Referenden versuchten sie sich zu positionieren und als aufstrebende Partei bekannt zu machen. Obwohl nur die wenigsten, der von ihnen (mit-)lancierten Vorlagen an der Urne erfolgreich waren, sprechen Leemann und Odermatt von einer Erfolgsgeschichte. Im Spiegel der verwendeten direktdemokratischen Instrumente zeigt sich auch deutlich die thematische Verbreiterung der Grünen: Richteten sie in den Anfangsjahren ihren Fokus fast ausschliesslich auf umweltpolitische Anliegen, so öffneten sie über die

Zeit und mit zunehmender Stärke ihr inhaltliches Spektrum auf sozial-, frie-
dens- und wirtschaftspolitische Themen.

Eine breit abgestützte Partei

Das Vorankommen der Grünen unterlag entsprechend der politischen The-
menkonjunktur starken Schwankungen. Doch in den vierzig Jahren seit ihrer
Gründung hat sich die Grüne Partei zu einer ernst zu nehmenden politischen
Kraft entwickelt, mit einer nationalen Parteistärke von deutlich über zehn
Prozent. Sie ist in allen Sprachregionen der Schweiz gut verankert und hat im
Nationalrat und im Ständerat sowie in kantonalen und kommunalen Regie-
rungen und Parlamenten dauerhaft Einsitz genommen.

Eine urbane Partei

Von Anfang an waren die Grünen vor allem in den grossen Städten erfolg-
reich, wo sie ab den 2000er Jahren begannen, die FDP als zweitstärkste Kraft
hinter der SP abzulösen. In den fünf grössten Städten der Schweiz – Zürich,
Genf, Basel, Bern und Lausanne – legt bei Wahlen mittlerweile gut jede fünfte
Person eine grüne Liste in die Urne. Dies verschafft den Grünen die Einsitz-
nahme in die rotgrünen Regierungsmehrheiten, deren Stil sie massgeblich
mitprägen. Wesentlich schlechter als in den städtischen Zentren schneiden
die Grünen in den Agglomerationsgemeinden und vor allem auf dem Land
ab, wie *Madeleine Schneider* in Kapitel 6 aufzeigt. Besonders ausgeprägt ist die
Dreiteilung Stadt versus Agglomerationen/Land ab der Jahrtausendwende in
der Deutschschweiz, etwas weniger markant in der Romandie, wo die grünen
Wahlresultate in Stadt und Umland näher beieinander liegen.

In allen Sprachregionen vertreten

Obwohl die Grünen historisch nicht in allen Sprachregionen die gleichen Wur-
zeln haben, sind die Unterschiede in der Parteientwicklung und der inhaltli-
chen Positionierung nur gering. Inzwischen sind die Grünen in der Deutsch-
und Westschweiz gut verankert und haben auch im Tessin Fuss gefasst. Wie
Georg Lutz in Kapitel 5 festhält, sind die Grünen in allen Sprachregionen deut-
lich links der politischen Mitte positioniert. Inhaltliche Gräben innerhalb der
Partei zwischen den Sprachregionen, die zu Konflikten führen könnten, las-
sen sich nicht feststellen. Es gelang der Partei auch, bei den nationalen Wah-
len 2019 in sämtlichen Sprachregionen stark zuzulegen. Eine Sonderstellung
nimmt die GPS in der Romandie insofern ein, als sie in der Waadt kräftemässig
zur SP aufschliessen konnte und in Neuenburg und Genf diese gar überholte.

Auch in Majorzwahlen erfolgreich

Die Grünen sind seit Längerem auch in Majorzwahlen erfolgreich. Erstmals Einsitz in eine kantonale Regierung nahmen sie Mitte der 1980er Jahre im Kanton Bern. Seit den frühen 1990er Jahren sind sie in mehreren Kantons- und Stadtregierungen ohne Unterbruch vertreten. Allerdings sind Kandidaturen der Grünen in erster Linie in Kantonen der Westschweiz und des Deutschschweizer Mittellandes erfolgreich, welche urbane Zentren haben und einen starken Parteienwettbewerb kennen. In den eher ländlichen und mehrheitlich katholisch geprägten Kantonen gehörten die Grünen – mit Ausnahme von Zug und Nidwalden – noch nie einer Regierung an.

Seit 2007 sind die Grünen auch durchgehend im Ständerat vertreten, wobei von den bisher sieben erreichten Mandaten fünf aus der Romandie stammen. Die Eroberung eines Sitzes im Mehrheitswahlssystem gelingt einer Partei jedoch selten aus eigener Kraft. Wie Sarah Bütikofer in Kapitel 7 aufzeigt, sind grüne Kandidierende bei Majorzwahlen vor allem dann erfolgreich, wenn das linke Lager im betreffenden Kanton sehr stark ist und wenn die Wähler:innen von SP und GPS – und wo vorhanden auch die der GLP – die grüne Kandidatur konsequent unterstützen.

Die Grünen im Parlament

Im Nationalrat nehmen die Grünen aufgrund ihrer dezidiert linken Positionen und ihrer Nichtteilhabe an der Regierung eine Aussenseiterposition ein. Gleichwohl schaffen sie es bisweilen, ihre Anliegen erfolgreich vorzubringen. *Daniel Schwarz* zeigt in Kapitel 8, dass dies möglich wird, wenn die Grünen – mit ihrer traditionell hohen innerparteilichen Geschlossenheit – es schaffen, Allianzen zu schmieden, die über den «politischen Zwilling» SP hinausreichen. Namentlich in den letzten Legislaturperioden sind auch Kooperationen mit der GLP und der CVP zu beobachten.

Noch geringe Nutzung der Sozialen Medien

Die Nutzung Sozialer Medien für die Kommunikation ist zu einem wesentlichen Bestandteil der politischen Öffentlichkeitsarbeit geworden; führend sind dabei grüne Politiker:innen, welche auf nationaler Ebene ein Amt innehaben. Die Sozialen Medien werden jedoch von den meisten in erster Linie zur Verbreitung von Informationen genutzt, über deren Inhalte sie vollständig selbst bestimmen können. Wie *Virginia Wenger* und *Fabrizio Gilardi* in Kapitel 4 feststellen, wird die grundlegende Möglichkeit, mit dem Publikum in interaktiven Kontakt zu treten und sich mit diesem auszutauschen, auch von den Grünen noch wenig genutzt.

Im internationalen Vergleich

Es hängt mit dem politischen System der Schweiz zusammen, dass die Grünen im europäischen Vergleich zwar zu den stärksten Vertreterinnen der grünen Parteien zählen, dass ihnen aber bislang auf nationaler Ebene Regierungsverantwortung verwehrt geblieben ist. Bei einem internationalen Vergleich zeigt *Martin Dolezal* in Kapitel 14 auf, dass die Grünen in der Schweiz ökonomisch klar linke Positionen einnehmen und dass sie in ihrer Programmatik das Thema Umwelt stärker gewichten als ihre europäischen Schwesterparteien. Hinsichtlich kultureller und europapolitischer Fragen unterscheiden sich dagegen die Schweizer Grünen kaum von anderen europäischen Grünen.

Perspektiven

Bei den eidgenössischen Wahlen 2019 erzielten die Grünen einen spektakulären Wahlsieg. Sie konnten ihre Parteistärke fast verdoppeln und erreichten mit 13,2 Prozent ihr historisches Höchstergebnis. Eine grosse Herausforderung für die Grünen dürfte darin bestehen, diesen Erfolg zu stabilisieren. Dies gelang ihnen in den ersten Jahren bei den kantonalen Parlamentswahlen, wo die Grünen meistens zu den Gewinnerinnen gehörten. Im Frühjahr 2023 allerdings erlitten die Grünen in mehreren Kantonen bei kantonalen Parlamentswahlen Verluste.

Damit die Grünen ihre nationale Parteienstärke halten können, müssen sie sich namentlich gegen zwei Parteien behaupten: die SP und die Grünliberalen. Mit der SP stehen die Grünen seit ihren Anfängen in direkter Konkurrenz. Denn die SP positionierte sich in den 1980er Jahren – im Zuge des Strukturwandels der Gesellschaft – inhaltlich neu und richtete sich auf die gut ausgebildete, urbane Mittelschicht aus, welche auch die Basis der Grünen bilden. Neben dem sehr ähnlichen Elektorat verbindet die beiden Parteien auch eine grosse programmatische Übereinstimmung in vielen Politikfeldern, namentlich betreffend Gleichstellung, Ökologie oder Migration und Integration. Es gibt aber auch punktuelle Differenzen zwischen SP und Grünen, so etwa bei der Agrar- oder der Aussenpolitik.

Unterschiede zwischen den beiden Parteien bestehen, geprägt durch ihre je eigene Parteigeschichte, auch in der Kompetenzzuschreibung durch die Wähler:innen: Die Grünen werden in Fragen der Umweltpolitik als für bedeutend kompetenter gehalten als die SP. Diese wiederum gilt bei den Wähler:innen vor allem in Fragen der Sozialpolitik als kompetent sowie, etwas weniger ausgeprägt, in der Europa- und Migrationspolitik. Diese unterschiedliche Kompetenzzuschreibung spiegelt sich bei Wahlen sehr deutlich: Waren

in einem nationalen Wahljahr ökologische Themen dominierend, bescherte dies den Grünen einen Stimmenzuwachs, standen hingegen vor allem sozial- oder aussenpolitische Themen im Zentrum, verloren die Grünen, während die SP zulegte. Die Stimmengewinne und -verluste der Grünen beziehungsweise der SP können zu einem grossen Teil durch sogenannte Wechselwähler:innen zwischen den beiden Parteien erklärt werden.

Soziodemografische Unterschiede gibt es hinsichtlich der Wähler:innen der Grünen und der SP: Die Grünen kommen innerhalb der links wählenden Schichten vor allem bei den jüngeren Wähler:innen sehr gut an. Diesen Draht zu den Jungen dürften die Grünen mit ihren guten Beziehungen zu den verschiedenen Bewegungen behalten. Die SP hingegen holt seit Längerem das ältere Wählersegment überdurchschnittlich stark ab (Häusermann et al. 2022).

Gegen Ende der 2000er Jahre erwuchs den Grünen mit dem Aufkommen der Grünliberalen Partei vor allem in der Deutschschweiz neue Konkurrenz. Die GLP vertritt in der Umweltpolitik häufig ähnliche Positionen wie die Grünen und die SP. Zudem spricht die GLP auch ihrer progressiven Gesellschaftspolitik wegen vorwiegend in den grossen Städten und Agglomerationen ein ähnliches Wähler:innensegment an wie die Grünen und die SP. Es besteht jedoch der Unterschied, dass sich die GLP auf der traditionellen, verteilungspolitischen Links-rechts-Achse näher bei den bürgerlichen Parteien positioniert, die SP und die Grünen hingegen klar links.

Die Grünen wurden, wie die SP und die GLP, in den letzten Jahrzehnten vor allem in den grösseren Städten und den Agglomerationen besonders stark. Bei den Nationalratswahlen 2019 konnten die Grünen ihre Parteistärke in den Agglomerationen nochmals steigern und auch in den ländlichen Gemeinden ausbauen. Für eine Stabilisierung oder ein allfälliges Wachstum der Grünen dürften die Agglomerationen um die grösseren Städte eine zunehmend wichtigere Rolle spielen.

Ein Merkmal der Grünen ist ihr sehr intensiver Gebrauch der Instrumente der direkten Demokratie. So brachten sie mehrere Volksinitiativen im Alleingang zur Abstimmung, teilweise im Bündnis mit der SP und häufig in enger Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen. Hierin liegen auch die Chancen der Grünen, mit einer geschickten Bündnispolitik in Abstimmungskämpfen über das rotgrüne Segment hinaus zu mobilisieren.

Eine ähnliche Herausforderung besteht für die Grünen bei der Klimapolitik. Gemäss den neusten IPCC-Berichten des Weltklimarates dürfte sich die Klimakrise beschleunigen und der ökologische Handlungsbedarf dürfte langfristig wachsen (IPCC 2023). Dabei müssen die Grünen imstande sein, dank der ihr zugestandenen Kompetenz für Lösungsangebote, Bündnisse zu schmieden, welche es ermöglichen, diese gesamtgesellschaftlich zu realisieren.

Die Steigerung der Parteistärke über die letzten vierzig Jahre, der Leistungsausweis in der Anwendung der Instrumente der direkten Demokratie und die für die Partei zentrale Verankerung in den sozialen Bewegungen sind Trümpfe der Grünen. Im Gegensatz zu den Grünliberalen sind die Grünen seit längerem majorzfähig. So sind sie mit zahlreichen Personen in kommunalen und kantonalen Exekutiven präsent und bilden seit 2019 auch eine Gruppe im Ständerat. Das Ziel der Grünen, in der Exekutive auf Bundesebene Einsitz zu nehmen, liegt nicht ausser Reichweite, hängt aber wesentlich von weiteren Faktoren ab. Liegt die nationale Parteistärke längerfristig über zehn Prozent und damit in der Nähe der FDP und der Mitte, dürfte es den Grünen gelingen, mit einer entschlossenen Strategie, die auf einer tragfähigen Bündnispolitik und qualifizierten Personen beruht, Einsitz in die Landesregierung zu nehmen, um den ökologischen Umbau der Gesellschaft weiter voranzutreiben.

Dank

Das vorliegende Werk analysiert das Wirken der Grünen von ihren Anfängen bis heute unter unterschiedlichsten Gesichtspunkten und erlaubt eine differenzierte Betrachtungsweise der bisherigen Entwicklung der Partei. Unser grosser Dank gebührt den Autorinnen und Autoren, die sich bereit erklärten, ihr Wissen und ihre Forschungsergebnisse in der vorliegenden Form bekannt zu machen. Ohne ihre Arbeit und ihre Motivation wäre das vorliegende Werk nie zu Stande gekommen. Weiter bedanken wir uns bei den anonymen Reviewer:innen, die mit konstruktiver Kritik und hilfreichen Anregungen dazu beigetragen haben, dass die gewonnen Erkenntnisse in der jetzigen Form vorliegen. Für die konstruktive Zusammenarbeit danken wir den Reihenherausgebern von «ds démocratie.suisse/demokratie.schweiz» sowie dem Seismo Verlag. Dem Schweizerischen Nationalfonds danken wir für die grosszügige Unterstützung der Produktion des Werkes. Ein grosser Dank geht an Virginia Wenger, welche sämtliche Abbildungen des vorliegenden Werkes verantwortet und zu einer ästhetischen Visualisierung der Forschungsergebnisse beigetragen hat.

März 2023, Zürich und Bern
Sarah Bütikofer und Werner Seitz

1 Die Geschichte der Grünen in der Schweiz, 1983–2022

Werner Seitz

Die Geschichte der Grünen in der Schweiz kann vereinfacht in vier Perioden unterteilt werden, welche sich im Grossen und Ganzen mit den vier Dekaden ab 1980 decken. Die folgende Darstellung richtet den Fokus auf die Entwicklung der Grünen, welche in den Anfangsjahren eng mit dem Aufbau der Grünen Partei verbunden war. Als Indikator für die Stärke einer Partei gilt dabei das Abschneiden bei den Wahlen. Zur Einordnung der Gewinne und Verluste wird bei den eidgenössischen und kantonalen Wahlen jeweils auch ein Blick auf die den Grünen programmatisch zwar nahestehenden, sie aber auch konkurrierenden Parteien geworfen. In den 1980er Jahren sind dies die 68er-Partei Progressive Organisationen der Schweiz (POCH) und die alternativen Grünen, für den gesamten Zeitraum ist dies die SP, welche sich in den 1980er Jahren wie die Grünen den urbanen, akademisch ausgebildeten Mittelschichten – den neuen Mittelschichten – und ihren postmaterialistischen Werten zugewendet hat.¹ Ab den 2010er Jahren spielen auch die Grünliberalen eine Rolle.

Charakteristisch für die Entwicklung der Politik der Grünen sind die personellen und organisatorischen Beziehungen zu den Bewegungen, namentlich zur Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung sowie zur Friedens-, Frauen- und zur internationalen Solidaritätsbewegung. Diese Beziehungen und die entsprechenden Aktivitäten werden in der folgenden Darstellung nur kurz erwähnt. Sie werden in je eigenen Kapiteln behandelt (Kapitel 11, Fuchs; Kapitel 12, Schweizer; Kapitel 13, Gisler). Eher kurz dargestellt wird auch der intensive Gebrauch der Instrumente der direkten Demokratie durch die Grünen. Auch diesem Aspekt ist ein eigenes Kapitel gewidmet (Kapitel 9, Leemann & Odermatt).

Vorläufer der Grünen

Bereits zu Beginn der 1970er Jahre erreichte das öffentliche Bewusstsein für Umweltprobleme einen ersten Höhepunkt, u. a. mit dem Bericht des Club of

1 Zur Ausdifferenzierung und Neustrukturierung der Parteienlandschaft ab den 1980er Jahren siehe Häusermann et al. 2022, 27 ff.

Rome (Meadows et al. 1972; siehe Kapitel 13, Gisler). Massgeblich zur Verbreiterung der Umweltbewegung trug die Anti-AKW-Bewegung bei. Diese organisierte in den 1970er Jahren zahlreiche Demonstrationen und lancierte mehrere kantonale Volksinitiativen gegen den Bau von Atomanlagen. Im Februar 1979 erreichte eine überparteiliche eidgenössische Volksinitiative, welche den Bau von AKWs von der Zustimmung der Standortgemeinden abhängig machen wollte, in der Volksabstimmung einen Ja-Stimmenanteil von 49 Prozent.

Erste Umweltparteien

Die ersten Vorläufer der heutigen Grünen entstanden in der Romandie.² Im Dezember 1971 gründeten Politiker:innen aus den Reihen der FDP, der Liberalen und der SP das Neuenburger «Mouvement populaire pour l'environnement» (MPE). Die Gründung erfolgte nach einer erfolglosen Petition gegen den Beschluss der Gemeindebehörden, die Autobahn N5 dem Seeufer entlang durch das Stadtgebiet von Neuenburg zu führen. Bei den Parlamentswahlen im Mai 1972 wurde das MPE hinter der SP und der FDP zur drittstärksten politischen Kraft in der Stadt Neuenburg und 1976 nahm es Einsitz in die Stadtregierung, allerdings nur für vier Jahre. Unzufriedenheit über die ältere, eher traditionell eingestellte Garde des MPE, aber auch neu entstandene, radikale AKW-kritische Gruppen in den anderen Kantonsteilen führten zur Gründung der Gruppierung «Ecologie et Liberté». Anfang 1984 fusionierte diese mit dem MPE und der Gruppierung «Amis de la Terre» zur grünen Kantonspartei «Parti Ecologie et Liberté» (Rebeaud 1987, 27 ff.; Piguet 2022, 3 ff.).

Die grössten Wahlerfolge feierten die Umweltgruppen in der Waadt. Im November 1973 holte das «Mouvement populaire pour l'environnement vaudois» bei den Parlamentswahlen in Lausanne mit 5,6 Prozent der Stimmen fünf Mandate. 1974 spaltete sich das «Groupement pour la protection de l'environnement» (GPE) vom MPE ab. Im neu gegründeten GPE waren Jugendliche und Studierende die treibenden Kräfte. Sie verfassten ein grünes Parteiprogramm, in welchem sie das Links-rechts-Schema ablehnten, das Wirtschaftswachstum in Frage stellten und lokale Demokratie und Eigenverantwortlichkeit forderten. Kategorisch verwarfen sie ferner die Atomkraft, welche «restlos und unverzüglich abgeschafft» werden müsse (Rebeaud 1987, 37). 1977 holte das GPE bei den Gemeindewahlen in Lausanne acht Mandate und nahm mit Jean-Claude Rochat Einsitz in die Lausanner Stadtregierung. 1978

2 Zur Gründungsphase der Grünen siehe Rebeaud 1987 und Seitz 1990. Einblick über die ersten zwanzig Jahre in Form von Interviews mit grünen Persönlichkeiten gibt Schaffner 2003. Zum Überblick über die ersten 25 Jahre der Grünen, auf den sich auch dieses Kapitel abstützt, siehe Seitz 2008, 15–37. Basis für die folgende Darstellung ist, neben den im Text zitierten Quellen, auch die Chronik der Schweizer Politik «Année Politique Suisse» (APS), 1983–2022 sowie GPS 2020.

eroberte das GPE vier Mandate im Waadtländer Kantonsparlament und 1979 schaffte sie es mit einem Stimmenanteil von 6,4 Prozent ihren Vertreter Daniel Brélaz in den Nationalrat zu bringen. Das war europaweit das erste grüne Mandat in einem nationalen Parlament (Rebeaud 1987, 34ff; APS 1973, 30; APS 1977, 34).

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bildeten sich auch in der Deutschschweiz erste Umweltparteien. Diese waren aber wenig erfolgreich, was auch damit zusammenhängt, dass dort das grüne Politerrain teilweise schon vom sozialliberalen Landesring der Unabhängigen (LdU) sowie von den 68er-Parteien POCH und Revolutionäre Marxistische Liga (RML) bearbeitet wurde. Diese waren namentlich in der Anti-AKW-Bewegung sehr aktiv. So schaffte vorerst nur die 1976 gegründete Berner «Demokratische Alternative» (DA) den Sprung in ein kantonales Parlament. Die 1978 gegründete Grüne Partei des Kantons Zürich etwa musste sich mit kommunalen Wahlerfolgen begnügen; bei den Nationalratswahlen 1979 erreichte sie nur einen Stimmenanteil von 1,3 Prozent (APS 1978, 177; APS 1979, 201; Rebeaud 1987, 43ff).

68er-Parteien und neue soziale Bewegungen

Die Geschichte der Grünen ist weit mehr als die Geschichte der Umwelt(schutz)bewegung, welche bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht und konservative Wurzeln hat (Skenderovic 1994; Hermann & Leuthold 2008; Hersche 2019). Die Geschichte der Grünen ist auch und vor allem die Geschichte der neuen sozialen Bewegungen. Diese bildeten sich im Zuge der 68er-Bewegung heraus und bestanden aus einer Vielzahl von ökologischen, pazifistischen und feministischen Gruppierungen. Gemeinsam war ihnen, dass sie ihre Themen in einen grösseren gesellschaftspolitischen Kontext stellten und die traditionellen Politikformen und Interessenvermittlungsmechanismen der Nachkriegszeit ablehnten, da sie diese als ungenügend für die Bewältigung der aktuellen Probleme erachteten.³

Die Postulate und das Politikverständnis der neuen sozialen Bewegungen wurden von den meisten 68er-Parteien aufgenommen. In der Schweiz waren dies namentlich die POCH und die RML. Die POCH war bei den Wahlen der 1970er und frühen 1980er Jahre die erfolgreichste Partei der neuen Linken. Sie benutzte von Anfang an auch die Instrumente der direkten Demokratie. Ende der 1970er Jahre trennte sie sich von ihrem ideologischen Überbau: Sie strich den Marxismus-Leninismus aus ihrem Programm und definierte sich

3 Siehe dazu auch die Studien zu den neuen sozialen Bewegungen und zur Gründungsphase der Grünen in Westeuropa und in der Bundesrepublik Deutschland von Müller-Rommel 1993; Klein & Falter 2003; Reichardt & Siegfried 2010; Mende 2011. Zu den neuen sozialen Bewegungen in der Schweiz siehe Kriesi 1986; Dahinden 1987; Giugni 2014.

als Teil der neuen sozialen Bewegungen. Sie entwickelte dabei das «Konzept des grünen Bogens», der die verschiedenen linksalternativen und grünen Formationen umfassen sollte (Degen 1984). Sie konnte dies aber nur insofern umsetzen, als in den 1990er Jahren die meisten Kantonalparteien der POCH bzw. deren Mitglieder den Grünen beitraten.

Die RML konzentrierte sich hauptsächlich auf die sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen. Nachdem sie sich 1980 noch in Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) umbenannt hatte, schloss sie sich den alternativen Grünen an und avancierte dort zur treibenden Kraft, bis diese ebenfalls den Grünen beitraten.⁴

Die 1980er Jahre: Hochkonjunktur der ökologischen Themen gibt den Grünen Rückenwind

Unter dem Eindruck der Erfolge und des Aufschwungs der Grünen in der Bundesrepublik Deutschland lud Ende 1982 die Berner «Demokratische Alternative» die verschiedenen grünen Gruppierungen in der Schweiz zu einem Treffen ein, um eine nationale Dachorganisation zu gründen. Die Beratungen scheiterten jedoch an den Differenzen zwischen den so genannten gemässigten und den alternativen Grünen. So kam es im Frühsommer 1983 zur Gründung von zwei nationalen Organisationen, welche beide – in unterschiedlicher Ausprägung – als Repräsentanten des postmaterialistischen Wertewandels in der politischen Landschaft Fuss fassten (APS 1983, 224; Altermatt 1987).

Zwei nationale grüne Organisationen

Am 28. Mai 1983 gründeten fünf Grüne Parteien aus den Kantonen Neuenburg, Waadt, Genf und Zürich sowie aus der Nordwestschweiz⁵ in Freiburg die «Föderation der Grünen Parteien der Schweiz». Sie verabschiedeten dabei ein Thesenpapier, das sich stark an das erwähnte Programm der Waadtländer GPE anlehnte (siehe oben in diesem Kapitel). Als «Kriterien der grünen Politik» nannten sie die fünf Schlüsselbegriffe: Langfristigkeit, Qualität, Menschlich-

4 Zu den 68er-Parteien in der Schweiz siehe Gilg 1974; Mäder 2018. Zur POCH siehe Tschäni 1979, 109ff.; Blum 1986; Altermatt 1994, 14 ff.; Clalüna 1999; Wyss 2004. Zur RML siehe Tschäni 1979, 123 ff.; Jäggi 2007.

5 Zu den Grünen Parteien aus Neuenburg, Waadt und Zürich siehe die Ausführungen oben in diesem Kapitel. Die Grüne Partei Genf («Parti écologiste genevois») wurde 1983 gegründet, die Grüne Partei Nordwestschweiz 1979. Letztere war eine «lose Verbindung von Naturfreunden aus dem Aargau, Baselland und Basel-Stadt». Das kantonsübergreifende Verständnis der Partei machte jedoch die Arbeit kompliziert, sodass es «schlussendlich [...] zwei Sektionen (Baselland und Baselstadt) mit je einem eigenen Vorstand [gab], aber immer noch gemeinsame Jahresversammlungen» (Friedl 2007, 1).

keit, Anti-Technokratie und Dezentralisierung (GPS 1989, 3ff). In ihrer «Politischen Erklärung» hielten sie fest, dass sie «zum Aufbau einer dezentralen, föderalistischen und solidarischen Gesellschaft beitragen [wollen], welche im Einklang mit der Natur und in Frieden mit den Nachbarn lebt». Weiter unterstrichen sie, dass sie bestrebt seien, «die herkömmlichen Gegensätze zwischen links und rechts zu überwinden» (GPS 1989, 2). Solange eine Landesverteidigung notwendig bleibe, solle zudem das Milizsystem beibehalten werden. Zum ersten Präsidenten der GPS wurde der Genfer Laurent Rebeaud gewählt.

Zwei Wochen später gründeten die alternativen Grünen die «Grüne Alternative Schweiz» (GRAS).⁶ Diese verstand sich weniger als feste Organisation denn als Plattform von verschiedenen Gruppierungen, die ökologisches Engagement, internationale Solidaritätspolitik, Friedensbewegung und Selbstverwaltung verbinden wollten. Sie waren z. B. sehr aktiv bei den Grossdemonstrationen gegen den Nato-Doppelbeschluss (siehe Kapitel 12, Schweizer). Zuwachs erfuhren die alternativen Grünen durch Kantonalsektionen der POCH und vor allem der SAP (ehemals RML).⁷

Bei den Nationalratswahlen 1983, die von der Sorge um die Umwelt geprägt waren (Waldsterben), erhielten die gemässigten Grünen der «Föderation» gesamtschweizerisch 1,9 Prozent der Stimmen und die alternativen Grünen 1,0 Prozent. Hinsichtlich der Mandate waren nur erstere erfolgreich: Sie verteidigten das Waadtländer Mandat von Daniel Brélaz und gewannen je ein Mandat in Zürich (Arnold Müller) und Genf (Laurent Rebeaud). Die alternativen Grünen gingen leer aus. Die linksgrüne POCH steigerte sich leicht auf 2,2 Prozent und holte zusätzlich zu den zwei Mandaten in Zürich und Basel-Stadt noch ein drittes in Bern. Die SP büsste dagegen 1,6 Prozentpunkte an Parteistärke ein (auf 22,8 Prozent). Siehe dazu Abbildung 1.1.

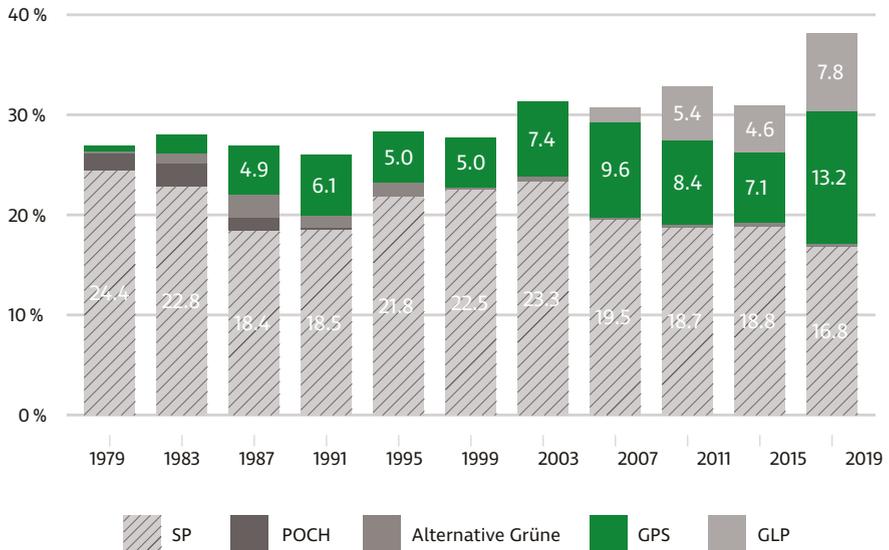
In der Folge arbeiteten die gemässigten Grünen, seit 1986 Grüne Partei der Schweiz (GPS) genannt, zielstrebig an ihrem Aufbau zu einer gesamtschweizerischen Partei. Bis Ende 1987 kamen zu den fünf Gründungsparteien fünf weitere kantonale Parteien hinzu. Vier waren neu gegründet worden (Freie Liste Bern⁸,

6 Gründungsmitglieder der GRAS waren die «Demokratische Alternative» (Bern), «Alternative démocratique», «Autrement» (beide Waadt), «Combat socialiste» (Jura), «Grün-Alternative Zürich», «Grün-Alternative Basel-Stadt» und «Läbigs Zofige» (Seitz 2008: 19f.).

7 Aufgrund ihrer programmatischen Unterschiede wurden die «gemässigten» Grünen umgangssprachlich auch «Gurkengrüne» genannt (weil sie aussen wie innen grün waren) und die alternativen Grünen «Melonengrüne» (ausen grün und innen rot). Daneben gab es auch noch, marginal, die nationalistischen «Kastaniengrünen» (ausen grün und innen braun). Zu Letzteren siehe auch Kapitel 5, Lutz sowie Glättli & Niklaus 2014.

8 Zur Freien Liste Bern und zu Leni Robert, ihrer grünen National- und Regierungsrätin, siehe Rebeaud 1987, 68ff; Schaffner 2003, 41ff. Die Freie Liste trat 1984 der «Föderation» bei. Diese kam damit zu einem weiteren Nationalratsmandat,

Abbildung 1.1: Nationalratswahlen 1979–2019: Parteistärken der rotgrünen Parteien und der GLP



Quelle: Wahlstatistik, Bundesamt für Statistik (BFS).

Grüne Partei des Kantons Thurgau, Movimento ecologista ticinese, Parti écologiste fribourgeois⁹). Als erste Partei der alternativen Grünen wechselte die Demokratische Alternative Bern 1986 zur GPS. Siehe dazu Tabelle 1.1 mit den Beitritten zur GPS.

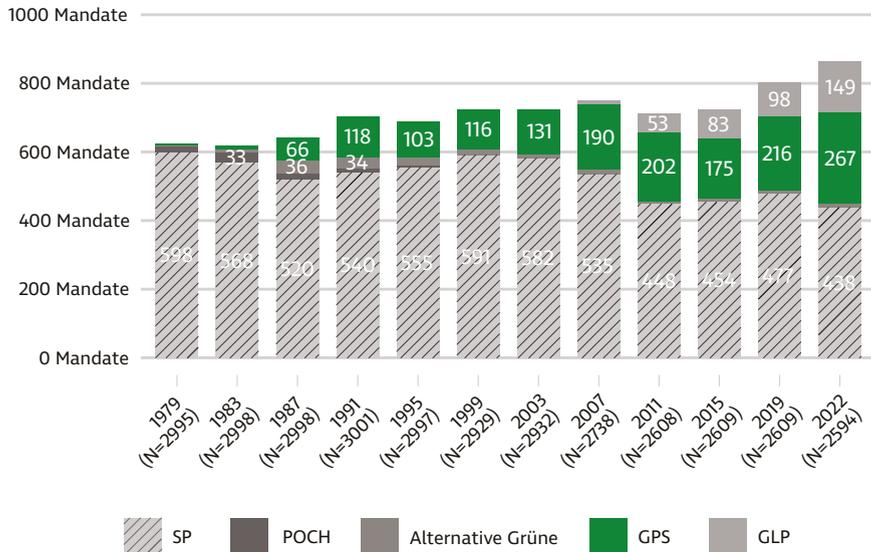
Flächendeckende grüne Wahlerfolge

1986 erlebten die ökologischen Diskussionen nach zwei Umweltkatastrophen, dem Reaktorbrand in Tschernobyl und dem Grossbrand des Chemieunternehmens Sandoz im Industriegebiet Schweizerhalle bei Basel, eine dramatische Akzentuierung. Neben den linken und grünen Parteien beteiligten sich auch Bürgerliche und namentlich der sozialliberale LdU aktiv daran. Die grossen Gewinner der Wahlen waren jedoch die Grünen. Bei den kantonalen Parlamentswahlen in den Jahren von 1984 bis 1987 vermochten die gemässigten Grünen ihre Mandatszahl von 10 auf 66 zu steigern und die alternativen Grünen von 6 auf 36. Diese grünen Gewinne bekamen die linksgrüne POCH

welches gewissermassen den Verlust des Zürcher Mandates kompensierte, der 1986 durch den Wechsel von Arnold Müller in die EVP/LdU-Fraktion entstand (APS 1986, 258; Rebeaud 1987, 46ff., 121ff.).

⁹ Einen Überblick über die Anfänge der Freiburger Grünen gibt Grandjean 2015.

Abbildung 1.2: Kantonale Parlamentswahlen 1979–2022: Mandate der rotgrünen Parteien und der GLP



Quelle: Wahlstatistik, Bundesamt für Statistik (BFS).

und die SP zu spüren: Die POCH verlor fast die Hälfte ihrer Mandate (von 33 auf 19), die SP büsste 48 Mandate ein (auf 520). Siehe dazu Abbildung 1.2.

Noch stärker als 1983 standen die Nationalratswahlen 1987 im Zeichen der bedrohten Umwelt. Dabei war erneut die GPS die grosse Siegerin: Sie erreichte eine Parteistärke von 4,9 Prozent und holte insgesamt neun Mandate. Das «Grüne Bündnis Schweiz», wie sich die alternativen Grünen nun nannten, erzielte eine Parteistärke von 2,4 Prozent. Es reichte nur für ein Mandat (Hanspeter Thür, Aargau). Trotz der grünen Stimmengewinne waren die Nationalratswahlen 1987 keine «Hoffnungswahl», wie im Vorfeld von einigen Wissenschaftler:innen gar in einer Publikation räsoniert wurde (Blum & Ziegler 1987). Die Stimmengewinne der Grünen gingen nämlich per saldo auf Kosten der ebenfalls zunehmend ökologisch ausgerichteten SP (-4,4 Prozentpunkte auf 18,4 Prozent). Auch die linksgrüne POCH büsste an Stimmen ein (-0,9 Prozentpunkte auf 1,3 Prozent).¹⁰

10 Gleichwohl holte die POCH drei Mandate (in ZH, BS, BL). Das Mandat in Basel-Landschaft ging an die Grünen Baselland, in denen die ehemalige POCH-BL aufgegangen war. Als 1990 die Grünen Baselland der GPS beitraten, wurde die ehemalige POCH-Vertreterin Susanne Leutenegger Oberholzer Mitglied der GPS-Bundeshausfraktion. Ab 1999 vertrat Susanne Leutenegger Oberholzer die SP im Nationalrat.

Der Vormarsch der GPS hielt an – auch dank neu dazu gestossener kantonalen Parteien. Bis 1991 verdoppelte sie ihre Mandatszahl in den kantonalen Parlamenten um 52 auf 118 Mandate. In diesen Jahren vermochte aber auch die SP wieder etwas zuzulegen (um 20 auf 540 Mandate). Auf der Verliererseite blieben dagegen die alternativen Grünen und die POCH.

1986 holte die Freie Liste im Kanton Bern – vor dem Hintergrund der wegen der Berner Finanzaffäre¹¹ stark zerstrittenen Bürgerlichen – mit Leni Robert und Benjamin Hofstetter zwei Mandate in der Kantonsregierung. Dies führte zur ersten rotgrünen kantonalen Regierungsmehrheit. 1990 schafften jedoch die beiden Grünen – gegen die diesmal wieder geeint angetretenen Bürgerlichen – ihre Wiederwahl nicht (APS 1986, 34 f.; APS 1990, 54 f.).

GPS wird grüne Referenzinstanz

Ende der 1980er Jahre wurden erste Gespräche für ein Zusammengehen der beiden grünen Formationen, der Grünen Partei der Schweiz und den alternativen Grünen, geführt. Die GPS zeigte sich aber mehrheitlich ablehnend. Der damalige Parteisekretär Bernhard Pulver definierte in einem Grundlagenpapier die GPS als «ausserhalb des links-rechts-Schemas stehend» und unterstrich, dass die GPS «kein Interesse an der Aufnahme von Gruppen habe, in denen Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) eine wichtige Rolle spielen» (APS 1989, 320). Die Fusionsgespräche zwischen beiden grünen Organisationen wurden im Mai 1990 ergebnislos abgebrochen.

Bezüglich des Verhältnisses zwischen den beiden grünen Formationen kam in der Folge den grösseren Kantonalparteien der alternativen Grünen eine Schlüsselrolle zu. Bereits 1988 hatten sich die Grünen Aargau mit ihrem Nationalrat Hanspeter Thür für den Beitritt zur GPS entschlossen. 1990/91 sollten die Grünen Baselland sowie die beiden Grünen Bündnisse von Luzern und St.Gallen folgen. In den späten 1980er Jahren wurden auch die Glarner Umweltgruppen und das Kritische Forum Schwyz Mitglied der GPS.

Die 1990er Jahre: Die Dominanz sozial- und europapolitischer Themen bringt Grüne auf die Verliererseite

Im Vorfeld der Nationalratswahlen im Herbst 1991 präsentierte die GPS Vorschläge, welche die Delegierten im Frühling verabschiedet hatten. Sie betra-

11 1984 deckte ein Bericht des Finanzrevisors Rudolf Hafner, des späteren Nationalrates der Freien Liste, diverse Missstände betreffend ungesetzliche Zahlungen an Personen und Parteien durch die Berner Regierung auf. Besonders gravierend waren diese Zahlungen im Zusammenhang mit der Jurafrage und mit dem Kantonswechsel des Laufentals (APS 1985, 18 ff). Zur Berner Finanzaffäre siehe Däpp et al. 1986; Rebeaud 1987, 75 ff.

Tabelle 1.1: Beitritte zur Grünen Partei der Schweiz in den 1980er Jahren

Beitrittsjahr	Kanton	Partei	Gründungsjahr
1983		Gründungsmitglieder der «Föderation der Grünen Parteien der Schweiz», ab 1986: «Grüne Partei der Schweiz».	
	NE	Mouvement populaire pour l'environnement (MPE) 1984: Zusammenschluss von MPE mit Ecologie et Liberté und amis de la terre zu Parti Ecologie et Liberté	1971
	VD	Mouvement pour l'environnement vaudois (MPE), abgelöst von Groupement pour la protection de l'environnement siehe weiter 1997	1973 1974
	ZH	Grüne Partei des Kantons Zürich	1978
	BS/BL	Grüne Partei Nordwestschweiz siehe weiter 1991	1979
	GE	Parti écologiste genevois	1983
1984	BE (1)	Freie Liste Bern siehe weiter 2006	1983
	TG	Grüne Partei des Kantons Thurgau	1983
1985	TI	Movimento ecologista ticinese (MET – I Verdi) siehe weiter 1991, 1994	1984
1986	BE (2)	Demokratische Alternative Bern, von den alternativen Grünen herkommend 1989/1990: Umbenennung in Grüne Partei Bern und Zusammenschluss mit Teilen der POCH-Bern	1976
1987	FR	Parti écologiste fribourgeois siehe weiter 1999	1985
1988	AG	Grüne Aargau (entstanden aus z.T. alternativen Gruppierungen)	1983
	GL	Glarner Umweltgruppen	1987
1989	SZ	Kritisches Forum Schwyz, Umbenennung in Grüne Kanton Schwyz	1983
		Vorgänger: Kritisches Forum Ibach, den alternativen Grünen nahestehend 1999: Auflösung siehe weiter 2012	1979

Quelle: APS 1983–1989; BFS 2003, 75 ff.; Rebeaud 1987; Seitz 2008, 35 ff.; Aldini 1999 (TI); Grandjean 2015, 133 ff. (FR); Piguet 2022 (NE); Schaffner 2003, 15 ff. (SZ) und 32 ff. (AG).

fen die Politikfelder Gleichstellung, Wirtschaft und Finanzen sowie Sicherheit und Soziales. Anders als bei den Wahlen 1987 zeigte sich die GPS damit als eine «vielfältig kompetente Partei, die über ihr Image einer Einthemenpartei hinausgekommen» war (APS 1991, 350). Dies unterstrich sie in der Folge immer wieder mit ihren Positionspapieren zu verschiedenen Themen, wie z. B. zur Europa- und Drogenpolitik (1992), zur Wirtschaftspolitik und der ökologischen Steuerreform (1994) oder zur Sozialpolitik und zum existenzsichernden Grundeinkommen (1997).

Bei den Nationalratswahlen 1991 konnte die GPS nochmals zulegen: Sie steigerte ihren Stimmenanteil um 1,2 Prozentpunkte auf 6,1 Prozent und

ihre Mandatszahl um 5 auf 14 (siehe Abbildung 1.1). Als erste Fraktion stellte die GPS eine Frauenmehrheit (zur Frauenvertretung bei den Grünen siehe Kapitel 11, Fuchs).

Während die SP bei 18,5 Prozent Stimmenanteil und 41 Mandaten stagnierte, erreichten die verbliebenen grünalternativen Gruppen (inkl. POCH Basel/POB) mit 1,5 Prozent weniger als die Hälfte ihrer früheren Parteistärke (siehe Abbildung 1.1). Sie waren bei den Nationalratswahlen 1991 unter der Bezeichnung «Die Andere Schweiz» (DACH) angetreten. In Zürich holten sie mit Christine Goll von der feministischen Frauenliste (FraP!) ein Mandat (zu den Frauenlisten siehe Kapitel 11, Fuchs).

Grüne im Gegenwind

Aufsehen erregte die Parolenfassung der Grünen zur Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Am Parteitag vom November 1992 sprachen sich die Delegierten mit 82 zu 30 Stimmen deutlich gegen einen Beitritt aus, wobei es vor allem die Deutschschweizer Grünen waren, die dem EWR ablehnend gegenüberstanden. Sie befürchteten negative ökologische Konsequenzen und den Verlust demokratischer Mitbestimmungsrechte. Die Grünen der Romandie dagegen sprachen sich grossmehrheitlich für einen Beitritt aus und gaben auf Kantonsebene (FR, VD, NE, GE) die Ja-Parole aus (APS 1992, 346; Kapitel 5, Lutz).

Die EWR-Vorlage scheiterte am 6. Dezember 1992 knapp mit 49,7 Prozent Ja-Stimmen. Die französischsprachigen Kantone und die beiden Basel hatten sich deutlich für den EWR ausgesprochen, die deutsch- und italienischsprachige Schweiz ebenso klar dagegen. Das EWR-Nein verhalf der SVP zum wohl grössten Triumph ihrer Geschichte und die Grünen mussten sich den Vorwurf gefallen lassen, Steigbügelhalter der SVP gewesen zu sein. Nach der Ablehnung des Beitritts der Schweiz zum EWR distanzieren sich die Grünen jedoch vom rechtspopulistischen Lager und forderten den Bundesrat auf, Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft aufzunehmen. Dies wurde als «Slalompolitik» bezeichnet (APS 1992, 346; siehe auch Vischer 2021, 213 ff).

In diese für die Grünen schwierige Zeit platzte ein provokativer Artikel des damaligen SP-Präsidenten Peter Bodenmann und des SP-Generalsekretärs André Daguët in der SP-Zeitschrift «Rote Revue». Sie sprachen darin den Grünen schlichtweg ihre Existenzberechtigung ab: «Parteipolitisch gibt es links als Machtfaktor nur mehr die SP» (Bodenmann & Daguët 1996; siehe auch Baer 2008, 79).

Grüne erstmals bei den Wahlen auf der Verliererseite

Die Wahlen der 1990er Jahre waren – vor dem Hintergrund der Themenkonjunktur der Europa- und Sozialpolitik – vom massiven Vormarsch der SVP

und von Stimmengewinnen der SP geprägt. Letztere steigerte sich bei den Nationalratswahlen 1995 um 3,3 Prozentpunkte und avancierte mit einer Stärke von 21,8 Prozent zur stärksten Partei im Nationalrat. Bei den Nationalratswahlen 1999 legte die SP nochmals leicht zu (+0,7 Prozentpunkte). Die grosse Siegerin von 1999 war jedoch – vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise (Kosovo-Krieg) – die SVP (+7,6 Prozentpunkte auf 22,5 Prozent). Die Verliererinnen waren auf der einen Seite die FDP, die CVP und die kleinen Rechtsparteien, auf der anderen Seite die Grünen.

Die Ergebnisse der kantonalen Wahlen ab 1991 hatten es bereits angedeutet, dass der Siegeszug der Grünen ins Stocken kam. Bei den Nationalratswahlen 1995 sank die gesamtschweizerische Parteistärke der GPS um 1,1 Prozentpunkte auf 5 Prozent und ihre Mandatszahl halbierte sich beinahe (von 14 auf 8). Dabei hatte sich die GPS im Vorfeld der Wahlen noch mit einem programmatischen Vorschlag einer ökologischen Wirtschafts- und Steuerreform zu profilieren versucht. Sie präsentierte sich zudem moderater als früher, verzichtete auf ihre bisherige grundsätzliche Kritik am Wirtschaftswachstum und meldete gar Regierungsambitionen und Interesse an einer Mitte-links-Koalition an (APS 1995, 348).

Nach den Nationalratswahlen 1995 vermochte sich die GPS bei den kantonalen Parlamentswahlen wieder etwas aufzufangen und bei den Nationalratswahlen 1999 stabilisierte sie sich (5 Prozent Parteistärke, 8 Mandate¹²). Dramatisch war dagegen in den 1990er Jahren die Situation für die alternativen Grünen: Bei den Nationalratswahlen 1999 erreichten sie nur noch eine nationale Parteistärke von 0,3 Prozent (siehe Abbildung 1.1). Nachdem das Zürcher Mandat durch den Übertritt von Christine Goll (FraPl) zur SP für die Alternativen verloren gegangen war, verfügten die alternativen Grünen einzig noch in Bern mit Franziska Teuscher (Grünes Bündnis) über eine Vertretung im Nationalrat.

Die Verluste der Grünen wären in den 1990er Jahren noch stärker ausgefallen, wenn nicht mehrere Gruppierungen der GPS beigetreten wären: die beiden Grünen Bündnisse von Luzern und St.Gallen, die Grünen Baselland, die Grünen Baselbiet und die Grüne Partei Basel-Stadt sowie die Grünen Solothurn, das «Mouvement écologiste jurassien» und die Ökoliberale Bewegung Schaffhausen (siehe Tabelle 1.2).¹³

Mit dem Beitritt dieser alternativen Grünen zur GPS fand zwischen den beiden grünen Formationen eine entscheidende Flurbereinigung statt. Während die GPS 1999 bereits in 18 Kantonen vertreten war, hatte das alternative

12 In der Deutschschweiz verlor die GPS zwei Mandate, in der Romandie gewann sie zwei (siehe Kapitel 5, Lutz und Seitz 2008, 29).

13 Zum (erneuten) Beitritt des «Movimento dei Verdi Ticinesi» siehe Tabelle 1.2 sowie Kapitel 5, Lutz.

Tabelle 1.2: Beitritte zur Grünen Partei der Schweiz in den 1990er Jahren

Beitrittsjahr	Kanton	Partei	Gründungsjahr
1990	LU	Grünes Bündnis Luzern, von den alternativen Grünen herkommend Vorgängerin: POCH Luzern	1987
1991	SG	Grünes Bündnis Kanton St.Gallen, von den alternativen Grünen herkommend	1983, 1985, 1988
	BS (1)	(nochmaliger) Beitritt der Grünen Partei Basel-Stadt (GM, GP/GAB) zur GPS	
		1985 aus der Grünen Partei Nordwestschweiz hervorgegangen, als Grüne Partei BS/BL	1979
		1988: Konstituierung als Grüne Partei Baselstadt (GPBS)	
		1989: Aufnahme der Grünen Alternativen Basel. Neue Bezeichnung: Grüne Partei BS (GP/GAB)	1987
		1991: Zusammenschluss mit der Grünen Mitte zur Grünen Partei Basel-Stadt (GM, GP/GAB)	1987
	BL (1)	(nochmaliger) Beitritt der Grünen Baselbiet zur GPS	
	1985 aus der Grünen Partei Nordwestschweiz hervorgegangen, als Grüne Partei BS/BL	1979	
	1987: Konstituierung als Grüne Partei Baselland		
	1991: Zusammenschluss mit den Grünen Baselland (ehem. POCH-BL, seit 1990 Mitglied der GPS) und der Grünen Liste Baselland Neue Bezeichnung: Grüne Baselbiet siehe weiter 1994		
	TI	Ausschluss des Movimento ecologista ticinese (MET – I Verdi) aus der GPS siehe weiter 1994	
1993	SO	Grüne Kanton Solothurn	1990
	JU	Mouvement écologiste jurassien	1991
1994	TI	(nochmaliger) Beitritt des Movimento dei Verdi Ticinesi (I Verdi Ticinesi), nach Zusammenschluss mit Svolta ecopolitica (SVEPO) und Movimento ecologista ticinese (MET – I Verdi)	1990
	BL (2)	Abspaltung von Mitgliedern der ehemaligen Grünen Partei Baselland und der Grünen Liste Baselland von den Grünen Baselbiet	
		Konstituierung als Freie Grüne Liste Baselland	1994
		1995: (nochmaliger) Beitritt der Freien Grünen Liste Baselland zur GPS 2000: Umbenennung in Grüne Baselland. 2000: Auflösung der Grünen Baselbiet	
1995	SH	Ökoliberaler Bewegung Schaffhausen, gegründet als Zusammenschluss von Umweltforum Schaffhausen und Jungliberaler Bewegung Schaffhausen	1990
1997	VD	Bestätigung der Mitgliedschaft von Les Verts – Mouvement écologiste vaudois, nach Zusammenschluss von Groupement pour la protection de l'environnement mit Alternative Socialiste Verte	
1999	FR	(nochmaliger) Beitritt von Grüne & Solidarität	
		1990: Zusammenschluss von Parti écologiste fribourgeois mit der alternativen Ecologie et Solidarité	
		2003: Umbenennung in Grüne Freiburg	

Quelle: APS 1990–1999; BFS 2003, 75 ff.; GPS 2020; Schaffner 2003; Seitz 2008, 35 ff.; Aldini 1999 (TI); Friedl 2007 (BS); Schaub 2013 (BL); Schaffner 2003, 114 ff. (VD); Ziltener 2016 (SG).

«Grüne Bündnis Schweiz» nur noch in Bern (Grünes Bündnis), Zug (Sozialistisch Grüne Alternative) und in Basel-Stadt (Basta!) eine gewisse Bedeutung. Die linksgrüne PÖCH war mittlerweile gänzlich verschwunden bzw. in Basel in den alternativen Grünen aufgegangen (BastA!).

Grüne fassen in den kantonalen Regierungen dauerhaft Fuss

Gewissermassen antizyklisch zu den Verlusten der Grünen bei den Parlamentswahlen in den 1990er Jahren waren die Mandatsgewinne in den kantonalen (und auch kommunalen) Exekutiven. 1994 holten die Grünen mit Philippe Biéler im Kanton Waadt ein Regierungsmandat, das erste nach den grünen Mandaten in der Berner Kantonsregierung (1986–1990). 1995 nahm Verena Diener in die Zürcher Kantonsregierung Einsitz und 1997 Robert Cramer in diejenige von Genf. 1999 schliesslich holte die ökoliberale Bewegung Schaffhausen mit Herbert Bühl das vierte grüne Regierungsmandat der 1990er Jahre (siehe Kapitel 7, Bütikofer).

Den Grünen nahestehende Parteien gewannen zwei Regierungsmandate: 1991 wurde der Alternative Hanspeter Uster in die Zuger Kantonsregierung gewählt, 1998 Leo Odermatt vom Demokratischen Nidwalden in die Nidwaldner Kantonsregierung. Beide Parteien traten 2009 bzw. 2005 der GPS bei.

Verschiebung nach links und interne Konflikte

Der Beitritt der alternativen Grünen zur GPS führte nicht nur zu einer zahlenmässigen Vergrösserung, sondern auch zu einer thematischen Verbreiterung und einer Verschiebung der GPS «von einer eher bürgerlich-grünen zu einer eher links-grünen Organisation» (APS 1991, 350; siehe auch APS 1993, 323; Scherrer 2019 sowie Kapitel 9, Leemann & Odermatt). Dies zeigte sich etwa bei der verstärkten Hinwendung der Grünen zu sozialpolitischen Themen oder bei ihrer zunehmend positiven Positionierung gegenüber der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Bei der Parolenfassung zur Volksabstimmung über die Abschaffung der Armee (1989) hatte sich die GPS, die sich in ihren ersten programmatischen Dokumenten noch zur Landesverteidigung bekannte, zurückgehalten. Ab den 1990er Jahren näherte sie sich der GSoA an und lancierte bald mit ihr zusammen Volksinitiativen und ergriff Referenden (siehe Kapitel 12, Schweizer).

Dabei – und wohl auch wegen unterschiedlicher Umgangskulturen – kam es zu Spannungen. 1994 spaltete sich in Basel-Landschaft unter der Führung von Nationalrätin Ruth Gonseth eine Minderheit von den Grünen Baselbiet ab und gründete die «Freie Grüne Liste», welche ebenfalls Mitglied der GPS wurde (APS 1994, 327; siehe Tabelle 1.2). 1997 sistierte die Zürcher Regie-

rungsrätin Verena Diener¹⁴ ihre Parteimitgliedschaft bei der Kantonalpartei, «um die Frage über Zustand und Stil der Zürcher Sektion aufzuwerfen» (APS 1997, 379).¹⁵

Als der Aargauer Nationalrat Hanspeter Thür 1997 nach zwei Jahren seinen Rücktritt als Parteipräsident bekannt gab, brach innerhalb der Grünen ein Konflikt um die politische Ausrichtung der Partei aus. Exponent:innen der Zürcher Kantonalpartei warfen der «Realo-Fraktion» um die nationalen Parlamentsmitglieder, zu denen auch Hanspeter Thür gehörte, vor, diese sei nur noch die «etwas neoliberalere und konservativere Variante der Sozialdemokratie»; die Grünen müssten wieder «zur apokalyptischen Kritik der Moderne zurückfinden» (APS 1997, 379). Mit der Wahl des Berner Nationalrats Ruedi Baumann zum neuen Präsidenten wurde jedoch auf Kontinuität der pragmatischen Politik gesetzt. Baumann forcierte eine bauern- und umweltverträgliche Landwirtschaftspolitik und verfolgte einen proeuropäischen Kurs.

Erste grüne Referenden und Volksinitiativen

Die 1990er Jahre waren das Jahrzehnt, in dem die GPS begann, vermehrt von den Instrumenten der direkten Demokratie Gebrauch zu machen und sich mit ihnen zu profilieren. Dabei hatte sie vorerst keine glückliche Hand. So erregte es allgemein Verwunderung, dass die GPS im Herbst 1991 das Referendum gegen das Projekt der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) ergriff, waren die Grünen doch vehemente Verfechter:innen des öffentlichen Verkehrs. Die GPS lehnte die NEAT jedoch ab als «Inbegriff eines zerstörerischen Wirtschaftswachstums» (APS 1991, 351).¹⁶ Die GPS plädierte für eine Reduktion des gesamten Verkehrsaufkommens und für die Einführung einer Schwerverkehrsabgabe. Das Referendum scheiterte jedoch am 27. September 1992. 64 Prozent der Stimmenden stimmten der NEAT zu (Linder et al. 2010, 492 f.); siehe auch Kapitel 9, Leemann & Odermatt, und Kapitel 13, Gisler.

Im November 1994 lancierten die Grünen – als Reaktion auf die Erhöhung des Frauenrentenalters im Rahmen der 10. AHV-Revision – ihre erste

14 Verena Diener war von 1987–1998 Nationalrätin und präsierte die GPS von 1992–1995. 1995 wurde sie in den Zürcher Regierungsrat gewählt. Siehe dazu auch Schaffner 2003: 25 ff. 2004 trat Diener wegen politischer Meinungsverschiedenheiten aus der Grünen Partei aus und gründete zusammen mit dem Zürcher Nationalrat Martin Bäumle die Grünliberale Partei des Kantons Zürich (GLiZ); siehe auch weiter unten in diesem Kapitel.

15 Zu den Turbulenzen bei den Tessiner Grünen (Movimento ecologista ticinese) wegen fehlender Abgrenzung von den nationalistischen Grünen siehe Kapitel 5, Lutz.

16 Diese ablehnende Position wurde von den «Grünen Parteien der Alpenländer» geteilt (siehe die Resolution «Gemeinsam gegen den Verkehrsterror» vom 18.12.1988, in GPS 1988).

eidgenössische Volksinitiative, und zwar gleich im Doppelpack. Neben der Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» sammelten sie Unterschriften für die Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!». Letztere visierte den ökologischen und sozialen Umbau des Steuersystems an: Es sollte die Arbeitsbesteuerung reduziert und eine Energiesteuer eingeführt werden. Im Mai 1996 wurden die Unterschriften für diese beiden Volksinitiativen eingereicht (siehe auch Zürcher 2008).

Die 2000er Jahre: Unwetterkatastrophen und Hitzesommer rücken Ökologie wieder ins Zentrum

Die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU beruhigten die europapolitischen Diskussionen und mit dem Abflauen der Wirtschaftskrise rutschte in den frühen 2000er Jahren die Klimafrage auf der politischen Agenda wieder nach oben. Dadurch bog auch die GPS wieder auf die Siegerstrasse ein: 2003 erreichte sie bei den kantonalen Wahlen mit 131 kantonalen Mandaten einen neuen Höchststand. Auch bei den Nationalratswahlen 2003, bei denen die Grünen unter dem Slogan «ökologisch konsequent, sozial engagiert, global solidarisch» antraten (sie sollten ihn künftig immer wieder verwenden), vermochten sie zuzulegen: Ihre Parteistärke stieg um 2,4 Prozentpunkte auf 7,4 Prozent, ihre Mandatszähl um 5 auf 13. Erstmals gingen die Gewinne der Grünen per saldo nicht zu Lasten der SP. Diese gewann nämlich ebenfalls, wenn auch nur leicht (+0,8 Prozentpunkte auf 23,3 Prozent; siehe Abbildung 1.1). Die Alternativen Zug holten mit Josef Lang ein Mandat im Nationalrat.

Grünliberale Abspaltung in Zürich

Im Sommer 2004 kam es bei den Zürcher Grünen zu einem folgenschweren Eklat: Die Delegierten wählten das Co-Präsidium der Kantonalpartei, bestehend aus Martin Bäumle und Vreni Püntener, ab, was zum Parteiaustritt von Nationalrat Bäumle führte. Regierungsrätin Verena Diener, welche ihre Parteimitgliedschaft bereits in den 1990er Jahren aus Protest gegen den Politikstil temporär sistiert hatte, folgte ihm, zusammen mit sechzig bis achtzig Mitgliedern (das waren ca. 7 Prozent aller Mitglieder). Bäumle und Diener kritisierten den gewerkschaftsnahen, linken Kurs der Grünen sowie den politischen Stil, den sie als aggressiv und wenig konstruktiv empfanden. Sie gründeten die Grünliberalen Zürich, wobei sie anfangs nicht mit den Grünen brechen wollten. Es waren die Grünen, die ihr Aufnahmegesuch als Beobachter¹⁷ zu-

17 Für die Aufnahme einer kantonalen Gruppierung sehen die Statuten der GPS – neben der Zustimmung zur Programmplattform und zur jeweils aktuellen Wahl-

rückwiesen (APS 2004, 299; APS 2005, 290). In St.Gallen kam es ebenfalls zu einer kleineren Abspaltung von den Grünen. Massgebend für die weitere Entwicklung der Grünliberalen war jedoch, dass sich im Verlaufe der Jahre in mehreren Kantonen neue grünliberale Kantonalparteien bildeten (Seitz 2013).

Markante Wahlsiege der Grünen

Die Sorge um das Klima stand weiterhin im Zentrum; sie wurde unter anderem bestärkt durch den breit rezipierten Uno-Klimabericht. Der elektorale Höhenflug der Grünen hielt an: Sie legten bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente von 2004 bis 2007 um 59 Mandate auf 190 Mandate zu. Auch bei den Nationalratswahlen 2007 steigerten die Grünen ihre Parteistärke (+2,2 Prozentpunkte auf 9,6 Prozent). Ihre Mandatszahl stieg um 7 auf 20. Dies war das bisher beste Ergebnis der GPS. Es wurde gekrönt mit der erstmaligen Wahl von zwei grünen Ständeräten in Genf und in der Waadt (siehe Kapitel 7, Bütikofer). Die Wahlsiege der GPS hielten bei den kantonalen Wahlen weiter an, ab 2009 flauten sie etwas ab.

Die neu gegründete Grünliberale Partei (GLP) kam bei den Nationalratswahlen 2007 auf 1,4 Prozent Stimmenanteil und holte im Kanton Zürich 3 Mandate. Bis 2011 steigerte sie ihre Vertretung bei den Parlamentswahlen in mehreren Deutschschweizer Kantonen auf 53 Mandate.

Die SP, deren Wahlverluste sich schon 2004 abgezeichnet hatten, wurde in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre zur grossen Wahlverliererin. Bei den Nationalratswahlen 2007 verlor sie 3,8 Prozentpunkte an Parteistärke (auf 19,5 Prozent) und 9 Mandate. Bei den kantonalen Parlamentswahlen bis 2011 büsste sie im Vergleich zu 2003 134 Mandate ein (auf 448). Analysen zeigten, dass die Verluste der SP auch von den starken Gewinnen der GLP mitverursacht wurde (Seitz 2013, 133ff.). Es zeigte sich so, dass die SP nun von zwei Parteien herausgefordert wurde: zur Linken von den Grünen und zur Rechten von der GLP (siehe Kapitel 2, Sciarini & Petitpas).

Die Grünen vermochten in den 2000er Jahren auch ihre Vertretung in den kantonalen Regierungen zu steigern (+5 Mandate). 2009 hatten sie neun Regierungsmandate in sieben Kantonen inne: Je eines in fünf Kantonen (BE, NW, BS, AG, VD), je zwei in Zug und Genf (siehe Kapitel 7, Bütikofer). In vier Kantonsregierungen waren die Grünen Teil einer rotgrünen Regierungsmehrheit (in BE, BS und GE sowie – von 2005 bis 2009 – in NE). Angesichts der gestiegenen Vertretung in den kantonalen (und städtischen) Exekutiven unterstrichen die Grünen ihren Willen nach Einsitznahme in den Bundesrat. Bei den Bundesratswahlen waren sie jedoch jeweils ohne Erfolg.

plattform – ein Jahr im Beobachterstatus vor. Nach Ablauf dieser Frist kann ein Antrag auf Vollmitgliedschaft gestellt werden.

Alle alternativen Grünen sind nun Mitglied bei der GPS

Hinter den Wahlgewinnen der GPS in den 2000er Jahren stand nicht nur die erfolgreiche Mobilisierung der Wählenden, die GPS schaffte es auch, bis 2009 alle noch verbliebenen grösseren grünalternativen Gruppierungen an Bord zu holen: 2002 das Grüne Bündnis Bern, 2004 die Basler «BastA!» (bereits seit 1996 mit Beobachterstatus) und 2009 die Alternativen Zug. Weiter traten der GPS unter anderen die Walliser Grünen (2004) bei sowie das Demokratische Nidwalden (2005). Damit waren der Aufbau und die Konsolidierung der GPS abgeschlossen (siehe Tabelle 1.3).

Tabelle 1.3: Beitritte zur Grünen Partei der Schweiz in den 2000er Jahren

Beitrittsjahr	Kanton	Partei	Gründungsjahr
2002	BE (3)	Grünes Bündnis Bern, sich zu den alternativen Grünen zählend siehe weiter 2006	1987
2004	VS	Parti écologiste valaisan.	1987
	BS (2)	BastA! (Basels starke Alternative), sich zu den Alternativen zählend	1995
2005	NW	Demokratisches Nidwalden seit 2009: Grüne Nidwalden	1982
2006	BE (1),(3)	Zusammenschluss von Grüne Freie Liste und Grünem Bündnis Bern zu Grüne Kanton Bern	
2008	UR	Grüne Uri.	1994
2009	ZG	Alternative Kanton Zug, sich zu den alternativen Bewegungen zählend	1986, 2005
	OW	Grüne Obwalden 2009: Auflösung	2008
2011	GR	Verda / Grünes Graubünden Vorgängerin: La Verda (1987–2003)	2007
	AR	Grünes Appenzellerland	2005
2012	SZ	(nochmaliger) Beitritt der Grünen Schwyz	2007

Quelle: APS 2000–2012; Schaffner 2003; Seitz 2008, 35 ff.; GPS 2020; Seitz 2007 (BE); Haus 2019 (BE).

In der Folge ergaben sich nur noch kleinere organisatorische Änderungen. Dabei zeigte sich, dass die ländlichen Kantone der Innerschweiz und Graubünden für die Grünen ein hartes Pflaster waren. So löste sich die Grüne Partei des Kantons Obwalden bereits 2009 wieder auf, nachdem sie erst 2008 gegründet worden war. Die Grünen Graubünden, erst 2007 wieder gegründet, teilten im selben Jahr mit, dass sie sich auf Chur und Davos beschränken würden, und die Grünen des Kantons Uri reduzierten 2011 ihre Aktivitäten aufgrund personell knapper Ressourcen (APS 2009, 322; APS 2011, 448).¹⁸

¹⁸ In der Innerschweiz hat auch die SP einen schweren Stand. Zur Geschichte der sich mehrheitlich «kritisch» nennenden Gruppierungen in der Innerschweiz

Eine wichtige organisatorische Differenzierung der GPS fand im Herbst 2003 mit der Gründung der Jungen Grünen statt. Bei den kantonalen und kommunalen Wahlen erzielten diese respektable Ergebnisse, sie schafften es namentlich auch, zwei eidgenössische Volksinitiativen zustande zu bringen (siehe Kapitel 10, Haus).

Als 2001 der Berner Nationalrat Ruedi Baumann als Parteipräsident der Grünen zurücktrat, übernahmen seine Nachfolge im Co-Präsidium die Zürcher Nationalrätin Ruth Genner und der Genfer Nationalrat Patrice Mugny. 2003 wurde Mugny in die Genfer Stadtregierung gewählt und Ruth Genner führte das Präsidium alleine weiter, bis sie 2008 in die Zürcher Stadtregierung gewählt wurde. Ihre Nachfolge übernahm der Genfer Nationalrat Ueli Leuenberger.

Grüne beweisen Initiativ- und Referendumsfähigkeit

Die 2000er Jahre waren ein Jahrzehnt, in dem die Grünen mit Volksinitiativen und Referenden besonders aktiv und teilweise recht erfolgreich waren. Dabei setzten sie auch auf Themen, die über die Ökologie im engeren Sinn hinausgingen (siehe Kapitel 9, Leemann & Odermatt).

Ein beachtliches Ergebnis erzielte im November 2000 die 1994 lancierte Volksinitiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frauen und Männer». 46 Prozent stimmten ihr zu; in den sechs lateinischen Kantonen fand sich je eine Mehrheit. Weniger erfolgreich war ein Jahr später die gleichzeitig lancierte Volksinitiative der Grünen «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!»; nur gerade 23 Prozent der Stimmenden unterstützten sie (Linder et al. 2010, 596f. und 608f.).

Neben eigenen Volksinitiativen gab es auch mehrere Volksinitiativen von überparteilichen Komitees, in denen sich Persönlichkeiten der Grünen, der SP und von weiteren Parteien besonders stark engagierten. Der grösste Abstimmungserfolg konnte mit der Volksinitiative «Für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» verbucht werden: Sie wurde im November 2005 mit 56 Prozent Ja-Stimmen angenommen (Linder et al. 2010, 660f.). Aufsehen erregten auch zwei Referenden gegen Vorlagen für steuerliche Begünstigungen: Im Mai 2004 wurde ein entsprechendes Steuerpaket mit 66 Prozent Nein-Stimmen deutlich verworfen. Das Referendum war von elf Kantonen und einem linksgrünen Komitee ergriffen worden (APS 2004, 104f.; Linder et al. 2010, 646f.). Nur knapp scheiterte im Februar 2008 der Kampf gegen das

siehe Altermatt 1994 und Furrer 1994. Dagegen verfügten die Grünen in Nidwalden – als «Demokratisches Nidwalden» – bereits ab den 1980er Jahren, als sie den Widerstand gegen das Atomendlager Wellenberg organisierten, über eine beträchtliche Parteistärke (inklusive einem Mandat in der Kantonsregierung). Kontinuierliche Präsenz markieren die Grünen seit den 1990er Jahren auch im Kanton Glarus.

Unternehmenssteuerreformgesetz II, welches Grüne, SP und Gewerkschaften mit dem Referendum bekämpft hatten (49,5 Prozent Nein-Stimmen).

Die Grünen mussten aber auch deutliche Abstimmungsniederlagen bei Volksinitiativen einstecken, für die sie sich im Rahmen von überparteilichen Komitees besonders engagiert hatten. So erhielten z.B. im März 2000 die Initiativen für eine Verkehrshalbierung und «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden» nur gerade 21 bzw. 18 Prozent Ja-Stimmen (Linder et al. 2010, 585 ff. und 588 f.; Seitz 2020, 212 f.; siehe Kapitel 11, Fuchs). Keine Chance hatten auch die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse», März 2007, 29 Prozent) oder die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten», November 2009, 32 Prozent). Letztere war von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) lanciert worden, u. a. mit Unterstützung der Grünen und der SP. Zu den erfolglosen Referenden, welche mit Beteiligung der Grünen ergriffen wurden, gehörten etwa 2006 die Massnahmen zur Verschärfung der Ausländer- und Asylpolitik (je 68 Prozent Ja-Stimmen).

Die 2010er Jahre: Auf Wahlverluste und Stagnation der Grünen folgt die «grüne Welle»

Die Nationalratswahlen 2011 gingen für die Grünen mit einer grossen Enttäuschung aus. Anfang 2011 hatten sie beschlossen, den Kampf gegen AKWs zum Hauptthema ihrer Wahlkampagne zu machen und lancierten die Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)». Als nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima, Japan, im Frühling 2011 die Atomfrage omnipräsent war, erhofften sie sich Rückenwind. Dem war nicht so.

Starke Verluste der Grünen, Konkurrenz durch GLP

Die Grünen verloren bei den Nationalratswahlen von 2011 1,2 Prozentpunkte ihrer Parteistärke (auf 8,4 Prozent) und ihre Mandatszahl sank von 20 auf 15 (siehe Abbildung 1.1). Immerhin konnten sie ihre beiden Sitze im Ständerat verteidigen. Anders als bei früheren Wahlen wurden die Verluste der Grünen nicht durch die SP kompensiert. Die grosse Siegerin der Nationalratswahlen 2011 war die GLP. Ihre Parteistärke stieg um 4 Prozentpunkte auf 5,4 Prozent und die Mandatszahl von 3 auf 12.¹⁹ Das bisherige Wechselspiel zwischen SP und Grünen (Baer 2008, 73 ff.) scheint nun abgelöst worden zu sein durch einen Wettlauf

19 Die zweite grosse Siegerin der Nationalratswahlen von 2011 war die neu gegründete BDP, welche wie die GLP zu den «neuen Mitte-Parteien» gezählt wird. Sie holte aus dem Stand eine Parteistärke von 5,4 Prozent und 9 Mandate.

zwischen SP, Grünen und der GLP.²⁰ Auch bei den kantonalen Wahlen von 2012 bis 2015 verloren die Grünen Mandate (-27 auf 175), während die GLP gewann (+30 auf 83). Die SP konnte sich knapp bei 454 Mandaten halten.

Bei den Nationalratswahlen 2015 fand – vor dem Hintergrund der dominierenden Wahlkampfthemen Migration, Asyl und Flüchtlinge – ein starker Rechtsrutsch statt: Die SVP erreichte mit 29,4 Prozent den höchsten Stimmenanteil, den eine Partei seit der ersten Proporzwahl von 1919 jemals erzielte. Auch die FDP vermochte zu punkten (+1,3 Prozentpunkte). Die Parteistärke der Grünen sank dagegen von 8,4 auf 7,1 Prozent, die Mandatszahl von 15 auf 11. Das war ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1999. Die Grünen verloren zudem auch den Ständeratssitz des Waadtländers Luc Recordon. Die SP vermochte zwar ihren Stimmenanteil zu halten, büsste aber drei Mandate ein. Auch die GLP gehörte bei diesen Nationalratswahlen zu den Verliererinnen: Ihre Parteistärke sank von 5,4 auf 4,6 Prozent und die Zahl ihrer Mandate von 12 auf 7.²¹

«Grüne Welle» beschert beste Wahlergebnisse

Ab 2016 setzte für die Grünen bei den kantonalen Wahlen wieder ein Aufschwung ein. Dieser bekam ab 2018 zusätzlich Schub durch die weltweit aktive Klimastreikbewegung von Schülerinnen und Schülern, welche sogenannte Klimastreiks organisierten und die Ausrufung des «Klimanotstands» forderten. Rückenwind erfuhren die Grünen als «Gleichstellungspartei» (Gesine Fuchs, Kapitel 11) auch durch den nationalen Frauenstreik von 2019, der auf vielfältige Defizite bei der Gleichstellung hinwies und entsprechende Forderungen stellte.

Von dieser Stimmung profitierten besonders die Grünen, welche diesen Bewegungen nahestanden und sich mit ihnen solidarisierten. Bis zu den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2019 stieg die Zahl der Mandate der Grünen in den kantonalen Parlamenten um 41 auf 216. Auch die SP und die GLP vermochten ihre Vertretung zu steigern (SP: +23 auf 477, GLP: +15 auf 98 Mandate).

Die eidgenössischen Wahlen 2019 standen ganz im Zeichen der Klima- und Gleichstellungspolitik – und die Grünen starteten durch, ebenso die

20 Siehe dazu auch die Analyse der soziodemografischen Profile der Wählenden von GPS, SP und GLP sowie der Wählerströme zwischen diesen drei Parteien in Kapitel 2, Sciarini & Petitpas. Vgl. auch die Analysen von Vatter & Stadelmann-Steffen 2008 und von Bühlmann & Gerber 2015. Zur Positionierung dieser Parteien in den beiden seit der Jahrtausendwende dominierenden Konfliktdimensionen, der verteilungspolitischen Dimension «Staat vs. Markt» und der gesellschaftspolitischen Dimension «Universalismus vs. Partikularismus» siehe Häusermann et al. 2022, 38 ff. und 104 f. Siehe auch die Visualisierung in Kapitel 9, Leemann & Odermatt (Abbildung 9.2).

21 Die BDP verlor ebenfalls (-1,3 Prozentpunkte auf 4,1 Prozent; -2 Mandate auf 7).

GLP, wenn auch in geringerem Ausmass und auf niedrigerem Niveau. Die Grünen verdoppelten ihre Parteistärke beinahe (+6,1 Punkte auf 13,2 Prozent) und überholten damit die CVP, welche noch über einen Stimmenanteil von 11,4 Prozent verfügte. Die Mandatszähl der Grünen stieg um 17 auf 28; der Frauenanteil unter den Gewählten betrug mehr als sechzig Prozent (siehe Kapitel 11, Fuchs).

Von der «grünen Welle» profitierte bei den Nationalratswahlen 2019 auch die GLP. Sie legte um 3,2 Punkte auf 7,8 Prozent zu und bei den Mandaten um 9 auf 16.²² Auf der Verliererseite standen dagegen sämtliche Bundesratsparteien, auch die SP. Sie erzielte mit 16,8 Prozent ihr schwächstes nationales Wahlergebnis seit hundert Jahren.

Die Grünen punkteten auch im Ständerat, wo sie vier zusätzliche Mandate gewannen. Von den fünf grünen Sitzen wurden vier durch Frauen besetzt (siehe Kapitel 7, Bütikofer). Beim Versuch, mit Regula Rytz, Berner Nationalrätin und GPS-Präsidentin, in den Bundesrat Einsitz zu nehmen, scheiterten die Grünen jedoch erneut.²³ Immerhin holte Regula Rytz bei ihrem Angriff auf den FDP-Sitz von Ignazio Cassis im ersten Wahlgang 82 Stimmen. Das war das bisher beste Ergebnis einer grünen Kandidatur für den Bundesrat.

Grüne Vertretung in Kantonsregierungen leicht geschwächt

Die Vertretung der Grünen in den kantonalen Regierungen sank in den 2010er Jahren von neun auf sieben. In drei Kantonen – Bern, Basel-Stadt und Waadt – konnte das grüne Mandat gehalten werden, in Genf blieb ein Mandat von zweien. Neu dazu kam je ein grünes Mandat in den Kantonen Basel-Landschaft (2011), Solothurn (2017) und Zürich (2019). Verloren gegangen sind dagegen die beiden Mandate in Zug (2010 und 2018) sowie das Mandat in Nidwalden (2010), im Aargau (2016) und das zweite grüne Mandat in Genf (2013).

Kleinere Turbulenzen und Abspaltungen

Erneut Turbulenzen gab es bei den Grünen des Kantons Tessin: Diese verzeichneten zwar seit 2007 unter dem Präsidium von Sergio Savoia gewisse Wahlerfolge, allerdings um den Preis, dass sie sich bei einigen Themen der Lega dei Ticinesi annäherten und rechts der SP politisierten. Dies führte zunehmend zu parteiinternem Widerstand (APS 2014, 519; siehe auch Baratti 2015 sowie Kapitel 5, Lutz). Zu einer Spaltung kam es im Dezember 2013 bei der

22 Zur Analyse der «grünen Welle» siehe Kapitel 3, Stadelmann-Steffen & Ingold.

23 Seit 1987 stellten die Grünen achtmal Kandidaturen für den Bundesrat auf, mit verschiedenen Absichten: Sie protestierten damit gegen die Untervertretung der Frauen oder gegen die SVP-Vertretung «Blocherschen Zuschnitts» im Bundesrat oder sie beanspruchten selber einen Sitz im Bundesrat.

Ökoliberalen Bewegung Schaffhausen. Nachdem diese ein Jahr lang bei der GLP den Beobachterstatus inne gehabt hatte, entschied sie sich zwar, bei den Grünen zu bleiben. Ein Drittel – davon zwei der vier kantonalen Parlamentarier:innen – wechselten jedoch zur GLP (APS 2013, 474f.). In Basel-Landschaft schliesslich spaltete sich 2015 eine Gruppe um den langjährigen Landrat Jürg Wiedenmann von den Grünen ab, um bei den Nationalratswahlen 2015 als «Grüne-Unabhängige» – in Listenverbindung mit der GLP – anzutreten. Sie war jedoch erfolglos und die Grünen konnten das Mandat von Maya Graf halten.

Im Frühling 2012 wurde das Präsidium der Grünen neu bestellt: Die Nachfolge des Genfer Nationalrates Ueli Leuenberger traten die beiden Nationalrätinnen Adèle Thorens (VD) und Regula Rytz (BE) an, womit nicht nur die beiden grossen Sprachregionen repräsentiert waren, sondern auch der «der junge, pragmatische wie auch der linke etatistische Flügel der Partei» (APS 2012, 419). 2016 trat Adèle Thorens (VD) von diesem Amt zurück und Regula Rytz führte die Partei alleine (bis 2020).

Vier grüne Volksinitiativen

Auch in den 2010er Jahren nutzten die Grünen die Instrumente der direkten Demokratie intensiv, zumeist im Bündnis mit anderen Parteien und Organisationen. Viermal brachten sie eine eigene Volksinitiative zur Volksabstimmung (siehe Kapitel 9, Leemann & Odermatt).

Das beste Ergebnis erzielte im November 2016 ihre Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)». 46 Prozent der Stimmenden sagten ja, ebenso sechs Kantone (GE, JU, NE, VD, BL und BS). Die anderen drei Volksinitiativen der Grünen vermochten mit Ja-Stimmenanteilen zwischen 36 und 39 Prozent nur wenig über das rot-grüne Segment hinaus zu mobilisieren: Die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» wurde im September 2016 von 36 Prozent der Abstimmenden unterstützt, ebenso wie die Volksinitiative der Jungen Grünen «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedlungsinitiative)» im Februar 2019. Die Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» erreichte im September 2018 einen Ja-Stimmenanteil von 39 Prozent. Vier Kantone in der Romandie nahmen sie an (GE, JU, NE und VD).

Über ein Dutzend Volksinitiativen und Referenden brachten die Grünen im Bündnis mit der SP und mit überparteilichen Komitees oder Organisationen zur Volksabstimmung. Besonders eng und überdurchschnittlich erfolgreich war die Zusammenarbeit der Grünen mit der GSaA, an der sich meistens

auch die SP mitbeteiligte. So erhielt etwa die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» im Februar 2011 44 Prozent Ja-Stimmen.

Mit einem Referendum brachten die Grünen im Mai 2014, zusammen mit der GSoA, der SP und anderen linken Organisationen, die Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen zum Absturz (53 Prozent Nein-Stimmen). Ein weiteres erfolgreiches Referendum der Grünen zusammen mit SP und Gewerkschaften betraf das Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III). Es wurde im Februar 2017 mit 59 Prozent Nein-Stimmen verworfen (siehe Kapitel 9, Leemann & Odermatt).

Nach 2019

Die «grüne Welle» hielt auch nach 2019 an, auch wenn ab 2020 die Corona-Pandemie und ab Februar 2022 der Krieg gegen die Ukraine das Umweltthema im öffentlichen Diskurs etwas verdrängten. Dennoch legten die Grünen in 19 Kantonsparlamenten insgesamt 51 Mandate auf 267 und die GLP 51 Mandate auf 149 zu (Stand: Ende 2022). Die SP büsste dagegen 39 Mandate ein (siehe Abbildung 1.2). In den Kantonsregierungen stieg die Zahl der grünen Vertretungen um eine auf acht (FR: +1, GE: +1 und BS: -1). Die GLP eroberte ihre ersten zwei Regierungsmandate in Basel-Stadt und Nidwalden.

Auch die Instrumente der direkten Demokratie nutzten die Grünen in jüngster Zeit weiterhin, zusammen mit ihnen nahestehenden Parteien und Organisationen. Überdurchschnittlich hoch war mit je 43 Prozent Ja-Stimmen die Zustimmung zu den Volksinitiativen «Mehr bezahlbare Wohnungen» (Februar 2020) und «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» (November 2020). Äusserst knapp scheiterte im September 2020 das Referendum gegen die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, welches sie mit der GSoA und der SP ergriffen hatten. Die Vorlage wurde von 50,1 Prozent der Stimmenden angenommen. Die Volksinitiative gegen den Kauf des amerikanischen Kampffluggesetzes F-35 kam zwar zustande, sie wurde aber, angesichts des befürwortenden Entscheids des Parlamentes für die Unterzeichnung des Kaufvertrags, im September 2022 zurückgezogen.

Nach der knappen Ablehnung des CO₂-Gesetzes in der Volksabstimmung vom Juni 2021 (48,4 Prozent Ja-Stimmen) lancierten die Grünen im September 2022 zusammen mit der SP die «Klimafonds-Initiative», welche einem Paradigmenwechsel gleichkommt: Anstelle des Verursacherprinzips soll ein staatlicher Investitionsfonds für die ökologische Wende eingerichtet werden, mit welchem Massnahmen zum Schutz von Klima und Biodiversität unterstützt werden sollen. 2020 trat Regula Rytz vom Präsidium der Grünen zu-

rück. An ihre Stelle wurde der frühere Fraktionspräsident, der Zürcher Nationalrat, Balthasar Glättli, gewählt.

Zusammenfassung

Die Geschichte der Grünen ist eine bewegte Geschichte mit Brüchen. Schon bei der Gründung im Mai 1983 konnten sich die Aktivist:innen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung nicht auf ein gemeinsames nationales Projekt einigen. So bildeten sich vorerst zwei Formationen: die sogenannten gemässigten Grünen und die alternativen Grünen. Erstere setzten sich – als Grüne Partei der Schweiz (GPS) – bald durch. Die Gruppierungen der alternativen Grünen traten ihr im Verlaufe der Zeit einzeln bei. Dadurch wurden die Grünen einerseits thematisch breiter, andererseits führte der Beitritt der alternativen Grünen auch zu einem Linksrutsch. 2004 spaltete sich in Zürich ein Flügel von den Grünen ab; 2007 gründete dieser Flügel mit einigen in der Deutschschweiz neu entstandenen Gruppierungen die Grünliberale Partei (GLP).

Die Parteistärke der Grünen bei den Wahlen unterlag entsprechend der Themenkonjunktur starken Schwankungen: In den 1980er, den 2000er Jahren und ab 2018 beschäftigten Umweltthemen und die Klimadiskussion die Öffentlichkeit stark und die Grünen legten markant zu. Auf der Verliererseite standen sie dagegen in den 1990er Jahren, als sozial- und europapolitische Fragen dominierten, sowie in der ersten Hälfte der 2010er Jahre.

Bereits ab den frühen 1990er Jahren gebrauchten die Grünen die Instrumente der direkten Demokratie intensiv und teilweise mit beachtlichem Erfolg. Über ein halbes Dutzend Volksinitiativen lancierten sie selber, diese erreichten in Volksabstimmungen Ja-Stimmenanteile zwischen 23 und 46 Prozent. Bei mehreren Dutzend Volksinitiativen und Referenden waren die Grünen auch mitbeteiligt, zum Teil federführend.

In den vierzig Jahren nach ihrer Gründung hat sich die GPS zu einer ernst zu nehmenden politischen Kraft entwickelt, mit einer nationalen Parteistärke von 13 Prozent. Sie ist in allen drei grossen Sprachregionen gut verankert und hat im Nationalrat, im Ständerat sowie in kantonalen und kommunalen Regierungen und Parlamenten dauerhaft Einsitz genommen.

2 Die Wähler:innen der Grünen – ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Vergleich mit der SP und der GLP

Pascal Sciarini und Adrien Petitpas

Die Grüne Partei der Schweiz (GPS) war die grosse Gewinnerin bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2019. Doch welche Wähler:innen haben sie gewählt, und wie hat sich das Profil der Wähler:innen der Grünen Partei der Schweiz in den letzten 25 Jahren entwickelt? Diesen Fragen gehen wir im ersten Teil des Kapitels anhand eines kurzen Überblicks über die Entwicklung der Grünen in der Schweiz seit 1995 nach. Der zweite Teil befasst sich mit der Parteienkonkurrenz zwischen den Grünen einerseits und der Sozialdemokratischen Partei (SP) und den Grünliberalen (GLP) andererseits: Die Grüne Partei der Schweiz (GPS) steht der SP ideologisch und programmatisch sehr nahe, dennoch sind die beiden Parteien Konkurrentinnen. Seit der Gründung der GLP im Jahr 2007 hat die GPS zudem eine Rivalin aus der Mitte des politischen Spektrums. Wie und wie stark unterscheiden sich die Wähler:innen der SP und der GLP von den Wählenden der GPS? Dies ist insbesondere für die Beurteilung der Frage von Bedeutung, ob die GPS nur auf Kosten einer der beiden Parteien bei den Wahlen zulegen kann oder ob diese Parteien gemeinsam wachsen können. Die Analyse des Parteienwettbewerbs zwischen den Grünen, der SP und der GLP wird im dritten und letzten Teil vervollständigt, indem die Wählerströme zwischen den drei Parteien von einer Wahl zur nächsten untersucht werden.

Die Schweizer Wahlstudie Selects erforscht seit 1995 das Wahlverhalten von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern bei eidgenössischen Wahlen. Dazu werden pro Wahlgang in mehreren Wellen vor und nach den Wahlen repräsentative Befragungen durchgeführt, um zu eruieren, wer an den Wahlen teilnahm und aus welchen Motiven die Wahlentscheidung getroffen wurde. Die Anzahl der Teilnehmenden ist nicht in jedem Untersuchungszeitraum gleich hoch. Aus der Nachwahlbefragung standen aber für jeden eidgenössischen Wahlgang seit 1995 Angaben von zwischen gut 3000 und ca. 7500 Befragten zur Verfügung. Zusätzlich zu den Wählenden werden auch die Kandidatinnen und Kandidaten über ihre Kampagnenaktivitäten und politischen Positionen befragt. Die Datensätze von Selects sind Forschenden zugänglich, es lassen sich Quer- und Langzeitvergleiche durchführen. Im vorliegenden Sammelband wurden die Daten aus der Schweizer Wahlstudie Selects in mehreren Kapiteln für Analysen verwendet (Kapitel 2, Kapitel 3, Kapitel 5, Kapitel 7, Kapitel 11).

Das soziodemografische Profil des Elektorats der Grünen

Im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, deren Entstehung auf die Industrialisierung und die Arbeiterbewegung zurück geht und die 1888 in Bern gegründet wurde, sind die Grünen eine noch junge Partei. Sie entstanden Anfang der 1980er Jahre vor dem Hintergrund eines zunehmenden Umweltbewusstseins und allgemein einer Zunahme postmaterialistischer (Inglehart 1977) oder libertärer (Kitschelt 1994) Werte, die von neuen sozialen Bewegungen getragen wurden. Ursprünglich weigerten sich die Grünen ausdrücklich, ihre Politik auf einen Links-rechts-Gegensatz zu reduzieren, bei dem sie sich nicht verorten konnten.¹ Es gab zu Beginn zwei verschiedene nationale grüne Gruppierungen (Seitz 2008): die Föderation der Grünen Parteien der Schweiz, die 1987 in die Grüne Partei der Schweiz umbenannt wurde (die moderaten Grünen oder «Gurkengrünen»), und die Grüne Alternative, die das ökologische Engagement stärker mit der Unterstützung von Anliegen der Dritten Welt oder des Friedens verbinden wollte (die alternativen Grünen oder «Wassermelonengrünen»). Ab den 1990er Jahren, insbesondere nach dem Beitritt der Grünen Alternativen zur Grünen Partei der Schweiz, positionierten sich die Grünen immer deutlicher auf der linken Seite des politischen Spektrums und schufen so die Grundlage für ein solides und dauerhaftes Bündnis mit der SP (siehe Kapitel 1, Seitz).

Die Verankerung der Schweizer Grünen im linken politischen Spektrum verdeutlichte sich, als sie sich von ihrem monothematischen Profil entfernten und ihre programmatische Basis auf sozial- und wirtschaftspolitische Fragen ausweiteten. Die SP versuchte ihrerseits in den 1980er Jahren, den Forderungen der neuen sozialen Bewegungen Rechnung zu tragen, indem sie postmaterialistische Werte im Bereich der Umweltpolitik, der internationalen Solidarität mit der Dritten Welt und der Gleichstellung von Mann und Frau ins Parteiprogramm aufnahm (Finger & Rey 1987). Dabei stand die SP vor dem gleichen Dilemma wie andere sozialdemokratische Parteien in Westeuropa (Kitschelt 1994): Wie lassen sich die Prioritäten ihrer traditionellen Wähler:innen aus dem Arbeitermilieu (soziale Gerechtigkeit, Wohlstandsausgleich, Wachstums- und Vollbeschäftigungspolitik) mit denen ihrer neuen – und zahlenmässig wachsenden – Wähler:innen aus der lohnabhängigen Mittelschicht (Umweltschutz, Autonomie des Individuums, gesellschaftliche Modernisierung) in Einklang bringen?

1 Daher ihr Slogan «weder links noch rechts» und auch der im Verband der Umweltparteien von 1983 zum Ausdruck gebrachte Wille, das traditionelle Links-rechts-Schema zu überwinden (Baer 2008; siehe Kapitel 1, Seitz).

Die Grünen waren nicht mit diesem Dilemma konfrontiert, da sie in den sozialen Milieus der Arbeiterklasse gar nie verankert waren. Seit ihrer Gründung haben sie sich in erster Linie an die jüngere Generation, an Stadtbewohnende, an die neue lohnabhängige Mittelschicht – insbesondere Fachkräfte, die in den Bereichen Erziehung, Soziales, Gesundheit, Bildung oder Kultur tätig sind² – und an Personen mit hohem Bildungsniveau gewandt. Die soziokulturellen Spezialist:innen sind mittlerweile zur wichtigsten Wählergruppe der Grünen geworden; die Abhängigkeit von ihnen ist (noch) stärker als bei der SP und hat seit Mitte der 1990er bis Ende der 2000er Jahre zugenommen (Sciarini, 2010a, 2010b, 2010c, 2013; Sciarini et al. 2009).

Um das aktuelle Profil der grünen Wähler:innen und ihre Entwicklung im Laufe der Zeit zu identifizieren, analysieren wir zunächst die Wahlentscheidung für die Grünen anhand der Daten aus den Befragungen der Schweizer Wahlstudie Selects. Tabelle 2.1 zeigt die Stärke der Grünen in verschiedenen Wählersegmenten bei den Wahlen 1995 (erste Selects-Befragung), 2007 – das Jahr, in dem die Grünen deutlich zulegen konnten – und 2019.³ Dadurch lassen sich diejenigen Segmente innerhalb des Elektorats identifizieren, die am häufigsten oder die am seltensten die Grünen wählten.⁴

Während die Grünen 1995 von Männern und Frauen noch gleich stark unterstützt wurden, nahm die Unterstützung durch die Frauen zu und ist nun höher als diejenige der Männer – noch wenig ausgeprägt im Jahr 2007, aber sehr deutlich dann bei den Wahlen 2019.

In den Jahren 1995 und 2007 nahmen die Stimmen für die Grünen mit zunehmendem Alter der Wählenden ab. Dieser Trend besteht auch noch 2019, ist aber etwas weniger ausgeprägt. Während die Grünen ihre Unterstützung

2 Diese Berufsgruppe wird in der Fachliteratur als soziokulturelle Spezialist:innen bezeichnet. Sie umfasst z.B. Lehrer:innen, Sozialarbeiter:innen oder Beschäftigte im Gesundheitswesen (vgl. Oesch 2006).

3 <https://forscenter.ch>. Zusätzlich zu den bivariaten Ergebnissen, die in Tabelle 2.1 dargestellt sind, haben wir eine multivariate Analyse durchgeführt, die es ermöglicht, die spezifischen Effekte einer bestimmten Variable unter Kontrolle der übrigen Variablen zu messen. Ausserdem lässt sich mit dem von uns geschätzten Modell messen, ob und wie sehr sich die Wirkung der einzelnen Variablen zwischen 1995 und 2019 verändert hat. Wir stellen die Ergebnisse dieses Modells nicht dar, berücksichtigen sie aber bei der Beschreibung der bivariaten Beziehungen.

4 Für eine ähnliche Analyse, allerdings für einen früheren Zeitraum (1991–2003) und mit einem Schwerpunkt auf dem Zusammenhang zwischen Alter und der Wahlabsicht für die Grünen, siehe Vatter & Stadelmann-Steffen 2008. Die Analyse der Stimmabgabe nach Familienstand, die nicht in Tabelle 2.1 dargestellt ist, zeigt, dass die Grünen bei den Ledigen besser und bei den Verwitweten schlechter abschneiden, was aber hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass in der Regel Ledige eher jüngeren und Verwitwete eher älteren Altersgruppen angehören.

Tabelle 2.1: Wahlentscheid für die GPS nach soziodemografischen Merkmalen, Nationalratswahlen 1995, 2007 und 2019 (alle Wählenden = 100 %)

	1995	2007	2019
Total	5	10	13
Frauen	5	11	16
Männer	5	9	11
18-35 Jahre	9	17	20
36-50 Jahre	5	13	13
51-65 Jahre	3	8	14
> 65 Jahre	3	4	9
Protestanten	6	9	11
Katholiken	4	7	10
Andere Konfession	1	4	10
Konfessionslos	9	19	22
Obligatorische Schule	4	6	8
Berufslehre	5	11	9
Matura, (Fach)hochschule	9	16	21
Arbeiter:innen	3	6	9
Dienstleistungsangestellte	3	6	10
Büroangestellte	4	8	8
Technische Spezialist: innen	6	16	14
Soziokulturelle Spezialist:innen	9	18	23
Führungskräfte	4	9	11
Freiberufler:innen, Unternehmer:innen	2	15	13
Einzelfirmen, Kleinunternehmer:innen	6	4	11
Deutschsprachige Schweiz	6	9	12
Französischsprachige Schweiz	3	12	20
Italienischsprachige Schweiz	2	3	10
Stadt	*	11	17
Landschaft	*	5	10

Anmerkung: * Keine Angaben vorhanden für 1995.

Quelle: Selects-Befragung.

durch die unter 35-Jährigen zwischen 1995 und 2019 verdoppelten, war ihr Zuwachs bei den anderen Altersgruppen – und insbesondere in der Altersgruppe der 51- bis 65-Jährigen – noch stärker.

Wie schon 1995 und 2007 bekamen die Grünen auch 2019 von den Konfessionslosen deutlich mehr Unterstützung als von Personen mit Religionszugehörigkeit.

Die Stimmabgabe für die Grünen steigt mit höherem Bildungsniveau stark an und dieser Zusammenhang bleibt über die Zeit stabil.

1995 gab es bei der Stimmabgabe für die Grünen noch kaum Unterschiede nach sozio-professioneller Kategorie⁵, ausser bei den soziokulturellen Spezialist:innen, bei denen die Grünen deutlich besser abschnitten als in den anderen Kategorien. Dies galt zwar auch noch für die Wahlen 2019, aber die Grünen haben ihr Wahlergebnis in diesem Wahlgang in den anderen Wählersegmenten deutlich verbessert, insbesondere bei den technischen Spezialist:innen und den Freiberufler:innen und Unternehmer:innen. Wenig Unterstützung geniessen die Grünen dagegen in den unteren Schichten (Arbeiter:innen, Dienstleistungs- und Büroangestellte).

Die Veränderung des Wahlentscheids in Abhängigkeit der Sprache ist ziemlich spektakulär (siehe Kapitel 5, Lutz). 1995 wurden die Grünen in der Deutschschweiz stärker unterstützt als in der Romandie und in der italienischen Schweiz. Die Situation hat sich seither radikal verändert: Die Grünen haben in der Romandie viel stärker zugelegt als in den anderen Sprachregionen, so dass ihre Parteistärke 2019 in der Romandie deutlich höher war als in der Deutschschweiz oder der italienischen Schweiz. Zudem werden die Grünen in den Städten traditionell besser unterstützt als auf dem Land (siehe Kapitel 6, Schneider).

In Tabelle 2.2 sind die Ergebnisse der Analysen in Bezug auf die Zusammensetzung der grünen Wähler:innen dargestellt. Gezeigt wird, welche Gruppen innerhalb der Wähler:innen am meisten zum Wahlerfolg der Grünen beitragen.

- › Bei den Wähler:innen der Grünen sind Frauen stärker vertreten als Männer: Bei den drei untersuchten Wahlgängen kamen von zehn Stimmen für die Grünen fast sechs von Frauen.
- › Im Jahr 1995 gaben Wähler:innen unter 35 Jahren fast die Hälfte der Stimmen für die Grünen ab. Ihr Anteil an den grünen Wähler:innen hat im Laufe der Zeit abgenommen, während sich der Anteil der 51- bis 65-Jährigen zwischen 1995 und 2019 mehr als verdoppelt hat; dieser Gruppe verdanken die Grünen 2019 ihren grössten Stimmenzuwachs.⁶

5 Die Kategorisierung in acht Berufsklassen von Oesch (2006; siehe auch Oesch & Rennwald 2010, 224f.) verbindet zwei Dimensionen, eine vertikale und eine horizontale, und zwar mit Bezug auf die mehr oder weniger hohe Stellung des Berufs (hinsichtlich Einkommen oder Mobilitätsperspektiven) und auf die Arbeitslogik, die den Beruf auszeichnet.

6 Die hier präsentierte statistische Analyse erlaubt es nicht, zu zeigen, ob es sich dabei um einen Alterseffekt handelt, d. h. einen Effekt des Lebenslaufs, der mit der biologischen Alterung einhergeht, oder um einen Generationeneffekt, d. h. einen Effekt, der die in einem bestimmten Jahr oder Jahrzehnt Geborenen betrifft und diese Kohorte dauerhaft von früheren und späteren Generationen unterscheidet. Ledige stellen etwa ein Drittel der Stimmen für die Grünen, Verwitwete knapp 5 Prozent (siehe dazu auch Vatter & Stadelmann-Steffen 2008).

- › Der Anteil Protestant:innen innerhalb der grünen Wähler:innen ist stark zurückgegangen, während der Anteil der Konfessionslosen deutlich zugenommen hat.
- › Besser ausgebildete Personen machten 1995 ein Drittel der grünen Wähler:innen aus, 2019 hingegen 60 Prozent. Zwar ist der Anteil der Personen mit hohem Ausbildung in der Gesellschaft generell angestiegen (von 19 Prozent im Jahr 1995 auf 38 Prozent im Jahr 2019), unter den grünen Wähler:innen aber ist ihr Anteil noch höher.
- › Im Zusammenhang mit obigen Ausführungen zeigt sich in Tabelle 2.2 auch, dass die Grünen hauptsächlich von drei sozioprofessionellen Gruppen gewählt werden: den soziokulturellen Spezialist:innen, die einen Drittel der grünen Wähler:innen im Jahr 2019 ausmachten (diese Kategorie macht innerhalb der gesamten Wähler:innen knapp 20 Prozent aus), den Führungskräften/Verwaltungsangestellten und den technischen Spezialist:innen.
- › Die sprachregionale Zusammensetzung der Wähler:innen der Grünen und ihre Entwicklung im Laufe der Zeit spiegeln die zunehmende Unterstützung der Partei in der Romandie wider: 1995 entfiel nur ein Zehntel der Stimmen für die Grünen auf die Romands, 2007 und 2019 waren es fast ein Drittel.

Die Konkurrenz zwischen GPS, SP und GLP

Aufgrund der ideologischen und programmatischen Nähe zwischen der SP und den Grünen gehen die beiden Parteien sehr häufig Koalitionen ein. Auswertungen des Abstimmungsverhaltes im Parlament zeigen die grosse Übereinstimmung zwischen den grünen und den sozialdemokratischen Parlamentarier:innen, die sehr oft geeint abstimmen (Schwarz & Linder, 2006; siehe Kapitel 8, Schwarz). Auch bei Wahlen zeigt sich die rot-grüne Partnerschaft in verschiedenen Formen von Bündnissen, wie z. B. Listenverbindungen bei eidgenössischen oder kantonalen Parlamentswahlen oder gemeinsame Listen bei Regierungswahlen in Kantonen oder Städten. Dennoch bleiben die Grünen und die SP zwei verschiedene Parteien und stehen daher zwangsläufig in Konkurrenz zueinander. Zusätzlich zu dieser etablierten Konkurrenz sehen sich die Grünen nun aber auch auf ihrer rechten Seite der Konkurrenz durch die Grünliberalen gegenüber – letztere sind mittlerweile in fast zwei Dutzend Kantonen im Parlament vertreten. Doch wie und in welchem Ausmass unterscheiden sich die Wähler:innen der Grünen von denjenigen der SP und der GLP?

Tabelle 2.2: Soziodemografische Zusammensetzung der Wähler:innen der GPS, Nationalratswahlen 1995, 2007 und 2019 (GPS-Wählende = 100 %)

	1995	2007	2019
Frauen	57	54	57
Männer	43	46	43
18-35 Jahre	43	29	27
36-50 Jahre	30	34	22
51-65 Jahre	16	25	32
> 65 Jahre	11	13	19
Protestanten	48	34	30
Katholiken	34	28	30
Andere Konfession	1	3	3
Konfessionslos	17	35	37
Obligatorische Schule	43	31	22
Berufslehre	23	33	18
Matura, (Fach)hochschule	34	37	60
Arbeiter:innen	11	8	6
Dienstleistungsangestellte	7	7	7
Büroangestellte	9	9	5
Technische Spezialist:innen	12	16	14
Soziokulturelle Spezialist:innen	29	28	33
Führungskräfte	16	19	23
Freiberufler:innen, Unternehmer:innen	2	8	6
Kleinunternehmer:innen	14	5	7
Deutschsprachige Schweiz	89	69	66
Französischsprachige Schweiz	9	30	31
Italienischsprachige Schweiz	2	1	3

Anmerkung: Keine Angaben vorhanden für Stadt/Land.

Quelle: Selects-Befragung.

Um diese Frage zu beantworten, untersuchen wir in einem ersten Schritt die potenziellen Wähler:innen der drei Parteien mithilfe eines Masses zur Wahlwahrscheinlichkeit, das in den Selects-Befragungen erhoben wurde. In einem zweiten Schritt kehren wir zur Analyse der tatsächlichen Wähler:innen der drei Parteien zurück.

Wettbewerb um potenzielle Wählerinnen und Wähler

In den Selects-Befragungen werden die Befragten gebeten, auf einer Skala von 0 bis 10 die Wahrscheinlichkeit einzuschätzen, dass sie «eines Tages ihre Stimme Partei X geben». Diese Frage nach der Wahlwahrscheinlichkeit, die

für die sechs oder sieben grössten Parteien gestellt wird, die im Wohnkanton der Befragten zur Wahl antreten, ermöglicht es, die Grösse und die Merkmale der Personen zu beschreiben, die zu den potenziellen Wähler:innen dieser Partei gehören.⁷

Analysen mit den Daten aus den Selects-Befragungen von 1995 bis 2007 haben gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, die SP zu wählen, sehr stark mit der Wahrscheinlichkeit, die Grünen zu wählen, korreliert (Bochsler & Sciarini 2010; Sciarini 2010b). Dies ist auch 2019 der Fall: Der Korrelationskoeffizient zwischen der Wahrscheinlichkeit, die Grünen zu wählen und der Wahrscheinlichkeit, die SP zu wählen, ist sehr hoch (0,63, N=5782); 40 Prozent der Befragten haben genau die gleiche Wahrscheinlichkeit, die Grünen oder die SP zu wählen. Bei 30 Prozent unterscheidet sich die Wahrscheinlichkeit, eine der beiden Parteien zu wählen, nur um einen oder zwei Punkte auf einer 10er-Skala. Die Personen, die angeben, entweder die Grünen klar der SP bzw. die SP klar den Grünen vorzuziehen (Unterschied von mehr als 5 Punkten auf der Skala von 0 bis 10), machen nur einen sehr kleinen Anteil der Wähler:innen aus (8 Prozent).

Es besteht aber auch ein starker Zusammenhang zwischen der Wahrscheinlichkeit, die Grünen zu wählen, und der Wahrscheinlichkeit, die Grünliberalen zu wählen (0,51 im Jahr 2011, 0,56 im Jahr 2019). 2019 wiesen 43 Prozent der Befragten genau die gleiche Wahrscheinlichkeit auf, die Grünen oder die Grünliberalen zu wählen, und 25 Prozent eine fast identische Wahrscheinlichkeit (ein oder zwei Punkte Unterschied auf der 10-er-Skala). Die Wahrscheinlichkeit, die SP und die Grünliberalen zu wählen, ist hingegen schwächer korreliert (0,34); nur 26 Prozent der Befragten haben die gleiche Wahrscheinlichkeit, die SP oder die Grünliberalen zu wählen, und 26 Prozent haben eine fast identische Wahrscheinlichkeit (ein oder zwei Prozentpunkte Unterschied).

Die Wahrscheinlichkeit, die Grünen zu wählen, ist nicht nur insgesamt sehr ähnlich wie die Wahrscheinlichkeit, eine ihrer beiden Hauptkonkurrentinnen zu unterstützen. Dies gilt auch speziell für die Personen, die für eine solche Analyse am relevantesten sind, d. h. die Personen, die eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, diese Parteien überhaupt zu wählen. Dies geht aus den Tabellen 2.3 und 2.4 hervor, in denen wir die Fragen zur Wahlwahrschein-

7 Der Vorteil der Frage nach der Wahlwahrscheinlichkeit gegenüber der Frage nach des Wahlentscheids («Welche Partei haben Sie gewählt?») besteht darin, dass sie Informationen über die relativen Präferenzen der Wähler:innen liefert. Dies im Sinne, dass sie eine Einschätzung darüber ermöglicht, wie sehr die Befragten bereit sind, eine Partei zu wählen im Vergleich zur Wahrscheinlichkeit, eine andere Partei zu wählen. Darüber hinaus ist sie auch besser geeignet, um die potenzielle Stimmabgabe für kleine Parteien zu untersuchen.

Tabelle 2.3: Wahrscheinlichkeit, die GPS zu wählen, in Abhängigkeit von der Wahrscheinlichkeit, die SP zu wählen und umgekehrt, 2019 (in Prozent)

	... tief	... mittel	... hoch
Wahrscheinlichkeit GPS zu wählen, bei Personen, die SP wählen wollen ...	9	28	68
Wahrscheinlichkeit SP zu wählen, bei Personen, die GPS wählen wollen ...	7	29	68

Quelle: Selects-Befragung (Eigene Berechnungen).

lichkeit in drei Kategorien codiert haben: hohe Wahrscheinlichkeit (8 bis 10 von 10 Punkten, dass die Person «eines Tages Partei X wählen wird»), mittlere Wahrscheinlichkeit (5 bis 7 von 10 Punkten) und niedrige Wahrscheinlichkeit (0 bis 4 von 10 Punkten).

Tabelle 2.3 zeigt, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit, eine der beiden Parteien Grünen oder SP zu wählen, mit einer hohen Wahrscheinlichkeit einhergeht, die andere der beiden Parteien zu wählen: Zwei Drittel der Personen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit, die SP zu wählen, haben auch eine hohe Wahrscheinlichkeit, die Grünen zu wählen (und umgekehrt); weniger als eine von zehn Personen, die eine geringe Wahrscheinlichkeit haben, eine der beiden Parteien zu wählen, haben eine hohe Wahrscheinlichkeit, die andere zu wählen. Dies bestätigt, dass sich die beiden Parteien weitgehend die gleiche potenzielle Wähler:innen teilen, oder anders gesagt, dass sie grösstenteils im gleichen Teich fischen (Sciarini 2010b).

Wie Tabelle 2.4 zeigt, geht eine hohe Wahrscheinlichkeit, die Grünen zu wählen, auch mit einer hohen Wahrscheinlichkeit einher, die Grünliberalen zu wählen. Diese Beziehung ist jedoch weniger stark als bei der SP und zeigt zudem eine leicht asymmetrische Beziehung zugunsten der Grünen: Auf der einen Seite haben fast zwei Drittel der Personen, die eine hohe Wahrscheinlichkeit aufweisen, die Grünliberalen zu wählen, auch eine hohe Wahrscheinlichkeit, die Grünen zu wählen; auf der anderen Seite hat nur die Hälfte der Personen, die eine hohe Wahrscheinlichkeit aufweisen, die Grünen zu wählen, auch eine hohe Wahrscheinlichkeit, die Grünliberalen zu wählen. Es gibt also proportional mehr potenzielle Wähler:innen der Grünliberalen, die sich vorstellen können, die Grünen zu wählen, als potenzielle Wähler:innen der Grünen, die sich vorstellen können, die Grünliberalen zu wählen.

Die Korrelation zwischen einer hohen Wahrscheinlichkeit, die SP zu wählen und einer hohen Wahrscheinlichkeit, die GLP zu wählen, ist noch geringer (nicht dargestellt): Nur 44 Prozent der Personen, die eine hohe Wahr-

Tabelle 2.4: Wahrscheinlichkeit, die GPS zu wählen, in Abhängigkeit von der Wahrscheinlichkeit, die GLP zu wählen und umgekehrt, 2019 (in Prozent)

	... tief	... mittel	... hoch
Wahrscheinlichkeit GPS zu wählen, bei Personen, die GLP wählen wollen ...	14	29	64
Wahrscheinlichkeit GLP zu wählen, bei Personen, die GPS wählen wollen ...	9	20	51

Quelle: Selects-Befragung (Eigene Berechnungen).

scheinlichkeit haben, die GLP zu wählen, haben auch eine hohe Wahrscheinlichkeit, die SP zu wählen; in umgekehrter Richtung ist der entsprechende Anteil noch geringer (36 Prozent).

Zusammenfassend lässt sich somit sagen, dass die Grünen in Bezug auf potenzielle Wähler:innen in einem starken und symmetrischen Wettbewerb mit der SP stehen und in einem relativ starken Wettbewerb mit den Grünliberalen, der ihnen eher zum Vorteil gereicht. Dagegen ist die Konkurrenz zwischen der SP und den Grünliberalen geringer.

Unterschiede im Profil der tatsächlich Wählenden

Um zu beurteilen, ob und wie stark sich das Profil der Wähler:innen der Grünen vom Profil der Wähler:innen der SP und der GLP unterscheidet, haben wir eine Regressionsanalyse mit den Daten aus der Selects-Befragung 2019 durchgeführt, die neben soziodemografischen Faktoren auch vier politische Faktoren einbezieht: die Selbstpositionierung auf der Links-rechts-Achse sowie die Haltung in Bezug auf Umverteilung, internationale Öffnung und Umweltpolitik.⁸ Die Ergebnisse dieser Analysen sind der Tabelle 2.5 zu entnehmen.⁹ Diese Ergebnisse, sowie die aus den Koeffizienten der Regression berechneten vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten, eine der drei Parteien zu wählen, können wie folgt zusammengefasst werden:

- › Selbst wenn man die Analyse nur mit soziodemografischen Variablen durchführt, sind die Unterschiede in der Absicht, die Stimme den Grünen zu geben, zwischen den einzelnen Gruppen im Vergleich zur

8 Die politischen Einstellungen werden anhand von Fragen zu den Sozialausgaben des Bundes und der Besteuerung hoher Einkommen, zum EU-Beitritt der Schweiz und der Einstellung gegenüber Ausländer:innen und zur Bedeutung, die der Umwelt im Vergleich zum Wirtschaftswachstum zukommen soll, gemessen.

9 Die Erklärungskraft des Modells (R2) ist gering (0,09), aber das ist nicht überraschend, da wir versuchen, die Unterschiede in der Stimmabgabe für Parteien zu erklären, die einander ziemlich (oder sogar sehr) nahestehen.

SP und den Grünliberalen sehr bescheiden. Darüber hinaus sind viele dieser Unterschiede (z. B. die höhere Tendenz von Frauen im Vergleich zu Männern, die Grünen der SP oder der GLP vorzuziehen) nicht mehr signifikant, wenn man auch politische Faktoren in die Analyse einbezieht. Es bleiben nur einige kleine Unterschiede, z. B. die grössere Wahrscheinlichkeit von Personen mit hohem Bildungsniveau im Vergleich zu Personen mit niedrigem Bildungsniveau, eher die Grünen oder die Grünliberalen als die SP zu wählen.

- › Bei den politischen Faktoren zeigen sich die vorhandenen Unterschiede deutlicher. Erstens ist der Wahlentscheid für die Grünen weniger eng an die Selbstpositionierung auf der Links-rechts-Achse gebunden als der Wahlentscheid für die SP oder die GLP: Personen, die sich ganz links auf der Links-rechts-Achse positionieren, wählen etwas häufiger SP als GPS, während Personen, die sich rechts auf der Achse positionieren, GLP wählen, aber nicht grün oder sozialdemokratisch. Zweitens weisen die Einstellungen bezüglich Staatseingriffen und Umverteilung das gleiche Muster auf: die Personen, die Staatsinterventionen am meisten befürworten, wählen eher SP als GPS, während die Personen, die Staatseingriffe ablehnen, GLP wählen, aber nicht SP oder GPS. Drittens befürworten die Wähler:innen der Grünen die internationale Öffnung der Schweiz etwas weniger als die Wähler:innen der SP, unterscheiden sich aber in dieser Hinsicht nicht von den grün-liberalen Wähler:innen. Schliesslich stehen die Wähler:innen der Grünen häufiger vor dem Dilemma zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum als die Wähler:innen der SP: Während Wähler:innen, die den Umweltschutz dem Wirtschaftswachstum vorziehen, mit ähnlicher Wahrscheinlichkeit die SP oder die Grünen wählen, zeigen Personen, die das Wirtschaftswachstum bevorzugen, fast keine Tendenz, die Grünen zu wählen, aber eine hohe Wahrscheinlichkeit, die SP zu wählen. Die Wahl der Grünliberalen hängt dagegen nicht davon ab, ob man der Ökologie oder dem Wirtschaftswachstum Priorität einräumt. In beiden Fällen ist die Wahrscheinlichkeit, die Grünliberalen zu wählen, etwa gleich.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Analyse der effektiven Wähler:innen ein paar kleine Unterschiede in Bezug auf die Determinanten des Wahlentscheids für die Grünen – und damit in der Zusammensetzung ihrer Wähler:innen – im Vergleich zu ihren beiden Konkurrentinnen hervorbringt. Diese Analyse bestätigt zudem, dass die Grünen im linken Lager von der SP und auf der rechten Seite von den Grünliberalen bedrängt werden.

Die Wählerströme zwischen Grünen, SP und Grünliberalen

Die Wählerwanderung von einer Partei zu einer anderen zwischen zwei Wahlen bringt den Parteienwettbewerb am deutlichsten zum Ausdruck. Wir betrachten daher zunächst die Wählerströme zwischen den eidgenössischen Wahlen von 2015 und von 2019 unter Berücksichtigung aller Parteien. Anschliessend werden wir die Verschiebungen zwischen den Grünen und der SP genauer untersuchen, wobei wir die zeitliche Perspektive auf frühere Wahlen ausweiten. Die folgenden Analysen basieren auf einer retrospektiven Frage in den Selects-Befragungen: Die Befragten werden nicht nur gefragt, welche Partei sie bei den letzten Nationalratswahlen gewählt haben, sondern auch, welche Partei sie vier Jahre zuvor gewählt haben.¹⁰

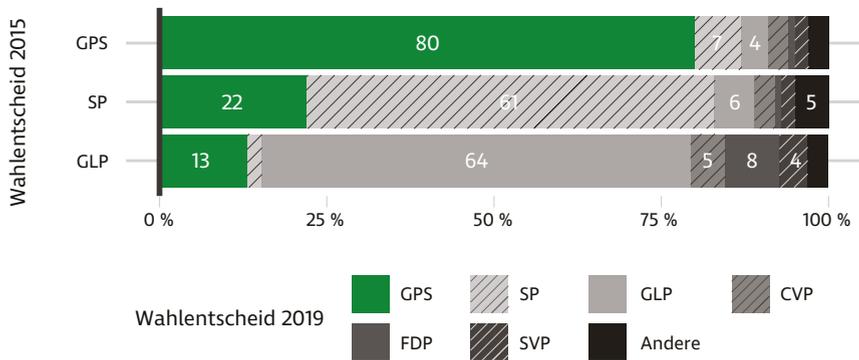
Wählerströme zwischen 2015 und 2019

Abbildung 2.1 zeigt, wohin die Stimmen, die 2015 an die Grünen gingen, 2019 gegangen sind. Die Analyse unterstreicht die Stabilität des Stimmenscheids für die Grünen: 80 Prozent der Personen, die 2015 ihre Stimme den Grünen gaben, taten dies auch 2019. Im Gegensatz dazu wählten nur 61 Prozent der SP-Wähler:innen von 2015 auch 2019 wieder SP. Diese geringe Treue zur SP ist auf eine Abwanderung zu den Grünen zurückzuführen: Ein Fünftel der Personen (22 Prozent), die 2015 die SP wählten, wählten 2019 die Grünen. Die Grünen profitierten auch vom Wechsel von Wählenden, die 2015 die GLP unterstützten (13 Prozent), während die Transfers in die andere Richtung (von den Grünen zu den Grünliberalen) gering waren (4 Prozent).

Abbildung 2.2 zeigt, welche Parteien die Personen, die 2019 die Grünen wählten, 2015 gewählt haben. Mehr als die Hälfte der Stimmen, die die Grünen 2019 erhalten haben, stammen von Wählenden, die 2015 eine andere Partei gewählt haben, vor allem die SP (37 Prozent); dieser Anteil ist sogar höher als der Anteil der Personen, die bereits 2015 die Grünen gewählt haben (33 Prozent). Dies bestätigt, dass der Sieg der Grünen bei den eidgenössischen Wahlen 2019 zu einem (guten) Teil durch den Transfer von Stimmen von der SP zu den Grünen erklärt werden kann (Tresch et al. 2020). Im Gegensatz zu den Grünen erhielt die SP 2019 den Grossteil ihrer Stimmen von Personen (drei Viertel), die sie bereits 2015 gewählt haben; sie konnte somit nur (sehr) wenige

10 Diese Vorgehensweise ist natürlich nicht ideal, da sich viele Befragte nicht unbedingt daran erinnern, welche Partei sie vier Jahre zuvor gewählt haben und/oder dazu tendieren, die gleiche Partei zu nennen, die sie 2019 gewählt haben. Es besteht das Risiko, dass die Stabilität von einer Wahl zur nächsten überschätzt wird, aber dieses Risiko ist sehr wahrscheinlich für alle Parteien gleich gross und beeinträchtigt daher den Vergleich zwischen den Parteien nicht.

Abbildung 2.1: Wahlentscheidung 2019, im Vergleich zur Wahlentscheidung 2015 (in Prozent)

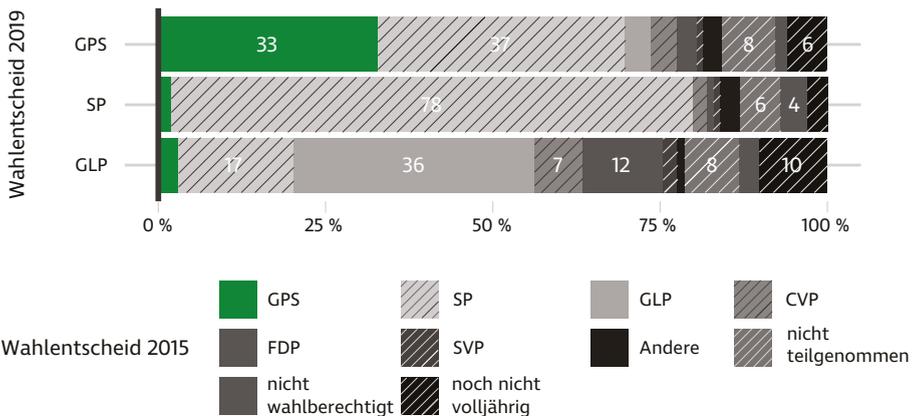


Anmerkung: N=3788.

Quelle: Selects-Befragung.

Lesebeispiel: Von denjenigen, die 2015 die GPS gewählt haben, wählten 2019 80 Prozent erneut die GPS.

Abbildung 2.2: Herkunft der Stimmen, die GPS, SP und GLP 2019 erhalten haben (in Prozent)



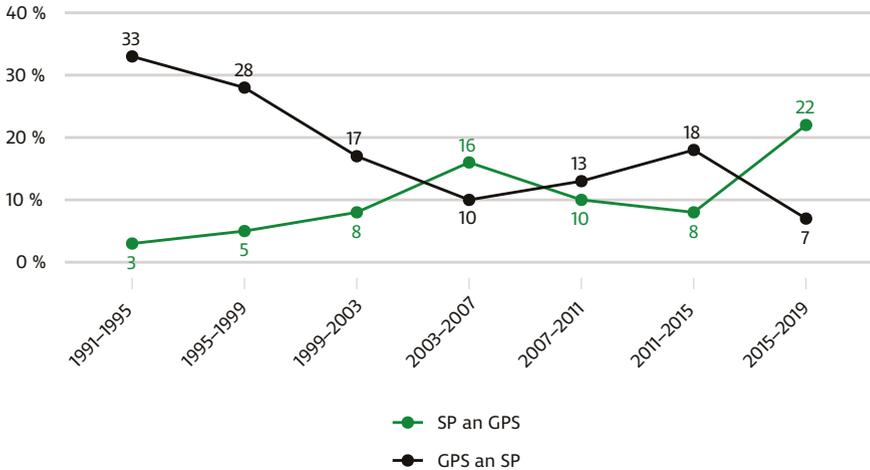
Anmerkung: N=4368.

Quelle: Selects-Befragung.

Lesebeispiel: Von denjenigen, die 2019 die GPS wählten, hatten 33 Prozent bereits 2015 die GPS gewählt, 37 Prozent SP und 30 Prozent andere Parteien bzw. nahmen nicht an der Wahl teil.

Wählertransfers verbuchen. Die Grünliberalen ihrerseits unterscheiden sich von den anderen Parteien dadurch, dass sie mehr Stimmen (fast 20 Prozent) von Personen erhalten haben, die sich 2015 der Stimme enthalten haben oder noch nicht wahlberechtigt bzw. volljährig waren.

Abbildung 2.3: Wähler:innenströme zwischen SP und GPS von einer Wahl zur nächsten



Quelle: Selects-Befragung.

Lesebeispiel: 33 Prozent von denjenigen, die 1991 die GPS gewählt haben, wählten 1995 die SP.

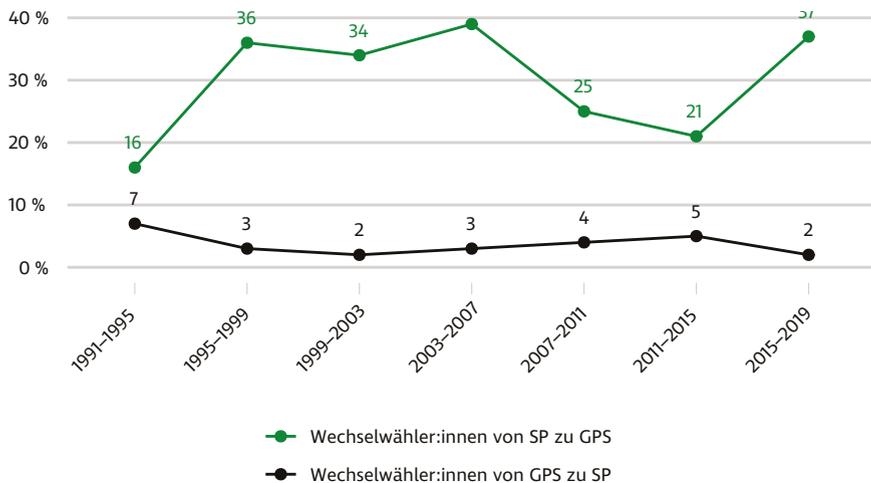
Wählerströme zwischen der SP und der GPS

Die folgenden Abbildungen konzentrieren sich auf die Stimmenverschiebungen zwischen der SP und den Grünen, allerdings über einen längeren Zeitraum. Abbildung 2.3 zeigt den Anteil der Wähler:innen, der von einer Wahl zur nächsten die Stimmen von der SP auf die Grünen übertragen hat und umgekehrt.

Bis Anfang der 2000er Jahre profitierte die SP von einer asymmetrischen Wettbewerbssituation mit den Grünen, in dem Sinne, dass es von einer Wahl zur nächsten proportional mehr Stimmentransfers von den Grünen zur SP als von der SP zu den Grünen gab. Die Symmetrie kehrte sich zwischen 2003 und 2007 vorübergehend um und fiel dann zwischen 2007 und 2011 sowie zwischen 2011 und 2015 wieder zugunsten der SP aus. Wie bereits in Abbildung 2.1 dargestellt, kam es 2019 zu einer weiteren starken Verschiebung: 22 Prozent der Personen, die 2015 die SP gewählt haben, wählten 2019 die Grünen, während es in der umgekehrten Richtung nur 7 Prozent waren.

Da die Wählerstärke der Grünen lange Zeit deutlich unter derjenigen der SP lag, ist ebenfalls zu eruieren, wieviel die oben genannten Transfers zur Wählerstärke der beiden Parteien beitragen. Abbildung 2.4 zeigt, dass die

Abbildung 2.4: Anteil der Stimmen der Wechselwähler:innen an der Parteistärke der SP und der GPS



Quelle: Selects-Befragung.

Lesebeispiel: 16 Prozent der Parteistärke der GPS bei den Wahlen 1995 stammt von Wählenden, die 1991 die SP gewählt haben.

Wechselwähler:innen von der SP einen grossen Teil der Wählerstärke der Grünen ausmachen, während bei der SP der Anteil an Personen, die bei der letzten Wahl die Grünen gewählt haben, sehr gering ist.

Zusammenfassung

Abschliessend können wir aus unserer Analyse ein Phantombild der heutigen Wähler:innen der Grünen Partei der Schweiz zeichnen. Es handelt sich dabei eher um eine Wählerin als um einen Wähler, und zwar aus der Altersgruppe 18–35 Jahre oder 51–65 Jahre. Eine Deutsch- oder Westschweizerin, die in einem städtischen Umfeld wohnt, konfessionslos ist, ein höheres Bildungsniveau hat und zur lohnabhängigen Mittelschicht, häufig zu den so genannten soziokulturellen Spezialist:innen, gehört. Dieses Bild entspricht auch ziemlich genau dem typischen Wählertyp der SP. Tatsächlich zeigt unsere Analyse, dass die SP und die Grünen in einem starken Konkurrenzverhältnis zueinander stehen: Einerseits fischen sie zu grossen Teilen im gleichen Teich nach potentiellen Wähler:innen, andererseits lassen sich ihre tatsächlichen Wähler:in-

nen soziodemografisch schwer und politisch nur geringfügig unterscheiden: Personen, die sehr links stehen und/oder sehr für staatliche Interventionen sind und/oder die Wirtschaft der Ökologie vorziehen, wählen die Grünen etwas weniger als die SP.

Mittlerweile bekommen die Grünen zusätzlich Konkurrenz von den Grünliberalen. Die potenziellen Wähler:innen der beiden Parteien sind sich ebenfalls recht ähnlich, aber die Gewinnerin im Wettbewerb um Wählerstimmen ist tendenziell eher die GPS. Darüber hinaus sind die tatsächlichen Wähler:innen der Grünen und der Grünliberalen soziodemografisch zwar ebenfalls sehr schwer zu unterscheiden, politisch gesehen stehen die Wähler:innen der Grünen jedoch mehr links, befürworten eher Staatsinterventionen und sind umweltfreundlicher eingestellt als die Wähler:innen der Grünliberalen.

Die Untersuchung der Stimmenverschiebungen von einer Wahl zur nächsten zeigt deutlich, dass der Wahlerfolg der Grünen häufig auf Kosten der SP geht und umgekehrt (Baer 2008; Sciarini 2010b; 2010c). Bisher hat dieses Prinzip der «kommunizierenden Röhren» zwischen den beiden Parteien die Möglichkeit eines gemeinsamen Zuwachses eingeschränkt. Ob dies in Zukunft anders sein wird, ist eine offene Frage. In dieser Hinsicht scheinen die Aussichten für das Paar Grüne-Grünliberale günstigster zu sein. Im Jahr 2019 legten beide Parteien gemeinsam zu. Ganz allgemein erhöhen die Sorgen um die Umwelt und die Tendenz, die Parteien zu wählen, die in diesem Bereich als am kompetentesten wahrgenommen werden (Petitpas & Sciarini 2018, 2022), sowie die ideologische Differenzierung der beiden grünen Parteien auf der Links-rechts-Dimension die Chancen auf ein gemeinsames Wachsen.

Tabelle 2.5: Determinanten des Wahlentscheids für die GPS, gegenüber der SP und der GLP (multinomiale logistische Regression)

	SP		GLP	
	Koeffizient	Standardfehler	Koeffizient	Standardfehler
Geschlecht (= weiblich)	-0.16	0.11	-0.25	0.15
Alter (Referenzkategorie: 36-50)				
18-35	-0.21	0.19	0.18	0.23
51-65	0.03	0.16	-0.22	0.20
> 65	0.18	0.18	-0.81	0.25
Zivilstand (Referenzkategorie: verheiratet)				
ledig	0.16	0.16	0.38	0.20
getrennt/geschieden	0.21	0.17	-0.04	0.26
verwitwet	0.41	0.34	-1.81	0.91
Religion (Referenzkategorie: katholisch)				
protestantisch	-0.06	0.14	0.24	0.19
andere	0.00	0.35	-0.04	0.42
konfessionslos	-0.34	0.14	-0.10	0.19
Bildung (Referenzkategorie: obligatorische Schule/Berufslehre)				
höhere Berufsbildung	-0.29	0.16	0.50	0.22
tertiäre Bildung	-0.61	0.14	0.20	0.20
Wohnort (Referenzkategorie: Kleinstadt)				
Land	0.26	0.19	0.04	0.26
Stadt	-0.31	0.14	-0.33	0.18
Grossstadt	-0.15	0.16	-0.68	0.22
Region (Referenzkategorie: Deutschschweiz)				
Westschweiz	-0.48	0.13	-1.48	0.20
Tessin	0.11	0.33	-2.30	0.73
Ideologie (Maximum = rechts)	-0.08	0.04	0.41	0.04
Umwelt vs. Wirtschaft (Maximum = Wirtschaft)	1.00	0.09	0.71	0.11
Staatseingriffe (Maximum = wenig Eingriffe)	-0.12	0.05	0.47	0.06
Aussenpolitische Öffnung (Maximum = mehr Öffnung)	0.16	0.03	0.06	0.04
Konstante	-0.75	0.30	-2.04	0.38
N Pseudo-R2	0.09			

Anmerkung: Referenzkategorie der abhängigen Variable: «GPS». Die Koeffizienten für das Geschlecht zeigen beispielsweise, dass Männer seltener SP (-0.16) oder die GLP (-0.25) wählen als die GPS, aber diese Effekte sind statistisch nicht signifikant.

3 Politische Position von Parteibasis und Parteiführung der ökologischen Parteien GPS und GLP

Isabelle Stadelmann-Steffen und Karin Ingold

Bei den nationalen Wahlen 2019 überrollte die «grüne Welle» die Schweizer Parteienlandschaft. Sowohl die Grüne Partei der Schweiz (GPS) wie auch die Grünliberale Partei Schweiz (GLP) konnten ihre Wähler:innenanteile beinahe verdoppeln (um 6,1 Prozentpunkte auf 13,2 Prozent bzw. um 3,2 Punkte auf 7,8 Prozent). Die Fragen, die sich somit stellen, sind die folgenden: Brachten die Gewinne der ökologischen Parteien Veränderungen in der Zusammensetzung ihrer Basis und ihrer Parteixponent:innen mit sich bzw. bedeuten die grossen Zugewinne bei den Wahlen 2019, dass die Wählerbasis der GPS und der GLP grösser wurde (Dolezal 2010)? Oder ist das (fast) Aufschliessen des grünen Lagers zu den Bundesratsparteien auch mit einer grösseren Heterogenität der Basis einhergegangen?

Im folgenden Kapitel werden in einem ersten Teil die umweltpolitischen Einstellungen der Wählenden und Parteiführung der GPS und der GLP untersucht, während in einem zweiten Teil auf die Positionen und politischen Präferenzen der ökologischen Parteien in ihren Kernthemen eingegangen wird (zur Geschichte der beiden Parteien siehe Kapitel 1, Seitz, für einen Vergleich der sozioökonomischen Profile der Wähler:innen siehe Kapitel 2, Sciarini & Petitpas). Dabei wird eine dreifach-vergleichende Perspektive eingenommen: Erstens soll ein Zeitvergleich die Veränderungen der grünen Welle nachzeichnen. Zweitens werden die Haltungen der Basis und Elite einander gegenübergestellt, um aufzuzeigen, inwiefern das Wachstum der Parteien die Zusammensetzung ihrer Wähler:innen verändert hat. Wir unterscheiden innerhalb der Parteien also zwischen der Parteibasis, d. h. den Wähler:innen (Basis-Perspektive) und der Parteiführung (Elite-Perspektive), welche die Strategien und Positionen der Parteien festlegen. Die Elite-Perspektive setzen wir auf zwei Arten um: Einerseits im ersten Teil über die Kandidat:innen, die sich als Vertreter:innen dieser Elite-Position den Wähler:innen zur Wahl anbieten. Andererseits schauen wir uns im zweiten Teil die Positionen der Parteien in Vernehmlassungen an, wobei die vier ausgewählten Parteien GPS, GLP, FDP und SP als Teil der politischen Elite angesehen werden (Hoffmann-Lange 2018). Drittens sollen die beiden ökologischen Parteien mit jenen Parteien verglichen werden, die ihnen jeweils ideologisch am nächsten stehen, aber ohne grün im Namen, d. h. zum einen mit der SP und zum anderen mit der FDP.

Daten und Methode

Datengrundlage für den ersten empirischen Teil bilden die Schweizer Wahlstudien 2015 und 2019 (Selects), wobei sowohl die Daten über die Wähler:innen wie auch die Kandidat:innenbefragung verwendet werden. Der zweite Teil stellt die Debatten zur Energiestrategie 2050 sowie zum neuen CO₂-Gesetz ins Zentrum und kombiniert Umfragedaten zur Parteibasis mit kodierten Positionen und Präferenzen der Parteien basierend auf Positionspapieren und Vernehmlassungsantworten. Die Befunde sollen Schlussfolgerungen darüber ermöglichen, was hinter der «grünen Welle» steckt.

Zum methodischen Beschrieb der Wahlstudie Selects siehe Kapitel 2, Sciarini & Petitpas.

Die Einstellungen der Wähler:innen und Kandidat:innen im dreifachen Vergleich

Den Analysen liegen zwei unterschiedliche Thesen zu den Hintergründen der grünen Erfolge bei den Wahlen 2019 im Vergleich zu 2015 zu Grunde: Die erste geht davon aus, dass 2019 ein grösserer Anteil der Wähler:innen dem Umweltthema hohe Bedeutung und Priorität zusprach und deshalb das Potenzial der ökologischen Parteien im Vergleich zu 2015 gewachsen ist (Lüth & Schaffer 2022). In dieser Sichtweise ist die Wahl von grünen Parteien längst nicht mehr nur ein themenbasierter und oft volatiler Entscheid, sondern die grünen Parteien können vielmehr auf eine stabile Wähler:innenbasis bauen, die sich durch bestimmte sozioökonomische und vor allem wertorientierte Charakteristiken auszeichnet (Dolezal 2010; Hooghe et al. 2010; Kroh & Schupp 2011; Rüdiger 2012). Die zweite These geht hingegen davon aus, dass sich die Einstellungen der Bevölkerung nicht wesentlich verändert haben, sich die ökologischen Parteien jedoch in Richtung Volksparteien entwickelten. Unter Volksparteien werden dabei grosse Parteien verstanden, welche unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ansprechen. Auf die ökologischen Parteien bezogen würde das bedeuten, dass sie für eine breitere, auch «weniger grüne» Gruppe wählbar wurden (Eith 2013; Hooghe et al. 2010). Wäre die grüne Welle bei den Wahlen 2019 hauptsächlich eine Folge dieses zweiten Mechanismus, würde sich dies in einem bezüglich Einstellungen, Positionen und Präferenzen heterogeneren Wähler:innenanteil (und vielleicht auch der Elite) der ökologischen Parteien zeigen. Ist der grüne Erfolg hingegen eine Folge einer stärkeren Priorisierung des Umweltthemas, sollten die Wähler:innen der ökologischen Parteien Umweltanliegen mindestens gleich stark wie früher oder sogar stärker ins Zentrum rücken.

Um die Stärke der umweltpolitischen Einstellungen zu messen, wird häufig auf den Trade-off zwischen Ökologie und Ökonomie zurückgegriffen. Die Frage lautet, ob in der Schweiz Umweltschutz oder wirtschaftliches Wachstum stärker gewichtet werden soll. Abbildung 3.1 illustriert, dass diese Frage von den Wähler:innen klar zu Gunsten der Umwelt beantwortet wurde – und dies bereits bei den Wahlen 2015. Einzig bei der FDP waren in beiden Jahren mehr als ein Viertel der Ansicht, dass Wirtschaftswachstum wichtiger sei. Überdies zeigt sich, dass die Wähler:innen von GLP und GPS dem Umweltschutz deutlich häufiger Priorität beimessen als die Basis ihrer ideologischen Nachbar:innen.

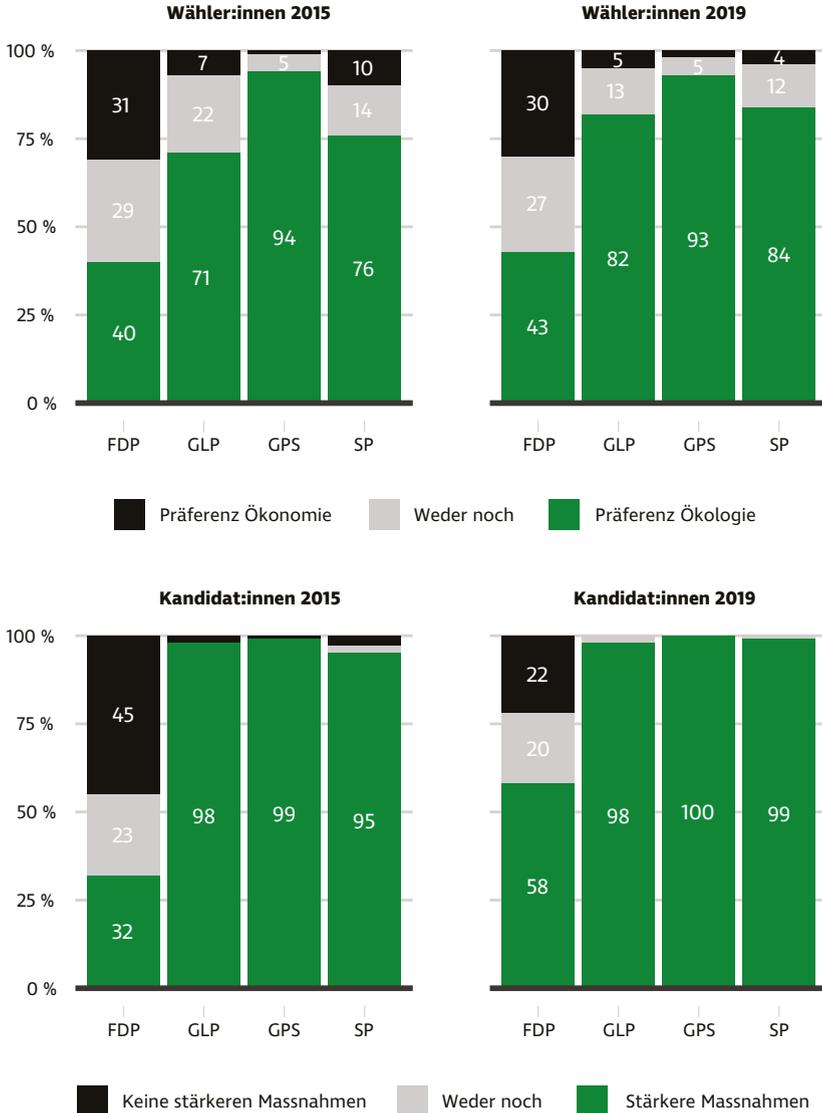
Für die Kandidat:innen liegt diese Frage für 2015 nicht vor. Deshalb wird stattdessen ein Item verwendet, das allgemeiner nach der Zustimmung zu mehr staatlichen Massnahmen zum Schutz der Umwelt fragt. Auch hier zeigt sich, dass die Kandidat:innen von GLP, GPS und SP dieser Aussage bereits 2015 fast einhellig zustimmten. Bei den Kandidat:innen der FDP hingegen unterstützten 2015 nur rund 30 Prozent diese Aussage, während 2019 mehr als die Hälfte der Kandidat:innen stärkere staatliche Massnahmen zum Schutz der Umwelt befürworteten.

Mehr Varianz über die Zeit findet sich in Bezug auf die Priorisierung des Umweltthemas gegenüber anderen Problemen in der Schweiz. Tatsächlich konkurriert die Umweltpolitik im politischen Alltag mit vielen anderen politischen Problemen. Umweltpolitische Einstellungen dürften sich nur dann in effektives Handeln umsetzen, wenn die Umweltproblematik als Problem priorisiert wird (Stadelmann-Steffen & Thalmann 2021).

Abbildung 3.2 zeigt auf, dass es zwischen 2015 und 2019 zu einer klar höheren Priorisierung des Umweltthemas bei den Wähler:innen kam. Gerade in den Parteien ohne grün im Namen nahm die Priorisierung des Themas um ein Vielfaches zu, wobei in diesen Parteien jedoch nach wie vor meist andere Themen zuoberst auf der Prioritätenliste standen. Umgekehrt priorisierten die Wähler:innen der GLP und der GPS zwar generell häufiger das Umwelt-Energie-Thema, die Zunahme über die Zeit fiel jedoch etwas geringer aus. Bemerkenswert ist, dass selbst im Jahr 2019 nur für (knapp) die Hälfte der Wähler:innen dieser beiden Parteien das Umwelt-Energie-Thema oberste Priorität genoss.

Auch die Kandidat:innen aller Parteien priorisierten das Klimathema auf dem Höhepunkt der grünen Welle häufiger als noch bei den Wahlen 2015. Bei SP und FDP lässt sich hierbei eine hohe Kongruenz zwischen Elite und Basis feststellen, während die Kandidat:innen der ökologischen Parteien dem Umwelt- und Energie-Thema eine viel höhere Priorität zusprachen als ihre Wähler:innen.

Abbildung 3.1: Zustimmung zum Item «Zum Schutz der Umwelt sollten stärkere Massnahmen getroffen werden»



Anmerkung: Die verwendeten Variablen variieren zwischen Wähler:innen und Kandidat:innen. Während bei Ersteren die Frage nach dem Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie verwendet wird, gibt es die entsprechende Frage für die Kandidat:innen 2015 nicht. Hier wird deshalb auf die Zustimmung zum Item «Zum Schutz der Umwelt sollten stärkere Massnahmen getroffen werden» zurückgegriffen.

Quelle: Selects-Befragung.

Abbildung 3.2: Zustimmung zum Item «Umwelt und Energie ist wichtigstes Problem»



Anmerkung: Anteil der Wähler:innen bzw. Kandidat:innen pro Partei, welche Umwelt und Energie als wichtigstes Thema nennen.

Quelle: Selects-Befragung.

Die Positionen und Präferenzen der ökologischen Parteien in ihren Kernthemen

Nun soll spezifischer auf die Positionen und politischen Präferenzen der ökologischen Parteien in ihren Kernthemen eingegangen werden. Dabei stehen zwei konkrete politische Debatten im Zentrum. Einerseits die Energiestrategie 2050 und das Energiegesetz (Verordnungsrevision), welche 2013 und 2017 in die Vernehmlassung kamen und welche von der Bevölkerung 2017 an der Urne angenommen wurden. Andererseits das CO₂-Gesetz, über dessen Ver-

ordnung im Jahr 2021 die Vernehmlassung stattfand und welches im gleichen Jahr von der Bevölkerung abgelehnt wurde.

Um die Positionen der Bevölkerung zur Energiestrategie 2050 zu eruieren, wird auf die Energie-Enquete 2017 (Stadelmann-Steffen & Dermont 2017) zurückgegriffen, die in drei Wellen während der Kampagne zur Abstimmung über das Energiegesetz 2017 durchgeführt wurde.¹ Für die Analyse der Positionen der Parteibasis zum CO₂-Gesetz werden Daten verwendet, die im Kontext der Kampagne zur Abstimmung über das CO₂-Gesetz im Juni 2021 erhoben wurden (Fesenfeld et al. 2021).² In die Analysen integriert werden jene Befragten, die angaben, dass eine der vier hier im Zentrum stehenden Parteien am besten ihren Vorstellungen und Präferenzen entsprach.

Die Positionen der Parteiführung werden von Antworten zu Vernehmlassungen zur Energiestrategie 2050 im Jahr 2013 und den dazu gehörenden Verordnungsrevisionen im Jahr 2017 sowie zum CO₂-Gesetz (Vernehmlassung 2016) und seiner Verordnung (2021) abgeleitet.³

Die in der Vernehmlassung geäusserten Positionen werden mit der Ausrichtung des Parteiprogrammes oder Profils sowie den Interessen und Ideologien, welche vertreten werden, begründet (Stadelmann-Steffen & Ingold 2015). Deshalb eignen sich die Antworten auf Vernehmlassungen sehr gut, um die politischen Überzeugungen und die präferierten politischen Massnahmen von Parteien zu kodieren (Markard et al. 2016; Ingold et al. 2020).⁴

Wir vergleichen im Folgenden die Positionen der Partei-Elite und den Wähler:innen hinsichtlich der diesen Vorlagen zugrunde liegenden zentralen

1 Um die Parteizugehörigkeit zu messen, wird auf die Frage zurückgegriffen «Welche Partei entspricht in den Zielen und Forderungen am ehesten Ihren eigenen Ansichten und Wünschen?». 537 Befragte nennen hier die FDP, 288 die GLP, 318 die Grünen und 696 die SP. Insgesamt werden also 1839 Beobachtungen in die präsentierten Analysen integriert.

2 Insgesamt wurden 1525 Personen befragt. Davon haben 559 Befragte angegeben, dass entweder die Grünen, die GLP, die FDP oder die SP ihren Präferenzen am besten entspricht (Grüne: 107 Personen, GLP: 126, SP: 176, FDP: 150). Diese werden für die vorliegenden Analysen untersucht.

3 In den Vernehmlassungsverfahren wird die politische Elite aus Parteien und anderen politischen Organisationen vom Bundesrat und dem federführenden Bundesamt dazu eingeladen, ihre Präferenzen zu aktuellen Geschäften darzustellen. Diese Meinungsäusserungen werden danach in einer Botschaft zusammengefasst und bilden die Grundlage für den Entwurf eines Gesetzes, Verordnung oder Strategie, welche dem Parlament vorgelegt werden.

4 Detaillierte Informationen zur Codierung der präsentierten Positionen und Präferenzen sowie die Replikationsfiles zur Bevölkerungsanalyse finden sich im Online-Anhang in der open access Version dieser Publikation.

Konflikte, nämlich einerseits der Frage, wie stark der Staat steuernd eingreifen soll, sowie wirtschaftliche und ökologische Interessen zu gewichten sind.⁵

Energiestrategie 2050/Energiegesetz 2017

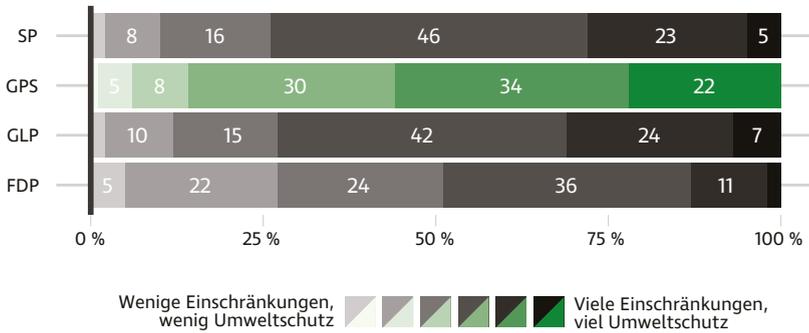
Die Energiestrategie 2050 wurde im Nachgang der Reaktorkatastrophe von Fukushima ausgearbeitet. Sie konkretisierte den schrittweisen Atomausstieg der Schweiz und die so genannte Energietransition, d.h. den Umbau des Energiesystems von fossilen und nuklearen zu erneuerbaren Energiequellen. Sie verfolgt zwei grundsätzliche Strategien: einerseits den Ausbau der erneuerbaren Energien, und andererseits die Senkung des Energieverbrauchs bzw. die Erhöhung der Energieeffizienz (Stadelmann-Steffen et al. 2018). Die erste Etappe der Energiestrategie 2050 wurde im neuen Energiegesetz von 2017 verankert.

Ein wesentlicher parteipolitischer Konflikt bestand in der Frage, wie stark der Staat die Energietransition generell steuern soll, z. B. indem individuelles Handeln oder die Wirtschaft durch Regulierung eingeschränkt werden. Wie Abbildung 3.3 zeigt, nahm die Basis der Grünen 2017 mehrheitlich und deutlicher als die Basis aller anderen Parteien stärkere Einschränkungen des individuellen Handelns zu Gunsten des Umweltschutzes in Kauf. Hingegen sprach sich rund ein Viertel der Befragten, die sich SP oder GLP am nächsten fühlten, (eher) für wenige Einschränkungen zu Gunsten des Umweltschutzes aus. Die Basis der FDP lehnte Einschränkungen der individuellen Freiheit am stärksten ab. Über die Hälfte der Wähler:innen sprach Letzterer höhere Priorität zu als dem Umweltschutz.

Abbildung 3.4 bildet vier zentrale Argumente ab, welche stärker die wirtschaftlichen Folgen der Energiestrategie in den Blick nehmen. Die Wähler:innen von GLP und GPS sowie der SP weisen sehr ähnliche Positionen auf. Dabei wurde die Energiestrategie 2050 als Investition in die Zukunft gesehen, die dafür sorgen würde, dass langfristig die Wertschöpfung in der Schweiz bliebe. Demgegenüber wurden die kritischen Aussagen, wonach die Energiestrategie die sichere und bewährte Energieversorgung zerstöre und Energie teuer mache, sowie, dass die erneuerbaren Energien in naher Zukunft keine sichere Energieversorgung zuließen, mehrheitlich abgelehnt. Während die

5 Die Auswahl der drei Aspekte ist nicht zuletzt vom Kriterium geleitet, ob sich datenbasiert ein Vergleich zwischen Elite und Basis durchführen lässt. Neben den in diesem Abschnitt diskutierten Konflikten, waren sich die Parteien und Verbände, die sich an der Diskussion und der Ausarbeitung der Strategie und des Gesetzes beteiligten, vor allem auch uneinig, in welchem Zeitraum der Atomausstieg passieren sollte. Auch bestand ein Konflikt zwischen Links und Rechts, welche Rolle die Wasserkraft einnehmen soll in der Energietransition, beziehungsweise, wie viel überhaupt noch aus der Schweizer Wasserkraft «heraus zu holen» sei, und zu welchem Preis (Fischer 2015).

Abbildung 3.3: Zustimmung zum Item «Individuelles Handeln zu Gunsten des Umweltschutzes einschränken»



Anmerkung: Anteile in Prozent in Bezug auf folgende Frage: «Umweltschutz steht bis zu einem gewissen Grad in Konflikt mit uneingeschränktem individuellem Handeln. Ein erfolgreicher Umweltschutz ist darauf angewiesen, dass Menschen ihre Handlungen einschränken und so Rücksicht auf die Umwelt nehmen. Würden Sie auf Kosten des Umweltschutzes individuelles Handeln möglichst wenig einschränken oder würden sie zu Gunsten des Umweltschutzes individuelles Handeln stark einschränken?».

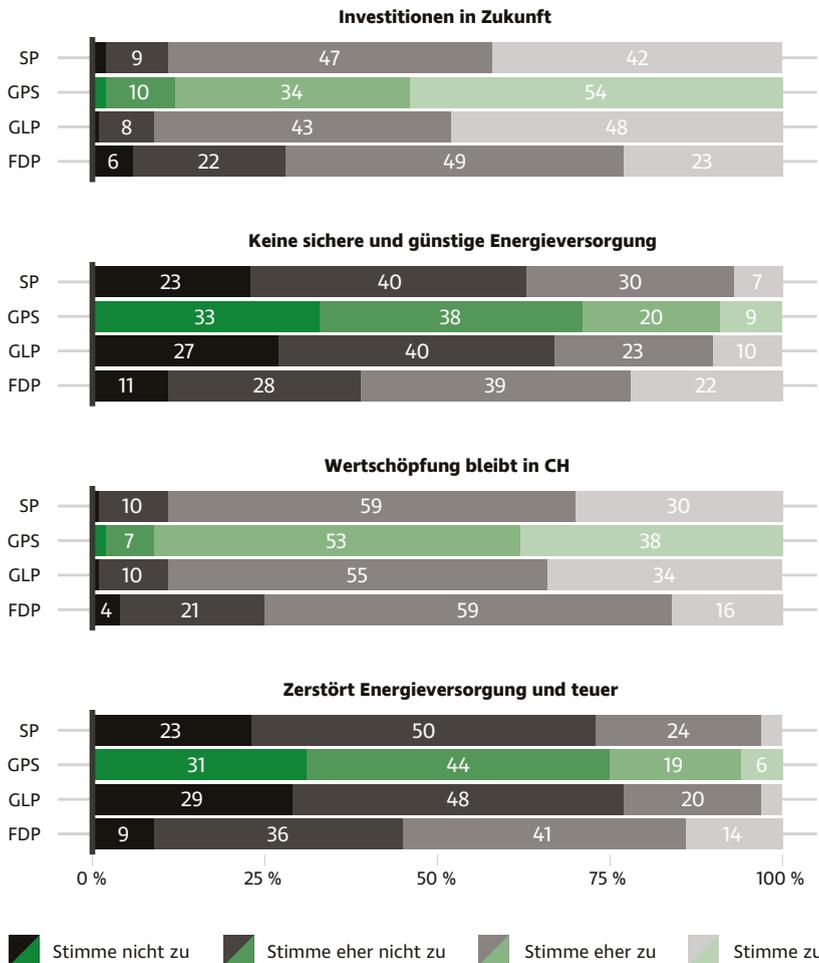
Quelle: Energie-Enquete 2017 (Stadelmann-Steffen und Dermont 2017).

Basis der FDP nicht komplett anderer Meinung war, wich sie doch deutlich von den restlichen Befragten ab. Eine Mehrheit sah zwar auch Investitionen in die Energietransition als Zukunftsinvestition und positiv für die Wertschöpfung in der Schweiz, gleichzeitig fürchtete aber rund die Hälfte die höheren Kosten und zweifelte die Versorgungssicherheit an.

Auch auf Ebene der Partei (Abbildung 3.5), das wird aus den Vernehmlassungsantworten klar, war die FDP am kritischsten gegenüber Staatsinterventionen und Regulierung. Die marktwirtschaftlichen Aspekte wurden dabei 2017 deutlicher herausgestrichen als 2013, wobei vor allem die Mehrkosten für die Bevölkerung und die Volkswirtschaft betont wurden.

Die GLP als ökologische und liberale Partei betonte in ihrer Stellungnahme 2013 ebenfalls, dass die Energietransition staatsquotenneutral von statten gehen, und vor allem auch den Markt- und Innovationsplatz Schweiz festigen sollte. Als es 2017 um die Umsetzungsmassnahmen ging, bemängelte sie ähnlich, aber nicht so stark wie die FDP, die zu befürchtenden hohen Kosten sowie ein Anstieg der Bürokratie. Gleichzeitig ging die GLP stärker auf klimapolitische und Aspekte der sozialen Gerechtigkeit ein, sowie auf den Landschaftsschutz. Stärker als alle anderen drei Parteien betonte die GLP wiederholt die Vorteile der vorgeschlagenen Lenkungssysteme (im Gegensatz zur Förderung oder anderen Regulierungsformen).

Abbildung 3.4: Argumente Pro und Contra die Energiestrategie 2050, nach Parteien



Quelle: Energie-Enquete 2017 (Stadelmann-Steffen und Dermont 2017).

Etwas überraschend hob die SP in ihrer Stellungnahme 2013 vor allem das wirtschaftliche Potenzial der Energiewende für die Schweiz hervor und wies auf ihre 2011 eingereichte «Cleantech Initiative» hin. Die Vernehmlassungsantwort aus dem Jahr 2017 zur Umsetzung stimmte hingegen eher mit den Wertsystemen dieser Partei überein, wobei neben der klimapolitischen Rele-

vanz vor allem auch die Wichtigkeit des Konsument:innen- und Mieter:innen-schutzes herausgestrichen wurde.

Die Grüne Partei legte den Fokus in ihren Stellungnahmen sowohl 2013 wie 2017 am stärksten auf die Energiestrategie als wesentlicher Beitrag zu den national und international gesetzten Klimazielen. Dabei wurde die Notwendigkeit staatlicher Intervention, im Gegensatz zum individuellen Handeln, immer wieder hervorgehoben, zum Beispiel bei der Realisierung einer ökologischen Steuerreform. 2017 betonte die Partei die Notwendigkeit der Kompatibilität von neuen Energieanlagen oder bei Erweiterungen des bestehenden Natur- und Landschaftsschutzes etwas stärker.

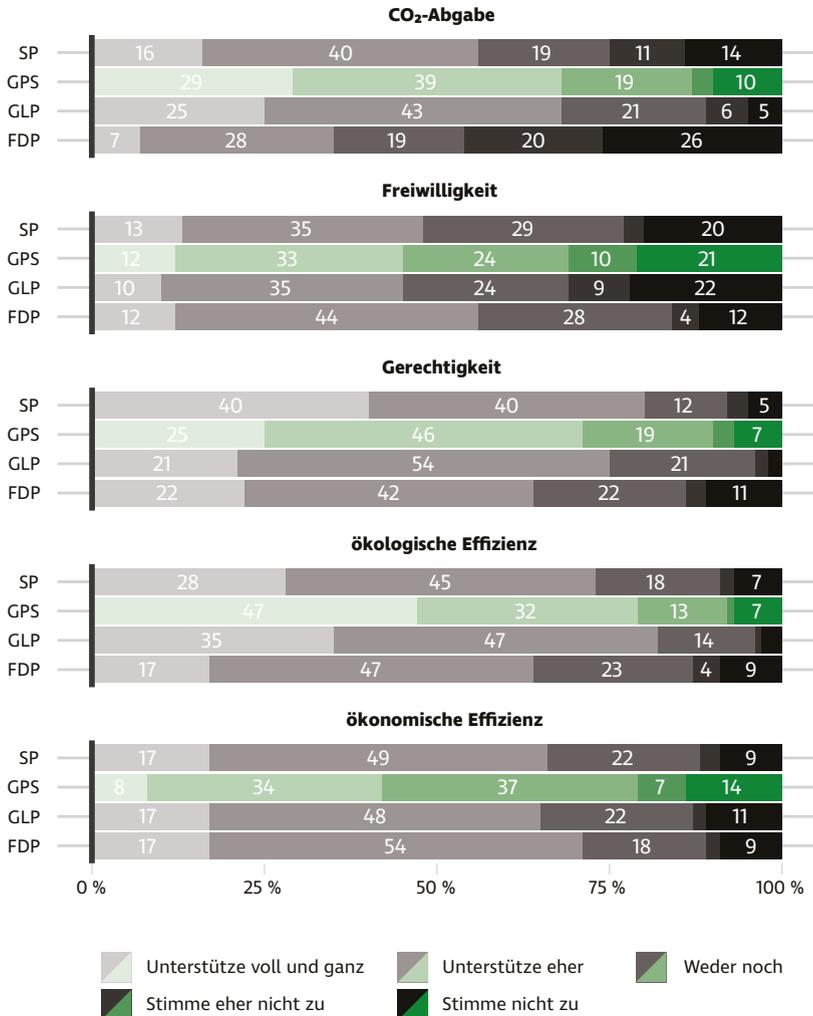
Das revidierte CO₂-Gesetz

Im Jahr 2000 wurde das CO₂-Gesetz in der Schweiz eingeführt und durchlebte seither unzähligen Revisionen, so dass es heute aus einem ganzen Portfolio aus Massnahmen besteht wie zum Beispiel die Einschränkung von gewissen Fahrzeugen mit hohem CO₂-Ausstoss, dem Gebäudeprogramm, dem Klimarappen auf Treibstoffen und der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen. Die neuste Vorlage wurde 2016 in einer Vernehmlassung präsentiert, die dazugehörige Verordnung im Jahr 2021. Neu kamen zum Beispiel eine Flugticketabgabe oder die Ausweitung der Lenkungsabgabe hinzu. Gegen diese Vorlage wurde das Referendum von einzelnen Vertreter:innen aus der Pro-Wirtschafts-Koalition ergriffen. Das neue CO₂-Gesetz scheiterte im Juni 2021 knapp an der Urne.

Die zentralen Konflikte waren in der Debatte zum neuen CO₂-Gesetz noch stärker und ausschliesslicher als bei der Energiestrategie 2050 die Fragen der staatlichen Regulierung, also mit welchen politischen Instrumenten die klimapolitischen Ziele erreicht werden sollen und inwiefern ökologische und wirtschaftliche Ziele zu gewichten sind.

Wie Abbildung 3.6 zeigt, zeichneten sich die Wähler:innen der Grünen und der GLP dadurch aus, dass sie die stärksten Formen staatlicher Regulierung häufiger befürworteten als die Basis von SP und FDP. Dies galt insbesondere für die Unterstützung von Verboten und Geboten, aber auch für die Erhebung einer CO₂-Abgabe sowie allgemeiner für die Ausrichtung der Politik an ökologischer Effizienz. Ebenso gaben diese beiden Wähler:innengruppen am häufigsten an, dass die Schweiz international als Vorbild agieren und voran gehen müsse. Umgekehrt lehnten sie Massnahmen, die auf Freiwilligkeit beruhen, stärker ab als Wähler:innen der ideologisch nahestehenden Partei. Nur hinsichtlich der Unterstützung von Subventionen ergibt sich ein mehr oder weniger klares Links-rechts Muster. Subventionen waren bei den beiden linken Parteien klar beliebter als bei der Basis der GLP und genossen den geringsten Rückhalt in der FDP-Basis. Als unbestritten erwiesen sich demgegenüber an

Abbildung 3.6: Beurteilungen von staatlichen Regulierungen im Bereich Umweltschutz und Energie, nach Parteibasis



Quelle: Energie-Enquete 2017 (Stadelmann-Steffen und Dermont 2017).

intervention und Regulierung. Vor allem auslaufende Massnahmen und Programme, wie das Gebäudeprogramm, empfahlen sie zur Terminierung, und sprachen sich auch gegen eine Ausweitung und Erhöhung der CO₂-Abgabe aus. Diese Position bestätigte die FDP in der Vernehmlassung 2021, in der sie sich gegen stärkere Regulierungsdichte oder neue Massnahmen wehrte.

Anders die drei anderen Parteien, welche ein breites Portfolio an regulativen und marktwirtschaftlichen Instrumenten, wie im Vorschlag des revidierten Gesetzes präsentiert, akzeptierten. Alle drei präferierten 2016 aber klar Lenkungs- gegenüber Fördermassnahmen⁶ und fanden, dass noch schärfere Ziele und zusätzliche Massnahmen formuliert und eingeführt werden sollten. 2021 verstärkte die GLP gar ihren Appell für höhere ökologische Wirksamkeit in der Schweizer Klimapolitik, und schloss diesbezüglich zu den Grünen auf.

Unterschiede zwischen den Wähler:innen der ökologischen Parteien lassen sich hinsichtlich der ökonomischen Effizienz feststellen. Personen, welche die Grüne Partei unterstützen, gewichteten diese weniger hoch als die ökologische Effizienz, während die GLP-Wähler:innen beide Effizienz-Kriterien umgesetzt haben wollten. In die gleiche Richtung zeigten die Befunde zur Wettbewerbsfähigkeit, welche gemäss GLP-Basis in der Klimapolitik stärker zu berücksichtigen war als in der Grünen-Basis.

Ein sehr ähnliches Bild zeigte sich bei der Partei-Elite. Während die Stellungnahmen der Grünliberalen von einer Präferenz sowohl für eine ökologische wie auch eine wirtschaftliche Klimapolitik zeugten, gewichteten die Grünen die ökologischen Anliegen klar höher. Trotzdem ist wichtig zu erwähnen, dass auch die Grüne Partei die wirtschaftlichen Aspekte einer wirksamen Klimapolitik herausstrich, diese aber in einen anderen Zeithorizont einbettete: Sie argumentierte, dass effektiver Klimaschutz notwendig sei, um die Wirtschaftlichkeit der Schweiz längerfristig zu erhalten.⁷

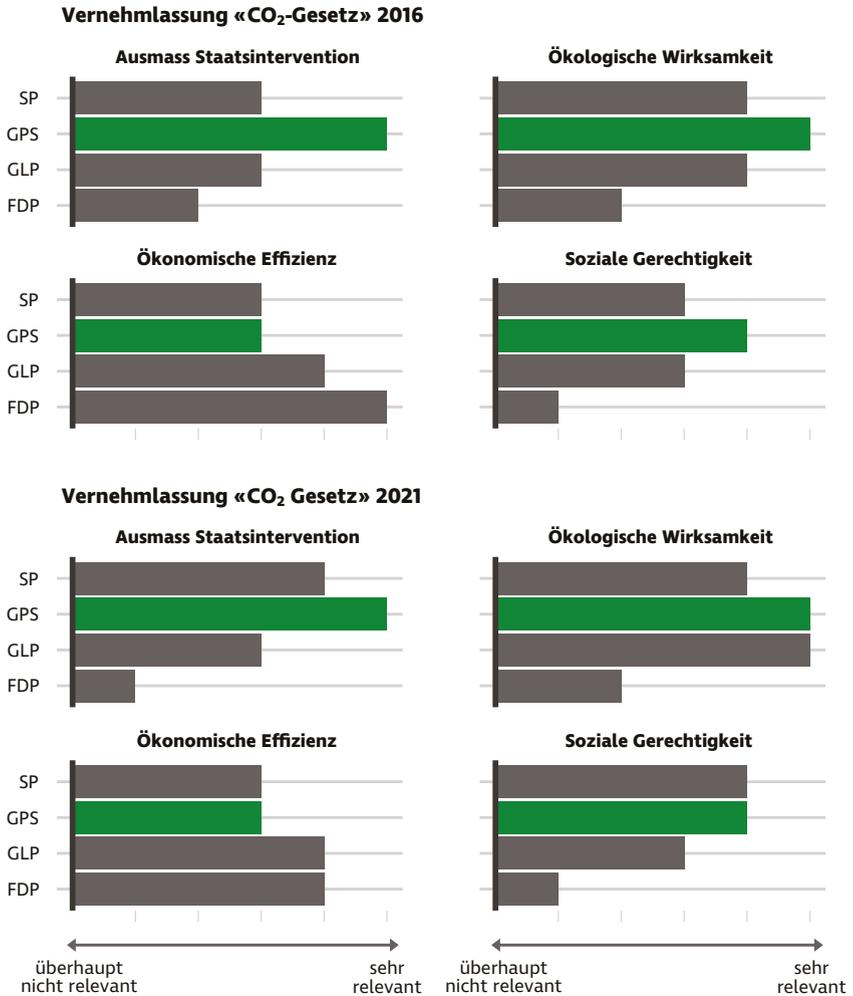
Eine grüne Welle über die ökologischen Parteien hinaus

Ist die grüne Welle bei den Wahlen 2019 die Folge eines gewachsenen Wähler:innenpotenzials oder die Konsequenz davon, dass GLP und GPS eine breitere, auch weniger grüne hinausreichende Gruppe von Wähler:innen ansprechen? Unsere Analysen zeigen, dass das Wachstum der ökologischen Parteien nicht mit einer grösseren Heterogenität der Basis im Sinne einer weniger konsequenten grünen Position einherging. Vielmehr lassen die Analysen bezüglich der Zusammensetzung der beiden ökologischen Parteien GPS und GLP über die Zeit und im Vergleich zu den ihnen ideologisch am nächsten stehenden Parteien den Schluss zu, dass die Gewinne der Parteien mit grün im

6 Für eine Gegenüberstellung der Elite Präferenzen in Bezug auf Förderungs- versus Lenkungsmassnahmen siehe Online-Anhang.

7 Da nicht alle Parteien die Vernehmlassung im 2021 beantwortet haben, wurden für alle vier Parteien auch ihre aktuellsten und öffentlich zugänglichen Positionspapiere zum Themenbereich Klima kodiert.

Abbildung 3.7: Positionen der Parteien zum CO₂-Gesetz und Verordnung (Vernehmlassungen 2016 und 2021)



Quelle: Energie-Enquete 2017 (Stadelmann-Steffen und Dermont 2017).

Namen tatsächlich in erster Linie auf das Wachstum ihres Wähler:innenpotenzials zurückzuführen ist. Diese Erkenntnis deckt sich mit Ergebnissen aus Deutschland oder Belgien, die ebenfalls eine strukturelle Stabilität der grünen Wähler:innen und keine Hinweise für eine Bewegung hin zu einer breiten Volkspartei beobachten (Hooghe et al. 2010; Rüdig 2012).

Die grüne Welle – so zeigen die Vergleiche der Wahlbefragungen 2015 und 2019 weiter – hat nicht nur die ökologischen Parteien, sondern auch die Wähler:innen von SP und FDP erfasst. Auch wenn der Anteil jener, die dem Umwelt- und Energiethema höchste Priorität beimessen, in GPS und GLP deutlich höher ist als in der SP und der FDP, sind die relativen Veränderungen in den Parteien ohne grün im Namen sogar grösser. Dabei ist auch bemerkenswert, dass es insbesondere bei GLP und GPS eine gewisse Inkongruenz gibt zwischen Wähler:innen und Partei-Elite: Während die Partei das Umwelt-Energie-Thema grossmehrheitlich priorisiert, räumt nach wie vor rund die Hälfte der Basis dieser beiden Parteien anderen Themen eine noch höhere Wichtigkeit zu.

Die Analyse konkreterer Positionen und Präferenzen bringt differenziertere Unterschiede zwischen den Parteien zu Tage. Sowohl in der Basis wie auch bei der politischen Elite gibt es relativ starke Übereinstimmungen zwischen den beiden ökologischen Parteien und der SP. Der wesentliche Unterschied besteht nicht zwischen den beiden linken und den bürgerlichen Parteien, vielmehr weicht die FDP mit einer deutlich weniger ökologischen Position von den drei anderen Parteien ab. Anders als die FDP sprechen sich GPS, GLP und SP klar für ein umfassendes Portfolio von Klimamassnahmen aus (ähnlich wie ihre Wähler:innen), mit einer Präferenz für Lenkungsinstrumente.

Während die Wähler:innen der Grünen Partei am konsequentesten staatliche Regulierung und Massnahmen für die Lösung umwelt- und klimapolitischer Probleme priorisieren, scheint die Basis von SP und GLP oft in einem ähnlichen Masse ökologische gegen andere Interessen abzuwägen. Mit Blick auf die Elitenbetrachtung lässt sich hier die Folgerung ziehen, dass diese anderen Interessen aber unterschiedlich sind: Bei der GLP sind es wirtschaftliche Argumente, welche die Partei bei den klimapolitischen Vorlagen mit ins Felde führt, während es bei der SP eher um soziale Aspekte wie Mieter:innen- und Konsument:innenschutz geht.

Zusammenfassung

Was bedeuten diese Resultate für die zukünftige Energie- und Klimapolitik der Schweiz? Sie geben eine gemischte Botschaft. Einerseits ist die grüne Welle ganz klar mit einem Erstarken ökologischer Anliegen und vor allem der Priorisierung der Energie- und Umweltproblematik der Wähler:innen einhergegangen – und zwar über die ökologischen Parteien hinaus. Andererseits – und trotz grösseren Schocks wie Fukushima, oder auch der Fridays for Future Bewegung – reproduzieren sich die traditionellen Konfliktlinien auch nach der grünen Welle, insbesondere bezüglich der Rolle, welche der Staat in diesen Politikfeldern spielen soll und wie der Umweltschutz und/oder kurzfris-

tige wirtschaftliche Interessen zu gewichten sind. Zwar zeugen unsere Analysen davon, dass GPS, GLP und SP hier oft ähnliche Positionen einnehmen und Links-rechts-Gegensätze bis zu einem gewissen Teil überwunden werden können. Gleichzeitig steht die Position der FDP, die staatlicher Steuerung auch im Umwelt- und Energiebereich kritisch gegenübersteht, beispielhaft für die Schwierigkeit, über die links-grüne Koalition hinausgehende politische Mehrheiten zu bilden und damit einen fundamentalen Wandel in diesen Politikfeldern herbeizuführen.

4 Digitalisierung hält Einzug in die Parteistrategie der Grünen Partei

Virginia Wenger und Fabrizio Gilardi

Die Online-Kommunikation ist zu einem zentralen Bestandteil des Kommunikationsrepertoires der Politik geworden. Auch in der Schweiz treten alle grossen politischen Parteien direkt mit ihrem Publikum in Kontakt, indem sie Websites betreiben und in den Sozialen Medien aktiv sind. In den digitalen Vermittlungskanälen sind die Parteien mit neuen Funktionslogiken wie Viralität¹, oder Interaktivität konfrontiert. Das folgende Kapitel zeigt, wie die Grüne Partei mit diesen digitalen Vermittlungskanälen umgeht und wie sie die Sozialen Medien als Instrument in Wahl- und Abstimmungskampagnen einsetzt. Dazu werden Daten des Digital Democracy Lab ausgewertet, die den Zeitraum vom 1. August 2019 bis 2. Oktober 2021 umfassen (Gilardi et al. 2021). Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Plattformen Facebook und Twitter.

Daten und Methode

Die Untersuchung stützt sich auf empirische Daten der offiziellen Facebook-Seiten und Twitter-Feeds, die vom Digital Democracy Lab für Twitter und für Facebook gesammelt wurden. Das Digital Democracy Lab erforscht die Auswirkungen digitaler Technologien auf Politik und Demokratie mit Hilfe computergestützter sozialwissenschaftlicher Methoden. Die bereitgestellten Informationen über die Social Media Accounts aller Kandidierenden bei den Wahlen 2019 wurden für die Auswertungen zu der Präsenz der Parteien auf Social Media verwendet, die Twitter- und Facebook-Feeds für deren Aktivität und die Inhalte der geteilten Beiträge. Die Daten umfassen den Zeitraum 1. August 2019 bis 2. Oktober 2021.

Für die Inhaltsanalyse wurden die Facebook Beiträge der Grünen, SP, GLP, Mitte, FDP und SVP während der National- und Ständeratswahlen 2019 sowie während sechs nationalen Abstimmungskampagnen 2020/21 untersucht. Die Kampagnen-/Abstimmungszeiträume umfassen jeweils einen Monat vor der Wahl/Abstimmung. Die 2300 Facebook-Beiträge wurden danach in die Cluster «Information», «Mobilisierung», «Partizipation» und «Andere» eingeteilt. Die Einteilung erfolgte in einem ersten Schritt durch die Anwendung des Naive Bayes (NB)-Klassifikators (basierend auf 300 manuell codierten Facebook-Posts). In einem zweiten Schritt wurde die Codierung manuell validiert.

1 «Viral» bedeutet im Zusammenhang mit Sozialen Medien, dass Informationen innerhalb kürzester Zeit eine grosse Anzahl von Menschen erreichen.

Information, Mobilisierung, Partizipation – Strategien im digitalen Parteienwettbewerb

Soziale Medien ermöglichen den direkten Kontakt zwischen Politiker:innen und Wähler:innen. So zeigen Giger et al. (2021) in ihrem Umfrageexperiment beispielsweise, dass insbesondere die Interaktion mit Wähler:innen ein wichtiger Faktor für die Erhöhung der Wahlchancen einer Kandidatur ist. Wie jedoch werden die Sozialen Medien von den Parteien und Politiker:innen genutzt? Und welche Strategie verfolgen die Grünen dabei?

Um diese Fragen zu klären, wurden die Facebook-Posts von sechs Parteien in die drei thematischen Cluster «Information», «Mobilisierung» und «Partizipation» eingeteilt.² Die Kategorie «Informationen» beinhaltet alle Beiträge, welche Informationen über das Parteiprogramm, politische Positionen und Propaganda, parteiinterne Vorgänge und Entscheidungen, Informationen zu den Kandidierenden sowie Verweise und Kommentare zu Massenmedien enthalten. Der Cluster «Mobilisierung» enthält Beiträge, welche zur Unterstützung der Parteien durch symbolische oder materielle Ressourcen aufrufen (z. B. Spenden, Teilen oder Weiterleiten eines Beitrags auf Social Media, Veranstaltungen usw.). Der dritte Cluster «Partizipation» besteht aus Postings, die darauf abzielen, die Nutzer:innen zu aktivieren, sich in der realen Welt zu beteiligen und der Kampagne beizutreten, um so einen zweiseitigen, interaktiven Austausch zwischen der Partei und den Bürger:innen zu ermöglichen. Die Rubrik «Andere» enthält alle weiteren Postings, wie beispielsweise Beiträge, die auf Jobs hinweisen oder Gratulationen an gewählte Parteimitglieder.

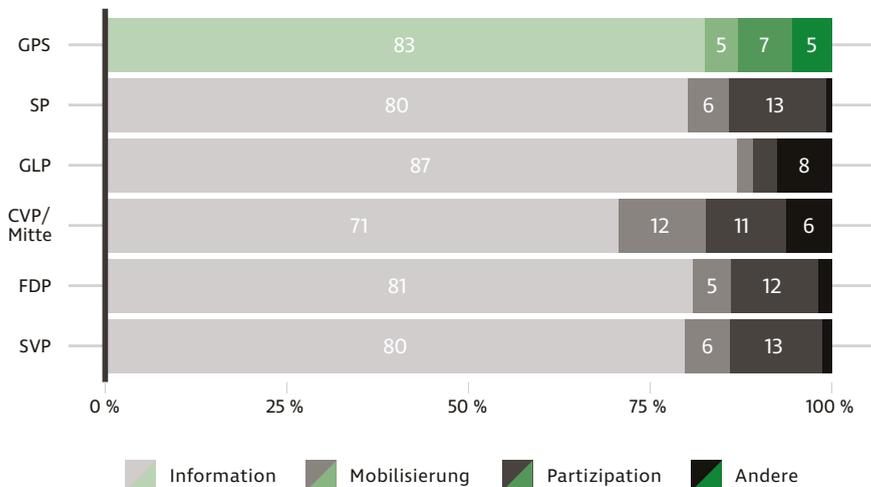
Informationsverbreitung als dominante Strategie

Die Analyse zeigt, dass über 80 Prozent der Facebook-Postings aller Parteien im untersuchten Zeitraum aus einfachen Informationsbeiträgen und Verweisen auf Beiträge in den Massenmedien bestehen. Nur knapp 5 Prozent zielten darauf ab, die Bürger:innen einzubinden (Mobilisierung) und rund 10 Prozent der Postings darauf, die Nutzer:innen in einen interaktiven Austausch einzubeziehen (Partizipation). Die Schweizer Parteien nutzen Facebook in erster Linie als einseitigen Informationskanal, um politische Positionen zu kommunizieren und für sie interessante Massenmedieninhalte zu teilen.

Die in Abbildung 4.1 dargestellten Daten zeigen die Unterschiede zwischen den Parteien. Diese fallen gering aus: Zwischen 80 und 88 Prozent der Beiträge entfallen auf den Bereich «Information», 2 bis 6 Prozent auf «Mobilisierung» und 3 bis 13 Prozent auf «Partizipation». Die SP und SVP veröffentlichen am meisten Inhalte aus der Kategorie «Mobilisierung» (6 Prozent) und

2 Die Clustereinteilung basiert auf Klinger 2013.

Abbildung 4.1: Inhaltliche Cluster von Facebook-Posts nach Partei, 2019–2021



Anmerkung: Kampagnen-/Abstimmungszeiträume von August 2019 bis Oktober 2021 (N = 2300 Facebook-Posts).

Quelle: Digital Democracy Lab (Gilardi et al. 2021).

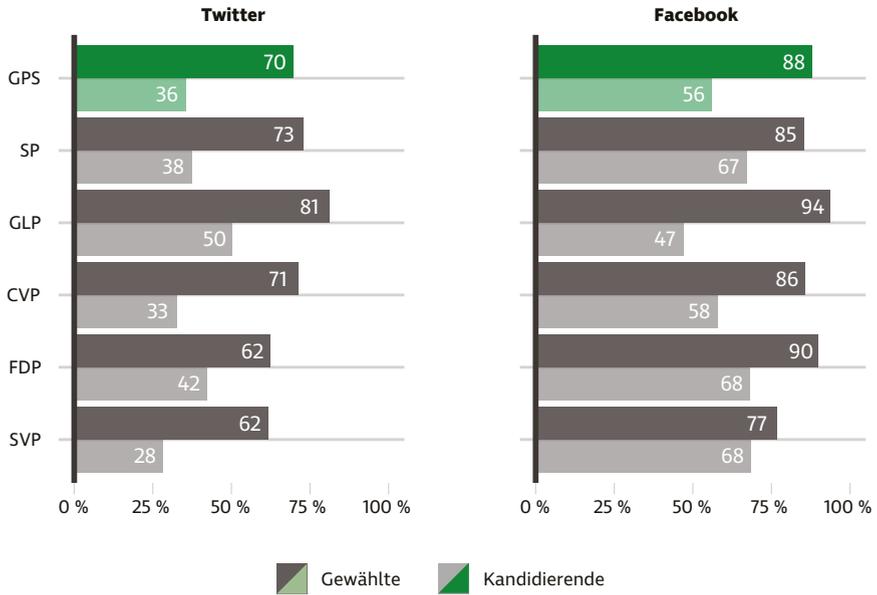
«Partizipation» (13 Prozent), die Mitte³ und GLP stechen in der Kategorie «Informationen» heraus (88 Prozent und 87 Prozent). Die Grünen liegen im Mittelfeld (83 Prozent Information, 5 Prozent Mobilisierung, 7 Prozent Partizipation). Insgesamt ergibt sich ein recht homogenes Bild: Während der Kampagnen- und Abstimmungszeiträume zielten nur wenige Facebook-Postings darauf ab, die Nutzer:innen zu mobilisieren und zur Beteiligung aufzufordern. Bei keiner der untersuchten Parteien steht die Interaktion mit den Bürger:innen in den Sozialen Medien im Vordergrund. Gerade weil aber der interaktive Austausch auf digitalen Vermittlungsplattformen den grössten Einfluss auf die Wahlchancen verspricht (Giger et al. 2021), besteht hier offenbar ein Potenzial für die Parteien, sich besser zu positionieren. Die Daten liefern auch keine Hinweise auf eine Kluft zwischen den Parteien beim Einsatz Sozialer Medien.

Präsenz und Nutzung der Sozialen Medien

Digitale Medien erlauben es den Parteien, politische Botschaften kostengünstig, schnell und ungefiltert unter die Leute zu bringen. Doch wie viele Kandi-

³ Aus der Fusion der CVP mit der BDP 2021 ging «Die Mitte» hervor. Bei den Wahlen 2019 traten sie noch einzeln an. Um einen einheitlichen Ansatz zu verfolgen, wurden sie in den hier aufgeführten Analysen zusammengefasst.

Abbildung 4.2: Nutzung der Sozialen Medien bei den Nationalratswahlen 2019, nach Parteizugehörigkeit



Anmerkung: Gewählte N=225, Kandidierende N=2926.

Quelle: Digital Democracy Lab (Gilardi et al. 2021).

dierende der Grünen Partei traten im Untersuchungszeitraum tatsächlich online auf? Und ist ihre Präsenz in den Sozialen Medien vergleichbar mit der Präsenz der Kandidierenden der anderen Parteien?

Bisherige Amtsinhaber:innen nutzen Soziale Medien stärker

Abbildung 4.2 zeigt die Vertretung der Parteien auf den Plattformen Facebook und Twitter, wobei zwischen den Kandidierenden und den Gewählten unterschieden wird. Mit Ausnahme der GLP sind bei allen Parteien mehr Kandidierende auf Facebook als auf Twitter aktiv. Besonders ausgeprägt ist dies bei der SVP. So haben lediglich 28 Prozent der SVP-Kandidierenden ein Twitter-Profil, während 68 Prozent auf Facebook präsent sind.

Etwas mehr als die Hälfte der für die eidgenössischen Wahlen 2019 Kandidierenden der Grünen Partei hatten ein Facebook-Profil (56 Prozent). Sie liegen damit leicht unter dem Durchschnitt, knapp hinter den Kandidierenden der Mitte. Von der FDP und SVP hatten mit 68 Prozent am meisten Kandidierende ein Facebook-Profil, von der GLP am wenigsten (47 Prozent). Auf

Twitter sieht das Gesamtbild ähnlich aus: 36 Prozent der Kandidierenden der Grünen sind dort vertreten. Am meisten Kandidierende mit einem Twitter-Account wies die GLP auf (50 Prozent), die SVP die wenigsten (28 Prozent).

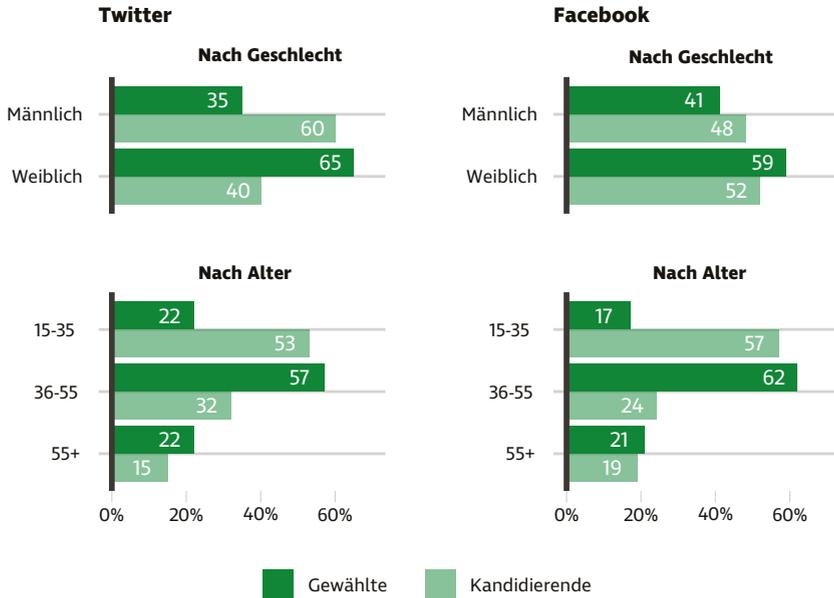
Etwas anders sieht es jedoch aus, wenn man nur die Gewählten betrachtet. Von den Parlamentarier:innen der Grünen haben 88 Prozent ein Facebook- und 70 Prozent ein Twitter-Profil. Die Unterschiede zwischen den Parteien sind hier deutlich kleiner. Die Präsenz in den Sozialen Medien scheint für einen professionellen Wahlkampf von zentraler Wichtigkeit zu sein. Dabei wird Facebook nach wie am häufigsten genutzt. Die Ergebnisse zeigen zudem, dass die anfängliche Überrepräsentation der linksstehenden Politiker:innen in den Sozialen Medien und insbesondere auf Twitter nicht mehr besteht (Wüest & Müller 2014).

Grüne Kandidatinnen bevorzugt auf Facebook, grüne Kandidaten auf Twitter

Die Auswertungen zeigen ebenfalls, dass die weiblichen Kandidierenden der Grünen auf Facebook stärker vertreten sind, die männlichen hingegen auf Twitter (Abbildung 4.3). Betrachtet man jedoch nur die gewählten Parlamentarier:innen, so sind Frauen auf beiden Plattformen stärker vertreten. Insbesondere auf Twitter gehören 65 Prozent der Profile der gewählten Grünen Frauen und nur 35 Prozent Männern. Die stärkere Präsenz der gewählten grünen Frauen in den Sozialen Medien ist allerdings auch darauf zurückzuführen, dass diese im Parlament stärker vertreten sind als die grünen Männer. Insgesamt sind die grünen Frauen und Männer also etwa ähnlich aktiv.

Es sind insbesondere die Jungen, welche aktiv in den Sozialen Medien sind. Etwa die Hälfte der Accounts auf Twitter und Facebook der grünen Kandidierenden stammen von unter 35-Jährigen, rund 35 Prozent (Twitter) respektive 28 Prozent (Facebook) von 35- bis 55-Jährigen. Am wenigsten werden die Sozialen Medien von den über 55-Jährigen genutzt. Etwas weniger als jede:r fünfte Kandidierende der Grünen über 55 hat ein Facebook-Profil und nur 16 Prozent einen Twitter-Account. Dies zeigt, dass die Sozialen Medien im Gegensatz zu den traditionellen Medien auch jungen, noch nicht etablierten Politiker:innen eine Plattform für den Wahl- oder Abstimmungskampf bieten. Das Alter steigt jedoch, wenn nur die gewählten Parlamentarier:innen berücksichtigt werden. Die meisten Profile stammen dann von 36- bis 55-jährigen. Da 21 der 33 grünen Parlamentarier:innen (64 Prozent) in diese Alterskategorie fallen, ist dies jedoch nicht erstaunlich.

Abbildung 4.3: Soziodemografische Merkmale der bei den Nationalratswahlen 2019 in den Sozialen Medien aktiven GPS-Politiker:innen



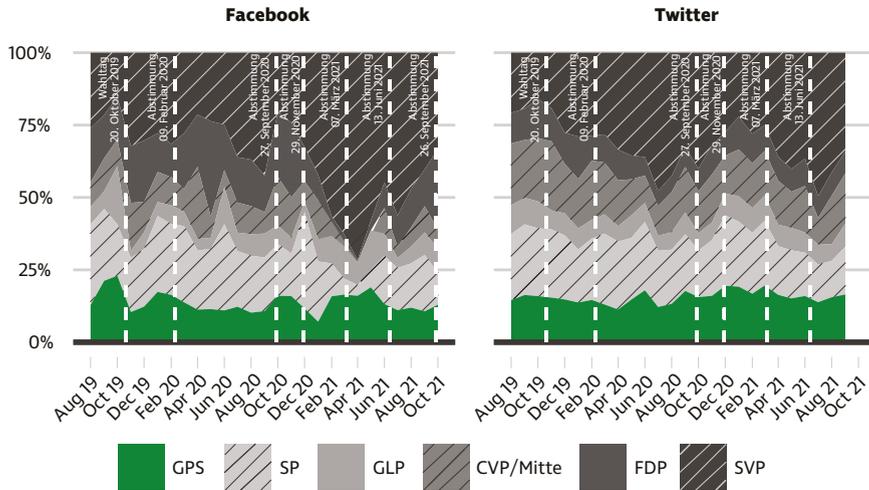
Anmerkung: Twitter (Gewählte N=23, Kandidierende N=134), Facebook (Gewählte N=29, Kandidierende N=219).

Quelle: Digital Democracy Lab (Gilardi et al. 2021).

Nur wenige Reaktionen der Grünen auf Ereignisse

Was die Aktivität in den Sozialen Medien betrifft, so verhalten sich die Grünen äusserst beständig (Abbildung 4.4). Dargestellt wird die Aktivität aller zur jeweiligen Partei gehörenden Accounts, das heisst neben den Einzelpersonen beispielsweise auch die Aktivität der Partei-Accounts der einzelnen Sektionen. Im Schnitt machen die Beiträge der Grünen rund 15 Prozent der Beiträge aller grossen Parteien aus. Gemessen an ihrem Wähleranteil (2019: 13,2 Prozent) sind sie damit sogar leicht überrepräsentiert. Im Vergleich zu den Kandidierenden der SVP (32,0 Prozent) und der SP (20,0 Prozent) liefern die Grünen deutlich weniger Beiträge. Andererseits posten die Grünen mehr als doppelt so viel wie die GLP (7,0 Prozent). Viele Accounts in den Sozialen Medien gehen daher nicht automatisch mit mehr Aktivität einher, zumal die GLP im Vergleich zu den Grünen deutlich mehr Kandidierende in den Sozialen Medien und insbesondere auf Twitter hat. Im Vergleich zu den anderen Parteien scheinen die Grünen

Abbildung 4.4: Beiträge der Politiker:innen in den Sozialen Medien nach Parteien, 2019–2021



Anmerkung: N=161 783 Tweets von 209 Usern / N=44 143 Facebook-Posts von 132 Accounts.

auch deutlich weniger auf äussere Ereignisse zu reagieren, sondern kommunizieren kontinuierlich mit ihren Followern. Die Beitragsstärke schwankt bei ihnen bloss zwischen etwa 10–20 Prozent. So sind die Ausschläge im Zeitverlauf viel geringer als bei den anderen Parteien. Am meisten variiert dagegen die SVP, welche beispielsweise im Zeitraum um die Abstimmungen vom 7. März 2021⁴ für über 60 Prozent der Facebook-Posts verantwortlich war, während ihre Facebook-Posts Anfang Oktober bloss etwa 15 Prozent ausmachten.

Glättli und Girod, die Könige der Grünen in den Sozialen Medien

Entscheidend für den Erfolg auf den digitalen Vermittlungsplattformen ist schliesslich nicht bloss die Aktivität und Vertretung. Als Mass für den Einfluss von Kandidierenden wurden die Reaktionen anderer Nutzer:innen auf deren Tweets und Facebook-Posts verwendet: Wer mehr Likes hat und wessen Beiträge häufiger geteilt werden, wird als einflussreicher angesehen. Im Vergleich mit allen Parteien schafft es nur ein Mitglied der Grünen Partei in die Top Fünf der erfolgreichsten Schweizer Politiker:innen auf Twitter: der Nationalrat und

⁴ Abgestimmt wurde über die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot», das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz) und das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien.

Parteipräsident der Grünen, Balthasar Glättli. Insbesondere aufgrund seiner sehr hohen Follower-Zahl auf Twitter (26 800 Follower, Stand: September 2022) kann er seine Beiträge weit verbreiten. Im Vergleich zu den anderen Politikern unter den Top Fünf – Roger Köppel (SVP), Cédric Wermuth (SP), Christian Levrat (SP) und Roger Nordmann (SP) – hat er aber durchaus noch Möglichkeiten, seinen Einfluss in den Sozialen Medien zu vergrössern. Cédric Wermuth zum Beispiel hat mehr als doppelt so viele Follower (57 700 Follower, Stand September 2022) und Roger Nordmann erhält mehr als 30 Mal so viele Likes und Retweets (im Untersuchungszeitraum insgesamt 226 175).

Der grüne Nationalrat, Bastien Girod, schafft es auf Facebook unter die ersten Fünf. Auch sein Auftritt in den Sozialen Medien zeichnet sich insbesondere durch seine grosse Followerzahl aus (11 759 Follower, Stand: Februar 2022). Bei den anderen Politiker:innen unter den ersten Fünf handelt es sich um Roger Köppel (SVP), Cédric Wermuth (SP), Lorenzo Quadri (Lega) und Piero Marchesi (SVP). Die beiden Erstgenannten zeichnen sich ebenfalls durch eine hohe Anzahl von Followern und viele Likes und Retweets aus. Bastien Girod nimmt auf Facebook den dritten Platz ein und ist einflussreicher als Lorenzo Quadri und Piero Marchesi.

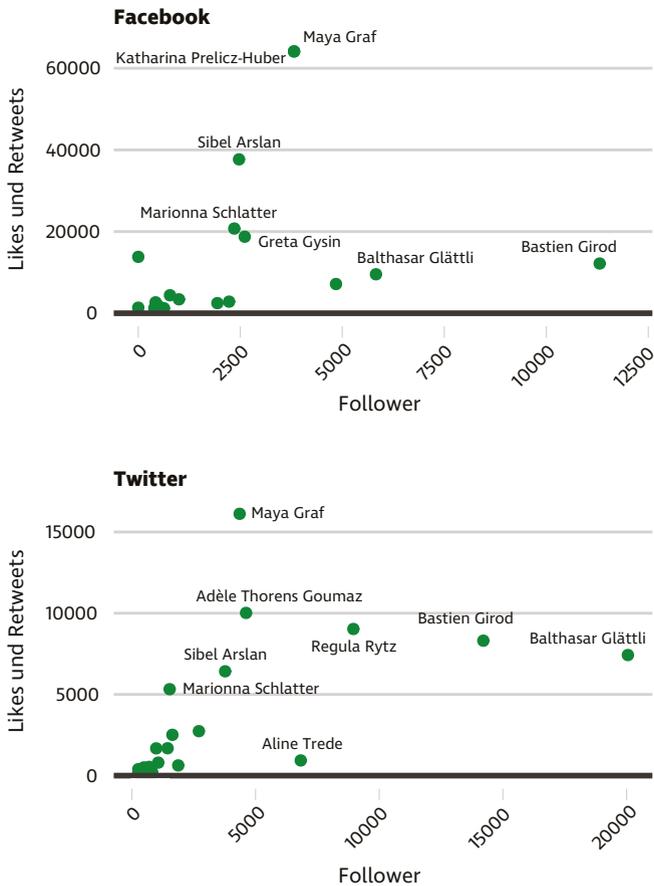
In Abbildung 4.5 wird der Einfluss der einzelnen grünen Politiker:innen in den Sozialen Medien untereinander verglichen. Dabei sticht die grüne Ständerätin, Maya Graf, Kanton Baselland, hervor, welche die meisten Likes zu den grünen Facebook-Posts erhielt. Im Gegensatz zu Balthasar Glättli und Bastien Girod zeichnet sich ihr Erfolg aber insbesondere durch eine hohe Anzahl von Likes und geteilten Beiträgen aus. Der Facebook-Post der Grünen mit den meisten Likes stammt denn auch von ihr. Der Post enthielt ihr Wahlkampfvideo mit der Unterschrift «Für die Menschen, die Umwelt und fürs Baselbiet in den Ständerat!».

Auf Facebook gehört daneben auch die grüne Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber zu den einflussreichsten Politiker:innen, Sibel Arslan, Marionna Schlatter und Greta Gysin, allesamt grüne Nationalrätinnen, haben ebenfalls eine grosse Reichweite. Auf Twitter stechen die grüne Ständerätin Adèle Thorens Goumaz, sowie die grünen Nationalrätinnen Regula Rytz, Sibel Arslan, Marionna Schlatter und Aline Trede heraus. Politiker:innen, die ein nationales Amt innehaben oder hatten, sind klar im Vorteil – sie haben dadurch mehr Follower in der Schweizer Community, was wiederum zu mehr Resonanz in den Sozialen Medien führt.

Potenzial der Sozialen Medien noch wenig genutzt

In den letzten Jahren sind die Sozialen Medien zu einem wichtigen Instrument für politische Akteure geworden, um ihre Positionen direkt an die Öffent-

Abbildung 4.5: Die populärsten GPS-Politiker:innen in den Sozialen Medien (August 2019–Oktober 2021)



Anmerkung: Facebook N=18, Twitter N=24.
Quelle: Digital Democracy Lab (Gilardi et al. 2021).

lichkeit zu kommunizieren und die Agenda der traditionellen Medien zu beeinflussen (Wüest & Müller 2014; Vogler et al. 2019). Darüber hinaus wird Twitter von Bürger:innen zunehmend als Informationsquelle in politischen Debatten genutzt (Vogler et al. 2019).

Die Politiker:innen, die Ämter auf nationaler Ebene innehaben, sind in der Online-Kommunikation am erfolgreichsten. Sie haben die grösste Gefolgschaft und erreichen mit ihren Botschaften die meisten potenziellen Wähler:innen. Damit zeigt sich, dass die Sozialen Medien einer ähnlichen Logik folgen wie die traditionellen Medien und dadurch die vorherrschenden

Machtstrukturen insgesamt beibehalten werden. Lediglich im Hinblick auf die Altersstruktur scheint die Online-Kommunikation auch jungen, noch nicht etablierten Politiker:innen eine Plattform für den Wahl- oder Abstimmungskampf zu bieten. Auch bei den Grünen ist dies der Fall, so findet man unter den grünen Kandidierenden in den Sozialen Medien besonders viele junge Politiker:innen.

Wie die obigen Analysen zeigen, folgen alle Parteien einer ähnlichen Strategie, die sich hauptsächlich auf die Verbreitung von Informationen in den Sozialen Medien konzentriert. Das Potenzial, die in den Sozialen Medien aktiven Wähler:innen von den eigenen Inhalten zu überzeugen, vor allem durch Interaktivität, wird von den Grünen – sowie auch von den anderen Parteien – noch kaum genutzt. In Deutschland ist beispielsweise die SPD mit einem innovativen Beispiel vorangegangen und hat eine Online-Community aufgebaut, wo Argumente und Informationen auf deren Faktengehalt hin überprüft werden können – ein gutes Beispiel für die dialogische Einbindung der Community⁵. Derart innovative Online-Strategien sind bei den Schweizer Parteien jedoch noch selten. Ob die Schweizer Politik in Zukunft ebenfalls versuchen wird, durch neuartige Online-Strategien mit den Wähler:innen zu interagieren, wird sich spätestens während des Wahlkampfs 2023 zeigen.

Zusammenfassung

Die Nutzung Sozialer Medien für die Kommunikation ist zu einem wesentlichen Bestandteil der politischen Öffentlichkeitsarbeit geworden. Auf Online-Plattformen können die politischen Akteure die vermittelten Inhalte vollständig selbst bestimmen und direkt mit ihrem Publikum in Kontakt treten. Die GPS Politiker:innen sind in den Sozialen Medien vergleichsweise gut vertreten und aktiv. Am erfolgreichsten darin, möglichst viele Bürger:innen zu erreichen und Reaktionen von ihnen zu erhalten, sind dabei die GPS Politiker:innen, die auf nationaler Ebene ein Amt innehaben. Allerdings nutzen die Schweizer Parteien – und auch die Grünen – Soziale Medien in erster Linie zur Verbreitung von Informationen. Das Potenzial, aktiv mit den Wählerinnen und Wählern zu interagieren und sie von den eigenen Inhalten zu überzeugen, wird jedoch noch kaum genutzt.

5 <https://www.spd.de/faktenfunk/ueber-faktenfunk/>.

5 Die Grünen in den Sprachregionen: Gibt es (noch) Unterschiede?

Georg Lutz

Nach wie vor unterscheiden sich die Kantone und Sprachregionen der Schweiz stark. Vor allem die Sprachregionen bilden eigenständige Kommunikationsräume mit einer sprachregional differenzierten Medienlandschaft und eigenen politischen Netzwerken. Dadurch entstehen regelmässig politische Trends und Dynamiken, die sich unabhängig voneinander in den Sprachregionen entwickeln und die Schweizer Politik beeinflussen. Inwiefern dies auch für die Entwicklung der Grünen der Fall ist, ist auch für die Forschung von Interesse. In diesem Beitrag werden neben einem kurzen historischen Abriss, die Entwicklung der Parteienstärken untersucht bevor auf ideologische Unterschiede bei den Grünen in den unterschiedlichen Sprachregionen eingegangen wird.

Unterschiedliche historische Entwicklungen in den Sprachregionen

Die grüne Bewegung, die sich in einem Prozess über Jahrzehnte zu einer national konsolidierten Partei entwickelte, hatte wichtige erste Wurzeln in der Romandie. Anfang der 1970er Jahre wurde in der Stadt Neuenburg und im Kanton Waadt erste Umweltparteien gegründet (siehe Kapitel 1, Seitz). Als erster Grüner wurde der Waadtländer Daniel Brélaz 1979 in ein nationales Parlament gewählt. 1978 entstand im Kanton Zürich die erste grüne Partei der Deutschschweiz. In der Folge sprossen in vielen Kantonen ökologische Parteien, die unter verschiedenen Namen auftraten, die aber national noch wenig koordiniert waren und die teilweise auch in Konkurrenz zu anderen linken Parteien standen.

Für die Entwicklung der grünen Parteien ist oft der kantonale und in einigen Fällen der kommunale Kontext relevant. Die zahlreichen Abgrenzungs- und Konzentrationsprozesse der letzten vierzig Jahre fanden selten gleichförmig innerhalb von Sprachregionen statt, vielmehr gab es grosse Unterschiede in den Entwicklungen der Kantonalparteien, oft auch bedingt durch personelle Faktoren. Trotzdem lassen sich grössere Tendenzen aufzeigen, insbesondere auch in der politischen Ausrichtung.

Vor allem in der Romandie sahen sich die ersten ökologischen Parteien nicht unbedingt als links stehend. Diese Einschätzung teilten auch 1978 die Autor:innen der Chronik der Schweizer Politik, *Année Politique Suisse*, als Grüne erstmals Erwähnung fanden: «Wird die einstige ‹Neue Rechte› von einer ‹grünen Welle› abgelöst werden?». Sie sahen die Positionierung der neuen Umweltpartei(en) eher als gemässigter Kontrapunkt zur nationalen Rechten, die das Umweltthema unter dem Aspekt des Schutzes der Heimat politisch zu nutzen versuchten. Und auch 1979 verordnete *Année Politique* die grünen Parteien «im Mittelfeld des politischen Spektrums» und sah diese ausserhalb des Links-rechts-Schemas (APS 1978, 177; APS 1979, 201).

In der Folge gab es aber durchaus unterschiedliche Entwicklungen in den Sprachregionen. In der Deutschschweiz schlossen sich über die Zeit hinweg alle wichtigeren linken und ökologischen Gruppierungen der Grünen Partei an, die als Folge der 68er-Bewegungen entstanden waren (siehe Kapitel 1, Seitz). Dieser Konzentrationsprozess war in der Romandie weniger ausgeprägt. In der Romandie konnten sich bis heute weitere kleine linke Gruppierungen neben SP und Grünen halten, die auch regelmässig einzelne Nationalratssitze gewinnen konnten. Allerdings gelang es diesen anderen linken Parteien nie, eine nationale Perspektive aufzubauen oder Fraktionsstärke zu erlangen. Die Vertreter der «Parti du Travail» oder «Solidarité» schlossen sich in der Regel der Grünen Fraktion an. Die Grüne Partei und die SP haben dadurch in der Romandie im Gegensatz zur Deutschschweiz weiterhin Konkurrenz durch kleinere linke Parteien.

Anfangs der 2000er Jahre kam es bei den Grünen Zürich zu Spannungen. Diese, gepaart mit der mangelnden Integrationsfähigkeit der damaligen Führungspersonen innerhalb der Grünen Partei Zürich, führten 2004 schliesslich zur Abspaltung der «Grünliberalen Zürich (GLiZ)» (Seitz 2013). Gründungsmitglieder der GLiZ waren neben dem zuvor abgewählten Parteipräsidenten Martin Bäumle auch die Regierungsrätin der Grünen, Verena Diener, die zuvor die Grünen im Nationalrat vertrat und die Partei auch national präsidiert hatte. Nach kurzen Bemühungen der GLiZ, Mitglied der Grünen Partei Schweiz zu bleiben, verfolgten sie alsbald das Projekt, sich als nationale Partei zu etablieren, die sich ökologisch aber ansonsten klar in der Mitte bewegt. In kurzer Zeit gelang es, neue Kantonalparteien in der Deutschschweiz zu gründen. Diese neue Partei formierte sich aber weniger aus prominenten Mitgliedern der etablierten grünen Parteien als aus politischen Neueinsteiger:innen sowie an manchen Orten auch aus Exponent:innen bürgerlicher Parteien.

Etwas verzögert und mit weniger Schub fand der Aufbau der GLP in der Romandie statt. Traditionell deckten die Grünen in der Romandie ein breiteres politische Spektrum ab und die eher radikalen linken Kräfte waren gar nicht

Mitglied der Grünen Partei, sondern von linken Splitterparteien. Trotzdem gelang der GLP die Gründung von Kantonalparteien anfangs der 2010er Jahre in allen Kantonen der Romandie. Bei den Wahlen 2011 gewann die Partei im Kanton Waadt auch ein erstes Nationalratsmandat. Jedoch liegt der Wähleranteil der GLP in der Romandie bis heute deutlich hinter den Wähleranteilen in der Deutschschweiz, was bei der GPS nicht der Fall ist. So betrug bei den letzten Nationalratswahlen 2019 der Wähleranteil der GLP in der Deutschschweiz 9,0 Prozent, in der Romandie hingegen nur 5,5 Prozent.

Probleme mit nationalistischen Grünen im Tessin

Speziell war die Entwicklung der Grünen im Tessin.¹ Im Tessin gab über Jahrzehnte die politische Ausrichtung der grünen Gruppierungen und insbesondere das Verhältnis zu rechts-konservativen Kräften und Positionen Anlass zu Auseinandersetzungen und Querelen, welche die Entwicklung der Partei hemmten. Bereits in der Gründungszeit Ende der 1980er Jahre buhlten sowohl eher linke grüne Gruppierungen um Stimmen wie auch ökologisch ausgerichtete nationalistische Grüne um den national bekannten Valentin Oehen der von 1971–1987 als Berner für die rechte Nationale Aktion im Nationalrat sass und danach ins Tessin immigrierte. Die mangelnde Abgrenzung zu rechten Gruppierungen führte 1991 sogar zum Ausschluss des «Movimento ecologista ticinese» (MET) aus der Grünen Partei Schweiz, da sich das MET weigerte, die Zusammenarbeit mit den rechten Gruppierungen um Oehen aufzugeben. 1994 kam es dann zur Gründung von «I Verdi» in der sich die diversen grünen Formationen zusammenschlossen und die dann auch in die Grüne Partei der Schweiz aufgenommen wurde. Allerdings verlief auch in der Folge die Entwicklung der Partei nicht gradlinig und die Parteienstärken bei den nationalen Wahlen blieben hinter jenen der Grünen in den anderen Landesteilen deutlich zurück. Dies hatte damit zu tun, dass die Partei weiterhin von verschiedenen Fraktionen geprägt war und über nur lose Strukturen verfügte. Als sich die Partei 2008 stärkere Strukturen gab, stiegen gleichzeitig die internen Spannungen, da der neu etablierte Koordinator der Grünen Sergio Savioni einen zunehmend populistischen Kurs einschlug. Unter anderem unterstützten die Tessiner Grünen 2014 die SVP-Masseneinwanderungsinitiative, was wiederum zu grossen Spannungen mit der Grünen Partei Schweiz führte. Erst nach dem Abgang von Savioni kam es zu einer gewissen Beruhigung. Bei den Wahlen 2019 gelang mit Greta Gysin von «I Verdi» erstmals der Einzug ins nationale Parlament.

1 Siehe dazu <https://anneepolitique.swiss/>.

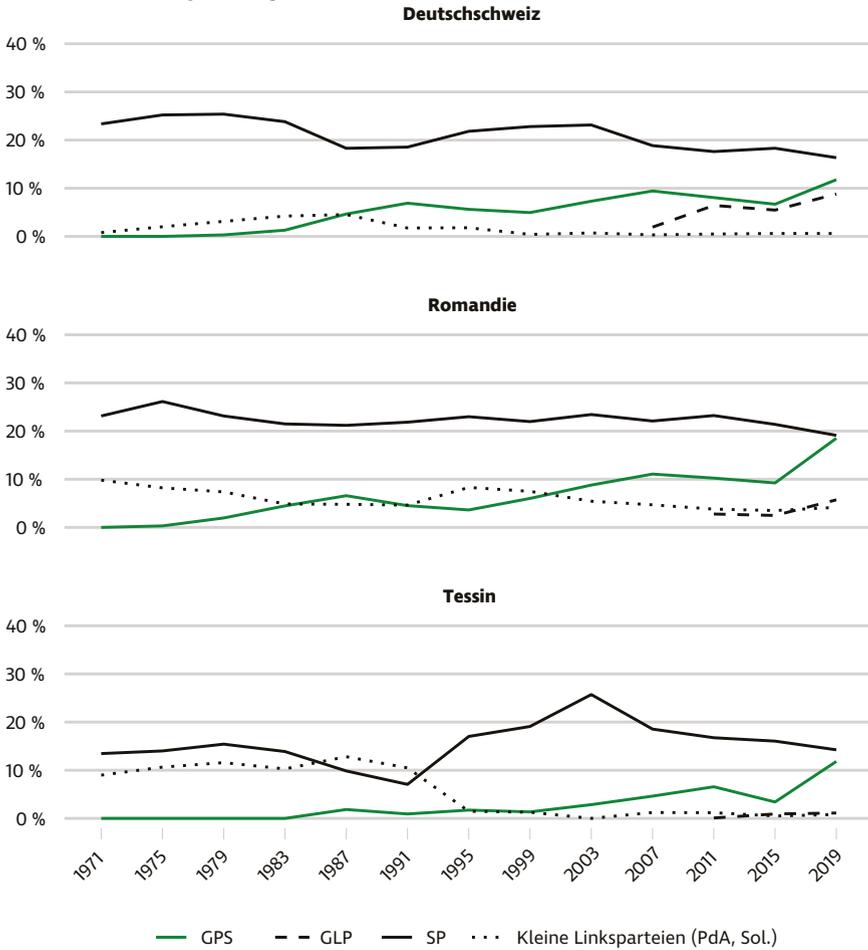
Die Entwicklung der Parteienstärke

In den verschiedenen Landesteilen folgte die Entwicklung der Wählerstärken der Grünen Partei bei nationalen Wahlen ähnlichen Trends, allerdings gab es auch diverse Unterschiede. Zu beachten gilt hier, dass die Wählerentwicklung der Grünen Partei immer auch in Bezug auf die Entwicklung anderer linker Parteien zu betrachten ist, insbesondere weil ein Teil der Zugewinne damit zu erklären war, dass neue Gruppierungen Mitglied bei der Grünen Partei Schweiz (GPS) wurden und darum in den offiziellen Statistiken des Bundesamtes für Statistik erst ab dann jeweils der GPS zugerechnet wurden. Siehe dazu Kapitel 1, Seitz und Kapitel 6, Schneider

In der Romandie meistens stärker

In der Anfangsphase bis 1983 lag der Anteil der GPS in der Romandie jeweils über demjenigen Anteil in der Deutschschweiz (siehe Abbildung 5.1). Bei den Wahlen 1991 und 1995 schnitten die Grünen in der Deutschschweiz stärker ab. 1991 mussten die Grünen in der Romandie bereits Einbussen hinnehmen, während die Grüne Partei in der Deutschschweiz – vor allem durch die Aufnahme neuer Gruppierungen – an Wähler:innenanteilen hinzugewann. 1995 verloren dann die Grünen in beiden Landesteilen. 1999 erfolgte in der Romandie bereits eine Kehrtwende, die Grünen gewannen wieder deutlich an Wähler:innenanteilen hinzu, während in der Deutschschweiz die Grünen einen weiteren Rückschlag hinnehmen mussten. Ab 2003 erfolgten die Entwicklungen parallel, die Grünen gewannen oder verloren jeweils Wähler:innenanteile bei den gleichen Wahlgängen. Dabei ist allerdings festzuhalten, dass die Grünen in der Romandie seit 1999 immer grössere Wähler:innenanteile auf sich vereinigen konnten als die Grünen in der Deutschschweiz. Dies ist insbesondere auch bemerkenswert, weil in der Romandie bis heute eine Konkurrenz zu weiteren linken Gruppierungen besteht. Diese linken Gruppen, die bis Anfang des Jahrtausends noch stärker oder ähnlich stark wie die Grünen waren, können bis heute gegen 4 bis 5 Prozent der Wähler:innenanteile auf sich vereinigen. In der Deutschschweiz haben weitere linke Gruppierungen inzwischen ausser in einzelnen Grossstädten keine nennenswerte Wählerbasis mehr. Der grösste Höhenflug der Grünen in einem Landsteil gab es bei den Wahlen 2019: Bei diesen Wahlen erreichten die Grünen in der Romandie annähernd den gleiche Wähleranteil wie die SP. Dies gelang auch, weil in der Romandie die GLP, die bei den Wahlen 2019 ebenfalls stark zulegte, weiterhin deutlich schwächer verankert ist, als in der Deutschschweiz, siehe Abbildung 5.1.

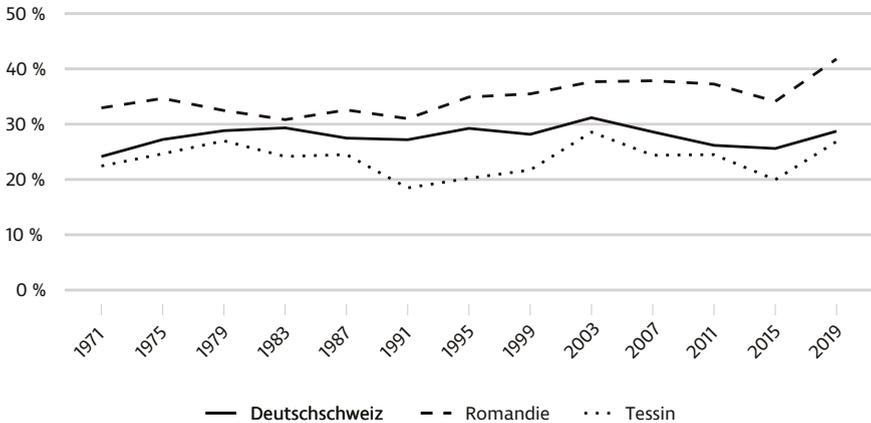
Abbildung 5.1: Wähler:innenanteile von GPS, SP, GLP und der kleinen Linksparteien, bei den Nationalratswahlen 1971-2019, nach Sprachregion



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

Im Vergleich der GPS zu anderen Parteien und insbesondere auch der SP zeigt sich, dass häufig Zugewinne bei der GPS zu Lasten der Wähler:innenanteile der SP gingen und umgekehrt, allerdings mit grosser Variation (siehe Kapitel 2, Sciarini & Petitpas). Die Verschiebungen – die zumindest im Vergleich zu anderen Ländern sowieso eher klein sind – lassen sich vor allem mit der jeweiligen Themenkonjunktur im Wahlkampf und dem generellen

Abbildung 5.2: Die Parteienstärke der Linksparteien (GPS, SP, kleine Linksparteien), bei den Nationalratswahlen 1971–2019, nach Sprachregion



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

Zustand der Partei erklären. So gewannen 2003 sowohl die SP als auch die GPS an Wähler:innenanteilen hinzu und 2019 gewannen die GPS sowohl in der Romandie als auch in der Deutschschweiz jeweils viel stärker als die SP an Wähler:innenanteilen einbüsste. In der Romandie lässt sich auch ein leichter Anstieg linker Parteien in den letzten zwanzig Jahren beobachten (siehe Abbildung 5.2), insbesondere bei den Wahlen 2019, als die linken Parteien erstmals über 40 Prozent Wähleranteile erreichten. Einen solchen Zuwachs gab es in der Deutschschweiz nicht, der Anteil linker Parteien lag fast immer unter 30 Prozent und ging seit 2003 sogar eher zurück. Der Wähler:innenanteil linker Parteien stieg zwar auch in der Deutschschweiz 2019 leicht an, blieb jedoch weiterhin unter 30 Prozent.

Sonderfall Tessin

Auch bei diesen Entwicklungen ist der Kanton Tessin gewissermassen ein Sonderfall. Der Wähler:innenanteil der Grünen blieb lange Zeit deutlich hinter den Anteilen in den anderen Landesteilen zurück, die Grünen blieben im Tessin bis 2011 eine Kleinstpartei. Erst bei den Wahlen 2019, als die Grünen im Tessin wie in der Deutschschweiz fast 12 Prozent Wähler:innenanteile erlangten, wurden die Grünen im Kanton zu einer relevanten Kraft. Auffällig ist im Tessin auch, dass insbesondere die SP grosse Schwankungen erlebt, die weitgehend unabhängig von der Stärke der Grünen stattfindet.

Die ideologische Entwicklung der grünen Parteien

Wie wir gesehen haben, gab es ausser in den Anfängen keine systematisch unterschiedlichen Trends der Grünen nach Sprachregionen. Gilt dies auch für die politische Positionierung in den Sprachregionen? Auch bei gleichförmigen Entwicklungen wäre es möglich, dass sich die Grünen in den Sprachregionen unterschiedlich politisch positionieren. So könnte man vermuten, dass in der Romandie aufgrund der Konkurrenzsituation durch andere linke Parteien die Grüne Partei (und die SP) etwas stärker zur Mitte tendiert als in der Deutschschweiz, in der diese Konkurrenzsituation im linken Lager nicht besteht; die kleineren linken Parteien in der Romandie bedienen vor allem den äusseren Rand des linken Parteispektrums. Möglich ist auch, dass historisch noch eine stärkere Tendenz zur Mitte hin bei den Grünen in der Romandie feststellbar ist, da sich die grünen Gruppierungen in der Romandie und auch gewisse Exponent:innen der nationalen Partei zumindest in der Anfangsphase als Partei ausserhalb des klassischen Links-rechts-Spektrums sahen. Diese Unterschiede könnten bestehen, obwohl sich auf nationaler Ebene die Grüne Partei klar als linke Partei etabliert hat und es auf vielen Ebenen eine grosse Übereinstimmung und Überschneidungen mit der SP gibt, sowohl im Stimmverhalten im Parlament, bei der Parolenfassung bei Volksabstimmungen, der gegenseitigen Unterstützung der Kandidierenden bei Majorzwahlen sowie auch bei der Wahlwahrscheinlichkeit der Wähler:innen (Nicolet & Sciarini 2010, siehe Kapitel 8, Schwarz).

Keine Unterschiede bei der Positionierung auf der Links-rechts-Achse

Um dies zu untersuchen, wurde die Positionierung der Wähler:innen auf der Links-rechts-Achse nach Sprachregion analysiert (siehe Abbildung 5.3) auf der Basis der Selects-Nachwahlbefragungen zwischen 1995 und 2019, die jeweils zwischen 1800 und 4400 Wählende umfasst (Selects 2021a).² Die Interviewten wurden jeweils gefragt, wo sie sich positionieren, wobei 0 ganz links und 10 ganz rechts bedeutet, d. h. je tiefer der Wert, desto linker ist die Positionierung.³

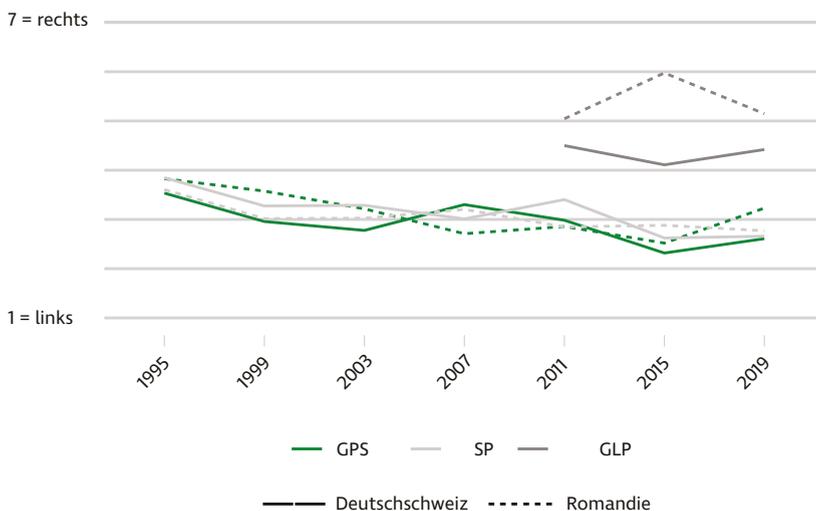
Diese Auswertung zeigt, dass es bei den Wählenden der Grünen keine nennenswerten Unterschiede in der Positionierung auf der Links-rechts-Achse zwischen den Sprachregionen gibt. Sollte es in der Anfangsphase einmal

2 Siehe www.selects.ch für weitere Informationen und einem Link zum Datenzugang.

3 Im Folgenden sind nur die Positionierungen in der Romandie und der Deutschschweiz ausgewiesen. Auf das Tessin kann in diesem Kapitel nicht eingegangen werden, da die Anzahl der Befragten zu klein ist für eine separate Analyse.

solche Unterschiede gegeben haben, was nicht belegt ist, waren diese Mitte der 1990er Jahre nicht mehr sichtbar. Einzig bei den Wahlen 2019 tendieren die Wählenden der Grünen Partei in der Romandie leicht stärker zur Mitte als in der Deutschschweiz. Das lässt sich allerdings kaum mit einer Neuausrichtung der Wähler:innen erklären, sondern durch den starken Zuwachs der Partei in der Romandie, beim dem die Partei auch mehr moderate Wählende anzog. Auch die Verläufe sind in beiden Sprachregionen ähnlich: Es gab seit 1995 in beiden Landesteilen eine leichte Bewegung der Wähler:innen der Grünen Partei nach links. Auffällig ist ebenfalls die fast vollständige Überlappung mit der Positionierung der SP-Wähler:innen in beiden Sprachregionen: Auch hier sind die Differenzen zwischen der Wähler:innen der beiden Parteien in jeweils allen Jahren nicht signifikant, die Befunde zur grossen ideologischen Überlappung der Wähler:innen der beiden Parteien aus früheren Jahren lassen sich damit weiterhin bestätigen (Lutz 2006; Ladner et al. 2008; Nicolet & Sciarini 2010). Demgegenüber sieht sich die Wähler:innen-Basis der GLP deutlicher in der Mitte des Links-rechts-Spektrums, wobei die GLP in der Romandie eher leicht rechts zur Mitte tendiert, jene der Deutschschweiz leicht links zur Mitte.

Abbildung 5.3: Positionierung der Wählenden von SP, GPS und GLP auf der Links-rechts-Achse, 1995–2019



Anmerkung: Skala von 0–10, N=1807–4409.

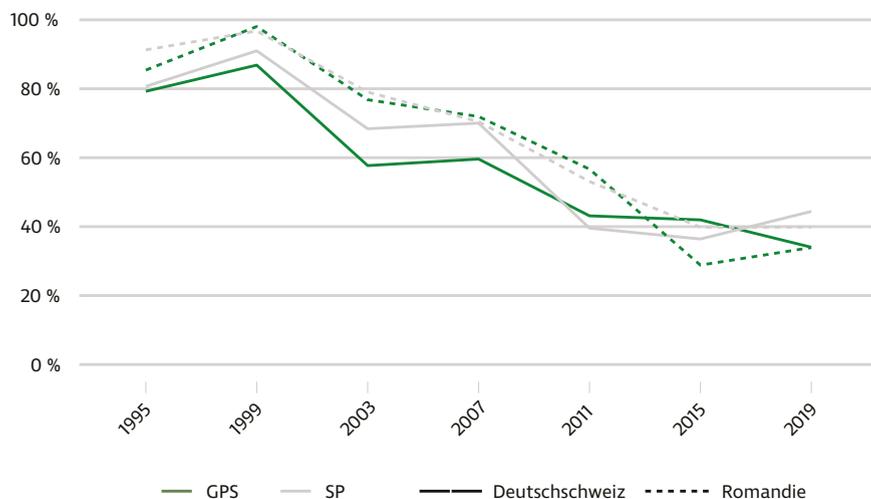
Quelle: Selects-Befragung, kumulatives Datenfile.

Kaum inhaltliche Unterschiede

Die Links-rechts-Positionierung ist sehr generell und verdeckt möglicherweise Differenzen zwischen den Sprachregionen in den Einstellungen der Wähler:innen. Eine Analyse der Selects-Daten zeigt jedoch, dass dies nicht der Fall ist und auch in der Vergangenheit nicht der Fall war: Die fast vollständige Überlappung ist systematisch in allen Einstellungen zu Sachfragen, die sich untersuchen lassen, wie die Einstellung zu sozialen oder wirtschaftlichen Fragen. Die Differenzen sowohl zwischen den Sprachregionen wie auch zwischen SP und Grünen sind in keinem Fall signifikant.

Exemplarisch lässt sich dies an der Frage zeigen, wie sich die Einstellung zum EU-Beitritt über die Zeit entwickelte, eine Frage, die Anfang der 1990er Jahre für Kontroversen innerhalb der Grünen sorgte. So fasste die Grüne Partei der Schweiz 1992 mit deutlicher Mehrheit die Nein-Parole zum EWR-Beitritt, wobei die kritischen Stimmen vor allem aus der Deutschschweiz kamen. Demgegenüber beschlossen die Kantonalparteien Genf, Waadt und Freiburg die Ja-Parole. Vor diesem Hintergrund liesse sich vermuten, dass die Grünen in der Romandie europafreundlicher seien als jene der Deutschschweiz (siehe Kapitel 1, Seitz). Jedoch liefern auch hier die Analysen keine Belege für Unterschiede in der Europaskepsis bzw. -freundlichkeit der grünen Wähler:innen in den Sprachregio-

Abbildung 5.4: Zustimmung zum EU-Beitritt der SP- und GPS-Wähler:innen nach Sprachregion, 1995–2019



Anmerkung: N = 1183–3076.

Quelle: Selects-Befragung, kumulatives Datenfile.

nen. Bei der Einstellung zu einem EU-Beitritt sind nicht nur die Übereinstimmungen, sondern auch die Trends gleichförmig. Wie die Abbildung 5.4 zeigt, gab es zu keinem Zeitpunkt substantielle Unterschiede zwischen den Sprachregionen und auch nicht zwischen den beiden linken Parteien Grüne und SP zur Zustimmung zu einem EU-Beitritt. Auch nahm die Zustimmung zum EU-Beitritt über die Zeit hinweg kontinuierlich in beiden Sprachregionen ab.

Relevant für eine Partei ist nicht nur die Positionierung der Wähler:innen, sondern auch jene der Kandidierenden, welche eine wichtige Rolle in den Parteien einnehmen (siehe Kapitel 3, Stadelmann & Ingold). Wir haben deshalb auch anhand der Kandidierendenbefragung von 2019 untersucht, ob es in der Positionierung der Partei-Eliten nennenswerte Unterschiede gibt (Selects 2021b). Es zeigt sich jedoch auch, dass sich die Positionierungen auf allen verfügbaren Sachfragen nicht zwischen den Sprachregion unterscheiden und auch nicht zwischen SP und Grünen. Kandidierende beider Parteien sind klar für mehr sozialen Ausgleich, einen stärker ausgebauten Sozialstaat und sie sind migrations- und integrationsfreundlicher als die Kandidierenden der bürgerliche Parteien. Einzig auf der Links-rechts-Achse waren die Kandidierenden der Grünen in der Deutschschweiz leicht linker positioniert als in der Romandie, aber auch hier zeigen die Unterschiede nur eine leichte Tendenz, auch in der Romandie positionieren sich die Kandidierenden der Grünen klar links im politischen Spektrum.

Zusammenfassung

Trotz teilweise historisch etwas anderen Wurzeln sind in den Entwicklungen und der Positionierung der Grünen Partei in den verschiedenen Sprachregionen in den letzten Jahrzehnten nur sehr geringfügige Unterschiede festzumachen. Die GPS ist in allen Sprachregionen klar links positioniert, gut verankert und entwickelt sich in den drei Sprachregionen weitgehend gleichförmig, insbesondere auch seit sich die GPS im Tessin konsolidieren konnte. Es sind weder Sprachgräben festzustellen, die zu Konflikten führen könnten, noch gibt es Anzeichen, dass sich dies in naher Zukunft ändert. Bei den nationalen Wahlen 2019 gelang es der GPS, in allen Sprachregionen deutlich zuzulegen. In der Romandie konnten die Grünen stärkemässig zur SP aufschliessen (insbesondere im Kanton VD) bzw. sie gar überholen (Kantone GE und NE) und nehmen dadurch eine Sonderstellung ein. Die Frage wird in Zukunft nicht nur sein, ob die Grüne Partei diese Erfolge wiederholen kann, sondern vor allem auch, wie sich das Konkurrenzverhältnis der GPS zur SP entwickelt. Es ist gut möglich, dass in der Romandie die Konflikte innerhalb des linken Lagers früher aufbrechen als in der Deutschschweiz, wo der SP im linken Lager die Vorherrschaft zukommt.

6 Die Grünen in Stadt und Land: Grosse Städte als Vorreiter der grünen Wahlerfolge

Madeleine Schneider

Die Sprachräume und verschiedenen Kantone der Schweiz ticken politisch unterschiedlich. Nach Abstimmungen ist deshalb auch regelmässig ein Stadt-Land-Graben feststellbar, der sich – je nach Thema und Betroffenheit – mehr oder weniger tief öffnet (Seitz 2014). Untersuchungen von Linder et al. (2008) oder die Arbeiten von Hermann et al. (2003) zeigen, dass sich unterschiedliche Werthaltungen, Lebenswelten und Wohnorte in einem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten manifestieren. Räumliche Unterschiede der politischen Einstellungen und Verhaltensmuster zeigen sich aber nicht nur in Sachfragen (Abstimmungen), sondern auch bei den Wahlen auf allen Stufen. Während die kantonalen Hochburgen und Verankerungsmuster der Parteien bei Nationalratswahlen gut dokumentiert sind (Seitz et al. 2019), sind die parteipolitischen Präferenzen entlang anderer räumlicher Konfliktlinien weniger erforscht.

Der vorliegende Beitrag untersucht anhand der Ergebnisse der nationalen und kantonalen Parlamentswahlen seit 1983 bzw. 2004 die Entwicklung der Grünen in Stadt, Agglomeration und Land, dies auch mit Blick auf die politische Konkurrenz im links-grünen Lager. Daneben wird gezeigt, inwiefern sich das Abschneiden der Grünen in städtischen und ländlichen Gemeinden in der Romandie und der Deutschschweiz unterscheidet. Ferner wird der Frage nachgegangen, wo (absolut) am meisten Wähler:innen der Grünen wohnhaft sind. Ein Blick auf die Resultate der Grünen in den fünf grössten Städten der Schweiz rundet das Kapitel ab.

Das räumliche Verankerungsmuster der Grünen: stark in urbanen Zentren – wenig verwurzelt in ruralen Gebieten

Die Grünen gelten als urbane Partei. Neben dem Umweltschutz und der Verkehrspolitik vertreten sie Themen wie die Gleichstellung der Geschlechter, die Integration von Migrant:innen. In jüngerer Zeit kamen die Rechte der LGBTIQI-Community hinzu. Dass grüne Themen in der Stadt Konjunktur haben und auf dem Land auf weniger fruchtbaren Boden fallen, zeigen die Ana-

lysen der eidgenössischen Volksabstimmungen. Wie die Grünen bei Wahlen auf nationaler und kantonaler Ebene in den Städten, den Agglomerations- und Landgemeinden abschneiden und sich im Lauf der Zeit entwickelt haben, zeichnet der vorliegende Beitrag nach. Ein gesamtschweizerischer Überblick über die Entwicklung der Grünen bei den kantonalen und eidgenössischen Wahlen findet sich in Kapitel 1, Seitz.

Stadt-Land-Typologie

Im vorliegenden Artikel wird die vom Bundesamt für Statistik (BFS) herausgegebene Stadt-Land- bzw. Gemeindetypologie verwendet (BFS 2005, Goebel & Kohler 2014, BFS 2017). Sämtliche Gemeinden¹ der Schweiz werden dabei anhand verschiedener funktionaler, morphologischer oder sozioökonomischer Kriterien klassiert. Dabei wird eine «Agglomeration» als zusammenhängendes und stark verflochtenes Gebiet charakterisiert, bestehend aus einem – selten mehreren – Zentren (Kernstadt) und den Gemeinden im Umland der Kernstädte. Zusammen mit den isolierten Städten² ist dies der «städtische Raum». Die übrigen Gemeinden werden als ländliche Gemeinden klassiert und bilden den ländlichen Raum. Eine weitere Ausdifferenzierung der Städte, der Umlandgemeinden und der ländlichen Gemeinden ist anhand der Gemeindetypologie möglich, welche 25 Typen umfasst. Für die Analyse von Wahlen oder Abstimmungen ist eine Reduktion der Gemeindetypologie auf 9 Typen zielführend. Wichtig ist hier vor allem die Unterscheidung der Städte in grosse oder mittlere Zentren sowie analog, ob die Agglomerationsgemeinden im Umland von grossen, mittleren oder kleineren Städten liegen.

In vorliegender Analyse werden die Begriffe Stadt oder Städte für die Kernstädte oder Zentren einer Agglomeration verwendet. Der Begriff «Agglomerationsgemeinde» wird gemäss der landläufigen Auffassung als Umlandgemeinden rund um eine Kernstadt verstanden. Die ländlichen Gemeinden oder «das Land» bilden die dritte verwendete Kategorie.

Die Entwicklung der Grünen in räumlicher Hinsicht: zunehmende Ausdifferenzierung zu einem «Dreiklang» Stadt – Agglomeration – Land

Als die Grünen erste Erfolge feierten, wurde bereits deutlich, dass sie auf dem Land einen schweren Stand haben. Zwischen Städten und Agglomerations-

- 1 Als Basis für die räumlichen Analysen anhand dieser beiden Typologien sind Gemeindeergebnisse nötig. Für die Nationalratswahlen sind sie ab den Wahlen 1971 (bzw. 1983 für vorliegende Analyse) und für die kantonalen Parlamentswahlen ab 2004 erhältlich (pro Kanton sind 4 bis 5 kantonale Wahlen vorhanden).
- 2 Ein zahlenmässig wenig bedeutender Spezialfall sind die sogenannten isolierten Städte, die funktional und von der Grösse her städtisch geprägt sind, aber kein genügend grosses Umland aufweisen, um als Zentrum einer eigenen Agglomeration zu fungieren. Sie werden hier dem Typus der Agglomerationsgemeinde zugeteilt.

Abbildung 6.1a: Parteistärke der GPS nach Siedlungstyp, Nationalratswahlen 1983–2019

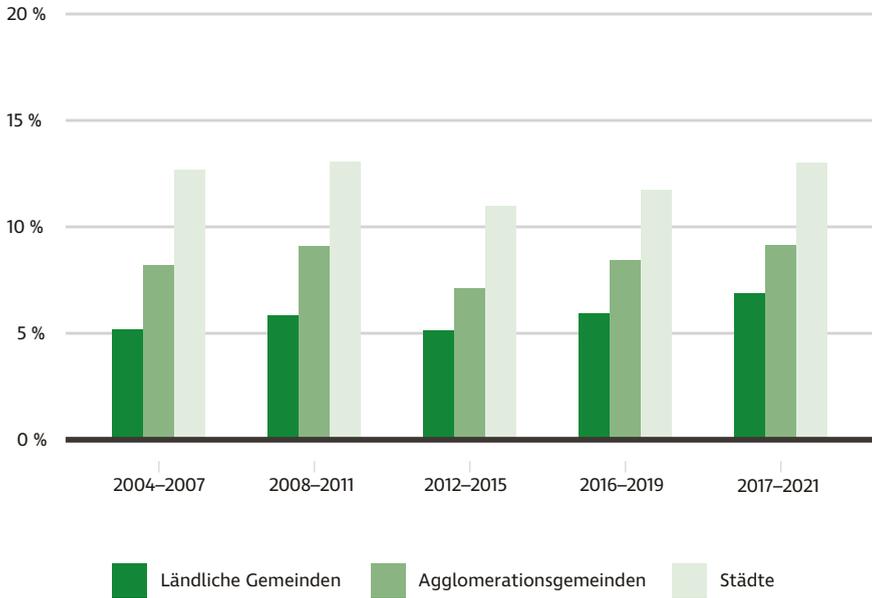


Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

gemeinden existierten hingegen noch keine markanten Unterschiede. Erst ab Mitte der 1990er Jahre bildete sich eine klare Dreiteilung heraus: bei den Nationalratswahlen erzielten die Grünen ihre besten Ergebnisse in den Städten, wo sie teilweise bis anderthalb Mal so stark waren wie in den Agglomerationsgemeinden oder gar doppelt so stark wie auf dem Land. An dieser Verteilung änderte sich auch mit dem Grosse Erfolg der Grünen Partei der Schweiz (GPS) bei den jüngsten Wahlen von 2019 nur wenig. Die (absoluten) Unterschiede akzentuierten sich jedoch aufgrund des starken Wachstums: In den Städten lag die Parteistärke im Jahr 2019 bei 18,3 Prozent, in den Agglomerationsgemeinden bei 12,6 Prozent und auf dem Land bei 9,0 Prozent. Bemerkenswert ist das Faktum, dass sich auch in den ländlichen Gemeinden beinahe eine Verdoppelung des Wähleranteils ergab. Könnte das ein Hinweis darauf sein, dass die Grünen nun auch auf dem Land angekommen sind? (siehe Abbildung 6.1a).

Bei den kantonalen Wahlen ist das Bild sehr ähnlich (siehe dazu Abbildung 6.1b). Die Ergebnisse ab 2004 zeigen wie bei den Nationalratswahlen eine Dreiteilung mit den höchsten Wähleranteilen in den Städten, gefolgt von

Abbildung 6.1b: Parteistärke der GPS nach Siedlungstyp, Kantonale Parlamentswahlen 2004–2021



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik; eigene Berechnungen.

den Agglomerationsgemeinden und dem ländlichen Raum, wobei die GPS in den Städten etwa doppelt so stark ist wie auf dem Land.³ Wegen der Zusammenfassung der zu unterschiedlichen Zeitpunkten stattfindenden Wahlen zu Vier-Jahresperioden werden die Ergebnisse im Vergleich zu den Nationalratswahlen insgesamt etwas geglättet und sind weniger von markanten Ausschlägen geprägt. Dies zeigt sich besonders bei der aktuellsten Zeitperiode, welche die zwei Jahre vor und zwei Jahre nach der «Klimawahl» 2019 umfasst.

3 Die Parteistärken berücksichtigen die unterschiedliche Kantonsgrösse bzw. Wahlbeteiligung. Die gemischten Listen sind nach Möglichkeit aufgrund der von den Kandidierenden erhaltenen Stimmen auf die Parteien aufgeteilt. Die Zeitperioden enthalten alle Wahlen, die im Jahr der Nationalratswahlen bzw. den drei Jahren davor stattgefunden haben. Für Kantone mit 5-jähriger Legislaturperiode werden die jeweils aktuellsten Wahlen herangezogen, die in gewissen Fällen in der Vorperiode liegen. Diese Kantone sind demnach mit den gleichen Wahlen in zwei Zeitperioden enthalten.

Stadt ist nicht gleich Stadt und Agglomeration nicht gleich Agglomeration

Innerhalb der Städte bzw. der Agglomerationsgemeinden lässt sich anhand der differenzierten Gemeindetypologie zeigen, dass die Grünen in den fünf grössten Städten der Schweiz besonders stark sind. Hier spielen sie bereits seit längerem im Konzert der Grossen mit und lassen z. B. die FDP deutlich hinter sich. Mit einer Parteistärke von 22,5 Prozent bei den Nationalratswahlen 2019 lagen hier die Grünen an zweiter Stelle und wurden nur von der SP (26,5 Prozent) überflügelt. Im Vergleich dazu schnitten die Grünen in den mittleren Städten mit 16,5 Prozent weniger gut ab.

Die starke Stellung der Grünen in den fünf grössten Städten strahlt offensichtlich auch auf deren Umland aus. So verzeichneten sie in den Agglomerationsgemeinden der Grosszentren eine Parteistärke von 15 Prozent. In den übrigen Agglomerationsgemeinden bewegten sich die Werte zwischen 10 und 12 Prozent.

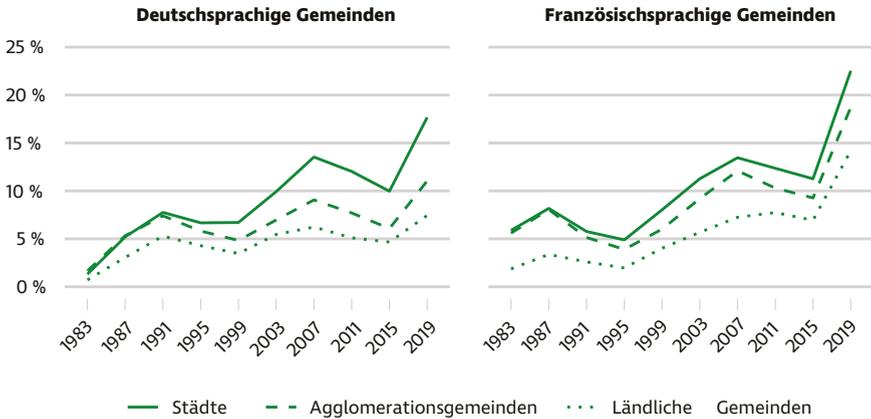
Und die Konkurrenz?

Buhlen die Grünen in denselben Gemeindetypen um Wähler:innen wie ihre Konkurrentinnen SP und GLP oder – in der Romandie – die kleinen Linksparteien?⁴ Bei der SP zeigt sich ein ähnliches Muster wie bei der GPS. Sie erzielt ihre höchsten Stimmenanteile in den Städten, wo sie bei den Nationalratswahlen 2019 auf 23,0 Prozent kam. Eine mittlere Position nehmen die Agglomerationen ein (15,8 Prozent bei den Wahlen 2019) und auf dem Land schnitt sie mit 12,6 Prozent schwächer ab.⁵ Die GLP punktet hingegen in den Städten und den Agglomerationsgemeinden in ähnlichem Ausmass. Im Jahr 2019 kam sie auf 9,2 Prozent bzw. 8,5 Prozent, während sie auf dem Land etwas weniger erfolgreich ist (5,4 Prozent). Eindeutig städtisch geprägt sind die kleinen Linksparteien, wo sie mit Abstand ihre besten Ergebnisse erzielen (1,1 Prozent im Jahr 2019). In der Agglomeration und auf dem Land kamen sie 2019 auf bloss 0,4 Prozent.

4 In der Romandie sind dies namentlich die kommunistische Partei der Arbeit (PdA) sowie Solidarität (Sol.). Gelegentlich traten diese, zusammen mit weiteren linken Splittergruppen, auf einer gemeinsamen Wahlliste unter der Bezeichnung Ensemble à Gauche an.

5 Unter umgekehrten Vorzeichen gibt es bei CVP und SVP dieselbe Dreiteilung wie bei SP oder GPS: Sie erzielen ihre besten Ergebnisse im ländlichen Raum, gefolgt von den Agglomerationen und an letzter Stelle liegen die Städte. Die FDP schneidet in allen drei Siedlungstypen praktisch gleich gut ab.

Abbildung 6.2: Parteistärke der GPS, nach Sprachregion und Siedlungstyp, Nationalratswahlen 1983–2019



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

Stadt-Land-Gegensatz der grünen Wahlerfolge auch in den Sprachregionen – Romandie homogener

Die Entwicklung der Grünen verlief anfänglich in den verschiedenen Landes- teilen ungleich. Mit Ausnahme der frühen 1990er Jahre war die GPS in der Ro- mandie stets stärker als in der Deutschschweiz und der italienischen Schweiz (siehe Kapitel 5, Lutz; Schneider 2008).

Untersucht man das Abschneiden der Grünen in Stadt und Land ge- trennt nach Sprachregion, so zeigt sich, dass die oben beschriebene Dreitei- lung mit Spitzenwerten in den Städten, einer mittleren Position der Agglo- merationsgemeinden und dem schwächeren Abschneiden auf dem Land in beiden grossen Sprachregionen vorhanden ist – zumindest ab den 1990er Jahren. Al- lerdings unterscheiden sich die Resultate der Grünen in der Romandie weni- ger zwischen Stadt und Umland, das Wahlverhalten ist hier homogener. In der Deutschschweiz liegen hingegen die Wähler:innenanteile der Städte ganz deutlich an der Spitze und die Grünen schneiden auf dem Land klar schwächer ab (siehe Abbildun 6.2).

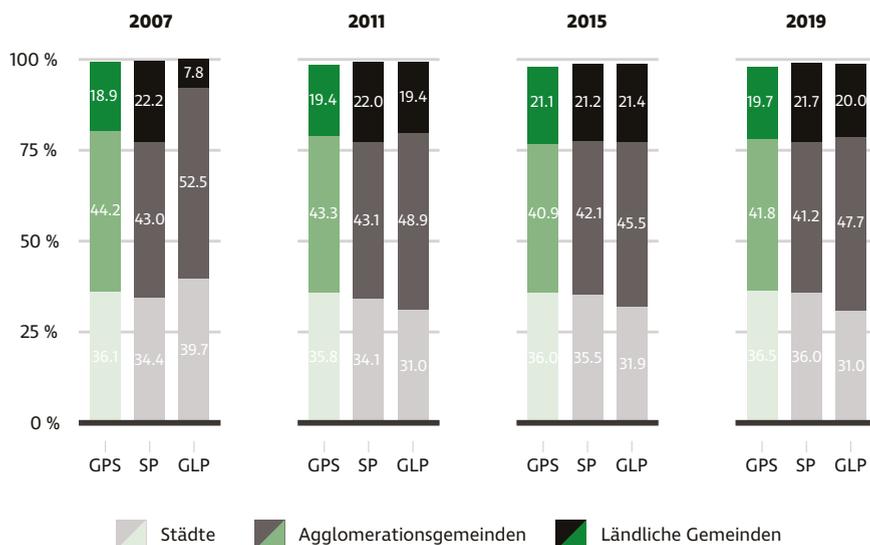
Bei den kantonalen Parlamentswahlen ist das Bild ähnlich. So erreich- ten beispielsweise die Grünen in den Deutschschweizer Städten eine mehr als doppelt so hohe Parteistärke wie auf dem Land (15 gegenüber 6 Prozent). In der Romandie lagen die Städte bei 16 Prozent, nur wenig über den Agglo- merationsgemeinden mit 14 Prozent oder den Landgemeinden mit 11 Prozent.

Nationales Verankerungsmuster der Grünen – mehr als jede:r dritte grüne Wähler:in lebt in der Stadt

Die oben dargestellten Wähleranteile zeigen die relative Stärke in Stadt, Agglomeration oder auf dem Land. Will man wissen, wo in absoluten Zahlen am meisten Wähler:innen der Grünen leben, wird das nationale Verankerungsmuster untersucht (Partei=100 Prozent). Dieses zeigt in welchem Ausmass die grünen Wähler:innen in den verschiedenen Gebieten zur gesamten (nationalen) Parteistärke beitragen. Selbstverständlich spielt hier die Grösse bzw. die Zahl der Wählenden pro Siedlungstyp eine gewisse Rolle. So leben seit 2003 rund 45 Prozent der Wähler:innen in den Agglomerationsgemeinden, in den Städten sind es gut ein Viertel und in den ländlichen Gemeinden knapp 30 Prozent.

Die bevölkerungsmässig starken Agglomerationsgemeinden steuern am meisten zur nationalen Parteistärke der Grünen bei (siehe Abbildung 6.3). Seit 2007 sind es gut 40 Prozent der Wählenden der Grünen, die hier wohnen. Aus den Städten kommt mehr als jede dritte grüne Stimme und die Landgemeinden tragen knapp einen Fünftel zur nationalen Parteistärke bei. Gemessen am Wählerreservoir steuern die Städte also deutlich überdurchschnitt-

Abbildung 6.3: Nationale Parteistärke von GPS, SP und GLP, nach Siedlungstyp, Nationalratswahlen 2007–2019



Anmerkung: Die Werte ergeben nicht ganz 100 Prozent, da nicht alle Resultate einem Siedlungstyp zugeordnet werden können. Dies betrifft namentlich die Kantone, welche die Auslandschweizer:innen separat ausweisen und keiner Gemeinde zuteilen.

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

lich und die grünen Wählenden auf dem Land unterdurchschnittlich zum Abschneiden der GPS auf nationaler Ebene bei.

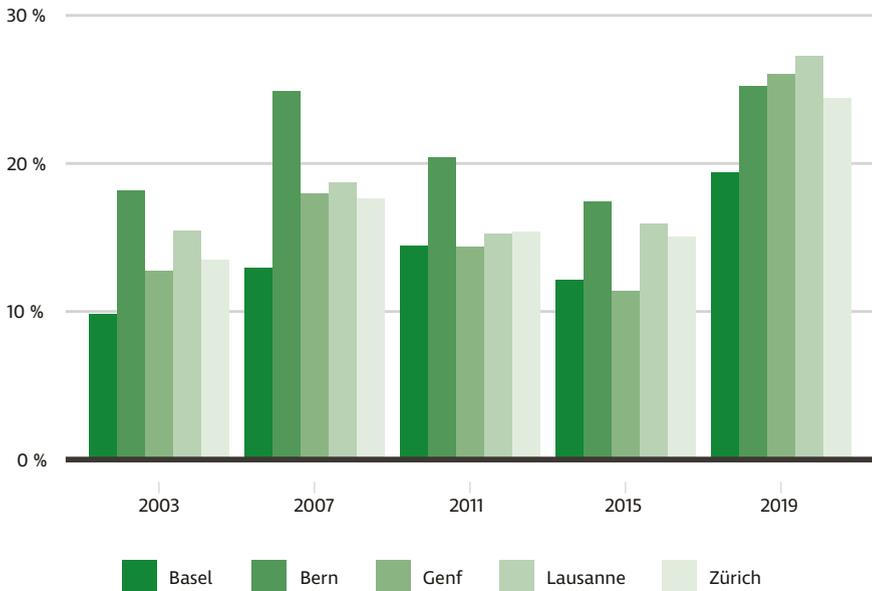
Interessanterweise ist das Verankerungsmuster der SP praktisch identisch, während sich die Lage bei den Grünliberalen etwas anders präsentiert: Diese holen zeitweise mehr als jede zweite Stimme in der Agglomeration, oder anders gesagt jede:r zweite GLP-Wähler:in lebt im städtischen Umland.

Die grossen Städte – Vorreiter und sichere Werte für grüne Wahlerfolge

Zusammen genommen sind die grossen Städte die Lokomotiven der grünen Wahlerfolge. Schon früh erreichten die Grünen hier bei nationalen Wahlen beachtliche Resultate oder errangen bereits in den 1990er Jahren Exekutivmandate in den Stadtregierungen.

Auffallend ist die Stadt *Bern*, wo seit der Jahrtausendwende fast ausnahmslos mindestens ein Sechstel der Wählenden einer der zwei oder gar drei grünen Gruppierungen (die allesamt Mitglied der GPS sind) die Stimme gaben (siehe Übersichtstabelle in Kapitel 1, Seite). In *Lausanne*, das den ers-

Abbildung 6.4: Die Parteistärke der GPS in den fünf grössten Städten, Nationalratswahlen 2003–2019



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

ten grünen Präsidenten einer grösseren Stadt stellte, schneidet die GP ebenfalls sehr gut ab – mit Wähleranteilen von mindestens 15,0 Prozent. Bei der Klimawahl 2019 steigerten sich die Grünen hier auf 27,3 Prozent, dies ist der höchste Wert der grossen Städte. In *Genf* erzielte die GPS – abgesehen von einem «Taucher» 2015 – mindestens 13 Prozent. Auch hier konnte sie sich bei den jüngsten Wahlen deutlich steigern (26 Prozent). In *Zürich* wird die GPS bis heute von der Alternativen Liste (AL) konkurrenziert, die anders als in Basel oder Bern nicht der GPS beigetreten sind. Werden diese mitgezählt, bewegen sich die Anteile der Grünen zwischen 13,0 und 18,0 Prozent bzw. erreichen 2019 24,4 Prozent. Von allen fünf grossen Städten haben es die Grünen in Basel am schwersten. Sie erreichen seit 2003 Stimmenanteile zwischen 10 und 14 Prozent; sie konnten sich aber analog der anderen Städte bei den Nationalratswahlen 2019 deutlich steigern (19,4 Prozent). Somit wählt heute in den fünf grössten Städten mindestens jede fünfte Person grün. Dies gilt übrigens auch für die jüngsten städtischen und – mit wenigen Abstrichen – kantonalen Parlamentswahlen.

Zusammenfassung

Die Entwicklung der GPS verlief in den Städten und den Agglomerationsgemeinden zunächst ähnlich, nur auf dem Land war sie von Beginn an weniger stark. Ab der Jahrtausendwende legten die Grünen in den Städten deutlicher zu (bzw. verloren dort weniger) als in den Agglomerationen und es kam zu einer Dreiteilung: ihre besten Ergebnisse erzielt die GPS – bei nationalen und kantonalen Wahlen – in den städtischen Zentren gefolgt von den Agglomerationsgemeinden und den ländlichen Gemeinden. Ganz besonders ausgeprägt ist diese Dreiteilung in der Deutschschweiz. Etwas weniger markant ist dieses Muster in der Romandie, wo die grünen Wahlresultate aus Stadt und Umland näher beieinander liegen. Insgesamt zeigt sich also, dass die Grünen das Etikett der urbanen Partei nicht von ungefähr tragen. Allerdings spielen die Agglomerationen zunehmend eine wichtige Rolle für die Grünen, leben dort doch in absoluten Zahlen am meisten grüne Wähler:innen. Schliesslich ist innerhalb des städtischen Raums die Sonderstellung der fünf grossen Städte mit ganz besonders hohen Wähleranteilen hervorzuheben – dort legt fast jede fünfte Person eine grüne Liste in die Urne. Damit lassen die Grünen die FDP klar hinter sich, überflügelt werden sie bloss von der SP.

7 Die Grünen bei Majorzwahlen – Fokus Ständerat

Sarah Bütikofer

Lange Zeit stiegen die Kandidierenden der Grünen so gut wie chancenlos ins Rennen um einen Sitz im Ständerat. Erst bei den eidgenössischen Wahlen 2007 gelang der Einzug in die kleine Kammer, als in Genf und in der Waadt je ein grüner Kandidat gewählt wurde. Der grosse Durchbruch kam 2019, als die violett-grüne Welle auch vor dem Stöckli¹ nicht Halt machte. Fünf Ständeratsitze gingen an die Grünen, vier davon an Frauen.²

Doch nicht nur im Ständerat sind die Grünen über die Zeit stärker geworden. Sie regieren auch in sieben Kantonen sowie in den meisten der grossen Schweizer Städte mit. Gemeinsam ist den Regierungsmitgliedern und Standesvertretungen, dass sie ihre Wahl in der Regel in einem Mehrheitsystem bestehen müssen.³ Ob, wann und wie Kandidierende der Grünen bei Majorzwahlen erfolgreich ins Ziel kommen, dem geht das folgende Kapitel nach.

Das Geheimnis des Erfolgs bei Majorzwahlen

Um bei Majorzwahlen einen Sitz zu gewinnen, reichen die Stimmen der Wähler:innen der eigenen Partei in der Regel bei weitem nicht aus (Norris 1995). Es müssen daher mehr Wähler:innen erreicht werden als die Parteibasis aufweist; folglich ist das Elektorat der Gewählten meistens sehr heterogen zusammengesetzt. Kandidierende von Parteien, deren Position an den Polen des politischen Spektrums angesiedelt ist, bringen aus diesem Grund nicht die idealen Voraussetzungen mit, um in einem Mehrheitswahlssystem einen Sitz zu gewinnen. Dies gilt besonders im stark fraktionalisierten Mehrparteien-

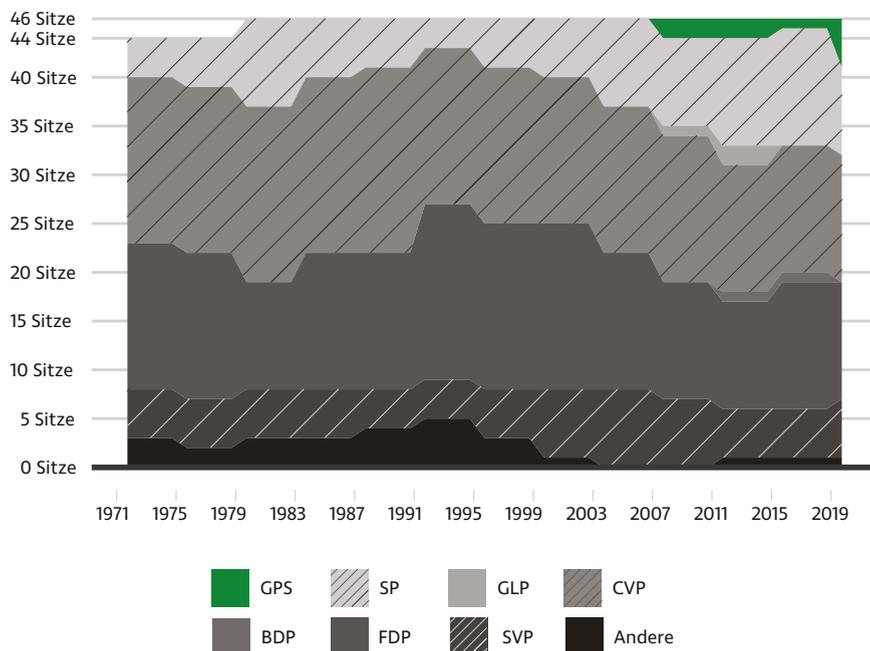
1 Umgangssprachlicher Ausdruck für den Ständerat in Anlehnung daran, dass in der kleinen Kammer vor allem erfahrene Personen sitzen, die häufig (nicht immer!) nach dem Ausscheiden aus dem Ständerat ihre politische Karriere beenden. Der Begriff «Stöckli» ist aus dem Dialekt des Berndeutschen übernommen und meint ein kleines Nebengebäude eines Bauernhofs, in dem traditionellerweise die betagten Eltern der nachkommenden Bauernfamilie ihren Lebensabend verbrachten.

2 Zum einen schnitten die Parteien mit grün im Namen bei den Wahlen von 2019 so gut ab wie noch nie in der Geschichte der Schweizer Wahlen, zum anderen lag sowohl der Frauenanteil bei den Gewählten wie auch den Kandidierenden für den Nationalrat bei über 40 Prozent (Giger et al., 2022).

3 Vier der fünf Ständeratsmitglieder der Grünen wurden im Majorzsystem gewählt.

system der Schweiz, in dem eine Kandidatin oder ein Kandidat Wählende mehrerer anderer Parteien, mit sich zum Teil deutlich unterscheidenden Positionen, von sich überzeugen muss. Bei Majorzwahlen waren in der Schweiz lange Zeit die Kandidierenden der traditionellen bürgerlichen Parteien im Vorteil, wenn sie ein Profil aufwiesen, das – je nach Kanton und Kontext – von der Mitte aus sowohl gegen links wie auch gegen rechts ausstrahlend wählbar war. Ein allfälliger Wahlerfolg für Kandidierende anderer Parteien hängt von den politischen Umständen und dem Agieren der Kandidierenden im Wahlkampf ab (Milic 2014, Ladner 2008). Dieser tritt am ehesten dann ein, wenn die etablierten Parteien an Unterstützung einbüßen und Schwächen aufweisen oder ein Ereignis ausserhalb des Courant normal den Wahlkampf stark beeinflusst (Bühlmann & Gerber 2015, Milic 2014).

Abbildung 7.1: Mandatsverteilung im Ständerat 1971–2019, nach Parteien



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

Die Besonderheiten der Wahlen in den Ständerat

Die Standesvertretungen werden in 24 Kantonen nach dem Majorzsystem gewählt, nur die Kantone Jura und Neuenburg wenden ein Proporzsystem

an. Pro Kanton sind zwei Sitze zu vergeben – im Falle der sechs ehemaligen Halbkantone⁴ nur einer. Aus diesem Grund ist nicht nur die Konkurrenzsituation zwischen den Parteien verschärft, auch die Wähler:innen verhalten sich bei Ständeratswahlen anders als bei Nationalratswahlen. Stellt die präferierte Partei keine oder keine chancenreiche Kandidatur auf, so sind viele Wähler:innen gewillt, Kandidierende zu unterstützen, denen sie unter Proporzwahlrecht keine Stimme geben würden (Milic 2015).

In Abbildung 7.1 ist die Entwicklung der Anzahl Sitze pro Partei im Ständerat seit 1971 als Flächengraphik dargestellt. Es zeigt sich deutlich, dass die in der Schweiz historischen Kontrahenten, die FDP und die CVP⁵, im Ständerat bis in die 1990er Jahre dominierend waren (Vatter 2020, 323 ff.). Linder (2005) führt dies darauf zurück, dass die grossen bürgerlichen Parteien durch Absprachen und gegenseitige Unterstützung in vielen Kantonen lange Zeit beide Sitze erringen konnten. Zudem zeigte eine Analyse auf, wie sich strategisches Verhalten von Wähler:innen lange Zeit vor allem zu Gunsten der FDP auswirkte (Lachat 2006)

Auch im Stöckli hinterliess die Polarisierung ihre Spuren

Bewegung in die Sitzverteilung im Ständerat kam ab den 1990er Jahren im Zuge der zunehmenden Polarisierung des Parteiensystems, die dazu führte, dass die bürgerlichen Traditionsparteien des politischen Zentrums an Wählerstärke verloren (Bochsler et al. 2015). Die verlorenen Sitze gingen auf der rechten Seite ab Ende der 1990er Jahre teilweise zur SVP, allerdings nicht im Ausmass wie auf Grund des gesamtschweizerischen Erstarkens der Partei vermutet werden könnte. In der Legislaturperiode von 2003 bis 2007 war die SVP im Ständerat mit acht Sitzen vertreten, vorher und nachher aber hatte sie immer weniger Mandate inne. Dies ist zum einen auf die Präferenzen der Wähler:innen zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die Nominierung von stark polarisierenden Persönlichkeiten durch die Partei (Bütikofer 2015), die sich als nicht mehrheitsfähig erwiesen. In jüngerer Zeit gelang es auch einigen Personen aus neuen kleineren Mitteparteien (GLP, BDP), einen Sitz im Ständerat zu erobern.⁶ Ihre Präsenz im Ständerat deutlich ausbauen konnte in den letzten zwei Jahrzehnten hingegen die politische Linke, bestehend aus SP und GPS. Ausser in der Legislaturperiode von 1979 bis 1983 verfügte die SP in der Regel über maximal ein halbes Dutzend Sitze im Ständerat. 2003 konnte

4 Seit der neuen Bundesverfassung von 1999 gibt es offiziell keine Halbkantone mehr.

5 Die CVP fusionierte Anfang 2021 mit der BDP zu «Die Mitte».

6 Verena Diener, ZH GLP, 2007 bis 2015; Markus Stadler, UR, trat nach der Wahl der GLP bei, 2010 bis 2015; Werner Luginbühl, BE BDP, 2008 (nach Parteiübertritt) bis 2019.

sie ihre Vertretung auf neun Sitze ausbauen, die sie 2007 verteidigte. Da 2007 auch die ersten beiden Grünen dazukamen, gewann die politische Linke in der betreffenden Legislaturperiode über elf Sitze. Nach den Wahlen von 2019 verfügten SP und Grüne zusammen 14 Sitze inne⁷. Dadurch war die politische Linke in der kleinen Kammer ungefähr proportional zu ihrer nationalen Stärke vertreten.

Der Weg in den Ständerat

Im Ständerat verfügten die traditionellen bürgerlichen Parteien über lange Zeit nicht nur über eine grosse Mandatszahl, sie konnten sich auch in vielen Kantonen ihrer Sitze sicher sein. In Abbildung 7.2 ist für alle Kantone dargestellt, welche Partei seit 1971 mindestens einen Ständeratssitz inne hatte. Die Dominanz von CVP und FDP geht auch aus dieser Darstellung deutlich hervor. Weiter zeigt sich, dass von den total 44 bzw. ab 1979 46 Ständeratssitzen 16 an der Zahl in den letzten fünfzig Jahren nie von einer Partei zu einer anderen gewechselt haben. Das heisst, dass über ein Drittel aller Ständeratssitze als parteipolitisch stabil bezeichnet werden können.⁸ In sechs Kantonen blieben sogar alle verfügbaren Sitze immer bei der gleichen Partei.⁹

Die ersten Grünen im Ständerat

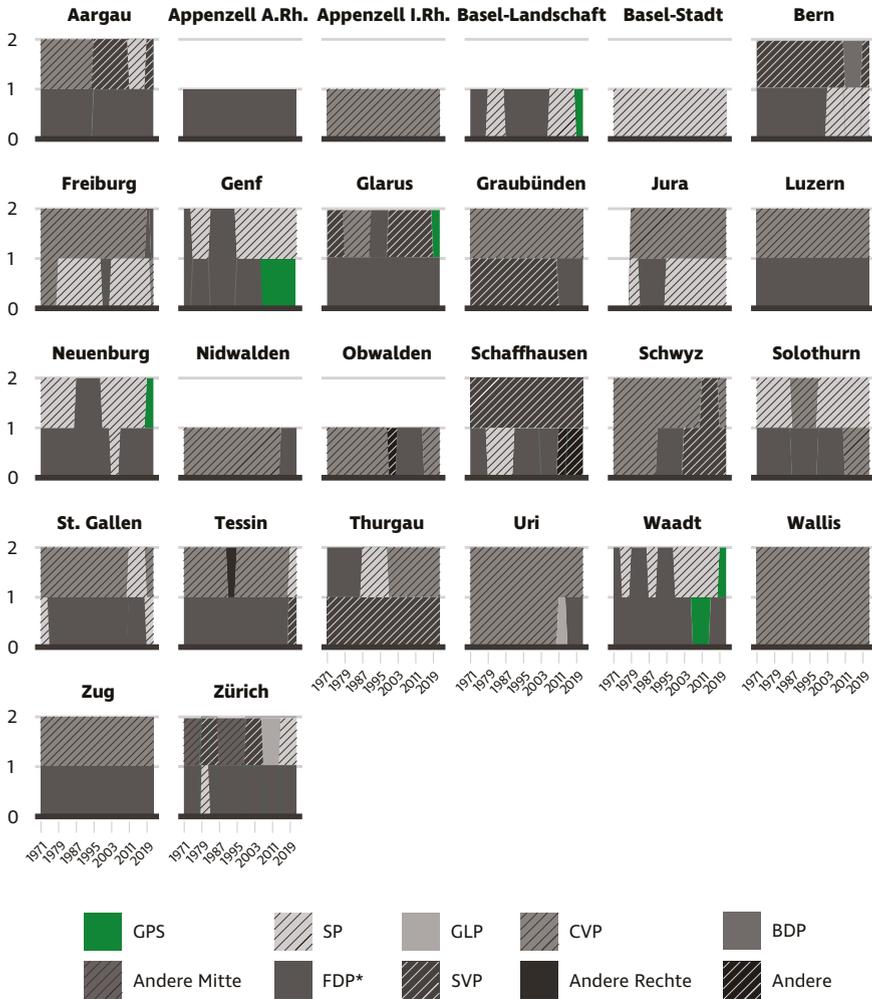
Lange Zeit waren die Kandidaturen linker Parteien bei Ständeratswahlen eher dann erfolgreich, wenn sich die bürgerlichen Parteien uneinig waren (Lutz & Selb 2006). Motiviert durch die Erfolge bei Regierungsratswahlen in den 1980er Jahren haben die Grünen zwar bereits 1987 in den Kantonen Bern und Waadt je eine erste Kandidatur aufgestellt. 1991 traten sie gesamtschweizerisch gleich mit sieben, 1995 mit neun, 1999 mit elf und 2003 wieder mit sieben Kandidierenden zu den Ständeratswahlen an (Lachat & Bütikofer 2007). Doch von den Wähler:innen honoriert wurden ihre Bemühungen nicht. Erst 2007 eroberten in Genf der frühere Regierungsrat Robert Cramer und in

7 Da zwei Ständeratsmitglieder der SP während der Legislaturperiode vorzeitig zurücktraten und nicht von Mitgliedern der linken Parteien ersetzt wurden, büsste die Linke im Ständerat bis am Ende der Legislaturperiode von ihrer anfänglichen Stärke ein.

8 Fünf dieser stabilen Sitze besetzt die FDP, acht die CVP/Mitte, die im Kanton Wallis gar beide Mandate durchgängig innehatte. Zwei der stabilen Sitze fallen auf die SVP und einer auf die SP.

9 In beiden Appenzell und in Basel-Stadt blieb der einzige Sitz immer bei der gleichen Partei, in den Kantonen Luzern, Zug und Wallis die beiden Sitze.

Abbildung 7.2: Parteizugehörigkeit der Ständerät:innen nach Kanton, 1971–2019



Anmerkung: *inkl. LPS: Genf (1971–91); Neuenburg (1979–95); Waadt (1971–95).

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

der Waadt Nationalrat Luc Recordon einen Sitz in der kleinen Kammer. Die beiden ersten erfolgreichen Ständeratskandidaturen der Grünen profitieren auch von der Uneinigkeit im bürgerlichen Lager, welches sich in beiden Kantonen nicht auf eine chancenreiche gemeinsame Kandidatur einigen konnte.

Dies hatte zur Folge, dass die vereinte und erstarkte Westschweizer Linke auf Kosten der FDP zwei Standesstimmen gewann und je zusammen mit der SP einen Sitz im Ständerat belegen konnte. Beide grünen Ständeräte wurden 2011 erneut zusammen mit einer Vertretung der SP wiedergewählt. So traten die Kantone Genf und Waadt während zweier Legislaturperioden mit ungeteilter linker Standesstimme auf (Bütikofer 2020), einmal mehr avancierte die Westschweiz zur Vorreiterin linker Wahlerfolge (Schneider 2008; siehe Kapitel 4, Lutz). Robert Cramer wurde 2015 für eine dritte Amtszeit gewählt, Luc Recordon schaffte die Wiederwahl nicht mehr. Sein Sitz ging in der Folge zurück an die FDP, während die SP in der Waadt ihren Sitz verteidigen konnte.

Der Erfolg der Grünen bei den Ständeratswahlen 2019

Bei den Ständeratswahlen 2019 wurden gleich fünf Grüne gewählt.¹⁰ Nach dem Rücktritt von Robert Cramer nach drei Amtsperioden trat 2019 Lisa Mazzone seine Nachfolge an. Sie führte ihren ersten Ständeratswahlkampf in Genf zusammen mit dem bisherigen SP-Ständerat Carlo Sommaruga und erreichte bereits im ersten Wahlgang mehr Stimmen als die Mitkandidierenden. Die FDP, die grösste Konkurrenz der Linksparteien in Genf, war nach den Skandalen um ihren Regierungsrat Pierre Maudet in denkbar schlechter Verfassung. Weil die Bürgerlichen im zweiten Wahlgang noch einmal zu dritt antraten, schafften schliesslich die Kandidaturen der Grünen und der SP mit deutlichem Vorsprung die Wahl (BFS 2019a).

In der Waadt holten die Grünen 2019 den vier Jahre zuvor verlorenen Ständeratssitz zurück – allerdings auf Kosten der SP. Nach dem Rücktritt der SP-Ständerätin Géraldine Savary, die die Waadt zwölf Jahre lang in der kleinen Kammer vertreten hatte, gelang es der Kandidatin der SP, Ada Marra, nicht, den Sitz zu halten. Im zweiten Wahlgang traten sowohl die Kandidatin der SP und der Grünen an, das Rennen machte neben dem Kandidaten der FDP die Grüne Adèle Thorens.

In Neuenburg werden die Ständerät:innen seit 2011 nach Proporz gewählt. 2019 galt es, beide Sitze im Ständerat neu zu besetzen. Der Kanton Neuenburg wurde in Bern seit über fünfzig Jahren immer nur von liberalen und sozialdemokratischen Stimmen vertreten (vgl. Abbildung 7.2). Der Kandidatin der Grünen trat daher in erster Linie als Wahlkampflokomotive ihrer Partei zur Wahl an. Wider Erwarten legten die Grünen im Kanton Neuenburg aber so deutlich an Wählerstärke zu, dass sie die SP überholten und ein Ständeratssitz an die Grüne Céline Vara ging.

Die Grünen holten 2019 aber auch zwei Sitze in der Deutschschweiz, wo bisher sämtliche linke Vertretungen im Ständerat aus der SP kamen. Im

10 Folgende Ausführungen beruhen hauptsächlich auf APS 2019 (Ständeratswahlen).

Kanton Basel-Landschaft ging der Sitz nach dem Rücktritt des bisherigen Ständerats der SP an Maya Graf. Sie lag nach dem ersten Wahlgang mit wenig Vorsprung auf dem ersten Platz. Die SP zog ihren Kandidaten – wie zwischen den Parteien abgesprochen – beim zweiten Wahlgang zurück, zu dem von bürgerlicher Seite die FDP antrat. Maya Graf eroberte den Sitz im zweiten Wahlgang und verteidigte den Ständeratssitz für die politische Linke (BFS 2019c).

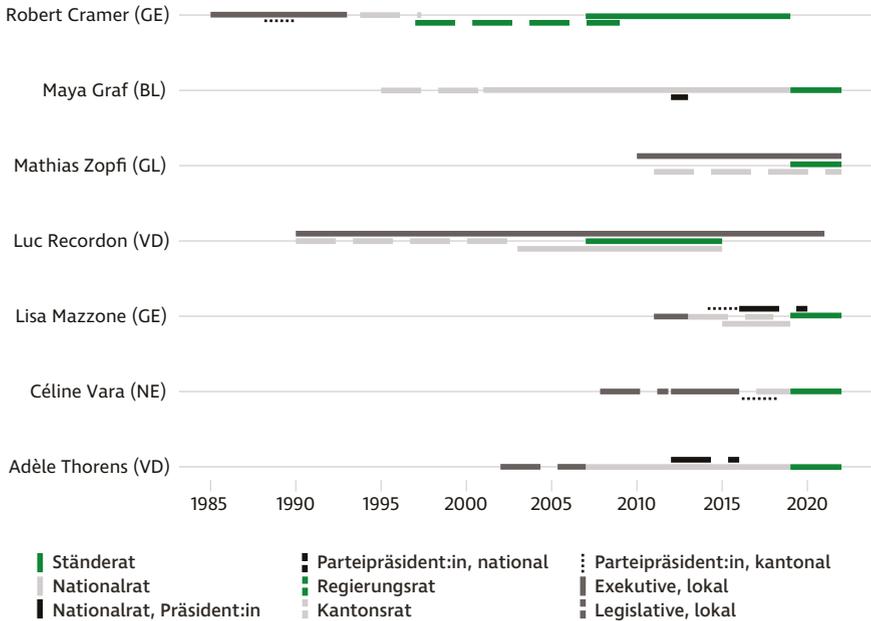
Im Kanton Glarus holte Mathias Zopfi einen Ständeratssitz. Der kleine Kanton Glarus verfügt über bloss einen Sitz im Nationalrat. Folglich unterstehen faktisch alle Wahlen für das eidgenössische Parlament den Gesetzen einer Majorzwahl, was zur Folge hat, dass es zum einen zu informellen Absprachen zwischen den Parteien kommt und dass zum anderen Persönlichkeit und Bekanntheitsgrad der Kandidierenden, die zur Wahl stehen, über deren Erfolg entscheiden. Die SP hielt ab 1991 fast zwanzig Jahre lang den Sitz in der grossen Kammer, bevor die BDP ihr diesen abspenstig machte. Die Sitze im Ständerat wurden von Politikern der FDP und der SVP besetzt, bis es dem im Kanton sehr gut vernetzten Grünen Mathias Zopfi gelang, den bisherigen SVP-Vertreter zu verdrängen.

Politische Erfahrung und Profil der grünen Standesvertretungen

Dass die Grünen gleich zu fünft in den Ständerat einziehen würden, wurde im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 2019 nicht nur von Medienschaffenden und Politbeobachter:innen als nicht sehr wahrscheinlich betrachtet (Strijbis 2019). Auch der Ratspräsident der kleinen Kammer gab den neuen Mitgliedern zu Beginn der Legislaturperiode einige mahnende Worte bezüglich Kultur und Gepflogenheiten im Ständerat mit auf den Weg – auf Französisch, versteht sich, waren doch die neuen Grünen mehrheitlich aus der Westschweiz.¹¹ Die Befürchtungen, dass mit den Grünen eine völlig unbekannte Spezies in die *Chambre de Réflexion* einziehen würde, lässt sich aber hinsichtlich Karrierewege und politischem Rucksack der Gewählten nicht bestätigen.

11 «Je me réjouis de voir ce vent nouveau souffler dans notre conseil – mais bien sûr un vent, pas une tempête! Nous ne voulons pas jeter par-dessus bord les qualités propres du Conseil des Etats. Nous voulons rester la chambre de réflexion; nous voulons maintenir et soigner cette culture du dialogue et de l'écoute qui prévaut au sein de la Chambre haute afin de trouver des solutions et des compromis. Je n'ai aucun doute sur le fait que ces valeurs typiquement suisses seront également portées et cultivées par nos nouveaux membres.» (Ausschnitt aus der Begrüssung von Hans Stöckli (SP, Bern) zum Auftakt der 50. Legislaturperiode (Amtl. Bull. StR, 2019, 1006).

Abbildung 7.3: Karrierewege der GPS-Ständerät:innen



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

In Abbildung 7.3 sind die politischen Karrierewege aller bisher in den Ständerat gewählten Grünen dargestellt.¹² Eine klassische Ochsentour über mehrere Jahrzehnte absolvierte Robert Cramer, der aus der kantonalen Exekutive in den Ständerat wechselte. Luc Recordon verfügte wiederum über fast zwanzig Jahre an politischer Erfahrung aus der kantonalen und nationalen Legislative, bevor er in den Ständerat einzog. Auch Maya Graf hatte bereits über mehr als zwanzig Jahre lang politische Erfahrungen auf kantonaler und nationaler Ebene gesammelt; sie präsierte zudem als erste Grüne im Jahr 2013 den Nationalrat. Dass ihr Profil majorztauglich ist, zeigte sich bereits bei den Nationalratswahlen 2015, als sie von allen Kandidierenden im Kanton sowohl am meisten Stimmen als auch am meisten Panaschierstimmen holte (APS 2019). Auch Adèle Thorens blickt auf eine langjährige politische Karriere zurück: Sie war zusammen mit Regula Rytz Co-Präsidentin der Grünen Schweiz und

12 Die Ausführungen beruhen auf Informationen auf den Seiten der offiziellen Biographien der Parlamentsmitglieder auf www.parlament.ch sowie auf Informationen aus der Chronik der Schweizer Politik, Année Politique Suisse, und dem Historischen Lexikon der Schweiz (HLS).

gilt nicht als Melonengrüne. Das Profil des zum Zeitpunkt der Wahl 35-jährigen Mathias Zopfi ist ebenfalls kein linksalternatives. Er folgte dem Karriereweg eines typischen Schweizer Milizpolitikers, bringt Exekutiverfahrung auf Gemeindeebene mit und präsierte das Kantonsparlament, was seinen Bekanntheitsgrad im Heimatkanton stark anstiegen liess – die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Majorzwahl. Er verband auch das Exekutivamt in der Gemeinde und das Legislativamt im Kanton über lange Zeit. Ein sehr früher Einstieg in die Politik und Ämterkumulationen zeichnen auch die beiden Ständerätinnen aus Genf und Neuenburg aus. Beide verfügten aber ebenfalls über mindestens zehn Jahre an Erfahrung auf kantonaler und nationaler Ebene, bevor sie in den Ständerat gewählt wurden.

Die bisher in den Ständerat gewählten sieben Grünen unterscheiden sich von anderen Mitgliedern im Ständerat – neben ihrer Parteizugehörigkeit – durch das eher niedrige Durchschnittsalter von 45 Jahren zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ständerat gegenüber dem langjährigen Durchschnittsalter von 54 Jahren. Betrachtet man die Karriereverläufe der bisherigen sieben Grünen im Ständerat, so bringen aber alle langjährige politische Erfahrung auf kantonaler und kommunaler Ebene mit. Ungewöhnlich ist höchstens das Tempo der Erfahrungsaneignung, das vor allem die Grünen der jüngsten Generation zurücklegten.

Exkurs zu den in den Kantonen mitregierenden Grünen

Die Mitglieder der kantonalen Regierungen werden – ausser im Kanton Tessin und bis 2013 in Zug – nach dem Majorzsystem gewählt. Die kantonalen Regierungen umfassen normalerweise fünf bis sieben Sitze, wodurch die Dynamiken bei den kantonalen Regierungswahlen anders ausfallen als bei den Ständeratswahlen.

Die Grünen sind seit 1991 durchgehend in den Kantonsregierungen vertreten. Der erste Erfolg der Grünen bei den kantonalen Regierungswahlen stellte sich allerdings bereits 1986 ein und war gleich ein doppelter, denn sie eroberten im Kanton Bern zwei Sitze. Dieser Erfolg war zum einen auf Grund der Berner Finanzaffäre möglich und zum anderen wegen eines Zerwürfnisses zwischen FDP und SVP (siehe Kapitel 1, Seitz). Gewählt wurden Leni Robert, grüne Nationalrätin, und Benjamin Hofstetter aus dem Berner Jura. Beide schafften ihre Wiederwahl nicht mehr. Erst 16 Jahre später gelang es der Partei mit ihrem früheren Generalsekretär Bernhard Pulver wieder, Ein-sitz in die Berner Regierung zu nehmen (siehe Kapitel 10, Haus). Er trat 2018

nach drei Amtsperioden zurück, seine Nachfolge trat Christine Häsler an, die noch im Amt ist.

1991 wurde im Kanton *Zug* Hanspeter Uster, Mitglied der Sozialistisch-Grünen Alternativen, in die Regierung gewählt, allerdings im Proporzsystem. Er trat 2006 nach vier Amtszeiten zurück. Der Sitz blieb den Grünen erhalten, 2007 wurden mit Patrick Cotti und Manuela Weichelt sogar zwei Grüne in die 7-köpfige Zuger Regierung gewählt. Patrick Cotti schaffte die Wiederwahl nach einer Legislaturperiode nicht mehr. Manuela Weichelt trat 2018 zurück. Nach ihrem Rücktritt verloren die Grünen ihre Vertretung in der Zuger Regierung.

1994 gewannen die Grünen im Kanton *Waadt* mit Philippe Biéler den ersten Regierungssitz der Westschweiz. Biéler trat 2002 nach zwei erfolgreichen Wiederwahlen zurück. Der Sitz blieb seither in grüner Hand: François Marthaler war von 2003 bis 2012 Waadtländer Regierungsrat, ihm folgte Béatrice Métraux bis 2022, deren Nachfolge wiederum Vassilis Venizelos antrat. In *Genf* eroberte Robert Cramer 1997 den ersten Sitz für die Genfer Grünen in der Kantonsregierung. 2005 wählten die Genfer:innen und Genfer mit David Hiler einen zweiten Grünen in die Regierung. Als Robert Cramer 2007 in den Ständerat gewählt wurde, verteidigte Michèle Künzler den zweiten grünen Sitz im Regierungsrat. Nach einer Legislaturperiode wurde sie jedoch nicht wiedergewählt. 2013 holte Antonio Hodgers den Sitz zurück; seit 2021 sitzt zudem auch die Grüne Fabienne Fischer in der Genfer Regierung. In *Neuenburg* wurde 2005 Nationalrat Fernand Cuche in die Regierung gewählt, allerdings nur für eine Legislaturperiode. Im Kanton *Freiburg* holten die Grünen 2012 mit Marie Garnier ihren ersten Sitz in der Regierung. Sie trat 2018 zurück, der grüne Sitz ging verloren. 2022 zogen die Grünen mit Sylvie Bonvin-Sansonnes erneut in die Freiburger Regierung ein.

In der Deutschschweiz konnten die Grünen ab Mitte der 1990er Jahre ihre Vertretung in den Kantonsregierungen kontinuierlich ausbauen. 1995 nahm Verena Diener, die frühere Präsidentin der GPS, Einsitz in die *Zürcher* Kantonsregierung. Sie gehörte ihr bis 2007 an. 2004 traten einige Grüne in *Zürich*, unter ihnen Martin Bäumle und Verena Diener, aus der Partei aus und gründeten die GLP (siehe Kapitel 1, Seitz). Mit der Wahl von Martin Graf von 2011 waren die Grünen wieder in der Regierung vertreten, allerdings nur für vier Jahre. Doch im Frühling 2019 gelang den Grünen mit dem 32-jährigen Kantonsparlamentarier Martin Neukom wieder der Sprung in die Kantonsregierung (Flury & Koponen 2019). In *Nidwalden* wurde 1998 Leo Odermatt, führender Kopf des Demokratischen Nidwalden, in die Kantonsregierung gewählt (APS 1998: 66).¹³ Nach drei Amtsperioden trat er aus der Regierung zurück. In der Nordostschweiz waren die Grünen 1999 in *Schaffhausen* erfolg-

13 Das Demokratische Nidwalden trat erst 2005 den Grünen bei (siehe Kapitel 1, Seitz).

reich, wo Herbert Bühl von der ökoliberalen Bewegung einen Sitz in der Regierung eroberte. Seine Wiederwahl verpasste er nach einer Legislaturperiode als Überzähliger (APS 2004, 47).

Im Kanton *Basel-Stadt* zogen die Grünen 2004 mit dem langjährigen Kantonsparlamentarier Guy Morin erstmals in die Regierung ein. Er trat nach drei Legislaturperioden aus dem Regierungsrat zurück. Seine Nachfolge trat Elisabeth Ackermann an. 2020 zog sie jedoch nach dem ersten Wahlgang aufgrund ihres schlechten Abschneidens ihre Kandidatur zurück. Der Sitz der Grünen ging darauf an die GLP (APS 2020, kantonale Wahlen). Im Nachbar-kanton *Basel-Landschaft* zogen die Grünen mit Isaac Reber 2011 in die Kantonsregierung. Im Kanton *Aargau* gelang Susanne Hochuli 2008 die Wahl in die Kantonsregierung. Nach ihrem Rücktritt 2016 ging der Sitz der Grünen an die SVP. Im Kanton *Solothurn* sind die Grünen mit Brigit Wyss seit 2017 in der Kantonsregierung vertreten (APS 2017, kantonale Wahlen).

Bis Sommer 2022 stellten die Grünen insgesamt 29 Mitglieder in den kantonalen Regierungen (siehe auch Abbildung 7.6). Die durchschnittliche Amtsdauer derjenigen grünen Regierungsrät:innen, die nicht mehr im Amt sind, betrug knapp zwei Legislaturperioden. Fünf der bisher 29 grünen Regierungsrät:innen wurden bei einer Erneuerungswahl nicht wiedergewählt.

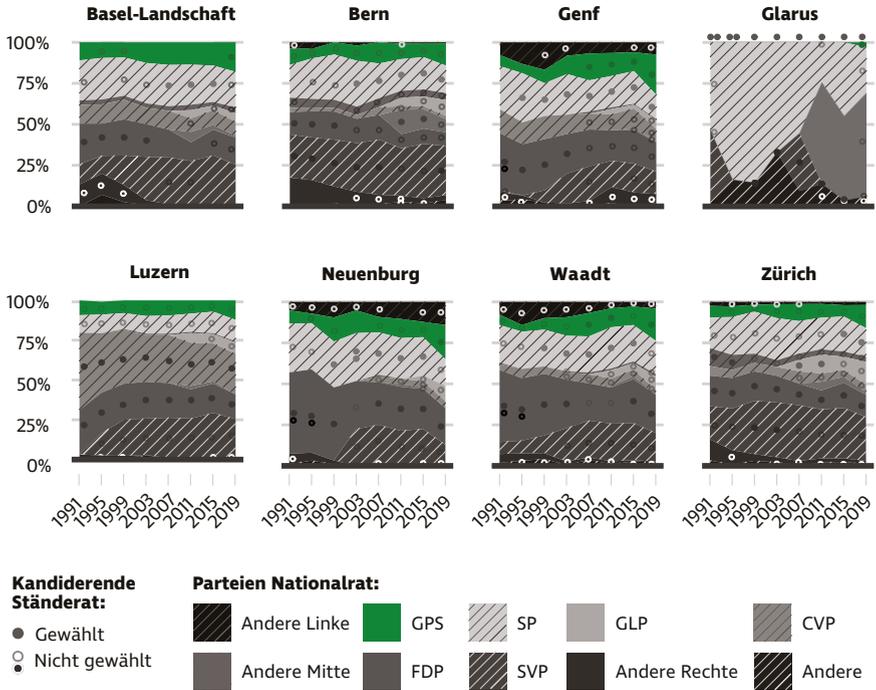
Eine starke Linke und konsequente Wähler:innen bringen Grüne in den Ständerat

Erfahrene und majorzfähige Kandidierende nominieren zu können, ist Teil des grünen Erfolgs. Der eigentliche Sitzgewinn hängt jedoch von den Umständen des Wahlkontextes, dem Verhalten der Wähler:innen und der Stärke der linken Parteien im jeweiligen Kanton ab. Abbildung 7.4 zeigt die Entwicklung der Parteienstärken für alle Kantone, die 2019 entweder im ersten Wahlgang eine grüne Kandidatur wählten (GL und NE) bzw. zum zweiten Wahlgang antraten (BL, BE, GE, LU, VD und ZH).

Grundsätzlich zeigt sich dabei, dass der Gewinn eines Ständeratsmandats in Abhängigkeit der Parteienstärke erfolgt und dass gleichzeitig die Stärke des gesamten linken Lagers ausschlaggebend ist für den Wahlerfolg der Grünen. In den Kantonen, in denen die linken Parteien zusammen das (annähernd) stärkste politische Lager bilden, besteht für die Grünen die Möglichkeit der Eroberung eines Sitzes im Ständerat.

2019 gewannen die Grünen vier Mandate neu, nur der Ständeratssitz im Kanton Genf war bereits in grüner Hand. Drei der vier gewonnenen grünen Sitze waren zuvor von der SP besetzt. Somit wird auch deutlich, dass

Abbildung 7.4: Parteistärken Nationalratswahlen und Kandidaturen für den Ständerat nach Kanton, 1971–2019



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

der SP nicht mehr automatisch die Vorherrschaft im linken Lager zukommt. Dass eine erfolgreiche Kandidatur für den Ständerat über die eigene Partei-basis hinaus mobilisieren können muss, ergibt sich aus der Logik des Majorz-systems. Für die Grünen besteht vor allem dann die Möglichkeit, einen Sitz im Ständerat zu erobern, wenn die Linke im betreffenden Kanton allgemein stark ist und die SP das Terrain für den Gewinn eines Ständeratsmandats vorbereitet hat. Eine weitere Analyse wurde mit den Daten aus der Schweizer Wahlstudie Selects 2019 für die Kantone durchgeführt, in denen SP und Grünen erfolgreich zu den Ständeratswahlen antraten. In die Darstellung integriert sind alle Kantone, in denen die Grünen entweder einen Sitz eroberten oder dann zum zweiten Wahlgang antraten. Dabei zeigt sich in Abbildung 7.5 ein nicht einheitliches Bild. In den Kantonen Zürich, Bern und Luzern vereinten die Kandidaturen der Grünen praktisch nur Stimmen aus dem links-grün-progressiven Lager, d. h. grossmehrheitlich von Wählenden der Grünen,

der SP, der GLP und anderen Linksparteien. Nur ungefähr jede zehnte Stimme entstammte von Wähler:innen einer anderen Partei. In den Kantonen Glarus und Basel-Landschaft, in denen je eine grüne Kandidatur das Rennen machte, setzen sich deren Wähler:innen hingegen heterogen zusammen, vor allem in Glarus kam der Kandidat der Grünen auf einen sehr hohen Wähleranteil von Wählenden anderer Parteien bzw. von Personen, die keine Parteibindung angaben. In Baselland kamen zwei Drittel der Stimmen, die die Kandidatin der Grünen auf sich vereinte, aus dem links-grün-progressiven Lager, ein Drittel ihrer Stimmen kam aus dem bürgerlichen Lager. In den Kantonen der Westschweiz, in denen eine grüne Kandidatur unter Majorz gewählt wurde, setzen sich die Wähler:innen aus einem ebenfalls sehr hohen Anteil an Stimmen aus dem links-grün-progressiven Lager zusammen. Zudem lag der Anteil ihrer Stimmen aus anderen Parteien höher als in den Kantonen der Deutschschweiz, in denen die grüne Kandidatur nicht gewählt wurde.

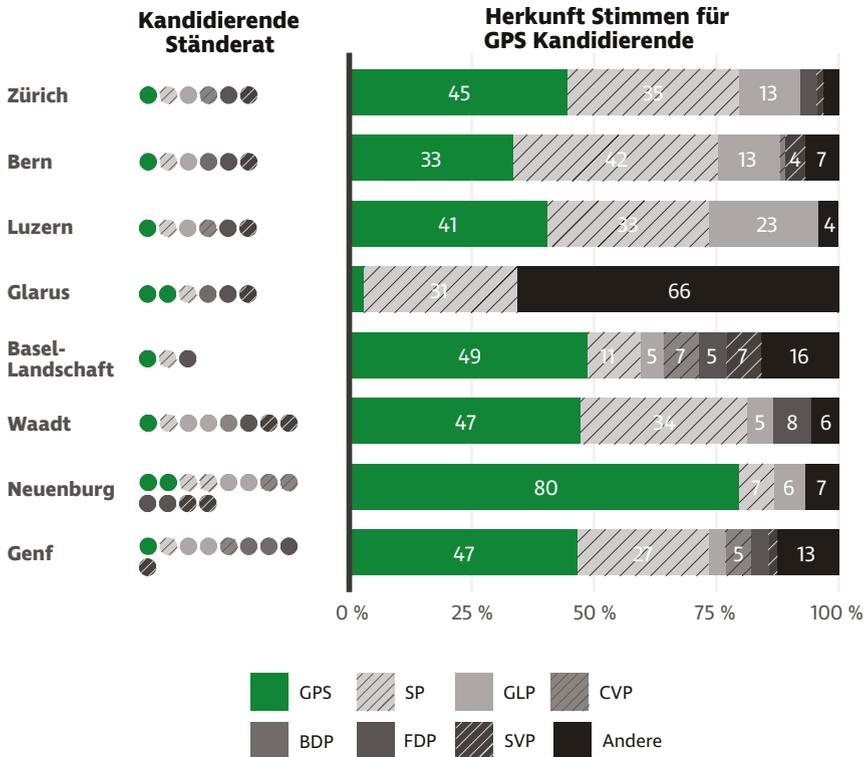
Dass sich die Wähler:innen der Grünen anders zusammensetzen als die traditioneller Parteien und zudem über die Zeit gewachsen sind, belegen immer mehr Untersuchungen (Grant & Telley 2019, Close & Delwit 2016, siehe Kapitel 2, Sciarini & Petitpas und Kapitel 3, Stadelmann & Ingold). So können an erster Stelle die Wählerinnen als Grund für den Erfolg der Grünen bei nationalen Wahlen von 2019 genannt werden. Frauen wiesen in der Schweiz über lange Zeit eine deutlich tiefere Wahlteilnahme auf als Wähler (Bernhard et al. 2021), doch in den jüngeren Generationen zeigt sich diesbezüglich eine Veränderung. Die Wahlteilnahme steigt in den jüngeren Generationen der Wählerinnen an und ihre Wahlentscheidung fällt häufiger auf die Grüne Partei und somit auch auf deren überdurchschnittlich oft weibliche Kandidierenden (siehe Kapitel 2, Sciarini & Petitpas und Kapitel 11, Fuchs).

Eine jüngste veröffentlichte Studie mit Daten der Schweizer Wahlstudie Selects hat zudem gezeigt, wie die Wichtigkeit der Energie- und Umweltpolitik für Wählende aller Parteien über die Zeit deutlich angestiegen ist (Lüth & Schaffer 2022). Dass sich diese von den Wählenden empfundene Wichtigkeit direkt im Wahlentscheid niederschlägt und davon die Parteien profitieren, die für die entsprechenden Politikbereiche als kompetent wahrgenommen werden, erstaunt nicht weiter. Dazu gehören die Grünen, denen es folglich auch deswegen gelingt, bei Majorzwahlen Wählende von ihren Kandidaturen zu überzeugen.

Zusammenfassung

Abschliessend ist in Abbildung 7.6 auf der Schweizer Karte dargestellt, in welchen Kantonen der Schweiz die Grünen ihre Stimme in die kleine Kammer

Abbildung 7.5: Herkunft der Stimmen für GPS Kandidierende, Ständeratswahlen 2019



Lesebeispiel: Im Kanton Zürich stammen 45 Prozent der Stimmen, die die Ständeratskandidatur der GPS erhielt, von den Parteiwähler:innen der GPS. 35 Prozent kamen von der SP, 13 Prozent von der GLP. Von den übrigen Parteiwähler:innen erhielt die Kandidatur sieben Prozent ihrer Stimmen.

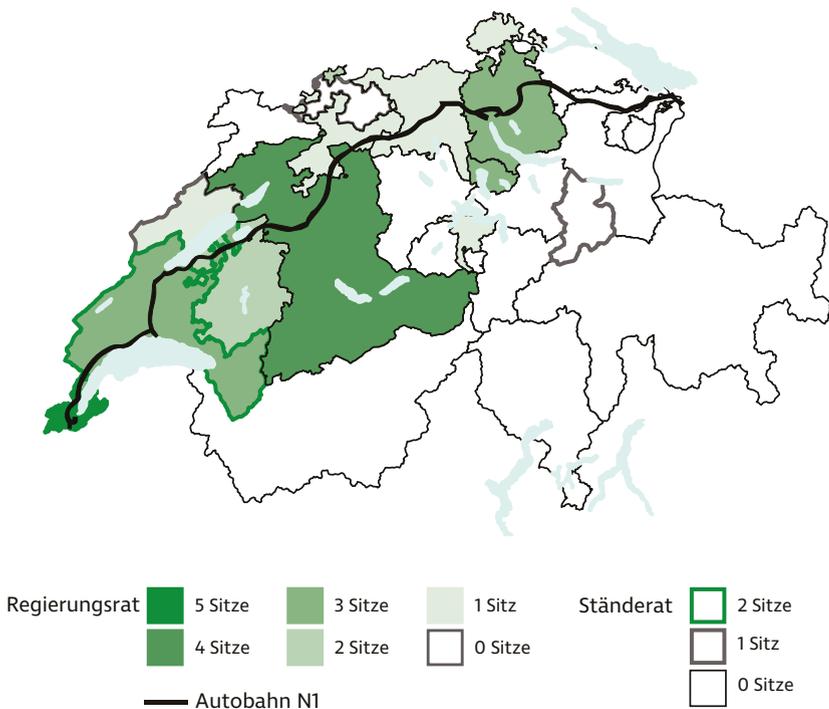
Quelle: Selects-Befragung.

trugen bzw. bisher mitregiert haben. Das Bild, das sich zeigt, ist eindeutig: Vor allem in der Westschweiz und in den grossen Kantonen der Deutschschweiz sind die Grünen stark. In Genf und der Waadt wurden bereits je zwei Ständerät:innen gewählt, in Neuenburg ist die erste Ständerätin im Amt. Ausser im Jura haben die Grünen zudem in der Westschweiz in allen Kantonen mitregiert. Die bisherigen 29 Regierungsmandate gingen praktisch ausschliesslich an Grüne aus Kantonen der Westschweiz und des Deutschschweizer Mittellandes bis und mit Zürich bzw. Schaffhausen, die urbane Zentren aufweisen und einen starken Parteienwettbewerb kennen. In den traditionell mehrheitlich katholisch geprägten Kantonen der Nordwest, Süd-, Ost- und Zentralschweiz – mit Ausnahme von Zug und Nidwalden – gehörten die Grünen

bisher nie der Regierung an. Erfolgreich sind grüne Kandidierende bei Majorzwahlen vor allem dann, wenn das linke Lager im betreffenden Kanton über eine gewisse Stärke verfügt und wenn die Wähler:innen von SP und Grünen, aber auch der GLP, bereit sind, sie konsequent zu unterstützen.

In der Karte ist auch der Verlauf der A1 eingezeichnet – der wichtigsten Achse des Schweizer Nationalstrassennetzes. Fast ist man an das Lied «N1» des Zürcher Sängers Toni Vescoli erinnert, der die Verbindungslinie von «St. Margrethen bis nach Genf» besang. Aus entgegengesetzter Richtung kommend sind die Schweizer Grünen – entlang der stark befahrenen Autobahn – über die Zeit majorzfähig geworden und konnten mit ihren postmaterialistischen Werthaltungen, die unter anderem auch eine Umgestaltung des motorisierten Individualverkehrs beinhalten, die Politik mitgestalten.

Abbildung 7.6: Mandatsgewinne der GPS bei Regierungs- und Ständeratswahlen, seit 1986



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

8 Die Grünen im Parlament: Allianzen und Stimmverhalten

Daniel Schwarz

Die Grünen befinden sich im Parlament in keiner besonders vorteilhaften Lage: Sie sind, anders als die anderen Polparteien SP und SVP, nicht in der Regierung vertreten und sie positionieren sich, anders als die GLP, am linken Rand des politischen Spektrums. Fehlende Regierungsbeteiligung und politische Aussenseiterposition engen die Einflussmöglichkeiten der Grünen ein, zumal die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse im Parlament weit davon entfernt sind, dass zusammen mit anderen linken Parteien Mehrheiten erreicht werden können. Dennoch bieten sich selbst in einer solchen Konstellation für die Grünen Chancen, die Entscheide des Parlaments nach den eigenen Vorstellungen zu beeinflussen.

Damit dies gelingt, muss eine Partei aber drei Voraussetzungen erfüllen: Sie sollte selbst geeint auftreten, sie muss andere Parteien finden, welche ihre Ideen unterstützen, und sie sollte zusammen mit den gefundenen Allianzpartnern die Mehrheit der Stimmen erreichen. Der nachfolgende Beitrag folgt dieser Logik und fragt zuerst nach der Entwicklung der Geschlossenheit der Grünen. In einem zweiten Schritt wird das Verhältnis zu den anderen Parteien betrachtet: Wie gross ist die inhaltliche Übereinstimmung beim Stimmverhalten im Nationalrat? Als letztes wird untersucht, wie oft die Grünen mit ihren Positionen im Parlament Erfolg haben. Der Beobachtungszeitraum beginnt in der 45. Legislaturperiode (ab November 1996) und endet in der Mitte der 51. Legislaturperiode im Oktober 2021.

Stimmverhalten und Allianzbildung im Nationalrat

Im Schweizer Parlament – sei es im Nationalrat oder im Ständerat – ist seit mindestens den Nullerjahren ein allgemeiner Trend zu erhöhter Parteigeschlossenheit festzustellen, was sich mit gegenseitig verstärkenden Effekten von parteiinterner Professionalisierung, zunehmender Akzeptanz disziplinierender Massnahmen, verschärftem Parteienwettbewerb und Polarisierung erklären lässt (Bailer & Bütikofer 2015; Schwarz 2018). Mit Blick auf die abnehmende Parteibindung der Wähler:innen ist es für die Parteien zentral, ein unverkennbares politisches Profil vermitteln zu können. Nicht geeintes Auftre-

ten unterminiert diese Bestrebung selbst im bürgerlichen Parteienspektrum, das dem Kollektiv ansonsten kritisch gegenübersteht.

Grosse Geschlossenheit auch in turbulenten Phasen

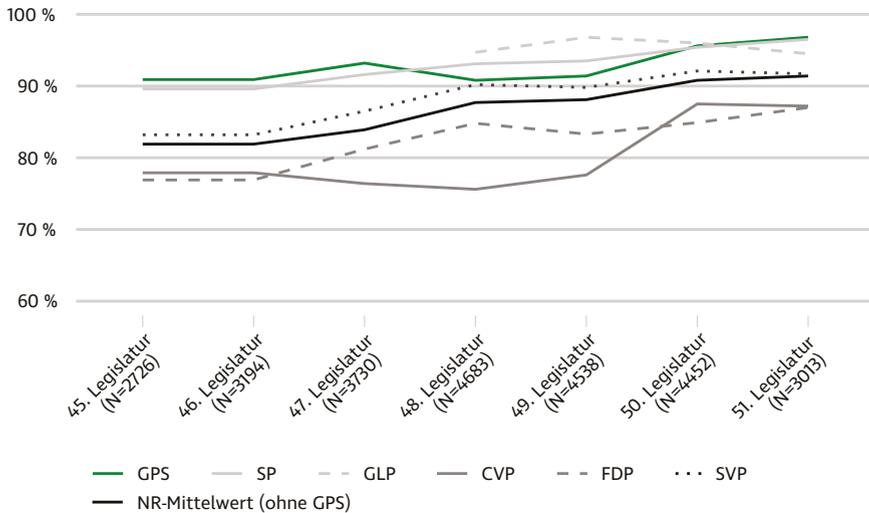
Die Grünen gehörten nie zu den Parteien, die Mühe mit der Herstellung interner Geschlossenheit zeigten oder sich politische Profillosigkeit vorwerfen lassen mussten. Sie gehören seit Beginn unseres Beobachtungszeitraums zu den Fraktionen im Parlament mit der grössten Geschlossenheit (vgl. Abbildung 8.1).¹ Auseinandersetzungen zwischen «Realos» und «Fundis» (respektive «Gurkengrünen» und «Melonengrünen», vgl. Seitz 2008 und Kapitel 1 im vorliegenden Band) hatten auf die Einigkeit im nationalrätlichen Stimmverhalten nach 1995 keinen erkennbaren Einfluss, auch weil die meisten alternativen Grünen ab 1990 in die GPS eingetreten waren. Über weite Strecken weisen die Grünen gar das am meisten geeinte Stimmverhalten aller Parteien auf. Es ist naheliegend, dies als Zeichen grosser politischer Gemeinsamkeiten unter den Fraktionsmitgliedern zu werten, auch wenn der Gruppendruck auf potenzielle Abweichler:innen immer auch mitspielt (was sich beispielsweise an Martin Bäumle und Verena Diener erkennen lässt, die sich als nicht-gewerkschaftliche «Gurkengrüne» von den Grünen losgelöst und massgeblich zum Aufbau der Grünliberalen beigetragen haben, vgl. Kapitel 1, Seitz).

Mit Beginn der 48. Legislaturperiode (ab Ende 2007) nähert sich der Durchschnittswert im Nationalrat den hohen Werten der Grünen an. Rund um die damaligen Wirren der Nichtwiederwahl von Bundesrat Blocher und der Gründung der BDP formierte sich das bürgerliche Lager neu, wodurch sich die Parteien gezwungen sahen, das einheitliche Auftreten zusätzlich zu forcieren. Der Indexwert der Parteigeschlossenheit stieg bei allen drei bürgerlichen Parteien (CVP/Mitte, FDP und SVP) zwischen der 45. und der 51. Legislaturperiode um rund zehn Punkte an (bei den Grünen und der SP um rund die Hälfte davon).

Parteienwettbewerb, Professionalisierung und Polarisierung haben somit innerhalb kurzer Zeit dazu geführt, dass die von Vasella (1956) geprägte Formel, wonach die in der Tradition des linken Kollektivs stehenden Parteien geschlossen und die dem individualistischeren Menschenbild zugeneigten bürgerlichen Parteien heterogener auftreten würden, heute kaum mehr Bestand hat. In Bezug auf die Grünen darf festgehalten werden, dass die über den gesamten Zeitraum zu beobachtende hohe Geschlossenheit zu-

1 Die hohe Geschlossenheit der Grünen zeigte sich bereits in früheren Legislaturperioden ab 1987, damals allerdings auf der Basis relativ weniger Abstimmungen unter Namensaufruf (Lüthi et al. 1991; Lanfranchi & Lüthi 1999).

Abbildung 8.1: Abstimmungsverhalten im Nationalrat: Geschlossenheit der Parteien, 1996–2021



Quelle: smartmonitor.

mindest eine gute Basis für deren Profilierung und die Durchsetzung ihrer Ideen bildet.²

Häufige Allianzen mit dem politischen Zwilling

Ein geschlossenes Auftreten allein bürgt nicht für Erfolg. Es braucht Partner:innen, die die politischen Anliegen teilen und mit ihren Stimmen im Parlament unterstützen. Das Schweizer Parlamentssystem erlaubt einen unverstellten Blick auf die tatsächlichen politischen Präferenzen der unterschiedlichen Parteien, weil die an der Regierung beteiligten Parteien auf das Aushandeln eines Koalitionsvertrags, der sie zur gegenseitigen Stützung zwingt, verzichten. Da der Bundesrat – die Regierung – wegen fehlender Abwahlmöglichkeit während der Legislaturperiode zudem fest im Sattel sitzt, gibt es für die Parteien im Parlament wenig Anlass, unliebsame Vorhaben der (eigenen) Regierung zu unterstützen oder auf Anträge und Vorstösse zu verzichten, nur weil sie der Regierung missfallen könnten. Der Vergleich des Stimmverhaltens

² Berechnung der Parteigeschlossenheit gemäss dem Parteigeschlossenheit-Index, der pro Abstimmung Werte zwischen 0 (maximale Uneinigkeit) und 100 (absolute Geschlossenheit) annehmen kann (vgl. für Details www.smartmonitor.ch). Bei der Berechnung des Index werden sowohl Ja- und Nein-Stimmen als auch Enthaltungen berücksichtigt.

zweier Parteien gibt darum recht genau Aufschluss darüber, wie nahe sie sich tatsächlich (und nicht nur aufgrund einer gemeinsamen Regierungs- oder Oppositionsrolle) stehen.³

Im Folgenden wird untersucht, wie häufig die Grünen im Nationalrat (mehrheitlich) dieselbe Position eingenommen haben wie die SP, GLP und CVP (die Anfang 2021 mit der BDP zur «Mitte» fusionierte). Die Auswahl dieser drei Parteien erfolgt aufgrund deren politischer Nähe zu den Grünen, wie beispielsweise das regelmässig publizierte Links-rechts-Rating der Neuen Zürcher Zeitung zeigt (Hermann & Krähenbühl 2020). Die Auswertung in Abbildung 8.2 macht deutlich, dass die Charakterisierung von Grünen und SP als «politische Zwillinge» (Hermann 2008) nach wie vor berechtigt ist: Die beiden Parteien weisen mit Abstand die grösste inhaltliche Schnittmenge auf. War die Beziehung der beiden Parteien schon immer recht innig, so hat sie sich seit 2015 mit Beginn der 50. Legislaturperiode nochmals intensiviert.⁴

Besonders interessant ist, wie sich das Verhältnis zur GLP über die Jahre entwickelt hat, schliesslich bildet die 2004 im Kanton Zürich erfolgte Abspaltung von den Grünen den Ursprung der Grünliberalen. Selbst wenn man die pandemiebedingten Besonderheiten der aktuellen Legislaturperiode ausklammert, zeigt sich, dass das eher frostige Verhältnis der ersten Jahre – 2007 bis 2011 bestand die GLP-Delegation im Nationalrat aus bloss drei Mitgliedern aus dem Kanton Zürich – einer zunehmenden inhaltlichen Übereinstimmung gewichen ist. Stimmte man zwischen 2007 und 2011 in knapp 60 Prozent der Abstimmungen gemeinsam, stieg dieser Wert bis 2019 auf über 68 Prozent. Die Zunahme der Allianzhäufigkeit der Grünen mit den anderen Parteien (ausser der SVP) bildet eine generelle Tendenz der vergangenen 25 Jahre.⁵

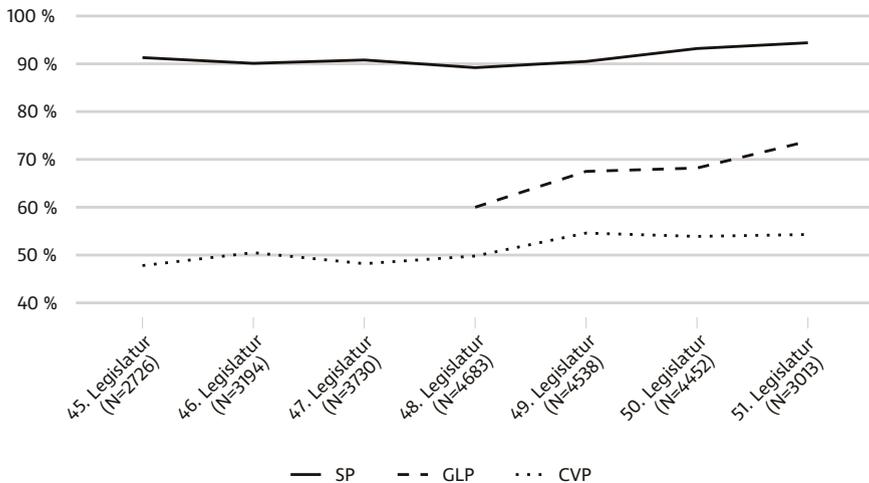
Die Häufigkeit, mit der sich die Grünen mit den anderen Parteien verbünden, lässt sich thematisch vertiefter analysieren. Die Frage ist hier, wie sich die Allianzen innerhalb grüner Kernthemen entwickelt haben. Als Grundlage dient die seit Oktober 2000 von den Parlamentsdiensten vorgenommene Zuordnung der Vorlagen zu einem oder mehreren Politikberei-

3 Taktische Allianzen oder strategisches Verhalten, bei denen mehrere Parteien aus gegensätzlichen Motiven gemeinsame Sache machen, kommen zwar auch vor, doch handelt es sich dabei um kurzfristige und anzahlmässig vernachlässigbare Fälle.

4 Zu beachten ist bei allen Vergleichen, dass die 51. Legislaturperiode nur zur Hälfte (bis Herbst 2021) berücksichtigt ist und diese zudem einen «Corona-Sonder-effekt» beinhaltet. So nahm in den Pandemie Jahren 2020/21 bei allen Parteien die Allianzhäufigkeit zu, ausser mit der SVP, die sehr oft gegen Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus opponierte.

5 Als Kooperation wird gewertet, wenn das Stimmverhalten der Mehrheit der einen Partei mit der Mehrheit der anderen Partei übereinstimmt.

Abbildung 8.2: Abstimmungsverhalten im Nationalrat: Kooperation der GPS mit nahestehenden Parteien, 1996–2021 (in Prozent aller Abstimmungen)



Quelle: smartmonitor.

chen.⁶ Untersucht werden im Folgenden die Allianzen bei Vorlagen zu den folgenden sieben Themenfeldern: Umwelt, Verkehr, Energie, Landwirtschaft, Soziales, Migration, Wirtschaft und Finanzen. Als Vergleichsbasis dient der Durchschnitt über alle Vorlagen.

Die Auswertung in Tabelle 8.1 verdeutlicht, in welchen der sieben ausgewählten Themenfeldern die Grünen mit SP, GLP und CVP über- bzw. unterdurchschnittlich oft (in Bezug auf die sonstige Koalitionshäufigkeit mit der jeweiligen Partei) kooperiert haben. Mit der SP als ohnehin engste Partnerin der Grünen wurden über den gesamten Zeitraum von der 46. bis zur 51. Legislaturperiode (Herbst 2000 bis Herbst 2021) besonders häufig Allianzen in den Bereichen Soziales, Umwelt und Energie geschmiedet: In der Regel kooperierten Grüne und SP hier in deutlich über 90 Prozent der Abstimmungen. Unterdurchschnittlich fällt mit etwas mehr als 80 Prozent der Abstimmungen hingegen die Kooperationshäufigkeit bei agrarpolitischen Vorlagen aus. Teile dieses Musters finden sich auch im Verhältnis zwischen den Grünen und der GLP wieder, allerdings auf einem deutlich tieferen Kooperationsniveau als mit der SP: Unterdurchschnittliche Übereinstimmung findet sich hier neben dem landwirtschaftlichen Bereich zudem bei allgemein wirtschaftlichen Themen.

6 Vgl. Themen-Filter in der Geschäftsdatenbank des eidgenössischen Parlamentes unter <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista>.

Tabelle 8.1 : Abstimmungsverhalten im Nationalrat: Kooperation der GPS mit nahestehenden Parteien, nach Politikbereich (in Prozent aller Abstimmungen)

	46. Legislatur	47. Legislatur	48. Legislatur	49. Legislatur	50. Legislatur	51. Legislatur
GPS-SP						
Wirtschaft	82.9	87.0	92.2	91.8	91.6	93.6
Finanzen	89.1	90.7	91.5	91.1	93.8	94.0
Soziales	96.4	89.8	91.2	92.8	95.2	97.0
Migration	92.7	94.4	83.9	93.3	93.4	88.3
Verkehr	79.8	91.8	90.3	90.4	93.1	92.9
Umwelt	95.4	91.3	91.6	92.5	95.8	94.2
Landwirtschaft	86.0	85.1	77.2	82.2	81.1	81.3
Energie	94.4	89.5	92.8	91.1	95.8	97.9
Alle	90.1	90.8	89.2	90.5	93.2	94.4
GPS-GLP						
Wirtschaft			53.4	59.1	53.8	71.1
Finanzen			55.2	63.2	69.5	74.7
Soziales			46.6	58.4	59.4	79.5
Migration			42.9	59.7	80.6	61.5
Verkehr			75.7	81.9	73.0	72.0
Umwelt			73.6	80.0	81.9	79.0
Landwirtschaft			60.5	73.6	58.0	68.8
Energie			78.8	85.6	79.9	72.9
Alle			60.0	67.5	68.2	73.8
GPS-CVP/Mitte						
Wirtschaft	45.7	43.1	47.4	50.5	45.3	52.5
Finanzen	43.3	44.6	49.5	55.7	61.0	59.6
Soziales	46.9	45.6	45.5	53.2	45.6	55.4
Migration	45.3	48.0	38.1	47.0	58.3	41.8
Verkehr	43.8	59.0	54.9	54.9	50.4	54.8
Umwelt	57.5	50.2	45.7	43.4	42.8	49.1
Landwirtschaft	57.9	58.5	42.1	42.2	44.1	33.8
Energie	33.8	49.7	45.7	62.2	47.2	56.3
Alle	50.5	48.2	49.8	54.6	53.9	54.3

Quelle: smartmonitor.

Während Grüne und SP in über 90 Prozent der wirtschaftspolitischen Abstimmungen kooperieren, sind es zwischen Grünen und GLP unter 60 Prozent (der markante Anstieg in der aktuellen Legislaturperiode dürfte vor allem der parteiübergreifenden Einigkeit bei den wirtschaftlichen Pandemiehilfen geschuldet sein). Daran zeigt sich, dass sich am Hauptgrund für die damalige Trennung – unterschiedliche wirtschaftspolitische Auffassungen – seit-

her nicht viel geändert hat.⁷ Überdurchschnittlich ist die Schnittmenge der beiden Parteien mit dem «Grün» im Namen demgegenüber bei den klassisch grünen Themen Verkehr, Umwelt und Energie, wo sich in 70 bis 80 Prozent der Abstimmungen eine Allianz bildete.

Auffallend anders gestaltet sich das Verhältnis zur CVP. Bei keinem der sieben ausgewählten Themenfelder ist eine über die gesamte Zeitspanne hinweg überdurchschnittliche Koalitionshäufigkeit erkennbar. Die meisten Bereiche sind von einem wiederholten Auf und Ab geprägt, was auf ein situatives, vom Inhalt einzelner Vorlagen abhängiges Allianzmuster hindeutet und weniger auf eine stabile programmatische Übereinstimmung. Das Niveau der durchschnittlichen Allianzhäufigkeit mit der CVP ist im Vergleich zur GLP nochmals 15 bis 20 Prozentpunkte tiefer. In einigen Bereichen (insbesondere Wirtschaft, aber über weite Strecken auch die Sozial- und Migrationspolitik) fällt die Allianzhäufigkeit durchs Band unterdurchschnittlich aus. In den grünen Kernthemen bildet die CVP in vielen Fällen zwar eine (für die Mehrheitsbildung notwendige) Verbündete, doch kooperieren die beiden Parteien nur selten in mehr als 50 Prozent der Abstimmungen. Es zeigt sich eine deutlich grössere ideologische Distanz zur CVP als zur SP und GLP.⁸

Durchgezogene Erfolgsbilanz der Grünen im Parlament

Geschlossenes Auftreten und Allianzen nützen wenig, wenn am Ende nichts Zählbares herauschaut, sprich im Rat keine Mehrheit erreicht wird. Wie erfolgreich sind also die Grünen im Nationalrat? Dazu muss zunächst ausgeführt werden, dass nicht alle Abstimmungen im Parlament denselben Zweck erfüllen. Schon der Name «Parlament» verweist darauf, dass die Gesetzgebung nur eine von mehreren Funktionen von Parlamenten darstellt. Mindestens so wichtig ist, dass politische Anliegen aufs Tapet gebracht werden und öffentlich darüber debattiert wird – auch wenn es sich dabei um unverbindliche Vorstösse handelt oder um solche, die sich eher an die eigene Wähler:innen als das Parlament richten (Brüschweiler & Vatter 2018). Je mehr solche Vorstösse eingereicht werden, desto tiefer fällt am Ende der Legislaturperiode die Erfolgsrate in der Statistik aus. Die folgende Untersuchung wird darum in zwei Schritten durchgeführt: Zuerst wird der Erfolg in Bezug auf alle im Nationalrat stattfindenden Abstimmungen ausgewertet, danach nur für die wichtigste Abstimmungskategorie, den Gesamt- und Schlussabstimmungen im Rahmen konkreter Gesetzgebungsvorlagen.

7 Allgemein bekannte Differenzen zwischen Grünen und GLP im Bereich der Steuerpolitik treten in der Auswertung weniger deutlich hervor, da der Begriff «Finanzen» ein sehr breites thematisches Spektrum abdeckt.

8 Die Erfolgsrate bezeichnet den Parteianteil, der pro Abstimmung die Mehrheitsposition des Gesamtrats vertritt.

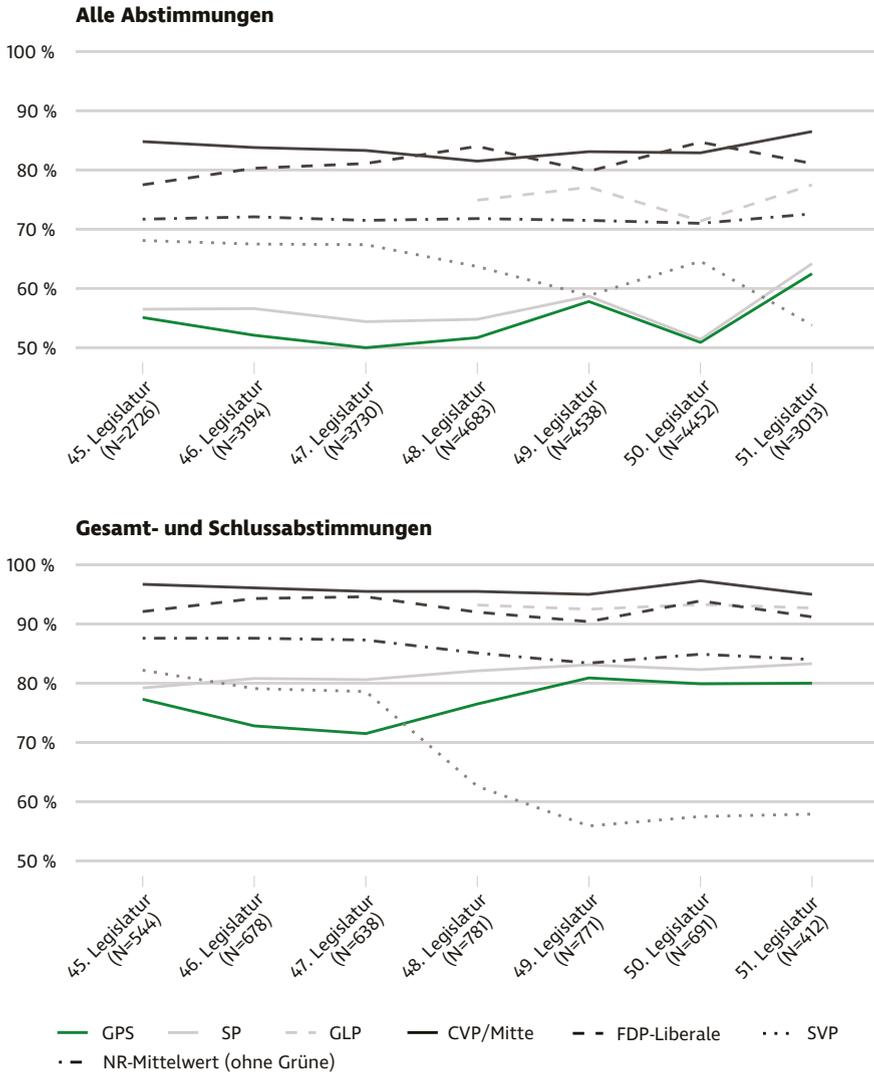
Der Blick auf die Auswertungen in Abbildung 8.3 zeigt deutlich, dass die Grünen über alle Parlamentsabstimmungen betrachtet bis Ende 2019 nicht erfolgreicher sind als vor 25 Jahren. Unter den sechs grossen Parteien weisen die Grünen über den gesamten Zeitraum die geringste Erfolgsquote auf, was deren Aussenseiterposition im Parlament verdeutlicht. Ein deutlicher Erfolgssprung ist hingegen in der ersten Hälfte der 51. Legislaturperiode zu verzeichnen, der sich im Übrigen ebenso bei SP, CVP/Mitte und GLP zeigt. Da die grossen Sitzgewinne der beiden ökologischen Parteien (GPS und GLP) in den Wahlen 2019 mit dem Beginn der Pandemie zusammenfallen, wird erst mit etwas zeitlichem Abstand zu erkennen sein, wie viel des Erfolgs pandemiepolitisch zu erklären ist und welcher Anteil tatsächlich auf die Stärkung des Mitte-links-Lagers zurückzuführen ist. Fakt ist demgegenüber, dass die letzte vollständig untersuchte Legislaturperiode (2015–2019) nach derjenigen von 2003–2007 die geringsten Erfolgswerte überhaupt aufweist, was sich mit den Mandatsverlusten der Grünen (bzw. des gesamten Mitte-links-Lagers) bei den Wahlen 2015 erklären lässt. Damals brachte die breite Allianz aus Grünen, SP, GLP, CVP und BDP keine Mehrheit gegen das rechtsbürgerliche Lager zustande.

Bei den Gesamt- und Schlussabstimmungen bietet sich ein ganz anderes Bild. Zwar handelt es sich nicht um eine Besonderheit der Grünen, dass die Erfolgsquote bei dieser Abstimmungskategorie höher ausfällt. Bemerkenswert ist aber, dass sie bei den Grünen (wie auch bei der SP und somit im linken Lager insgesamt) vor allem ab der 48. Legislaturperiode (Ende 2007) deutlich angestiegen ist. Seit jener Periode weisen die Grünen übrigens auch eine konstant höhere Erfolgsrate bei Gesamt- und Schlussabstimmungen auf als die SVP, die hier die Aussenseiterrolle von den Grünen übernommen hat. Die Erfolgswerte der Grünen, die seit der 49. Legislaturperiode um die 80 Prozent betragen, können Ausdruck einer grösseren Kompromissbereitschaft sein oder einer grüneren Handschrift in den verabschiedeten Gesetzestexten.⁹

Aufgrund der Auswertungen können drei Bedingungen genannt werden, ohne die keine grüne Abstimmungserfolge im Parlament möglich wären: erstens, eine grosse parteiinterne Geschlossenheit; zweitens, eine über den «politischen Zwilling» SP hinausreichende Kooperationsbereitschaft mit anderen Parteien; und drittens, eine Stimmenmehrheit des Mitte-links-Lagers im Parlament.

9 Die Erfolgsrate bezeichnet den Parteianteil, der pro Abstimmung die Mehrheitsposition des Gesamtrats vertritt.

Abbildung 8.3: Abstimmungserfolg der Parteien im Nationalrat, Oktober 1996–November 2021



Quelle: smartmonitor.

Zusammenfassung

Die Grünen sind nicht an der Regierung beteiligt und vertreten im Parlament dezidiert linke Positionen. Trotz ihrer Aussenseiterposition schaffen sie es aber erstaunlich oft, grüne Anliegen durchzusetzen. Damit dies gelingt, müssen die Grünen einerseits innere Geschlossenheit und andererseits Allianzfähigkeit zustande bringen. Eine grosse Geschlossenheit hatten die Grünen – als kleine Oppositionspartei – beim Abstimmungsverhalten im Nationalrat bereits von Anfang an. Die meisten inhaltlichen Allianzen schmiedeten die Grünen mit der SP, ihrem «politische Zwilling». Über die letzten Legislaturperioden hinweg ist die Kooperation mit allen Parteien gestiegen, ausser mit der SVP. Deutlich gestiegen ist sie mit der GLP, vor allem bei Ökologie-Themen, etwas geringer mit der Mitte. Grüne Anliegen erfolgreich durchsetzen lassen sich im Parlament allerdings nur dann, wenn das Mitte-links-Lager eine Mehrheit erreichen kann. Das Fehlen einer stabilen Grundlage für eine solche Mehrheit setzt den grünen Erfolgsaussichten auch in Zukunft enge Grenzen.

9 Die Grünen und die direkte Demokratie

Lucas Leemann und Angela Odermatt

Die Geschichte der Grünen lässt sich auch vor dem Hintergrund ihres Gebrauchs der Instrumente der direkten Demokratie erzählen. Dabei stehen folgende Fragen im Zentrum: Wann haben die Grünen erste Vorlagen an die Urne gebracht? Auf welche Themen haben sie gesetzt? Und wie ändern sich diese Muster über die Zeit? Im folgenden Kapitel gehen wir diesen Fragen nach.¹ Im Gegensatz zu anderen neuen Parteien (bspw. jüngst der GLP) kann man die verschiedenen Phasen der Entwicklung der Grünen Partei auch am Gebrauch der Volksrechte ablesen. Das ist kein Zufall. So hat schon Erich Gruner, einer der grossen Schweizer Politikwissenschaftler des 20. Jahrhunderts, eine enge Verflechtung von Parteientwicklung und direkter Demokratie ausgemacht. Er schrieb, dass die «(...) Schweizer Parteien die Kinder der Volksrechte» seien (Gruner 1964, 208). Nicht alle Politikwissenschaftler:innen sind mit dieser Aussage einverstanden, aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass direktdemokratische Instrumente für neue Parteien Vorteile bieten (Leemann 2015).

Möglichkeiten der direkten Demokratie

Die direkte Demokratie fusst in der Schweiz auf nationaler Ebene auf zwei Instrumenten: der Volksinitiative und dem Referendum. Beide erlauben den Stimmbürger:innen, zu einer konkreten Vorlage Stellung zu beziehen. Sie unterscheiden sich aber in ihrer Funktionslogik. Aus politikwissenschaftlicher Sicht zeigen Flavia Caroni und Adrian Vatter (2016) für die Volksinitiative vier Funktionen auf: Sie kann als Ventil wirken, wenn die parlamentarische Mehrheit eine Minderheit dauerhaft ausschliesst. Einerseits mag sich die Minderheit erhoffen, dass Volk und Stände dem Anliegen wohlgesonnener sind als das Parlament und andererseits erlaubt es der Minderheit, auf ein ihr wichtiges Thema aufmerksam zu machen, unabhängig vom konkreten Ausgang an der Urne. Eine Initiative kann aber auch als Verhandlungspfand dienen, wenn die parlamentarische Mehrheit erst unter dem Druck einer angedrohten Initiative Zugeständnisse macht (Hofer 1987). Eine dritte Funktion ist die

1 Die Daten, die diesem Kapitel zugrunde liegen, sind inklusive R Code öffentlich unter <https://github.com/lleemann/GrueneDD> zugänglich.

des Katalysators, indem die Volksinitiative die Themenkonjunktur nachhaltig beeinflusst. Schliesslich kann die Initiative aber auch ein Mobilisierungsinstrument sein. Gewisse Autor:innen sehen in den letzten beiden Funktionen eine Erklärung für die Zunahme an Initiativen in den 1990er und 2000er Jahren (Leemann 2015).

Dem fakultativen Referendumsrecht können ähnliche Funktionen zugeschrieben werden wie dem Initiativrecht – es kann als Ventil wirken und ein Verhandlungspfand sein, welches der parlamentarischen Minderheit hilft, der Parlamentsmehrheit Konzessionen abzurufen (Linder & Müller 2017). Schliesslich können Referenden ein Thema in den öffentlichen Fokus rücken und es einer Partei dadurch ermöglichen, Position gegen ein neues Gesetz zu beziehen – und dies alles im medialen Scheinwerferlicht der Berichterstattung rund um ein Referendum.

Vor allem für eine junge Partei bietet die direkte Demokratie einmalige Chancen, auf der politischen Bühne auf sich aufmerksam zu machen. Gleichzeitig ist es aber auch sehr aufwändig, die nötigen Unterschriften zu sammeln und eine Kampagne durchzuführen.

Erste Schritte auf der nationalen Ebene

Während die Grünen direktdemokratische Instrumente in Gemeinden und Kantonen bereits vorher ausgiebig verwendet hatten, nutzten sie diese auf nationaler Ebene erstmals 1990. Sie unterstützten als Mit-Initiierende zusammen mit SP, LdU, EVP und anderen Gruppen die Kleeblatt-Initiativen, die vom Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) eingereicht wurden. Diese Vorlagen richteten sich gegen vier Autobahnabschnitte und entstanden im Kontext der Diskussionen um den Ausbau des Nationalstrassennetzes (Linder et al. 2010, 466f.). Alle drei schlussendlich zur Abstimmung gelangten Vorlagen scheiterten am Volksmehr bei Ja-Stimmenanteilen zwischen 32 und 34 Prozent und der Ablehnung in allen Ständen. Die Grünen haben sich damit aber erstmals als Mit-Initiierende von Initiativen aktiv auf das nationale direktdemokratische Parkett gewagt.

Thematisch ähnlich gelagert war auch das fakultative Referendum gegen das neue Strassenverkehrsgesetz, welches die Grünen gemeinsam mit dem VCS, verschiedenen Umweltorganisationen und der IG Velo 1989 ergriffen. Das Gesetz sah vor, dass die Maximalbreite für Lastwagen von 2,30 m auf 2,50 m erweitert würde, wogegen der VCS das Referendum ergriff. Wie bereits bei den Kleeblatt-Initiativen war den Grünen und den Umweltorganisationen kein Erfolg beschieden. Das Volk nahm die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes mit 52,8 Prozent Ja-Stimmenanteil an.

Eigene direktdemokratische Projekte

Es dauerte aber nicht lange, bis die Grünen nicht nur mithalfen, Unterschriften für Referenden zu sammeln, sondern selber ein fakultatives Referendum ergriffen, so 1991 gegen die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT). Aus heutiger Sicht mag es erstaunen, dass sich eine ökologische Partei gegen den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ausspricht. Die Grünen begründeten damals ihre Ablehnung mit der Furcht vor weiter zunehmendem Verkehr infolge des Ausbaus des Schienennetzes. Unterstützt wurde das Referendum durch die Schweizer Demokraten (SD), den WWF und Greenpeace, die ebenfalls gegen zusätzliche Umweltbelastungen waren, sowie durch Automobilverbände, die höhere Kosten befürchteten, und durch ein Komitee in Uri (Linder et al. 2010, 493; siehe Kapitel 1, Seitz). Das Referendum scheiterte an der Urne: Die NEAT wurde im September 1992 mit 63,6 Prozent Ja-Stimmen angenommen, wobei drei Kantone den Bau der NEAT ablehnten (AI, AR und UR).

Die ersten eigenen Volksinitiativen lancierten die Grünen 1993 als Tandem. Sie verlangten, dass der Bund «Energie statt Arbeit besteuern» sollte und sprachen sich «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» aus. Der Entscheid für die Initiativen war aber umstritten, vor allem wegen der Bedenken der Kantonalparteien über die grossen personellen und finanziellen Ressourcen. Die Befürworter:innen machten dagegen geltend, dass den Grünen ein klares Profil fehle und solche Initiativen gerade deswegen notwendig seien (Zürcher 2008). Im November 2000 kam die Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» vors Volk und wurde mit 46,0 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt. Sie war die erste Volksinitiative der Grünen, die zur Abstimmung kam, und erzielte das bisher beste Ergebnis aller Initiativen der Grünen. Sie wurde von allen Kantonen in der Westschweiz sowie im Tessin und im Wallis angenommen. Die Hauptforderungen der Initiative waren die Gleichstellung der Geschlechter und Flexibilisierung der AHV, welche die in der 10. AHV-Revision von 1997 vorgesehene Erhöhung des Rentenalters auf 64 Jahre rückgängig machen sollte. Dazu sollte ab dem 62. Lebensjahr entweder bei Erwerbsaufgabe die volle Rente oder bei Teilzeitarbeit ein Teil der Rente bezogen werden können. Gleichzeitig wie die Initiative der Grünen wurde auch über eine ähnlich ausgerichtete Initiative durch den Schweizerischen Kaufmännischen Verband, abgestimmt. Diese Initiative wurde mit 39,5 Prozent Ja-Stimmen deutlicher als jene der Grünen abgelehnt.

Die zweite Volksinitiative der Grünen «Energie statt Arbeit besteuern» wurde im Dezember 2001 an der Urne mit 22,9 Prozent Ja-Stimmen sowie von allen Kantonen abgelehnt. Wie der Name der Initiative andeutet, forderten die Grünen damit, dass die Besteuerung der Arbeit reduziert werde und die

damit verbundenen Einnahmeverluste durch eine Besteuerung von Energie gedeckt werden sollten. Im Abstimmungstext steht denn auch explizit, dass die Einnahmen durch die Energiesteuer für die Finanzierung der Sozialwerke verwendet werden sollen. In diesem Sinne sollten auch durch die vorhin besprochene Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» anfallende Kosten durch die Energiesteuer gedeckt werden. Die beiden Initiativen waren, trotz der Ablehnung, raffinierte Vorschläge, um verschiedene Probleme gleichzeitig zu lösen (Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Senkung der Umweltbelastung, Sicherung der Sozialwerke). Rückblickend fällt auf, wie stabil gewisse Politherausforderungen bleiben – zwei dieser Problemfelder sind immer noch hochaktuell. In Tabelle 9.1 werden die weiteren von den Grünen und Jungen Grünen alleine initiierten Initiativen aufgelistet und folgend kurz besprochen.

Tabelle 9.1: Volksinitiativen, die von der GPS lanciert wurden

Einreichung der Unterschriften	Datum Abstimmung	Volksinitiative	Abstimmungsergebnis (Prozent Ja-Stimmen und zustimmende Kantone)
1996	26.11.2000	«Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann»	46.0, Kantone: FR, GE, JU, NE, TI, VD
1996	02.12.2001	«Energie statt Arbeit besteuern»	22.9, Kantone: -
2008	2011, zurückgezogen	«Für menschenfreundlichere Fahrzeuge» (Junge Grüne)	(wurde nach Annahme eines indirekten Gegenvorschlags zurückgezogen)
2012	25.09.2016	«Grüne Wirtschaft»	36.4, Kantone: GE
2012	27.11.2016	Atomausstiegsinitiative	45.8, Kantone: BL, BS, GE, JU, NE, VD
2015	23.09.2018	Fair-Food-Initiative	38.7, Kantone: GE, JU, NE, VD
2016	10.02.2019	Zersiedelungsinitiative (Junge Grüne)	36.3, Kantone: -

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS).

Nach dem Initiativ-Tandem um die Jahrtausendwende dauerte es mehr als zehn Jahre bis die Grünen die Unterschriften für ihre nächste, alleine lancierte Initiative im Oktober 2012 einreichten. Die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (grüne Wirtschaft)» kam im September 2016 vors Volk, wo sie mit 36,4 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt wurde. Der Kanton Genf war der einzige Kanton, der die Initiative annahm.

Grundlage der Initiative war das Konzept des «ökologischen Fussabdruckes», das berechnet, wie viele Erden für den Ressourcenverbrauch einer Gruppe benötigt werden. Von den knapp drei Erden, die für den Ressourcenverbrauch der Schweiz zum Zeitpunkt der Lancierung der Initiative 2012 benötigt würden, sollte der ökologische Fussabdruck auf die Weltbevölkerung hochgerechnet bis 2050 auf eine Erde reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte eine «nachhaltige und ressourceneffiziente» Wirtschaft angestrebt und durch Bund, Kantone und Gemeinden gefördert werden. Diese Volksinitiative war die erste Initiative der Grünen, die sich deutlich auf ein Umweltthema fokussierte.

Nur einen Monat nach der Initiative für eine Grüne Wirtschaft reichten die Grünen im November 2012 die Unterschriften für ihre Initiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)» ein. Die Initiative kam vier Jahre später im November 2016 an die Urne, wo sie mit 45,8 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt wurde. Damit ist sie nach der Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» die Initiative der Grünen mit dem zweitbesten Ergebnis. In den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Genf, Jura, Neuenburg und Waadt wurde die Initiative gar angenommen. Gegenstand der Initiative war einerseits ein Verbot des Baus neuer Atomkraftwerke (AKW) und eine Beschränkung der Betriebszeit bestehender AKWs auf 45 Jahre. Andererseits sollte die nationale Energiepolitik auf erneuerbare Energien sowie weniger Verbrauch und mehr Effizienz ausgerichtet werden. Kontext der Lancierung der Initiative war die AKW-Katastrophe in Fukushima in Japan von 2011. Auf diese reagierten auch Bundesrat und Parlament 2011 mit Massnahmen für einen schrittweisen Atomausstieg. Diese Anpassungen des Energiegesetzes sah der Bundesrat als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative der Grünen, der abgesehen von der Betriebszeitbegrenzung auf 45 Jahren identisch mit der Initiative sei. Trotz der gleichzeitigen Behandlung des Atomausstiegs von Bund und Parlament erlangte die Atomausstiegsinitiative gut vier Jahre später im Abstimmungskampf eine überdurchschnittlich hohe Medienaufmerksamkeit. Die Grünen zeigten damit, dass sie auch mit umweltpolitischen Themen gut mobilisieren und Aufmerksamkeit erreichen können.

Die zurzeit letzte Volksinitiative der Grünen war die Initiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)», über die im September 2018 abgestimmt wurde. Die Unterschriften für die Initiative wurden bereits im November 2015 von den Grünen eingereicht. Vom Volk wurde die Initiative mit nur 38,7 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt, wobei wieder die westschweizerischen Kantone mit Ausnahme von Fribourg die Initiative annahmen. Die Fair-Food-Initiative besteht aus zwei Teilen: Erstens sollen importierte Lebensmittel schweizerischen Vor-

schriften des Umwelt- und Tierschutzes unterlegen sein und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Zweitens sollen verschiedene Massnahmen gegen Lebensmittelverschwendung, zur Förderung regionaler und saisonaler Lebensmittel sowie der Reduktion umweltschädlicher Auswirkungen durch den Bund gefördert werden. Hauptargument des Nein-Komitees im Abstimmungskampf war die Befürchtung steigender Lebensmittelpreise. Wie bereits die Atomausstiegsinitiative erhielt die Fair-Food-Initiative grosse Aufmerksamkeit in den Medien.

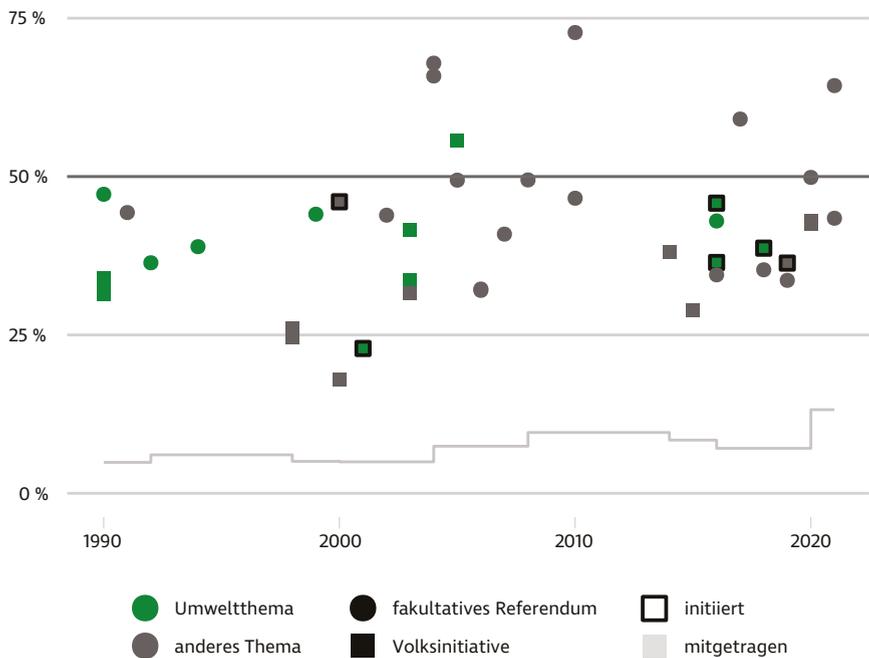
Auch die Jungen Grünen machten Gebrauch vom Instrument der Volksinitiative: 2008 die Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge» und 2019 die Zersiedelungs-Initiative (siehe Kapitel 10, Haus). Die Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge», auch Stopp-Offroad-Initiative genannt, forderte strengere Standards bezüglich der Umweltbelastung von Motorfahrzeugen. Nachdem die Unterschriften für das Zustandekommen der Initiative im August 2008 von den Jungen Grünen eingereicht wurden, nahm das Parlament den Gegenvorschlag in Form des CO₂-Gesetzes im Frühjahr 2011 an. Als klar war, dass kein Referendum gegen den Gegenvorschlag ergriffen würde, zogen die Initiant:innen die Initiative zurück. Die Zersiedelungs-Initiative kam im Februar 2019 vor das Volk und wurde mit nur 36,3 Prozent Ja-Stimmen und der Ablehnung in allen Kantonen deutlich abgelehnt. Sie verlangte, das Einfrieren der Gesamtfläche der Bauzonen auf dem damals aktuellen Stand sowie damit einhergehend die Förderung von verdichtetem Bauen durch den Bund.

Typ und Thema der Vorlagen

Es ist lohnenswert, den generellen Gebrauch der Volksrechte durch die Grünen genauer anzuschauen. In Abbildung 9.1 sind Initiativen und Referenden abgebildet, die massgeblich durch das Engagement der Grünen zustande kamen. Es ist gut erkennbar, wie die Grünen zunächst eher umweltpolitische Themen an die Urne brachten. Das ist genau, was wir von einer noch jungen Partei erwarten würden: Sie betont ihre Themenkompetenz und benutzt dafür direktdemokratische Instrumente. Erst gegen Ende der 1990er Jahre öffnet sich das inhaltliche Spektrum der Grünen und sie sammelten vermehrt Unterschriften für Anliegen, die über die Umwelt hinausgehen (siehe Kapitel 1, Seitz). Eine zweite Beobachtung betrifft den Erfolg der initiierten Abstimmungen. Natürlich kann ein verlorenes Referendum ein Erfolg sein, wenn es nur indirekte Auswirkungen auf die zukünftige Gesetzgebung hat. Das war aus Sicht der Grünen der Fall bei Ihrem ersten «eigenem» Referendum, welches sie gegen die NEAT lancierten. Die Grünen gingen davon aus, dass ihr an der Urne erfolgloses Referendum gegen die NEAT die zweite NEAT-

Vorlage beeinflussen würde (GPS 2020, 3). Um einen ersten direkten Erfolg als Mit-Initiierende an der Urne feiern zu können, mussten die Grünen allerdings bis 2004 warten. Dafür konnten sie am 16.5.2004 gleich doppelt feiern, da die Stimmenden die 11.AHV-Revision sowie das Steuerpaket mit 34 Prozent, respektive 32 Prozent Ja-Stimmen ablehnten. In Abbildung 9.1 sieht man noch weitere Abstimmungserfolge, wobei diese mit einer Ausnahme stets fakultative Referenden waren. Diese Ausnahme war die bisher einzige erfolgreiche Initiative der Grünen im November 2005. Mit 55,7 Prozent sagten damals Volk und alle Stände Ja zur Initiative «Für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft», die als «Gentech-Moratorium» bekannt ist. Schliesslich fällt auf, dass mit Ausnahme der erfolgreichen Initiative alle direkten Urnenerfolge nicht Umweltthemen, sondern andere Politikbereiche betreffen. Wie bereits erwähnt ist der Erfolg an der Urne jedoch nur eine mögliche Betrachtungsweise und Erfolg kann sich später indirekt zeigen, selbst bei einer Niederlage.

Abbildung 9.1: Von GPS genutzte Volksrechte, nach Typ und Thema

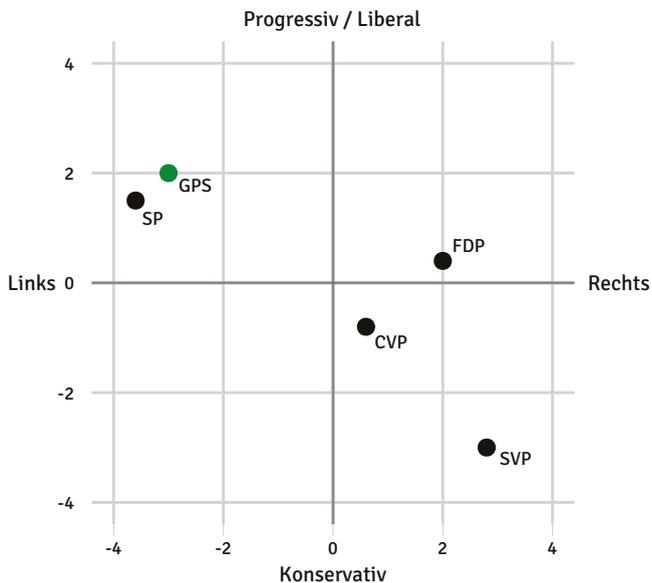


Lesebeispiel: Die Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» wird als graues Viereck im Jahr 2000 dargestellt. Die Vierecksform bedeutet, dass es sich um eine Volksinitiative handelt und grau, dass die Vorlage kein Umweltthema behandelt. Die schwarze Umrandung des Vierecks bedeutet, dass die GPS die Initiative eigenständig lancierte. Wir sehen zudem, dass 46 Prozent der Stimmen der Position der GPS entsprachen und die GPS einen Wähler:innenanteil von 5 Prozent bei der vorhergehenden Nationalratswahl erzielt hatten.

Betrachtung nach Konfliktdimensionen

Eine weitere Sichtweise auf die Verwendung der Volksrechte durch die Grünen ergibt sich mittels räumlicher Darstellung der politischen Positionen. Dabei kommt zusätzlich zur traditionellen Links-rechts-Konfliktdimension, welche namentlich ökonomische (Verteilungs-)Fragen beinhaltet, auch noch eine zweite Konfliktdimension, welche Fragen der (politischen) Identität und des kulturellen Verständnisses abbildet.² Die Schweizer Parteien können in diesem zweidimensionalen Raum verortet werden. In Abbildung 9.2 sind die fünf grössten Parteien der Schweiz verortet (nach Leimgruber et al. 2010). Dabei wird deutlich, wie sich die Parteien in wirtschaftspolitischen Fragen auf der Links-Rechts-Achse, aber auch in Fragen der Identität und des kulturellen Verständnisses auf der konservativ-progressiven Achse unterscheiden.

Abbildung 9.2: Verortung der Schweizer Parteien in den beiden Konfliktdimensionen «Links – Rechts» und «Progressiv/liberal – Konservativ»



Quelle: Leimgruber et al. (2010).

2 In der Fachliteratur wird diese Dimension auch GAL-TAN genannt, was für «green-alternative-liberal» versus «traditional-authoritarian-nationalistic» steht.

Die Grünen sind auf der zweiten Dimension klar als progressive Umweltpartei zu verorten. Auf der ökonomischen Achse ist ihre Position hingegen nicht so eindeutig zu verorten, da die Politiker:innen der Grünen in ökonomischen Fragen weniger geschlossen auftreten als bei umweltpolitischen Fragen. In Abbildung 9.3 wird dargestellt, wie oft die Grünen Vorlagen, die Fragen der ökonomischen bzw. kulturellen Dimension betreffen, mittels Volksinitiative oder fakultatives Referendum an die Urne bringen. Dabei zeigt sich ein deutliches Bild: Zu Beginn sind sie aktiver auf der kulturellen Achse, wobei die durchschnittliche Anzahl jährlich initiiertener Abstimmungen bis heute ähnlich hoch ist. Wo aber grosse Veränderungen zu beobachten sind, ist bei Fragen, die mit ökonomischen Konflikten zu tun haben: Anfangs ist es rar, dass die Grünen eine Urnenabstimmung für ökonomische Fragen mittels Volksinitiative oder fakultatives Referendum erzwingen, ab 2012 sind sie jedoch aktiver bei ökonomischen Fragen als bei solchen auf der kulturellen Achse.³ Es ist dabei interessant zu beobachten, dass die neue Dominanz der ökonomischen über kulturelle Themen ungefähr zeitgleich mit der Neugründung der GLP auf nationaler Ebene 2007 einhergeht.

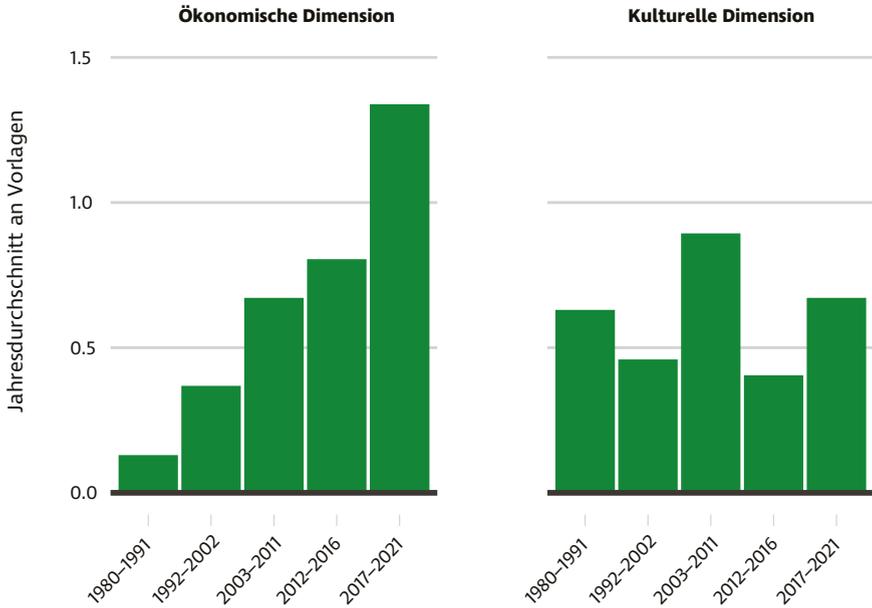
Mit Ausnahme der Jahre 2003–2011, die einen leicht höheren Jahreschnitt als die darauffolgende Zeitspanne zwischen 2012–2016 aufweisen, nimmt die durchschnittliche jährliche Anzahl Vorlagen der Grünen von einem Anfangsniveau von 0,6 auf 1,7 stetig zu. Teilen wir diese Zahlen wieder wie in Abbildung 9.2 auf eine ökonomische und eine kulturelle Dimension auf, wird ersichtlich, dass dieses Wachstum der Vorlagen vor allem durch Themen auf der ökonomischen Dimension zustande kam und weniger auf weniger Vorlagen, die auf Umweltthemen begründet waren.

Die direktdemokratischen Aktivitäten der Grünen lassen sich auch über die verschiedenen Politikbereiche aufschlüsseln, wie Abbildung 9.4 zeigt. Hier unterscheiden wir zeitlich zwischen fünf Perioden (gemäss der Periodisierung in Kapitel 1, Seitz).

Zunächst fällt natürlich die Dominanz umweltpolitischer Themen auf – in keinem anderen Bereich sind die Grünen so konsistent und weisen für alle Perioden Aktivitäten auf. Was aber auch auffällt, ist von Beginn an die Präsenz in der Sozialpolitik, wozu auch die ersten beiden Urnenerfolge der Grünen (11. AHV-Revision und Steuerpaket 2005), sowie die ersten beiden initiierten Initiativen («AHV-62», 2000 und «Energie statt Arbeit besteuern», 2001) gehören. In der Periode von 2003 bis 2011 ist die Sozialpolitik klar die do-

3 Umweltthemen können dabei in beide Kategorien fallen, wie beispielsweise die beiden bereits erwähnten Initiativen zeigen: Währenddem die Volksinitiative «Energie statt Arbeit besteuern» aus dem Jahr 2001 direkt ökonomische Verteilungsfragen in Form von staatlichen Steuern und sozialen Leistungen betrifft, behandelt die Atomausstiegsinitiative von 2016 kulturelle Einstellungsfragen.

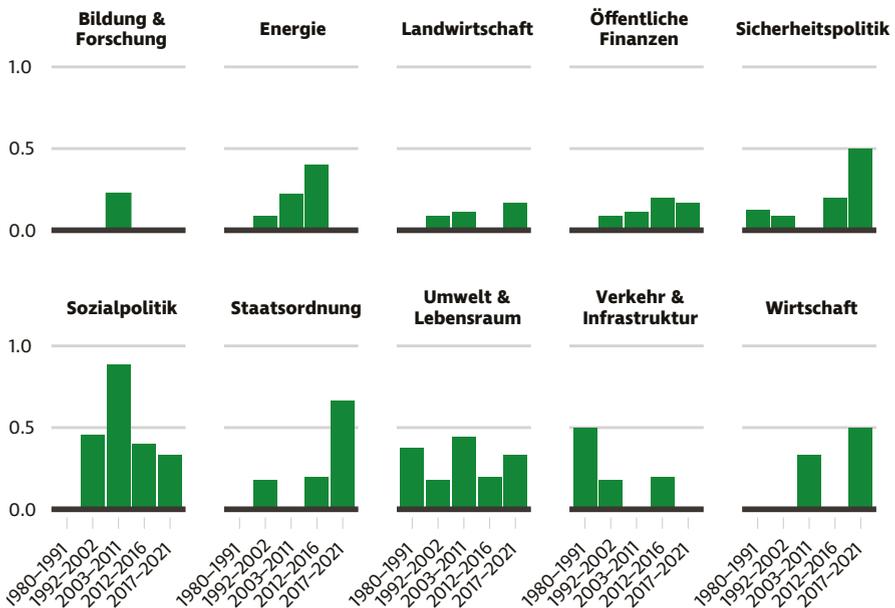
Abbildung 9.3: Von der GPS zur Abstimmung gebrachte Vorlagen, nach inhaltlicher Dimension



Lesbeispiel: Zwischen 2003 und 2011 hat die GPS pro Jahr durchschnittlich 0.7 Vorlagen auf der ökonomischen und 0.9 Vorlagen auf der kulturellen Dimension zur Abstimmung gebracht. In den Jahren 2017 bis 2021 wurde jedes Jahr mehr als eine Wirtschaftsvorlage durch die GPS an die Urne gebracht, während es nur leicht mehr als eine Umweltvorlage alle zwei Jahre waren.

minante Kategorie und weist in dieser Zeit auch über alle Perioden und Themenbereiche hinweg den höchsten Jahresdurchschnitt lancierter Volksinitiativen und ergriffener Referenden auf. Einige können oft aber nicht eindeutig einem Themenbereich zugeteilt werden, weshalb eine Vorlage zu mehreren Themenbereichen gezählt werden kann. Um wieder dasselbe Beispiel zu nehmen, wird die Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» etwa in die Bereiche Sozialpolitik, öffentliche Finanzen und Energie eingeteilt. Abbildung 9.4 zeigt ebenfalls, dass die Grünen mit Umwelt und Lebensraum sowie Sozialpolitik zwar klare Fokusse aufweisen, gleichzeitig aber in vielen anderen Politikbereichen aktiv sind. Nur in zwei Bereichen, Aussenpolitik sowie Kultur, Religion und Medien, haben die Grünen bisher keine Volksinitiative lanciert. In der aktuellen Zeitperiode seit 2017 fallen viele initiierte Vorlagen in den Bereichen Sicherheitspolitik, Staatsordnung und Wirtschaft auf. Diese Zunahme ist mit Ausnahme der von den Jungen Grünen initiierte «Kriegsgeschäfte»-Initiative vom November 2020 auf fakultative Referenden unter anderem zur Unternehmenssteuerreform III, 2017 oder der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, 2020

Abbildung 9.4: Initiierung von Volksabstimmungen durch die GPS, nach Themen und Zeitperioden



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Anzahl der jährlich im Durchschnitt ergriffenen Volksinitiativen und fakultativen Referenden für verschiedene Themengebiete über fünf verschiedene Zeitperioden. Als Kategorien wurden die Politikbereiche nach Swissvotes verwendet. In den beiden Kategorien Aussenpolitik sowie Kultur, Religion und Medien hat die GPS keine Abstimmungen initiiert.

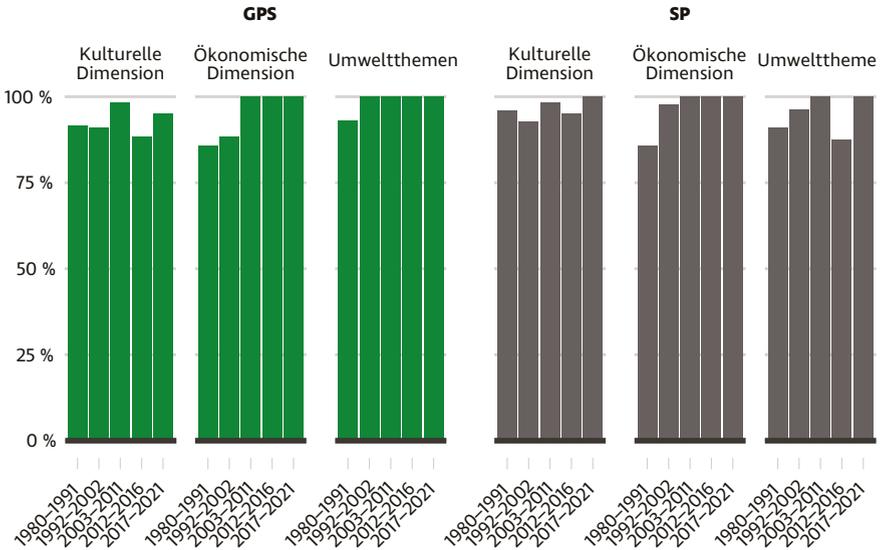
Lesebeispiel: Zwischen 2012 und 2016 hat die GPS pro Jahr durchschnittlich 0.4 Vorlagen initiiert, im Bereich der Sicherheitspolitik jedoch nur 0.2.

zurückzuführen. Einschränkend muss man festhalten, dass gerade bei Initiativen die zeitliche Einteilung schwieriger ist. Initiativen kommen oft erst Jahre nach der eigentlichen Beschlussfassung einer Partei (und Gründung eines Initiativkomitees) an die Urne. Die Initiative für ein tieferes AHV-Alter für Frau und Mann kam 2000 zur Abstimmung, das Initiativekomitee hatte sich jedoch bereits 1994 gebildet (Linder et al. 2010, 596).

Parolenfassung der Grünen

Zu guter Letzt kann auch geprüft werden, wie sich die Grünen zu nicht selber initiierten Abstimmungen durch ihre Abstimmungsempfehlungen positionieren. In Abbildung 9.5 stellen wir die Häufigkeit der Parolenfassung dar, also wie oft die Partei eine deutliche Ja- oder Nein-Stimmempfehlung herausge-

Abbildung 9.5: Abstimmungsvorlagen, zu denen die GPS und die SP Stimmempfehlungen abgaben, nach inhaltlicher Dimension



Lesbeispiel: Während dem die GPS zwischen 2012 und 2016 in rund 88 Prozent der Volksinitiativen und fakultativen Referenden, die auf der kulturellen Dimension angesiedelt sind, eine Abstimmungsempfehlung abgaben, tat die SP dies bei 95 Prozent der Abstimmungen. Bei Umweltthemen wiederum gab die GPS in derselben Zeitperiode zu allen, die SP nur zu 88 Prozent der Vorlagen eine Stimmempfehlung ab.

geben hat. Wir zeigen dieselbe Darstellung auch für die Sozialdemokratische Partei, um einen Vergleich mit den Grünen zu ermöglichen.

Zu Beginn haben die Grünen leicht mehr Abstimmungsempfehlungen bei Themen abgegeben, die der kulturelle Konfliktachse zugeordnet werden können als bei ökonomischen Fragen. Dies ändert sich aber im Laufe der Zeit deutlich. Seit der Jahrtausendwende geben die Grünen bei Vorlagen zu ökonomischen Themen immer eine Parole heraus, gleichzeitig wurde es für die Partei schwieriger, bei Fragen, die der kulturellen Konfliktachse zugeordnet werden können, eine Parole zu fassen. Damit zeigt sich auch hinsichtlich der Parolenfassung ein ähnliches Bild wie bei der Initiierung von Volksinitiativen und Referenden in Abbildung 9.3 mit einer stetigen Zunahme auf der ökonomischen Dimension und zu Beginn höherer, dann aber leicht schwankender ungefähr gleichbleibender kultureller Dimension. Interessant ist auch zu sehen, dass die Schwankungen auf der kulturellen Dimension in der Parolenfassung sowie der Initiierung von Abstimmungen ähnlich ausfallen mit den höchsten Werten 2003 – 2011 und den tiefsten in der darauffolgenden Periode zwischen 2012 und 2016. Dieselben Ähnlichkeiten können für

Umweltthemen wie in Abbildung 9.4 dargestellt nicht beobachtet werden. Die Stimmempfehlungen zu Umweltthemen – ganz rechts in der Abbildung – zeigen aber, dass nicht Umweltfragen für den Wechsel der Dimensionen verantwortlich sind, sondern andere Themen aus der kulturellen Dimension. Für die Periode 2010 bis 2016 waren das beispielsweise: «Gesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland», «Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz», «Armee XXI», «Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen», «Gesetz über die Krankenversicherung (Managed Care)», «Fortpflanzungsmedizinengesetz» und die «Vollgeld-Initiative». Bei Umweltvorlagen haben die Grünen lediglich bei einer Abstimmung (Referendum gegen den Bundesbeschluss über die Zuckerwirtschaft) keine Parolen beschlossen. Wenn sich Parteien bei einer Vorlage zu keiner Parole durchringen können, bedeutet dies, dass sie interne Uneinigigkeiten nicht ausmerzen konnten. Folglich geben diese Vorlagen, bei denen eine Parole ausblieb, einen Einblick in die Themenfelder, bei denen sich die Grünen nicht geschlossen positionieren können. Vergleicht man die Parolenfassung der Grünen aber mit jener der SP, wird das Bild etwas relativiert: Auch bei der SP ist ein stetiger Anstieg des Anteils der Vorlagen, zu welchen die Partei eine Abstimmungsparole verabschiedet hat, innerhalb der ökonomischen Themen zu verzeichnen. In der ersten Periode mit einem gleich tiefen Anteil von 85 Prozent wie die Grünen und eher gleichbleibende, dafür schwankende Werte auf der kulturellen Dimension. Verglichen mit den Grünen ist die SP aber eher bereit, Parolen bei kulturellen Themen zu fassen; mit Ausnahme der bereits erwähnten Hochphase der Grünen auf der kulturellen Achse zwischen 2012 und 2016 hat die SP immer mehr Stimmempfehlungen auf der kulturellen Dimension herausgegeben als die Grünen. Bei Umweltthemen wiederum gab die SP in fast allen Zeitperioden aber weniger Parolen heraus als die Grünen.

Zusammenfassung

Diese Übersicht zeigt, wie die Grünen direktdemokratische Instrumente auch auf nationaler Ebene für sich zu nutzen wissen, wobei beim Gebrauch der Volksrechte nicht nur der Abstimmungserfolg ausschlaggebend ist. So waren die wenigsten der von den Grünen (mit)-lancierten Vorlagen erfolgreich, sie erfüllten aber die Funktion, dass sich die Grünen als aufstrebende Partei positionieren und bekannt machen konnten. Im Spiegel der verwendeten direktdemokratischen Instrumente zeigt sich deutlich die thematische Verbreiterung der Grünen: Richteten sie in den Anfangsjahren ihren Fokus auf umweltpolitische Themen, so öffneten sie ihr inhaltliches Spektrum auf sozial-, friedenspolitische- und wirtschaftspolitische Themen.

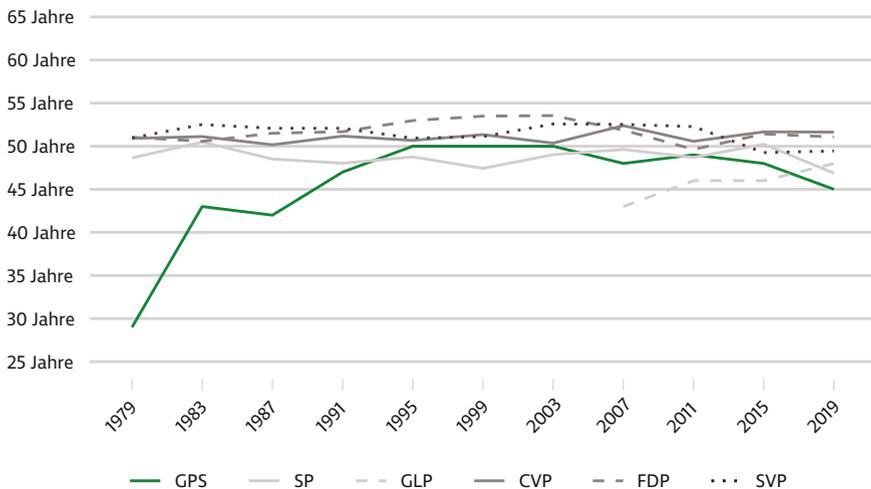
10 Jung = grün? Über die jungen Grünen und die grünen Jungen

Maja Haus

Seit jeher übernehmen bei den Grünen junge und teilweise sogar sehr junge Mitglieder parteiintern und in öffentlichen Ämtern Verantwortung. Der weltweit erste Grüne, der in ein nationales Parlament gewählt wurde, war Daniel Brélaz aus der Waadt. Er zog mit 29 Jahren zum ersten Mal in den Nationalrat ein (Rebeaud 1987, 39). Auch der Karriereauftakt des späteren Berner Regierungsrats Bernhard Pulver ereignete sich in jungen Jahren: 1987 wurde er mit 22 Jahren zum ersten Generalsekretär der Grünen Schweiz ernannt und behielt dieses Amt für die folgenden acht Jahre bei (GPS 2020; Schaffner 2003).

Auch in neuerer Zeit gibt es viele Beispiele für junge, erfolgreiche Politiker:innen der Grünen Schweiz: Die drei amtierenden Stände- bzw. Nationalrät:innen Lisa Mazzone (geboren 1988), Meret Schneider (geboren 1992) und Franziska Ryser (geboren 1991) wurden alle bereits im Alter von 27 Jahren in den Nationalrat gewählt, erstere bei den Gesamterneuerungswahlen im Oktober 2015, die beiden letzteren im Oktober 2019 (Bundesamt für Statistik, Wahlstatistik).

Abbildung 10.1: Durchschnittsalter der Nationalrät:innen, nach Partei



Quelle: Wahlstatistik, Bundesamt für Statistik (BFS, 2019b).

In Abbildung 10.1 ist das Durchschnittsalter der Nationalrät:innen über die Zeit dargestellt. Die grünen Nationalrät:innen waren bis Anfang der 1990er Jahre mit einem Durchschnittsalter von gut 40 Jahren mit Abstand die jüngsten Mitglieder im Rat. Ab dann stieg ihr Durchschnittsalter an und lag während drei Legislaturen um 50 Jahre. Auch nach dieser stabilen Phase gab es lange nur kleine Schwankungen. Mit den Wahlen 2019 sank das Durchschnittsalter der grünen Nationalrät:innen wieder auf 45 Jahre. Der Zuwachs der Grünen von 11 auf 28 Sitze im Nationalrat hatte auch eine Verjüngung der Fraktion zur Folge. Bei CVP, FDP, SP und SVP war die Veränderung des Durchschnittsalters über die Zeit kleiner. Mit Ausnahme der SP lag das Durchschnittsalter der Ratsmitglieder bei allen Parteien durchgehend höher als bei den Grünen. Die «Grünliberale Partei» (GLP) wies bei ihrer nationalen Gründung im Jahr 2007 anfänglich jüngere Nationalrät:innen auf als die Grünen und führte ebenfalls zu einer Verjüngung in der Politik. In den ersten vier Legislaturperioden ist bei der GLP allerdings ein kontinuierlicher Anstieg des Durchschnittsalters zu beobachten (vgl. Abbildung 10.1).

Die Übernahme von Verantwortung durch junge Mitglieder der Grünen zeigt sich auch auf lokaler Ebene. In grünen Kantonal- und Lokalparteien ist es nicht ungewöhnlich, dass Mitglieder, welche erst seit kurzer Zeit abstimmen und wählen dürfen, im Vorstand mitwirken oder sogar das Präsidium besetzen.

Dass relativ viele junge Parteipersonen in Schlüsselpositionen kommen, kann als Vertrauensbeweis der Grünen gegenüber den jungen Generationen gewertet werden. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich junge Mitglieder häufig bereits in der Partei engagieren, bevor sie abstimmen und wählen dürfen. Eine Mitgliedschaft bei den Grünen ist vor Erreichen der Volljährigkeit möglich, der Parteibeitritt sehr junger Menschen wird insbesondere bei den Jungen Grünen denn auch aktiv gefördert.

Dass bereits junge Mitglieder der Grünen Verantwortung übernehmen, gilt in besonderem Masse für kantonale und lokale Parlamente. Das Engagement junger Mitglieder wird auch von den Wähler:innen honoriert. So wurde beispielsweise Gianluca Looser im August 2021 im Alter von 18 Jahren als jüngster Kantonsrat der Schweiz für die Grünen ins Kantonsparlament von Schaffhausen gewählt (Michel 2021).

Altersstruktur der Grünen: eine junge Partei

Eine Umfrage unter den aktiven Parteimitgliedern, welche 1990 und 2003 in den Lokalsektionen der Schweizer Parteien durchgeführt wurde, bringt zu Tage, dass zu Beginn der 1990er Jahre die aktiven Mitglieder der Grünen Schweiz

mit einem Anteil von 24 Prozent an unter 30-Jährigen sehr jung waren. Bis 2003 halbierte sich dieser Anteil auf 12 Prozent. Zum Vergleich: Im Durchschnitt lag der Anteil an unter 30-Jährigen bei den anderen Parteien in dieser Zeit bei 11 Prozent. Es fand also in diesen Jahren eine starke Angleichung der Grünen an die anderen Parteien statt. Bei den 30- bis 45-Jährigen zeichnet sich ein ähnliches, wenn auch weniger ausgeprägtes Bild ab: Hier sank der Anteil von ursprünglich 55 Prozent auf 46 Prozent im Jahr 2003. Der Anteil an Mitgliedern der Grünen Schweiz, welche älter als 45 Jahre waren, nahm entsprechend zu (Ladner 2008).

Die jungen Menschen aus den neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre, welche damals die Grünen mitgegründet haben, sind über die Jahre älter geworden. Wie aus der Befragung sichtbar wird, hat sich zwischen 1990 und 2003 auch die Altersstruktur der Grünen entsprechend verändert. Es ist dementsprechend davon auszugehen, dass viele der Gründer:innen der Grünen auch 2003 noch als Mitglieder erfasst waren. Oder, wie Ladner im Jahr 2008 schrieb:

«Damit sind die Grünen die Partei, die in den letzten Jahren am stärksten gealtert ist. Oder mit anderen Worten: Die Lokalsektionen der Grünen werden nach wie vor von den Leuten der Gründergeneration getragen.» (Ladner 2008, 44)

Möglicherweise hat gerade diese veränderte Altersstruktur der Grünen dazu geführt, dass sich die jungen Mitglieder anfangs der 2000er Jahre bei den Grünen nicht mehr ausreichend vertreten fühlten und sich deshalb dazu entschlossen haben, lokal grüne Jungparteien zu gründen. Dass die Erstarkung der Jungen Grünen wiederum dazu geführt hat, dass die Grünen Schweiz für junge Menschen eine attraktive Option sind, ist dabei ein plausibler Umkehrereffekt.

Entstehung der Jungen Grünen

Die Entstehung der Partei der Jungen Grünen Schweiz folgte einem ähnlichen Muster wie bei der Mutterpartei. Mit zwei Jahrzehnten Verzögerung auf die Grünen Schweiz begannen sich anfangs der 2000er Jahre lokale und kantonale Gruppierungen junger grüner Menschen zu formieren. Diese Gruppierungen waren zwar noch nicht schweizweit aktiv, aber innerhalb der Kantone bereits gut organisiert.

Im Rahmen der eidgenössischen Wahlen 2003 fand ein erster Austausch zwischen den kantonalen Parteien der Jungen Grünen statt. Diese intensivierten sich, bis am 20. März 2004 die Jungen Grünen Schweiz gegründet wurden. Erste Präsidentin war die heutige grüne Nationalrätin Sophie Michaud Gigon

aus der Waadt, zu den weiteren Gründungsmitgliedern gehören Aline Trede (heute Nationalrätin und Präsidentin der Grünen Fraktion) und Bastien Girod (heute Nationalrat und Vize-Präsident der Grünen Fraktion).

Zu dieser Anfangszeit lautete das Motto der Jungpartei: «Wir sind jung und grün, deshalb kämpfen wir für unsere Zukunft. Wir sind überzeugt, dass es unsere Verantwortung ist, eine friedliche, nachhaltige Welt zu schaffen» (GPS 2004). Heute ist in den Statuten festgeschrieben, dass «die Jungen Grünen Schweiz bezwecken, sich nachhaltig für eine ökologische, antikapitalistische, queerfeministische, antirassistische, gesellschaftsliberale, pazifistische und basisdemokratische Gesellschaft einzusetzen und in dieser Hinsicht insbesondere jugendspezifische Anliegen zu vertreten» (Junge Grüne Schweiz 2021).

Wahlteilnahmen und Wahlerfolge: Höhepunkt Nationalratswahlen 2019

Bereits bei den Nationalratswahlen 2003, also noch vor der offiziellen Gründung der Jungen Grünen Schweiz, traten vier Sektionen der Jungen Grünen mit eigenen Listen in den Kantonen Luzern, St.Gallen, Basel und Genf zur Wahl an (Huber & Scheuch 2003). Vier Jahre später, bei den Nationalratswahlen 2007, waren es bereits zwölf Listen. Bis 2019 stieg die Listenzahl auf 16 (Bundesamt für Statistik, Wahlstatistik). Dabei können die Nationalratswahlen 2019 als Grosse Erfolg für die Jungen Grünen gewertet werden: In den Kantonen Zürich, Genf, Waadt, Bern, Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Thurgau, Zug und Schaffhausen wurden sie zur stärksten Jungpartei gewählt (Junge Grüne Schweiz 2019). Der Wermutstropfen: Auch als stärkste Jungpartei schafften die Jungen Grünen keinen Sitzgewinn mit ihren eigenen Wahllisten. Junge Grüne wurden also bisher ausschliesslich auf den Listen ihrer Mutterpartei ins nationale Parlament gewählt.

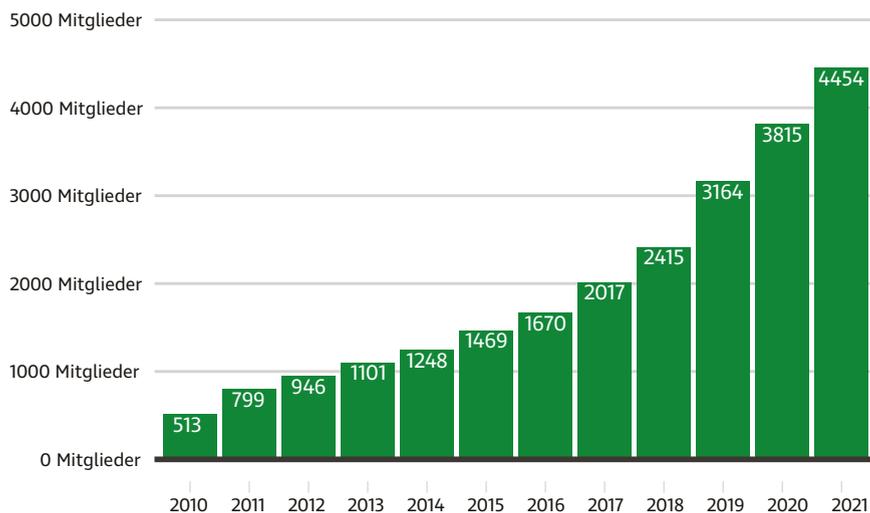
Auch auf kantonaler und lokaler Ebene gibt es zahlreiche Mitglieder der Jungpartei der Grünen, welche auf den Listen ihrer Mutterpartei in die kantonalen Parlamente gewählt wurden. Ein prominentes Beispiel dafür ist Jo Vergeat vom Jungen Grünen Bündnis Nordwest, die im Alter von 27 Jahren zur Grossratspräsidentin von Basel-Stadt gewählt wurde (Junges Grünes Bündnis Nordwest 2022). Auf kantonaler Ebene gibt es ausserdem einzelne Parlamentarier:innen, welche explizit auf Listen der Jungen Grünen gewählt wurden: Jonas Heeb in Luzern, Aline Iff und Maurus Pfalzgraf in Schaffhausen, Laurin Hoppler in Basel-Stadt. (Luzerner Kantonsblatt 2019, Staatskanzlei Kanton Schaffhausen 2021, Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt 2022).

Mitglieder der Jungen Grünen: Grosser Zuwachs seit den Klimastreiks

Die Jungen Grünen Schweiz sind, wie dies bei Schweizer Parteien üblich ist, als Verein organisiert. Voraussetzung für eine Mitgliedschaft bei den Jungen Grünen Schweiz ist die Unterstützung des oben genannten Zwecks der Jungpartei und die Entrichtung eines jährlichen Mitgliederbeitrags. Ein Mindestalter, um bei den Jungen Grünen Schweiz Mitglied zu werden, gibt es nicht, hingegen erlischt die Mitgliedschaft mit dem 35. Lebensjahr (Junge Grüne Schweiz 2021).

Der basisdemokratische Charakter der Jungen Grünen Schweiz zeigt sich darin, dass sich die Mitglieder der Jungen Grünen Schweiz viermal pro Jahr zu einer Mitglieder- respektive einer Jahresversammlung treffen. Dies im Gegensatz zu den anderen Jungparteien, welche Delegiertenversammlungen veranstalten (Junge Grüne Schweiz 2021).

Abbildung 10.2: Mitglieder Junge Grüne Schweiz, von 2010 bis 2021



Quelle: Junge Grüne Schweiz 2022a.

Die Mitgliederzahl der Jungen Grünen Schweiz hat über die Jahre stetig zugenommen. Dabei ist im eidgenössischen Wahljahr 2019 sowie in den darauffolgenden Jahren 2020 und 2021 ein besonders starker Anstieg festzustellen. Das Jahr 2019 hält mit 749 Neumitgliedern den Rekord: Die Neumitgliederzahl

von 2019 ist fast doppelt so hoch wie diejenige des Vorjahres, als 398 Neumitglieder zu den Jungen Grünen stiessen (Junge Grüne Schweiz 2022a).

Es ist davon auszugehen, dass die neu erstarkte, junge Klimabewegung und die damit verbundenen Klimastreiks hier einen wichtigen Einfluss hatten. Zeitlich passt das rekordhohe Mitgliederwachstum der Jungen Grünen im Jahr 2019 zum Aufkommen der Klimastreiks: Die ersten Klimastreiks in der Schweiz fanden im Dezember 2018 statt, woraufhin die Bewegung sehr schnell und stark wuchs und schliesslich am 28. September 2019 mit der von diversen Organisationen mitgetragenen «nationalen Demo des Wandels» mit über 100000 Teilnehmenden in Bern ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte (Klimastreik Schweiz 2019, Schweizer Radio und Fernsehen 2019).

Vergleicht man die Mitgliederzahl der verschiedenen Jungparteien aus dem Jahr 2021 lässt sich feststellen, dass Jungsozialist:innen, Jungfreisinnige und Junge Grüne mit jeweils zwischen 4400 und 4500 Mitgliedern beinahe gleichauf sind. Einzig die Junge SVP mit 7200 Mitgliedern ist deutlich grösser. Die Junge Mitte und die Jungen Grünliberalen, welche beide zwischen 3000 und 3200 Mitgliedern zählen, sind klar kleiner (Lüthi und Glatthard 2021).

Mehrere etablierte Politiker:innen der Grünen Schweiz haben ihre politische Karriere bei den Jungen Grünen begonnen. So waren viele Mitglieder der heutigen grünen Bundeshausfraktion aktive Junge Grüne, dazu gehören Aline Trede (Mitgründerin der Jungen Grünen Schweiz), Lisa Mazzone (ehem. Geschäftsleitungsmitglied der Jungen Grünen Genf), Greta Gysin (ehem. Koordinatorin der Jungen Grünen Schweiz), Irène Kälin (ehem. Vertretung der Jungen Grünen Schweiz bei den Grünen Schweiz), Meret Schneider (ehem. Präsidentin der Jungen Grünen Zürich), Céline Vara und Fabien Fivaz (Gründer:innen der Jungen Grünen Neuenburg), Sophie Michaud Gigon (erste Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz) oder Bastien Girod. Letzterer hat unter anderem durch seine prominente Rolle im Zusammenhang mit der Stopp-Offroad-Initiative Bekanntheit erlangt. Auch Lena Frank (ehemalige Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz, seit 2020 Exekutivmitglied der Stadt Biel) und Martin Neukom (ehemaliger Präsident der Jungen Grünen Schweiz), der 2019 zum zweitjüngsten Zürcher Regierungsrat aller Zeiten gewählt wurde, sind in diesem Zusammenhang zu nennen.

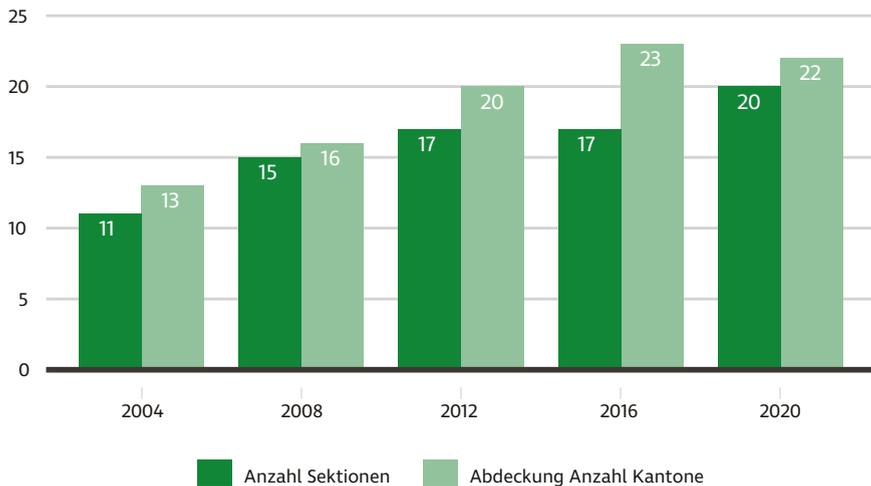
Sektionen der Jungen Grünen in allen Sprachregionen

Zu ihrer Gründungszeit hatten die Jungen Grünen Schweiz elf Sektionen in Bern, Freiburg, Genf, Graubünden, Luzern, Neuenburg, der Nordwestschweiz, Solothurn, St.Gallen, der Waadt und Zürich. Ab 2004 ist ein starkes Wachstum zu verzeichnen: Während sie bei ihrer Gründung eben noch die elf oben genannten Sektionen hatten, entstanden innert weniger Jahre in diversen Regionen Sektionen der Jungen Grünen: 2008 waren es bereits 15 Sektionen, bis 2012 und 2016 wuchs die Sektionszahl auf 17 Sektionen und im Jahr

2020 gab es schliesslich 20 Sektionen (Junge Grüne Schweiz 2004, 2008, 2012, 2016a, 2020).

Die Jungen Grünen Schweiz hatten bereits bei ihrer Gründung Vertretungen in städtisch und in ländlich dominierten Kantonen sowie in allen Sprachregionen. Doch während die deutsch- und französischsprachigen Sektionen durchgehend Bestand hatten, existierten die Sektionen in italienisch- und rätoromanischsprachigen Kantonen vorerst nur phasenweise. Erst seit der Neugründung der zuvor mehrere Jahre inaktiven Jungen Grünen Graubünden und Jungen Grünen Tessin (Giovani Verdi Ticino) im Jahr 2019 sind die Jungen Grünen wieder gleichzeitig in allen Sprachregionen vertreten (Junge Grüne Schweiz 2004, 2008, 2012, 2016a, 2020).

Abbildung 10.3: Anzahl Sektionen der Jungen Grünen und Abdeckung in den Kantonen



Quelle: Junge Grüne Schweiz (2004, 2008, 2012, 2016a, 2020).

Da es sich teilweise um kantonsübergreifende Sektionen handelt, sind die Jungen Grünen Schweiz heute in 22 Kantonen vertreten, es fehlen einzig Sektionen von Jungen Grünen in den Kantonen Nidwalden, Obwalden, Uri und Schwyz. Sofern vorhanden, politisieren junge Mitglieder in diesen Kantonen direkt bei den Grünen. Die höchste kantonale Abdeckung von Sektionen von Jungen Grünen im Jahr 2016 ist darin begründet, dass zwischen 2014 und 2017 eine Sektion «Junge Grüne Zentralschweiz» bestand, welche zu einer vollständigen Abdeckung der kleinen Kantone der Zentralschweiz führte (Junge Grüne Zentralschweiz 2014).

Arbeitsweise der Jungen Grünen: Aktivismus und Vernetzung

Das Selbstbild der Jungen Grünen ist sehr aktivistisch. Trotz einer Aufstockung des Generalsekretariats von 30 Stellenprozenten bei der Gründung im Jahr 2004 auf 360 Stellenprozenten im Jahr 2021 bleiben die Jungen Grünen eine Partei der Aktivist:innen und der Freiwilligen (Junge Grüne Schweiz 2022a). Die Arbeit in den Kantonalsektionen wird weitestgehend auf freiwilliger Basis erledigt und auch bei den Jungen Grünen Schweiz engagieren sich neben den bezahlten Mitarbeitenden viele Freiwillige in diversen Gremien.

Die Jungen Grünen begleiten ihre Forderungen oft mit bildstarken Aktionen im öffentlichen Raum. In Erinnerung bleibt die Besetzung des Rütli mit Baugerüsten, welche auf die Zersiedelung unbebauter Flächen in der Schweiz aufmerksam machte. Zudem fanden sich bereits 2008 Aktivist:innen sowie Mitglieder der Jungen Grünen nackt vor einem Polizeiposten in Zürich ein, um unter dem Motto «Kein Striptease auf dem Posten» dagegen zu demonstrieren, dass bei vorläufig Festgenommenen die Praxis vorherrschte, dass sich Festgenommene manchmal bei der ersten polizeilichen Einvernahme ausziehen mussten.

Zum aktivistischen Charakter gehört auch, dass die Jungen Grünen wie auch die Grünen Teil verschiedener sozialer Bewegungen sind. Dazu gehört die Vernetzung mit nationalen und internationalen Gruppierungen, beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes, der Friedensförderung, des Feminismus, der Atomkraft oder der Menschenrechte (siehe Kapitel 11, Fuchs; Kapitel 12, Schweizer und Kapitel 13, Gisler).

2018 kamen die Klimastreiks auf und sind seither für die Jungen Grünen von grosser Bedeutung, auch wenn sie politisch unabhängig organisiert werden. Da sich jedoch sowohl die Teilnehmenden der Klimastreiks als auch die Mitglieder der Jungen Grünen konsequenten Klimaschutz zum Ziel gesetzt haben, gibt es viele personelle Überschneidungen. Die Jungen Grünen sehen sich nach eigenen Angaben generell als «Brücke zwischen der Bewegung auf der Strasse und der institutionellen Politik» (Lipp 2020).

Wie bei den Grünen Schweiz spielen auch bei den Jungen Grünen die sozialen Medien und allgemein neue Kommunikationskanäle neben traditionellen Medien eine wichtige Rolle bei der Information der Bevölkerung und der Mobilisierung von Mitgliedern und Aktivist:innen (siehe Kapitel 4, Wenger & Gilardi). Die Jungen Grünen rufen regelmässig zur Unterstützung von Demonstrationen, Petitionen und anderen politischen Aktionen auf. Hier spielen die Sozialen Medien eine wichtige Rolle, daneben auch Newsletter an

Mitglieder und Sympathisierende, das Verteilen von Flyern im öffentlichen Raum sowie Mund-zu-Mund-Informationen.

Seit 2015 organisieren die Jungen Grünen das jährliche Politfestival «Green Earth», dieses findet jeweils über das Auffahrts- oder Osterwochenende statt. In einer Mischung aus politischen Workshops, Vorträgen, Diskussionsrunden und Abendprogramm mit Musik und Kleinkunst sollen junge Menschen einen einfachen, unverbindlichen Zugang zur Politik finden. Das Green Earth Festival ist für interessierte Menschen über die Parteigrenze hinaus zugänglich und dient der politischen Bildung sowie der Vernetzung von jungen, politikinteressierten Menschen mit aktiven Jungpolitiker:innen (Junge Grüne Schweiz 2022b).

Volksinitiativen der Jungen Grünen: Eine sammelstarke Jungpartei

Neben der Teilnahme an Wahlen ist das Ergreifen von Volksinitiativen ein wichtiges politisches Instrument der Jungen Grünen. Mit der «Umweltverantwortungsinitiative» lancierten die Jungen Grünen im Sommer 2021 nach der «Stopp-Offroaders-Initiative», der «Zersiedelungsinitiative» und der «Kriegsgeschäfteinitiative» (letztere in Zusammenarbeit mit der Gruppe Schweiz ohne Armee) bereits ihr viertes eidgenössisches Initiativprojekt (siehe Kapitel 9, Leemann & Odermatt). Inhaltlich sind drei der vier Volksinitiativen im Umwelt- respektive Landschaftsschutz angesiedelt.

Die Volksinitiativen führten insbesondere in den Sammelphasen zu einer starken Mobilisierung der Mitglieder, dabei konnten sich die Jungen Grünen als ausserordentlich sammelstark beweisen: Für die Zersiedelungsinitiative sammelten sie 96 000 der 135 000 bei der Bundeskanzlei eingereichten Unterschriften. Die restlichen Unterschriften wurden von weiteren Allianzpartnern beigetragen (Junge Grüne Schweiz 2016b).

Nur zwei der Volksinitiativen der Jungen Grünen wurden bis jetzt der Stimmbevölkerung zur Abstimmung vorgelegt: Die Zersiedelungs- und die Kriegsgeschäfteinitiative. Beide scheiterten an der Urne: Die Zersiedelungsinitiative wurde mit 63,7 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt, die Kriegsgeschäfteinitiative mit 57,5 Prozent Nein-Stimmen. Zum Vergleich: Die drei eidgenössischen Volksinitiativen der Jungsozialist:innen, welche bisher zur Abstimmung gebracht wurden, wurden mit 65,3 Prozent («1:12 – Für gerechte Löhne»), 59,9 Prozent («Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!») respektive 64,9 Prozent («Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern») abgelehnt (Bundesamt für Statistik, Abstimmungsstatistik).

Die Stopp-Offroad-Initiative der Jungen Grünen wurde zugunsten des indirekten Gegenvorschlags zurückgezogen, die Umweltverantwortungsinitiative wurde am 21. Februar 2023 bei der Bundeskanzlei eingereicht.

Tabelle 10.1: Volksinitiativen der Jungen Grünen

Eidgenössische Volksinitiative	Initiant:innen	Status
Für menschenfreundlichere Fahrzeuge (Stopp Offroad Initiative)	Verein für menschenfreundlichere Fahrzeuge unter der Leitung der Jungen Grünen Schweiz	Eingereicht am 25.08.2008, zurückgezogen am 13.10.2011 zugunsten des indirekten Gegenvorschlags
Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)	Verein Nachhaltige Siedlungsentwicklung unter der Leitung der Jungen Grünen Schweiz	Eingereicht am 21.10.2016, Volksabstimmung am 10.02.2019: 36,3% Ja zu 63,7% Nein
Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten (Kriegsgeschäfteinitiative)	Bündnis für ein Verbot von Kriegsgeschäften unter der Leitung der Jungen Grünen Schweiz und der Gruppe Schweiz ohne Armee	Eingereicht am 21.06.2018, Volksabstimmung am 29.11.2020: 42,5% Ja zu 57,5% Nein
Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)	Allianz für Umweltverantwortung unter der Leitung der Jungen Grünen Schweiz	Eingereicht am 21. Februar 2023.

Quelle: Bundeskanzlei (2022a-d).

Die Jungen Grünen als Teil der grünen Bewegung

Sowohl in den Statuten der Jungen Grünen Schweiz als auch in den Statuten der Grünen Schweiz sind die Jungen Grünen als Jungpartei der Grünen ausgewiesen. Ausserdem ist festgelegt, dass die «Jungen Grünen und die Grünen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene zusammenarbeiten» und dass die Jungen Grünen «in den Organen der Partei angemessen berücksichtigt» sind (Junge Grüne Schweiz 2021, GPS 2021). Dies bedeutet in der aktuellen Praxis, dass die Jungen Grünen sowohl in der Geschäftsleitung der Grünen Schweiz als auch im Vorstand und an der Delegiertenversammlung repräsentiert sind.

Ansonsten sind die Grünen Schweiz und die Jungen Grünen Schweiz zwei eigenständige Vereine, welche unabhängig voneinander politisieren. So werden beispielsweise separate Parolen für Abstimmungen gefasst und es ist grundsätzlich möglich, dass Mutterpartei und Jungpartei unterschiedliche

Parolen fassen. Auch haben die Jungen Grünen ein von den Grünen unabhängiges Logo und einen eigenen, klar abgrenzbaren grafischen Auftritt.¹

Die Jungen Grünen sehen sich als Teil der europäischen und der weltweiten grünen und junggrünen Bewegung. Dies einerseits als Mitglied der «Federation of Young European Greens» (FYEG), der Jungpartei der «European Green Party» (EGP), zu deren Versammlungen sie Delegierte entsenden, andererseits als Mitglied der «Global Young Greens» (GYG).²

Zusammenfassung

Es zeigt sich: Zur Gründungszeit war die Grüne Partei der Schweiz geprägt von grösstenteils jungen Menschen, die den neuen sozialen Bewegungen angehörten. Seither hat sich die Altersstruktur der Partei zwar verändert, doch die hohe Bereitschaft, zum einen jungen Menschen Verantwortung zu übertragen und zum anderen auch die hohe Bereitschaft der jungen Menschen in der Partei, Verantwortung zu übernehmen, fallen nach wie vor auf.

Wie wichtig grüne Politik gerade auch für sehr junge Menschen ist, zeigt sich am Erfolg der Jungen Grünen. Diese sind seit ihrer Gründung auf nationaler Ebene im Jahr 2004 zu einer der grössten und aktivsten Jungparteien der Schweiz herangewachsen. Neben ihrem Wirken in der Schweizer Politik tragen die Jungen Grünen auch einen wichtigen Teil zur Nachwuchsförderung ihrer Mutterpartei bei: Die Karriere vieler Grüner, welche heute in wichtigen Ämtern politisieren, begann in ihrer Jugend bei den Jungen Grünen.

Dieser Zusammenhang kann durchaus als positiver Kreislauf interpretiert werden: Prominente junge Grüne-Politiker:innen sorgen für Sichtbarkeit und Zulauf bei den Jungen Grünen. Starke Junge Grüne wiederum führen dazu, dass junge Menschen auch die Grünen als attraktive Option wahrnehmen und sich für grüne Politik engagieren.

1 Vergleiche Website der Jungen Grünen Schweiz: <https://junggruene.ch/> und Website der Grünen Schweiz: <https://gruene.ch/>.

2 Weitere Informationen finden sich auf der Website der Federation of Young European Greens: <https://fyeg.org/> und der Website der Global Young Greens: <https://globalyounggreens.org/>.

11 Die Grünen und die Frauen: Feminismus als Teil der politischen DNA der Grünen

Gesine Fuchs

Wie in anderen westeuropäischen Ländern waren die Schweizer Grünen Ergebnis und Institutionalisierungsschritt der Umweltbewegung. Sie waren somit von Beginn an mit den neuen sozialen Bewegungen verbunden, auch mit der Frauenbewegung (Dolezal 2008, 140–145, Raschke 2003; Rootes 2004, 623 f., siehe Kapitel 1, Seitz). Diese Verbindungen und Einflüsse haben sich auf programmatischer, personeller und der Ebene der Wahlerfolge entwickelt, waren jedoch bisher nicht Gegenstand von Untersuchungen. Lebendige basisdemokratische Prinzipien und Forderungen (Ladner & Brändle 2008, 117), die Betonung von Grundrechten, die Abkehr von alten Vorstellungen des sozialen Zusammenlebens und teilweise Kapitalismuskritik dürften zur Attraktivität der Grünen für feministisch Bewegte beigetragen haben, wie dies beispielsweise für die westdeutsche autonome Frauenbewegung gezeigt werden konnte.¹ In der Schweiz waren diese Themen eng mit links-alternativen Gruppierungen, namentlich der POCH (Seitz 2008, 17–18) sowie weiteren feministischen Netzwerken und Vereinigungen (Schulz et al. 2014, 7–19) verbunden. Frauen waren bei den Grünen von Anfang an sehr präsent und prägten die Partei stark, davon zeugen beispielsweise die Quotenregelungen, welche sich die Partei in manchen Kantonen gegeben hat. Sind feministische Orientierungen und Praxen bei den Grünen also Teil ihrer politischen DNA?² Es lassen sich in jedem Fall auf unterschiedlichen Dimensionen Hinweise für die Popularisierung und Durchsetzung gleichstellungspolitischer Forderungen und weiblicher politischer Repräsentation finden. Dieser Beitrag betrachtet die programmatische Entwicklung, die politische Repräsentation grüner Frauen und beurteilt die Quotenpolitik.

1 Neben Basisdemokratie überzeugte auch die Abkehr vom männlichen Ernährermodell der etablierten Parteien: «Feminists gained presence through the Greens» Ferree 2012, 118. Seit 1986 sieht das unverändert gültige Frauenstatut der deutschen Grünen eine 50%-Frauenquote für Wahllisten vor, die Frauen die ungeraden Listenplätze sichert, vgl. Ferree 2012; Stifel 2018.

2 Der Begriff geht zurück auf ein Interview mit Heidi Mück, Co-Präsidentin BastA! Basel, 1. Juni 2021.

Die grüne Programmatik ist auch feministisch

Die Entwicklung einer feministischen Programmatik bei den Grünen lässt sich anhand organisatorischer Entwicklungen, Verflechtungen mit der Frauenbewegung, den Wahlprogrammen und von Einzelpersonen beleuchten. Eine gründliche quellenbasierte Analyse steht jedoch noch aus.

Grundsätzlich gilt, dass auch in der Schweiz alle gleichstellungspolitischen Agenden und Erfolge auf das Agenda-Setting und politische Kämpfe der Frauenbewegung zurückgehen. Viele Aktionen sowie neue Identitäten und Problemsichten haben dazu beigetragen, dass feministische Forderungen in die gesellschaftliche Debatte kamen und von Parteien (re)formuliert wurden – und hier besonders von grünen Parteien. Anfang der 1970er Jahre formierte sich eine autonome Frauenbewegung sowohl gegen eine männerdominierte Linke wie gegen eine stagnierende traditionelle Frauenbewegung (Schulz et al. 2014). Autonome Frauen organisierten sich lose in Projektgruppen und engagierten sich im Aufbau von Frauenstrukturen wie Beratungsstellen, Treffpunkten oder Frauenhäusern. Viele Initiativen institutionalisierten sich später: aus Protest wurde Umsetzungsarbeit mit allen Vor- und Nachteilen (Lang 1997). Viele linke Frauen engagierten sich in der POCH (Progressive Organisationen Schweiz), deren Sektionen sich meistens bis Anfang der 1990er Jahre grünen Kantonalparteien anschlossen). Die POCH formulierte Mitte der 1970er gleichstellungspolitische Forderungen wie Rechtsgleichheit, Lohngleichheit, Mutterschaftsversicherung und Mutterschaftsurlaub. Doch auch in der POCH war das marxistische Theorem des Nebenwiderspruchs häufig politikleitend. Es besagt, dass erst nach Aufhebung des Hauptwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit Nebenwidersprüche effektiv bekämpft werden können, also z. B. jene der patriarchalen Frauenunterdrückung (Lenzin 2000, 47–61). So konstituierten sich 1975 Feministinnen zuerst innerhalb der POCH als Progressive Frauen Schweiz, darauf 1977 selbstständig als OFRA (Organisation für die Sache der Frau). Anders als der autonome Teil der Frauenbewegung verfügte die OFRA über feste Strukturen und ein nationales Sekretariat. Sie war beispielsweise in der Lage, die Volksinitiative «Für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft» (die einen Elternurlaub vorsah) zu lancieren und 1980 einzureichen (Eidgenössische Kommission für Frauenfragen 2001, Kapitel 1.3). Profilierte Feministinnen politisierten in der POCH oder gingen direkt zu den Grünen (wie etwa Cécile Bühlmann), andere schlossen sich später, nach der Auflösung der POCH, der SP an (etwa Anita Fetz oder Susanne Leutenegger Oberholzer). Einen wichtigen Brückenschlag zwischen Gewerkschaften und Frauenbewegung stellte der erste Schweizer Frauenstreik von 1991 dar, an dem eine halbe Million Frauen auf die Strasse ging. Sie protes-

tierten dagegen, dass zehn Jahre nach der Annahme des Gleichstellungsartikels und zwanzig Jahre seit der Einführung des Frauenstimmrechts in Sachen Gleichstellung kaum Fortschritte gemacht wurden. Mittlerweile haben Feministinnen der Grünen auch gewerkschaftliche Spitzenpositionen inne, beispielsweise Katharina Prelicz-Huber beim VPOD.

Einen wichtigen Einfluss auf die grüne Programmatik hatten feministische Frauenlisten, wie Cowell-Meyers (2020) bei der Analyse von Parteiprogrammen zeigen konnte. Zwischen 1987 und 2000 wurden in Zürich, Luzern, Basel, Graubünden, Aargau und St. Gallen bei nationalen, kantonalen oder kommunalen Wahlen feministische Frauen-Listen eingereicht.³ 1991 und 1995 errang die Zürcher FraP! (Frauen Macht Politik!) mit Christine Goll sogar ein Nationalratsmandat. Cowell-Meyers (2020) zeigte bei der Analyse der Wirkungen der FraP!, dass sich deren Themenpalette, die Gleichberechtigung, Lohngleichheit, Mutterschaftsurlaub, Gewalt gegen Frauen, Frauenbildung, Frauenarmut, Reproduktionstechnologien, Abtreibung, ausserhäusliche Kinderbetreuung, unbezahlte Care-Arbeit, Scheidungsrecht oder Rentenalter umfasste, sukzessive in den Wahlprogrammen vor allem linker Parteien – der SP und der Grünen – niederschlugen. Die Listenverbindungen zwischen FraP! und den Grünen zeigt zudem auch die programmatischen Schnittmengen. Auf lange Sicht erwies sich die lose Organisation der FraP! aber als Hindernis für inhaltlich fundierte und vernetzte politische Arbeit. Nachdem bei den Nationalratswahlen 1995 das Projekt einer interkantonalen «Unabhängigen Frauenliste» nicht reüssierte, wechselte Christine Goll 1997 als Nationalrätin zur SP, weil weder finanzielle, persönliche noch informationelle Ressourcen zur Unterstützung vorhanden waren (Cowell-Meyers 2020, 70).

Gleichstellung in den Wahlprogrammen der Grünen

Verfügbare Wahlprogramme⁴ und Positionspapiere der Grünen Partei der Schweiz zeigen eine grosse Breite feministischer Themen und Anliegen. 1987 hielt das Positionspapier fest, dass aus der radikal basisdemokratischen Bewegung folge, dass Frauen und Männer in sämtlichen Bereichen mitbestimmen können: «Da bis jetzt die Gleichberechtigung der Frauen noch nicht realisiert wurde, ist uns deren Durchsetzung auf allen gesellschaftlichen Ebenen ein zentrales Thema». Feministisch sind die programmatischen Aussagen deshalb, weil sie das Geschlechterverhältnis als hierarchisches gesellschaft-

3 Überblick über Wahlteilnahme und -erfolge siehe Seitz 2020, 178–180; 256–258. Den grössten kantonalen Mandatsanteil errang die Frauenliste Basel 1996 mit 5,7 Prozent der Stimmen und 7 Mandaten.

4 Das Manifesto-Project am Wissenschaftszentrum Berlin (<https://manifesto-project.wzb.eu/>) wertet Parteiprogramme aus über 50 Ländern aus. Das erste verfügbare Programm der Schweizer Grünen stammt von 1987.

liches Strukturverhältnis fassen und zur Gleichstellung der Geschlechter nicht lediglich gleiche Rechte verlangt werden, sondern stets Umverteilung und Anerkennung gefordert werden. Die grosse Breite feministischer Themen und Anliegen wird im Positionspapier von 1987 in eigenen Kapiteln zu Gleichstellungspolitik niedergelegt. Allerdings werden feministische Themen bzw. der Blickwinkel aus feministischer Perspektive auch im Sinne des sogenannten Gender Mainstreaming⁵ in anderen Kapiteln aufgenommen, z. B. zu sozialer Sicherheit, Gesundheits-, Entwicklungs- und Asylpolitik. Die Grünen fordern seit Anfang der 1990er Jahre eine neue Organisation der Arbeitswelt und «eine gerechte Verteilung der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit» (1999). Dieses Anliegen wird im Laufe der Zeit in konkretere Forderungen gefasst («bessere Absicherung der Care-Arbeit» 2015; Teilzeitstellen für Männer, Job-sharing in Führungspositionen, Reduktion der Wochenarbeitszeit 2019) und der starke Umverteilungs-Impetus wird abgeschwächt.

1991 konstatiert das Wahlprogramm der Grünen, dass sich «das System der Existenzsicherung noch völlig an den traditionellen Lebensformen» orientiert. Es brauche daher eine grundlegend neue Sozialpolitik, die «dem Wandel der Lebensformen und Lebensverhältnisse Rechnung trägt». Aus dieser Diagnose folgen auch in späteren Wahljahren Forderungen, eine Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zu ermöglichen. Diese Forderungen sind gute und bezahlbare Kinderbetreuung, Mutterschaftsversicherung, Elternzeit sowie Lohngleichheit für gleiche und gleichwertige Arbeit sowie Gleichstellung in der Wirtschaft. 2007 wird eine «zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung» angemahnt.⁶ Durchgängig präsent sind genauso Forderungen, dass Rollenbilder und Stereotypen durch politische Interventionen verändert werden müssen, etwa im Bildungswesen sowie in Familie und Beruf. Auch die Forderung nach Quoten im öffentlichen Leben ist eine Konstante – und in späteren Programmen wird stolz auf die bestehende Parität bei den Grünen hingewiesen («Grüne Frauen und Männer machen halbe-halbe» 1999 – «Die Grünen sind die Vorkämpfer:innen der Gleichstellungspolitik. Früher und konsequenter als alle anderen Parteien haben wir unsere Hausaufgaben gemacht. Die Hälfte aller grünen Mandate in Parlamenten und Exekutiven sind heute von Frauen besetzt» 2019). Anfang der 1990er Jahre forderten die Grü-

5 Gender Mainstreaming bedeutet, unterschiedliche Lebenssituationen und Interessen der Geschlechter bei der Analyse von Problemen und der Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen zu berücksichtigen mit dem Ziele, die Gleichstellung zu erreichen. Somit geht es nicht nur um gleiche Rechte oder Frauenfördermassnahmen. Grundlegend Stiegler 2005.

6 Eine Volksinitiative zur Individualbesteuerung wurde von den FDP Frauen lanciert und auch von vielen Arbeitgebenden unterstützt. Ab 2024 ist mit der parlamentarischen Debatte und Volksabstimmung zu rechnen. Vgl. www.individualbesteuerung.ch (17. März 2022).

nen noch gleichstellungskonforme Gesetze oder heute erreichte Errungenschaften wie einen straffreien Schwangerschaftsabbruch und Mutterschaftsurlaub. Ein Geschlechterdualismus («Das öffentliche Leben muss ‹weiblicher› werden» 1991) hat sich abgeschwächt und parallel zu gesellschaftlichen Debatten sind Verständnisse von Geschlecht auch im Wahlprogramm zu finden, die stärker deren soziale Wandelbarkeit betonen. 2019 heisst es «Die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Durchsetzung der Rechte aller Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität (LGBTQI*) sowie die Zusammenarbeit mit Menschen aus verschiedensten Ländern sind bei uns eine Selbstverständlichkeit».

Substantielle Repräsentation durch grüne Frauen

Grüne Frauen können als *critical actors* für Gleichstellungs- und Fraueninteressen im Parlament gelten, weil sie verantwortlich für und im Interesse von Frauen handeln (Childs & Lovenduski 2013).⁷ Die grüne Nationalrätin und spätere Zürcher Stadträtin, Monika Stocker, initiierte die erste Frauensession im Bundeshaus, die im Februar 1991 stattfand und aus der konkrete politische Forderungen z.B. nach zivilstandsunabhängiger Rente, Lohngleichheit, Erwerbsbeteiligung von Frauen und bessere politische Repräsentation resultierten (Schulz et al. 2014, 104). Die Frauensession 2021 wurde vom Dachverband der Frauenorganisationen, alliance f, organisiert – der im Co-Präsidium von Maya Graf (GPS) und Kathrin Bertschy (GLP) geleitet wird.

Empirische Befunde zeigen, dass deskriptive Repräsentation als Voraussetzung substantieller Repräsentation gesehen werden kann. In einer Analyse gleichstellungspolitischer Vorstösse in den Eidgenössischen Räten 1996–2011 (Fuchs 2015) zeigten sich klare Zusammenhänge zwischen Partei, Geschlecht und geschlechterpolitischen Aktivitäten. In dieser Zeit wurden 338 gleichstellungspolitische Geschäfte eingebracht – zwar stieg in dieser Zeit die Zahl der Vorstösse um das Doppelte, die der gleichstellungsrelevanten aber um das Dreifache, was kontraintuitiv zur damaligen tagespolitischen Beobachtung ist, Gleichstellung sei nicht mehr auf der Agenda. Bei diesen Geschäften machten Erwerbsarbeit und Vereinbarkeit etwa die Hälfte aus, aber auch bestehende Themen wie reproduktive Rechte und Gewalt, Finanzen und Sozialversicherungen wurden angesprochen. Drei Viertel aller Anträge stammten von Frauen, zwei Drittel kamen aus dem linken Lager – diese Zusammenhänge waren stark und signifikant. Auch das grüne Label «Gleichstellungspartei» wird durch diese Befunde gestützt: Im linken Lager waren die Grünen relativ am aktivsten – von ihnen stammten 19 Prozent der Vorstösse, obwohl sie im Untersuchungszeitraum nur 5,6 Prozent aller Mandate

7 Zur Debatte um «substantielle Repräsentation» siehe Pitkin 2008; Phillips 1994.

innehalten (SP: 48 Prozent aller Vorstösse und 23,3 Prozent aller Mandate). In bürgerlichen Parteien sind die Geschlechterunterschiede bei diesen Vorstössen nicht so ausgeprägt wie in linken Parteien – hier scheinen die Männer das Feld den Frauen zu überlassen. Es lässt sich resümieren, dass gleichstellungspolitische Anliegen nach wie vor überwiegend von Parlamentarierinnen eingebracht werden. Die Präsenz in den Räten ist eine Grundvoraussetzung für substantielle Repräsentation, also für das Agenda-Setting und die Interessenvertretung für die Besserstellung von Frauen. Dieses sind genuin linke Anliegen und hier sind grüne Frauen federführend dabei (Fuchs 2015, 81).

Wahlerfolge für grüne Frauen: früh, substantiell und nachhaltig

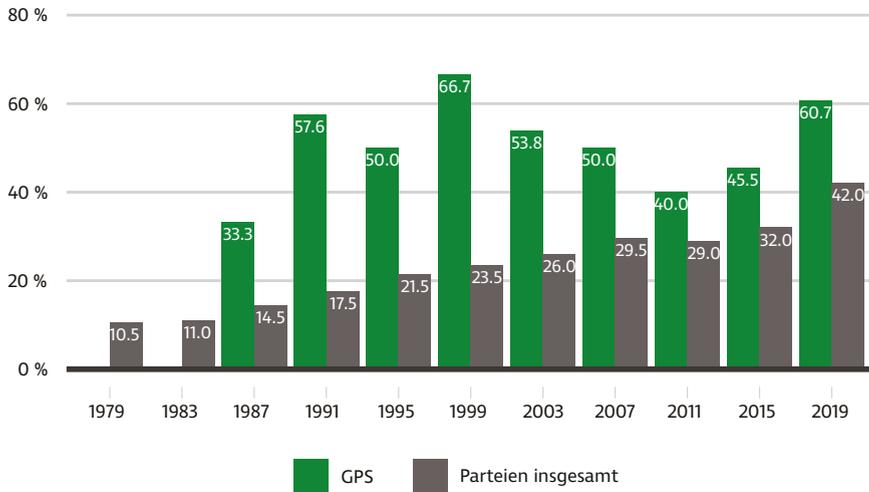
Schon bald nach der Gründung grüner Kantonalparteien stellten diese überdurchschnittlich viele Mandatsträgerinnen. Auch waren die Grünen unter den ersten Parteien, die eine Regierungsrätin stellen. So war die Grüne Leni Robert 1986 in Bern nach Hedi Lang von der SP, die 1983 in Zürich gewählt wurde, schweizweit erst die zweite Frau, die einen Sitz in der Regierung eroberte (Schaffner 2003, 26). Von allen grünen Regierungsratssitzen wurden im Laufe der Zeit immer mehr von Frauen besetzt – 2022 waren es 5 von 9 (siehe Kapitel 7, Bütikofer). Die frühe, hohe und nachhaltige Frauenvertretung bei grünen Mandaten im Gegensatz zu anderen Parteien lässt sich einen hohen Frauenanteil auf den Wahllisten, eine gute Listenplatzierung und auf die Wähler:innen zurückführen, die Frauen unterstützen. Die folgende Abbildung 11.1 zeigt die Frauenanteile im Nationalrat bei den Grünen im Vergleich zu allen im Rat vertretenen Parteien.

Der Frauenanteil in der grünen Nationalratsfraktion liegt seit 2019 bei knapp 61 Prozent. Bereits 1987 gab es ein Drittel Frauen bei den Grünen, was der Gesamtheit der Fraktionen erst 2015 gelingen sollte. Eine ähnliche Tendenz lässt sich auch in den Kantonsparlamenten ausmachen. Hier dümpelte die Frauenvertretung im neuen Jahrtausend bei einem Viertel vor sich hin, während die Grünen schon seit den frühen 1990er Jahren immer mehr als 40 Prozent Frauen in ihren Reihen hatten.

Frauen wählen überdurchschnittlich stark grün

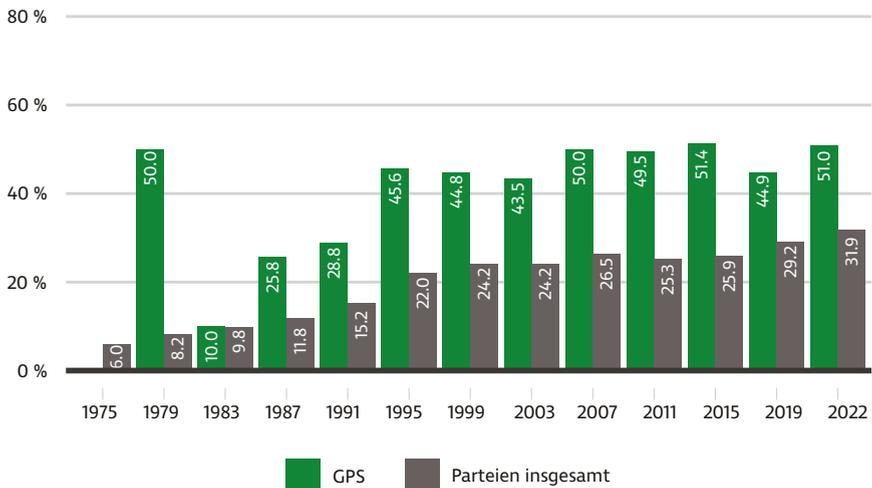
Für Wählerinnen sind die Grünen durchgängig attraktiv. Die seit 1995 verfügbaren Selects-Wahlstudien zeigen, dass Frauen seit 2003 häufiger als Männer die Grünen wählen – zwischen 2 Prozentpunkten in den Jahren 2003 und 2007 und 5 Prozentpunkten im Jahr 2019. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch bei der SP. Am anderen Ende des politischen Spektrums erweist sich umgekehrt

Abbildung 11.1: Frauenanteil unter den Gewählten der GPS und insgesamt, Nationalratswahlen 1979–2019



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

Abbildung 11.2: Frauenanteil unter den Gewählten der GPS und insgesamt, Kantonale Parlamentswahlen 1975–2022



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Wahlstatistik.

die SVP als die Partei, die weniger attraktiv für Frauen ist (bis zu 7 Prozentpunkte weniger Stimmenanteile bei den Frauen) (Tresch et al. 2020, 16, siehe Kapitel 2, Sciarini & Petitpas).

Eine Analyse der Wahlen 2019 (Giger et al. 2022) zeigt, dass für den starken Anstieg der weiblichen Nationalratsmandate auf 42 Prozent ein höherer Kandidatinnenanteil und ihre guten Listenplatzierungen wichtig waren – wie ganz besonders bei den Grünen ausgeprägt. Da die Grünen Mandate hinzugewannen, geht der Anstieg der Frauenrepräsentation auch auf ihr Konto.

Die Macht formeller und informeller Geschlechterquoten

Quoten sind eine wirksame Methode, um die politische Repräsentation von Frauen zu steigern. Sie sind weltweit immer stärker verbreitet: Aktuell haben 130 Länder auf nationaler oder subnationaler Ebene irgendeine Form von Geschlechterquoten festgelegt, davon 62 mit gesetzlichen Quoten auf nationaler Ebene.⁸ Neben gesetzlichen Quoten gibt es auch freiwillige Parteiquoten für Wahlen und Parteiämter. Beide haben sich in der Schweiz nie durchsetzen können. Gesetzliche Quoten scheiterten im Parlament, an der Urne und vor dem Bundesgericht. Grüne und SP sind die einzigen Parteien mit freiwilligen Quoten, zu einem Nachahmungseffekt bei anderen Parteien kam es nicht.

Grüne Parteien und Politikerinnen waren federführend an verschiedenen Quoteninitiativen in den 1990er Jahren beteiligt. In dieser Zeit wurden verschiedene Initiativen auf nationaler und kantonaler Ebene lanciert, die gesetzlich verpflichtende Geschlechterquoten vorsahen. Scheiterten Initiativen der Partei der Arbeit («Frauen und Männer») sowie verschiedener Frauenorganisationen («Nationalrat 2000») noch im Unterschriftenstadium, so änderte sich die Situation nach der Nichtwahl Christiane Brunners in den Bundesrat im März 1993 (Amlinger 2012; Seitz 2020, 173–175): Es bildete sich schnell ein überparteilicher Verein um die grüne Baselbieter Nationalrätin Ruth Gonseth, der mit der «Initiative 3. März» eine angemessene Repräsentation von Frauen in National-, Stände- und Bundesrat sowie im Bundesgericht forderte. Die 1995 eingereichte Initiative wurde allerdings im Jahr 2000 mit 82 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Eine kantonale Initiative in Solothurn wurde 1997 vom Bundesgericht für nicht verfassungsgemäss erklärt. Einer von der Urner Grünen Bewegung eingebrachten Initiative erging es besser, da sie nur für teilweise ungültig erklärt wurde – doch auch sie wurde 1999 mit nur 16 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt.⁹

8 Vgl. dazu die Gender Quota Database von IDEA, <https://www.idea.int/data-tools/data/gender-quotas/database> (17. März 2022). 28 weitere Länder haben reservierte Sitze für Frauen, dazu gehören auch etliche undemokratische Regime.

9 Das Bundesgericht hatte, nach scharfer Kritik an seinem pauschalen Urteil zu Solothurn, für die Urner Initiative sorgfältiger gearbeitet. Seitz 2020, 177–178

Die Grünen sichern paritätische Repräsentation durch informelle und formelle Quoten sowie programmatische Bekenntnisse ab. Anders als aufgrund Grüner Programmatik zu erwarten wäre, sind Quoten eher selten und wenig differenziert in den Statuten der grünen Kantonalparteien niedergelegt. Dies tendenziell auch im Gegensatz zur SP, der einzigen anderen Schweizer Partei mit Geschlechterquoten, wobei auch dort Quoten oft in Form von Generalklauseln auftreten. Grüne Quoten sind in der Romandie tendenziell formalisierter als in der Deutschschweiz. Dennoch sind die Erfolge beeindruckend – für die Schweiz lässt sich vom Erfolg informeller Quoten sprechen (Fuchs 2023). Tabelle 11.1 gibt einen Überblick über die grosse Bandbreite von Quotenregelungen und programmatischen Bekenntnissen. In 23 Kantonen gibt es 25 Kantonalparteien (je 2 in Basel-Stadt und Bern).

Obwohl Quoten-Regelungen in den Statuten zum Teil ganz fehlen oder nur allgemeine Ziele festgehalten werden, wird die Parität auf Wahllisten eingehalten und dies wirkt sich angesichts guter Wahlquoten für grüne Frauen auch auf deren Anteil in kantonalen Parlamenten aus.¹⁰ Geschlechterquoten haben für die Grünen (und die Sozialdemokratie) normative Kraft entwickelt und zwar nach innen sowie für die Wähler:innen. Das Image einer «Gleichstellungspartei» erzeugt auch einen mehr oder weniger expliziten Druck, der Parität stets nachzuleben: Besteht eine Kantonsregierung nur aus Männern, so muss eine grüne Frau antreten, eine Männerkandidatur wäre unglaubwürdig.¹¹ Die Umsetzung von Geschlechterquoten beruht zudem auf interner Mobilisierung von unten. Freiwillige Quoten wurden in letzter Zeit auch auf Parteiämter und sogar auf Redelisten ausgedehnt, wobei die Jungen Grünen als feministische Interessengruppen fungierten – mit dem Resultat, dass sich auch junge Frauen ernst genommen fühlen.¹² Auch ungeschriebene Quoten können also eine Wirkung erzielen. Sie hängen aber entscheidend davon ab, dass sie immer wieder thematisiert werden. Es gibt ein Bewusstsein dafür, dass die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der Partei keine Selbstverständlichkeit ist, wie die Ausweitung von Quoten auf parteiinterne Ämter und Redelisten zeigt. Ihre Einführung wurde allerdings von langen und kontroversen Debatten begleitet. Seit 2019 besteht das Netzwerk Grüne Frauen, keine Parteigliederung, jedoch ein Raum von Frau zu Frau, um Em-

mit weiteren Nachweisen, Buser & Poledna 1997; Wyttenbach 2000.

10 Seit 1992 betrug der Frauenanteil der Grünen in kantonalen Parlamenten immer mind. 40 Prozent, Ende 2022 betrug er 51.3 Prozent (vgl. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/kantonale-parlamenswahlen.asset-detail.23527178.html>). Vor 1992 hatten die POCH-Fraktionen tendenziell sogar noch höhere Frauenanteile als grüne Parteien.

11 Interview mit Rahel Estermann, stellvertretende Generalsekretärin der GPS, 25. Juni 2021.

12 Interview mit Florence Brenzikofer, Vizepräsidentin der GPS, 10. Juni 2021.

Tabelle 11.1: Geschlechterquoten in grünen Kantonalparteien

Regelung	Kantonalparteien
Überhaupt keine Aussagen zur Gleichstellung (3 von 23 Parteien)	NE, GL, BE (GaP), ZG
«Mission Statement» zu geschlechtergerechter Gesellschaft (8 von 23 Parteien)	BS (Basta!), GR, JU, LU, SH, TI, UR, VD
Quotenregelungen für Parteiämter (15 von 23 Parteien)	AG «ausgeglichene Vertretung von Region und Geschlecht» beim Präsidium
	BE Jedes Geschlecht ist mit mind. 5 Personen im Vorstand (Zahl Vorstandsmitglieder ist unklar)
	BL Mindestens ein Drittel in Geschäftsleitung und Präsidium, Ausnahmen durch Mitgliederversammlung möglich
	BS 40% als Zielvorgabe / Basta: ein Geschlecht soll nicht zu mehr als 60% vertreten sein
	FR Ziel: ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter und Regionen
	GE parité
	JU Die Generalversammlung wählt das Büro «en respectant si possible la parité»
	SG ausgewogene Vertretung bei Organen, Mandaten, Delegationen und Wahllisten wird angestrebt
	SO 40% Minimum
	TG Beim (Vize-)Präsidium wechseln sich wann immer möglich Männer und Frauen ab
	UR, VD, ZH Ausgewogene Vertretung der Geschlechter wird angestrebt
	VD Sicherstellung mit einer von Fall zu Fall zu entscheidenden Wahlmethode. Ausgewogenheit soll auch für Alter und Region gelten.
	VS im Vorstand «Dans la mesure du possible, l'équilibre homme-femme est respecté»
Quotenregelungen Kandidaturen (7 von 23 Parteien)	GE Nominierungen «respectent l'égalité des genres» mit ausführlichen Vorgaben (Art. 32-35 der Statuten)
	JU Bevorzugung weiblicher Kandidaturen, wenn zu besetzendes Gremium keine Parität hat. Das Büro stellt Kandidaturen zusammen und die Generalversammlung entscheidet sich dann für Kandidatinnen und Kandidaten. Erst später werden die Listen im Reissverschlussverfahren zusammengefügt mit einer Frau auf Platz 1 (ähnlich auch GE). Exekutivämter : «les femmes doivent être privilégiées»
	NW: Wenn die grüne Landratsfraktion keine gleichmässige Vertretung der Geschlechter aufweist «können Fraktion und Vorstand mit dem Beizug weiterer Grüne-Mitglieder für einen Ausgleich sorgen.» (Art. 35 Statuten)
	TI «Di principio la lista elettorale deve rispettare la parità di genere» – der Vorstand nominiert Kandidierende auf der Liste und die Generalversammlung bestätigt dies.
	UR, VD, ZH Ausgewogene Vertretung der Geschlechter wird angestrebt
	VD Sicherstellung mit einer von Fall zu Fall zu entscheidenden Wahlmethode. Ausgewogenheit soll auch für Alter und Region gelten.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach den Statuten auf Webseiten der Parteien und persönlichen Informationen, keine Statuten aus Obwalden. Datenstand August 2021.

powerment zu ermöglichen. Eine Arbeitsgruppe «Gendergerechtigkeit» arbeitet zudem inhaltlich das Thema auf.¹³ Insofern kann man tatsächlich vom Feminismus als Teil der grünen DNA sprechen. Dennoch bleibt Politik auch für grüne Frauen ein hartes Pflaster. Zwar hat sich der Sexismus in der Politik abgeschwächt und ist weniger offen, doch ist im politischen Milizsystem die Mobilisierung und Aufbau von Mandatsträgerinnen bei den Grünen herausforderungsreich. Berufliches Engagement, Betreuungspflichten und die Unvorhersehbarkeit einer politischen Karriere bewirken, dass eine ausgewogene Geschlechterverteilung ein langwieriges Unterfangen ist, das stetiges Engagement verlangt; immer wieder entscheiden sich Frauen für Familie und Beruf und gegen ein zusätzliches Engagement in der Politik.¹⁴

Zusammenfassung

Sind die Grünen eine Gleichstellungspartei? Programmatik, Wahlen und der Umgang mit Quoten zeigen: Die Grünen haben sich früh und nachhaltig feministische Forderungen auf die Fahnen geschrieben. Ihre geschlechterpolitische Agenda spiegelt feministische Ansprüche und Perspektiven, vom straffreien Schwangerschaftsabbruch bis zur Umverteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern. Diese Verbindung bestand und besteht auch, weil viele grüne Politikerinnen gleichzeitig in Frauenorganisationen oder Bewegungszusammenhängen aktiv sind. Sie setzten wichtige frauenpolitische Meilensteine mit anderen zusammen – seien es Frauensessionen, Volksinitiativen oder Frauenstreiks. Genauere Analysen, wie einzelne Politikbereiche diskutiert und in Programme gegossen wurden, stehen aber noch aus. Hier wäre auch die Befragung von Zeitzeug:innen ein wichtiges Instrument.

Für die Vertretung von frauen- und gleichstellungspolitischen Interessen in der Parlamentsarbeit sind grüne Frauen ebenfalls essenziell, wie Untersuchungen zur nationalen Ebene zeigen. Ohne grüne Frauen wäre das feministische Agenda-Setting kaum so erfolgreich geworden.

Grüne Frauen wurden und werden in Legislativen und Regierungen gewählt, weil ihr Anteil auf Listen hoch ist, sie gut platziert sind und weil die Wähler:innen sie unterstützten und unterstützen, und zwar wesentlich früher und stärker als bei anderen Parteien. Allerdings sind kantonale Quotenregelungen in den Parteistatuten sehr unterschiedlich und häufig wenig formalisiert, doch entfalten sie grosse Kraft: Die Parität auf den Wahllisten wird eingehalten. Die Debatten um Quoten für Parteiämter und Redelisten zeigt,

13 Interview mit Rahel Estermann, stellvertretende Generalsekretärin der GPS, 25. Juni 2021.

14 Interviews mit Rahel Estermann, Florence Brenzikofer und Heidi Mück.

dass ein Bewusstsein dafür existiert, dass nichts für immer gewonnen ist, sondern eine ausgewogene Geschlechtervertretung immer wieder thematisiert, gefordert und gelebt werden muss. Solange dies Thema bleibt, lässt sich für die Zukunft voraussagen, dass Geschlechterparität bei den Grünen fortbestehen wird. Die Spannungsverhältnisse zwischen unwägbareren politischen Karrieren, stets wachsenden Anforderungen an Berufstätigkeit und Familie sind aber eine grosse Herausforderung für das politische Engagement nicht nur der grünen Frauen.

12 Mobilisierung gegen AKWs, Armee und Kampffjets: Die engen Bande zwischen den Grünen und der Friedensbewegung

Andrea Schweizer

«Unser Engagement gegen jeden Krieg gehört schliesslich zu den Grundpfeilern grüner Politik.» (GPS 2006) Mit diesem Zitat engagierte sich die Grüne Partei der Schweiz (GPS) ganz selbstverständlich für die von ihnen mitlancierte Volksinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten». Auch heute noch steht die GPS für Frieden und Sicherheit ein und engagiert sich für entsprechende Anliegen. Doch wie kam es zu dieser Annäherung, engen Zusammenarbeit und Diskursüberschneidung zwischen den Grünen und der Friedensbewegung? Dieses Kapitel geht den Fragen nach, wie sich die Beziehung zwischen den Grünen und der Friedensbewegung entwickelte und welche Rolle grüne Diskurse in der Friedensbewegung der 1980er-Jahre spielten.¹ So zeigte sich das Zusammenspiel der Grünen mit der Friedensbewegung bei den friedenspolitischen Aktivitäten und den zahlreichen Volksinitiativen und Referenden, welche die Grünen mit der GSoA lancierten.

In diesem Kapitel soll exemplarisch anhand der Abstimmungskämpfe dreier GSoA-Initiativen von 1989 bis 2009 aufgezeigt werden, wie dies die Beziehung zwischen den Grünen und der Friedensbewegung prägte und auch heute noch einen Einfluss hat auf die Beziehung zwischen der GSoA und der GPS. So unterstützten die ökologischen Parteien schon in den 1980er-Jahren Anliegen der Friedensbewegung. Diese Unterstützung nahm seit dem Ende der 1980er-Jahre immer stärker zu und hing auch damit zusammen, dass die friedenspolitischen Akteure bemüht darum waren, dezidiert grüne Argumente für die Mobilisierung ihrer Veranstaltungen oder im Abstimmungskampf zu brauchen. So haben die Grünen – auch Dank des Beitritts der alternativen

1 Dieses Kapitel basiert auf folgenden Beständen des Schweizerischen Sozialarchivs: Ar 452.20.1 Gruppe für eine Schweiz ohne Armee Periodika 1985-2000; Ar 452.20.3 Gruppe für eine Schweiz ohne Armee Flugblätter, Plakate, Diverses; Ar 452.41.1 Gruppe für eine Schweiz ohne Armee F/A-18 Akten I; Ar 452.65.9 Gruppe für eine Schweiz ohne Armee Initiative Kriegsmaterial-Exporte 2006-2007; Ar 452.65.16 Gruppe für eine Schweiz ohne Armee Broschüren, Flyer 1988-2003; Ar 452.65.17 Gruppe für eine Schweiz ohne Armee Flyer, Broschüren, Texte, Rundschreiben 1980-1993, QS 46.1 Friedensbewegung, Pazifismus, QS 45.5 Atomwaffen, Biologische Waffen, Chemische Waffen.

Grünen – im Verlauf der Zeit das bis in die 2000er Jahre bestehende friedenspolitische Argumentarium in ihr politisches Programm aufgenommen, wie es sich auch im eingangs erwähnten Zitat zeigt.

Die Schweizer Friedensbewegung in der Nachkriegszeit

Der «Schweizerische Friedensrat» (SFR) wurde nach dem Vorbild des «British Peace Council» am 2. Dezember 1945 in Genf gegründet (Epple 1986, 198; Brassel & Tanner 1986, 59). Während er anfänglich eher internationalistisch ausgerichtet war, legte der SFR seinen thematischen Fokus in den folgenden Jahren auf innenpolitische Probleme und rückte Themen wie den Zivildienst, die atomare Aufrüstung in der Schweiz, die Waffenausfuhr, die Militärjustiz und die Rüstungsausgaben ins Zentrum seiner Aktivitäten (Epple 1986, 198). Um seine Anliegen durchzusetzen, bediente sich der SFR vor allem der Volksinitiative sowie seiner parteipolitisch aktiven Mitglieder wie etwa des Zürcher Nationalrats Hansjörg Braunschweig (SP).

Dem SFR gehörte ein politisch schmales Spektrum von Friedensgruppen an. Darum mussten sich die kommunistisch geprägten Teile der Friedensbewegung wie die aus Mitgliedern und Sympathisanten der «Partei der Arbeit» (PdA) aus der Westschweiz entstandene «Schweizerische Friedensbewegung» (SFB) neu organisieren (Epple 1986, 198; Brassel & Tanner 1986, 60; Federer 2020, 203). Dazu bildeten sie einen Ableger des kommunistisch geprägten «Weltfriedensrates» und unterstützten dessen Appelle (Federer 2020, 203; Epple 1986, 199). Somit manifestierte sich in der Friedensbewegung einen Bruch entlang der zentralen Konfliktlinie des Kalten Krieges.

Auch wenn der SFR ein breites Themenfeld von innenpolitischen Problemen etablierte, hatte die Friedensbewegung in den folgenden Jahrzehnten verschiedene Themenschwerpunkte, die auch zur Herausbildung von neuen Gruppen innerhalb der Friedensbewegung führten. Dazu gehörte die «Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung» (SBgaA), die sich 1958 gründete als Reaktion auf die Absichtserklärung des Bundesrates, Atomwaffen für die Schweizer Armee zu besorgen (Federer 2020, 204f.). Der Anstoss zur SBgaA kam aus den Reihen der Trotzlisten. Gleichzeitig hatte die Bewegung auch einen grossen Rückhalt bei nicht als «kommunistisch» aufgefallenen und im linken Flügel der «Sozialdemokratischen Partei der Schweiz» (SP) politisierende Personen wie Hansjörg Braunschweig und Jules Humbert-Droz und bei vielen jungen Menschen ohne Partei- oder Organisationsanbindung (Federer 2020, 205, 212). Als neues, transnationales Phänomen in der Schweizer Polit-

landschaft brauchte die SBgaA neue Aktions- und Protestformen wie gewaltfreie Aktionen und zivilen Ungehorsam (Brassel & Tanner 1986, 65). Mit der daraus resultierenden breiten Mobilisierung organisierte sie 1963 den ersten Ostermarsch in der Schweiz, der bis und mit 1967 jährlich stattfand (Tanner 2018, 84). Zudem lancierte die SBgaA im Jahr ihrer Gründung die Initiative zum verfassungsmässigen Verbot atomarer Waffen, die jedoch 1962 mit 65,2 Prozent Nein-Stimmen scheiterte (Epple 1986: 196).

Durch diese Abstimmungsniederlage und die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch den Bundesrat Ende 1969 verlor der Kampf gegen die Atombombe an Bedeutung und die Friedensbewegung wandte sich Themen wie dem Waffenausfuhrverbot, den Militärausgaben und der Einführung des Zivildienstes zu (Epple 1986, 196f.; Brassel & Tanner 1986, 70, 77; Tanner 2015, 407). Auch zur Durchsetzung dieser Anliegen brauchte die Friedensbewegung Aktionsformen der Neuen Sozialen Bewegungen und reichte Volksinitiativen ein (Epple 1986, 196f.).² Zusätzlich kam es zu Beginn der 1970er Jahre zu ersten Berührungs- und Überschneidungspunkten mit der neu entstandenen Ökologiebewegung, die sich in Aktionen und Widerstand gegen Waffenplätze und Atomkraftwerke zeigte (Brassel & Tanner 1986, 72).

Die «neue» Friedensbewegung der 1980er Jahre

Nach einer Mobilisierungskrise in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre erneuerte sich die Friedensbewegung 1981 unter dem Eindruck des NATO-Doppelbeschlusses³, der grossen Friedensdemonstrationen in vielen europäischen Ländern und spezifisch schweizerischen Problemen. Sie verstand sich nun als «neue» Friedensbewegung (Epple 1986, 194). So bildeten sich im Vorfeld der nationalen Friedensdemonstration 1981 neue Gruppen, welche die Mobilisierung der Friedensbewegung vorantrieben.⁴ Auch linke Parteien und etablierte Interessensverbände wollten ihre Themen einbringen und von dieser Dynamik profitieren (Schweizer 2020, 260). Dies stiess jedoch bei den Aktivist:innen auf wenig Begeisterung, da es viele aus dem Bewegungsumfeld vorzogen,

2 So zum Beispiel die vom SFR eingereichte Initiative, die nach dem Bührle-Skandal eine Beschränkung der schweizerischen Waffenexporte auf die neutralen Staaten Europas forderte und bei der Abstimmung 1972 nur knapp mit 49,7 Prozent Ja-Stimmen scheiterte.

3 Mit dem Doppelbeschluss kündigte die NATO unter anderem die Aufstellung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa an als Ausgleich gegen die Stationierung der sowjetischen SS-20.

4 Dazu gehörten das «Komitee für Frieden und Abrüstung» (KFA) und die Arbeitsgemeinschaft «Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden» (Wiwonito).

unabhängig von parteipolitischen Interessen ihre Bedenken zur Sicherheitspolitik äussern zu können (Schweizer 2020, 260).

Mit den neuen Akteuren traten vermehrt neue und unkonventionelle Aktionsformen auf, wie zum Beispiel Schweigekreise für Frieden, Flugblattaktionen, Demonstrationen und kollektive Militärverweigerung. So fand am 5. Dezember 1981 in Bern eine nationale Friedensdemonstration statt, an der 30 000 bis 40 000 Personen teilnahmen und die sich mit Slogan und Forderungen an die Friedensdemonstration in der BRD anlehnte (Bein & Epple 1987, 446). Zwei Jahre später, am 5. November 1983, bildeten wieder in Bern, nach deutschem Vorbild, 40 000 bis 50 000 Personen eine Menschenkette um die Botschaften der USA und der UdSSR sowie um das Bundeshaus (Bein & Epple 1987, 446). Neben diesen nationalen Grossveranstaltungen belebte die SFB ab 1982 die Ostermärsche im Dreiländereck wieder und fanden viele kleinere Protestaktionen und Friedenskongresse statt.

Die Jahre 1981 bis 1984 stellten somit eine Zeit der Höchstmobilisierung der Friedensbewegung dar, in der es sehr viele aktive Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen gab. Um diese alle zu erreichen, stellte die Friedensbewegung die als bedrohlich empfundene internationale Rüstungssituation ins Zentrum der Mobilisierungsbemühungen und knüpfte an ältere Themen wie die Kritik an den Schweizer Aufrüstungsplänen, dem Widerstand gegen Schweizer Waffenexporte und die Forderung nach einem zivilen Ersatzdienst an (Epple 1986, 201f.).

In diesem Kontext wurde auf Initiative von Mitgliedern der Jungsozialist:innen Schweiz (JUSO) am 12. September 1982 in Solothurn die GSoA als Trägerin für eine Volksinitiative zur Armeeabschaffung gegründet (Felber 2021, 21). In der GSoA engagierten sich aktive und überzeugte Pazifist:innen und Armeegegner:innen, die aus den Reihen der 68er-Bewegung, den Jugendrevolten und der Friedensbewegung der 1980er Jahre stammten (Felber 2021, 21). Durch die Mitte der 1980er Jahre einsetzende Demobilisierung in der Friedensbewegung gewann die GSoA bei friedenspolitischen Themen immer mehr an Bedeutung (Bein & Epple 1986, 152).

Ökologische Diskurse in der «neuen» Schweizer Friedensbewegung

Bei den Grossveranstaltungen 1981 und 1983, an denen Abrüstung und eine «aktive Friedenspolitik» der Schweiz gefordert wurden sowie die Angst vor einem Atomkrieg im Zentrum stand, schienen die damit zusammenhängende Umweltzerstörung und grüne Diskurse weniger relevant. Dies obwohl mit der

«Grünen Alternative Basel», der «Demokratischen Alternative Bern» und der «Progressiven Organisationen der Schweiz» (POCH) Parteien sich an der Mobilisierung beteiligten, die sich entweder bereits als alternative Grüne bezeichneten oder später in der Grünen Partei aufgingen (Seitz 2008, 17f.).⁵ Jedoch war es bezeichnend, dass mit der Grünen Alternative sich eine Partei beteiligte, die sich als Plattform für Gruppierungen sah, die ökologisches Engagement unter anderem mit der Friedensbewegung verbinden wollte (Seitz 2008, 18f.). Ganz im Gegensatz dazu standen die gemässigten Grünen in dieser Zeit zur militärischen Landesverteidigung. Dass sich die Mobilisierung trotzdem auf die atomare Angst konzentrierte, könnte damit zusammenhängen, dass sich die Organisatoren dadurch einen grösseren Mobilisierungserfolg versprachen (Schweizer 2020, 263).

Verschiedene Gruppen der Friedensbewegung übertrugen dennoch zu Beginn der 1980er Jahre die totale Zerstörung durch den Atomkrieg auch auf die Umweltzerstörung und rückten so die Ökologie verstärkt ins Zentrum. Während die ab 1982 im Dreiländereck stattfindenden Ostermärsche der SFB sich sowohl für Frieden als auch für Umweltschutz einsetzten, stellte auch der armeekritische SFR den Ressourcenverschleiss und die Umweltzerstörung durch die Armee in den Vordergrund. Als Beispiel dafür diente ihre Kritik an Waffenplätzen und Zivilschutzanlagen während den 1980er Jahren. Ebenso häufig war bei anstehenden Rüstungsbeschaffungen der Hinweis darauf, dass die Rüstungsgelder für die Ökologie oder im Kampf gegen das Waldsterben besser eingesetzt werden könnten. Die Friedensbewegung münzte also ihre Besorgnis über die Umwelt zu Forderungen gegenüber der Armee um und brauchte die grünen Argumente als Verstärker der militärkritischen Argumente.

Ab 1986 kam es zu einer Veränderung des Diskurses. Durch den Reaktorbrand in Tschernobyl und den Chemieunfall Schweizerhalle war für die Friedensaktivisten neben dem militärischen «Overkill» auch die zivile Nutzung der Atomenergie und die Chemieindustrie bedrohlich. Nach dem Erleben der atomaren Wolke Tschernobyls, die weite Teile Europas betraf, machten die Friedensbewegten bei der Umweltbedrohung die gleiche Grenzenlosigkeit geltend wie beim Atomkrieg. Dies führte zu einer verstärkten Zusammenarbeit von Friedens- und Umweltinitiativen. In Zusammenhang mit diesen menschengemachten Umweltkatastrophen tauchten in Bezug auf Rüstung und Umwelt wieder die gleichen Forderungen auf wie zu Beginn der 1980er Jahre. Der Diskurs der umweltzerstörenden Armee bekam besonders im Kontext der Volksabstimmung über den Waffenplatz in Rothenthurm im Dezem-

5 Die meisten Kantonalparteien der POCH lösten sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre auf und gingen in den alternativen Grünen und später in der GPS auf (siehe Kapitel 1, Seitz).

ber 1987 wieder Aufwind. Diese Abstimmung hatte auch eine stark einigende Bedeutung für die verschiedenen Bewegungen, da sich gegen den Ausbau des Waffenplatzes Rothenthurm sowohl Waffenplatzgegner:innen, als auch die Friedens- und Ökologiebewegung im Kampf gegen die Armee verbündeten (Bein & Epple 1986, 151).

Die grünen Diskurse gewannen also in der Friedensbewegung in der zweiten Hälfte des Jahrzehntes an Bedeutung. Dies hing von verschiedenen Faktoren ab. Erstens kam es in der Friedensbewegung ab 1984 zu einer Demobilisierung. Zusammen mit der Entspannung des Kalten Krieges gegen Ende der 1980er Jahre gewann so die Umwelt eine prominenter Position in der Friedensbewegung. Zweitens führten die Katastrophen von 1986 auch den Friedensbewegten die Verletzlichkeit der Umwelt und die Wichtigkeit des Umweltschutzes vor Augen. Drittens begannen sich auch die Grünen verstärkt an den Veranstaltungen der Friedensbewegung zu beteiligen. Dies hing womöglich massgeblich mit personellen Verbindungen zwischen den Grünen und der Friedensbewegung zusammen, wie zum Beispiel der grünen Nationalrätin Monika Stocker (ZH), die einerseits bei den «Frauen für den Frieden» sehr aktiv war und andererseits als Grüne Politikerin die verschiedensten Veranstaltungen der Friedensbewegung mitorganisierte und dort auftrat. So kam es also zu einer allmählichen Annäherung zwischen der Grünen Partei und der Friedensbewegung, die auch in den im folgenden Teilkapitel behandelten Volksinitiativen der GSoA eine wichtige Rolle spielten.

Die Grünen und die GSoA

Die Abstimmung über die Abschaffung der Armee

Die GSoA arbeitete seit ihrer Gründung an einer Volksinitiative zur Abschaffung der Armee, die sie im März 1985 lancierte. Beim Sammeln der Unterschriften wurde die GSoA von der «Sozialistischen Arbeiterpartei» (SAP), der «Grünen Alternative Schweiz» (GRAS), den JUSOs, und einigen Sektionen der POCH unterstützt und konnte die Initiative am 12. September 1986 mit 111 300 gültigen Unterschriften einreichen (Felber 2021, 26, 33).

Die GSoA nannte im Abstimmungskampf verschiedene Argumente, die für eine Abschaffung der Armee sprachen. Dazu gehörten die Forderung, dass Militärdienstverweigerer nicht kriminalisiert werden sollten sowie der Vorwurf, dass innerhalb der Armee keine demokratischen Rechte gelten würden. Neben diesen klassischen friedenspolitischen Argumenten verknüpften aber sowohl die GSoA als auch die alternativen, grünen Parteien friedenspolitische und ökologische Argumentation auf die gleiche Weise, wie es die Friedens-

bewegung gemacht hatte. Im Rahmen des GSoA-Argumentariums erfuhr es jedoch eine Erweiterung in ökologischer Hinsicht, indem unter dem Eindruck der menschengemachten Unfälle von 1986 auf die Abfälle der AKWs und Chemiefabriken sowie deren Bedrohung Bezug genommen und zu einem Argument gegen die Armee gemacht wurde (Seitz 2008, 21).

Es zeigt sich, dass sich die GSoA als Teil der Neuen Sozialen Bewegungen verstand und sehr bewusst grüne Argumente in ihren Abstimmungskampf integrierte und sich so eine grössere Mobilisierung erhoffte. Durch die Integration von ökologischen Argumenten erreichten sie bei vielen Befürworter:innen der Initiative aus dem grünen Lager einen gemeinsamen Konsens. Dieser ging so weit, dass sich das Grüne Bündnis in einem von Josef Lang (ZG) verfassten Papier für eine Schweiz ohne Armee aussprach und sich dezidiert gegen das in ihren Augen nutzlose Konzept der Gesamtverteidigung, den Zivildienst, die Militärjustiz sowie die anstehenden Rüstungsbeschaffungen der Schweizer Armee stellte. An diesem Beispiel zeigen sich auch die engen personellen Verflechtungen in persona von Josef Lang, die zwischen der GSoA und den Grünen bestanden. Es engagierten sich auch andere Einzelpersonen der Grünen, wie die Nationalrätin Monika Stocker (ZH) und der Grossrat der «Grünen Liste», Giorgio Leuenberger (LU), für die Initiative.

In Bezug auf die Parteiparolen zur Abstimmung kam es aber zu Uneinigkeiten innerhalb der linken und grünen Parteien. Während die POCH und die PdA trotz anfänglicher Skepsis die Initiative im Abstimmungskampf unterstützten, war die SP stark gespalten und entschied sich daher für die Stimmfreigabe (Felber 2021, 33). Das «Grüne Bündnis» und fünf Sektionen der Grünen Partei stimmten der Initiative zu, während die GPS auf eine Stimmempfehlung verzichtete (Felber 2021, 33). Dies hing mit mehreren Gründen zusammen. Einerseits enthielt die 1983 beschlossene Programmplattform der GPS ein Bekenntnis zur Armee und dem Milizsystem (Schäublin 1989, 3). Das zeigte sich auch im Abstimmungsverhalten der Grünen im Nationalrat. Dort stimmten sieben gemässigte Grüne gegen die Initiative, während sich lediglich Monika Stocker und Hanspeter Thür dafür aussprachen (Seitz 1990, 5). Andererseits hätte es für einen Parolenbeschluss die Mehrheit der Delegierten und der Kantonalparteien gebraucht, wovon letztere nicht erreicht wurde (Felber 2021, 34). Dies zeigt das Bestreben der GPS, die Einheit der föderativ organisierten Partei nicht zu gefährden und es somit den autonomen Parteien und Gruppen zu überlassen, eine Parole zu beschliessen. Dies machten zum Beispiel das «Grüne Bündnis Schweiz» und die Grüne Baselland, die der Meinung waren, dass grüne Politik auch Friedenspolitik sei, da sowohl die Mitmenschen als auch die Natur mit Rücksicht behandelt werden sollten.

Aufgrund des kontroversen Charakters der Initiative wurde mit einer sehr geringen Zustimmung gerechnet und entsprechend stark übertraf das Ergebnis von 35,6 Prozent Ja-Stimmen und die Zustimmung der Stände Genf und Jura die Erwartungen des Initiativkomitees. Bemerkenswert ist auch, dass 78 Prozent der GPS-Sympathisant:innen der Initiative zugestimmt hatten und sich in ihrem Stimmverhalten somit von einem Grossteil der Parteielite unterschieden (Seitz 1990, 5).

Die Abstimmung über die F/A-18

Zum Ende des Kalten Krieges stand in der Schweiz eine Kampfjetbeschaffung an. Anfang Oktober 1988 entschied sich das Militärdepartement für die F/A-18 Hornet, wovon die Schweiz mit einem Budget von drei Milliarden Franken 34 Kampfflugzeuge kaufen könnte (Lutz & Wyniger 2017, 255). Noch während den Debatten in den sicherheitspolitischen Kommissionen des National- und Ständerates war die GSoA aktiv geworden und lancierte am 28. April 1992 die Initiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» (Menzi 2010, 506). Somit konnte auch erstmals das Schweizer Stimmvolk über die Beschaffung von Kampfflugzeugen entscheiden. Die Initiative hatte zum Ziel, dem Bund die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge von 1992 bis 1999 zu untersagen (Menzi 2010, 506). Innerhalb von nur zwei Wochen hatte die GSoA die notwendigen Unterschriften gesammelt – nach einem Monat waren es sogar über 500 000 (Menzi 2010, 506). Bei dieser Unterschriftensammlung erhielt die GSoA unter anderem von den grünen Kantonalparteien und von der GPS Unterstützung. Der Druck durch die vielen gesammelten Unterschriften führte dazu, dass die Räte auf den Vorschlag der «Christlichdemokratischen Volkspartei» (CVP) das Geschäft bis nach der Abstimmung über die Initiative vertagten (Bühlmann et al. 2006, 60).

Während sich die bürgerlichen Parteien klar hinter die Beschaffung stellten, kritisierten die SP, GPS, PdA, der «Landesring der Unabhängigen» (LdU) und die «Lega dei Ticinesi» die hohen Kosten, sahen die Beschaffung als eine Weiterführung der Politik des Kalten Krieges und fassten daher die Ja-Parole (Menzi 2010, 506; Bühlmann et al. 2006, 61). Die Unterstützung der Grünen zeigte sich dadurch, dass ihr nationales Unterstützungskomitee die Initiative personell, finanziell und publizistisch im Abstimmungskampf unterstützte. In diesem spielten von Seiten der Grünen und der GSoA unterschiedliche Argumente eine Rolle.

Bei beiden war die Kostenfrage das Hauptargument gegen die Beschaffung der F/A-18. Stattdessen sollte das Rüstungsgeld in dringlichere Anliegen wie zum Beispiel die Ökologie investiert werden. Die Kostenfrage zeigt sich somit als eine Konstante im Kampf um die Armee und in der Debatte

um Rüstungsgeschäfte (Lutz & Wyniger 2017, 278). Zusätzlich positionierten sich GSoA und Grüne gegen die Friedenspolitik und die bewaffnete Neutralität der Schweiz, die angesichts der ökologischen Herausforderungen nutzlos sei. Daneben sprachen die Beschaffungsgegner:innen das Kampfflugzeug und seine Luftverschmutzung auch als Klimasünder an, was zum zentralen ökologischen Thema des Abstimmungskampfes wurde.

Während die GSoA grüne Argumente in den Abstimmungskampf einbrachte, zeigte die Grüne Partei des Kantons Zürich durch die Organisation von Diskussionsveranstaltungen zur Schweizer Friedenspolitik, dass sie sich selber als eine friedenspolitisch engagierte Organisation sah. Diese Entwicklung ergab sich wohl auch aufgrund von personellen Überschneidungen zwischen der Friedensbewegung und der Grünen Partei. Sicher auch dazu beigetragen hat der ökologische Aspekt der Volksinitiative, der zwar nicht im Vordergrund stand, von der GSoA aber trotzdem aufgegriffen wurde und dazu führte, dass die Grüne Partei das Argumentarium der GSoA übernahm. Indem die GSoA aufzeigte, dass man aus verschiedenen Gründen für einen Kaufstopp sein könnte, konnte sie mehr Personen für die Kampagne mobilisieren.

Die Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» kam gemeinsam mit der GSoA-Initiative zur Abstimmung. Dies wurde letzterer zum Verhängnis, da es der Gegnerschaft der Initiativen ermöglichte, die beiden Initiativen gegen den Willen der Initiant:innen zu verknüpfen und zu einer grundsätzlichen Abstimmung über die Armee zu machen (Menzi 2010, 506). Dadurch schafften es die Gegner:innen der Initiative, dass das Volk und die Stände die Initiative mit 57,2 Prozent Nein-Stimmen ablehnten (Menzi 2010, 506).

Die Abstimmung über das Verbot des Kriegsmaterialexports

Während bei den oben vorgestellten GSoA-Initiativen die Grünen eine unterstützende Funktion wahrnahmen, lancierten sie 2006 erstmals zusammen mit der GSoA, friedenspolitischen Organisationen, der SP und anderen Linksparteien die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» (Seitz 2008, 32). Die am 21. September 2007 eingereichte Initiative forderte, dass der Bund einerseits «internationale Bestrebungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle» unterstützen müsse sowie dass die Ausfuhr und Durchfuhr von «Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern» verboten werde (swissvotes 2009).

Obwohl die Idee zur Initiative aus der GSoA kam, wollte sie diese nicht alleine lancieren. Dies hing einerseits damit zusammen, dass die GSoA verhindern wollte, dass die Initiative in der Argumentation der Gegner:innen zu einer Armeeabschaffungsinitiative umgedeutet würde. Andererseits sah die

Grüne Partei darin eine Möglichkeit, sich gegen Krieg zu engagieren, was zu den «Grundpfeilern grüner Politik» gehöre (GPS 2006). Die enge Zusammenarbeit bei dieser Initiative zwischen der GSoA und der Grünen Partei begann daher bereits im Vorfeld der Lancierung, mit der Gründung des «Bündnisses gegen Waffenausfuhren» im Februar 2006. Während sich nämlich die SP dagegen entschied, das Bündnis mitzutragen, waren seit dessen Gründung mit Nationalrat Geri Müller (AG) und Generalsekretär der GPS Hubert Zurkinden sowohl wichtige Exponent:innen der Grünen Partei als auch namhafte Personen aus der Friedensbewegung wie Heinrich Frei vom SFR und Antoinette Mächtlinger von der «Women's International League for Peace and Freedom» (WILPF) Schweiz dabei.

Da die GPS die Initiative mitlancierte, bewegte sich ihre Argumentation in den parteieigenen Publikationen auch auf der Linie des Initiativkomitees. Diesem ging es hauptsächlich darum, den Einsatz von schweizerischen militärischen Gütern in Konfliktgebieten im Ausland zu stoppen (GPS 2009b; GSoA 2009b). Die aktuellen Ereignisse rund um den Einmarsch der USA in Afghanistan und im Irak dienten als Aufhänger für die Initiative. So argumentierten die Initiant:innen, dass sich die Schweiz durch ihre Waffenexporte am sogenannten «war on terror» beteilige und somit die eigenen friedenspolitischen und humanitären Bemühungen unterlaufe sowie gegen Art. 54 der Bundesverfassung und die eigene Kriegsmaterialverordnung verstossen würde (GPS 2009a; GSoA 2009a, 2).⁶ Die Initiant:innen wiesen auch auf die Unvereinbarkeit von Waffenexporten und Neutralität hin und stellten diese somit in Frage (GSoA 2009a, 2). Dies ist eine Argumentation, die sich auch in der Friedensbewegung der 1980er Jahre finden liess.

Die wenigen grünen Argumente, welche die Initiativbefürworter:innen nannten, lassen sich vor allem auf das Argument der Initiativgegner:innen zurückführen, die auf die wirtschaftlichen Schäden und verlorenen Arbeitsplätze fokussierten, die ein Verbot der Rüstungsexporte angeblich nach sich ziehen würde. Darauf entgegneten die Initiativbefürworter:innen, dass im grünen Wirtschaftssektor – wie zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien – mindestens so viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, wie im Rüstungssektor verloren gingen (GSoA 2009a, 3, 14). Ebenfalls bedienten sie sich eines Argumentes, das in der Friedensbewegung und den vorhergehenden GSoA-Initiativen eine lange Tradition hatte: dass nämlich die hochgerüstete Schweizer Armee nichts gegen aktuelle Bedrohungen wie AKW-Unfälle und die Klimaerwärmung unternehmen könne (GSoA 2009a, 12). Durch die enge Zusammenarbeit der Grünen und der GSoA konnten also

6 Art. 54 BV besagt, dass der Bund zur Achtung der Menschenrechte und friedlichen Zusammenarbeit der Völker beiträgt.

im Rahmen dieser Initiative umwelt- und friedenspolitische Anliegen zusammengebracht werden.

Der mit harten Bandagen geführte Wahlkampf nahm am 29. November 2009 sein Ende, als die Initiative mit 53,4 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt wurde.

In der Folge unterstützten die Grünen bis heute auf gesamtparteilicher Ebene auch vermehrt Initiativen, die kaum einen grünen oder ökologischen Fokus aufwiesen. So lancierte die GSoA 2011 zusammen mit den Grünen, der SP und verschiedenen friedens- und frauenpolitischen Organisationen die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» und 2020 zusammen mit den «Jungen Grünen» (JG) die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten (Kriegsgeschäfte-Initiative)». Auch bei Referenden arbeiteten die GSoA und die Grünen weiterhin zusammen. So ergriffen sie zusammen mit der SP und weiteren linken Organisationen 2014 das erfolgreiche Referendum gegen die Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen, während ihr Referendum 2020 gegen die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge knapp scheiterte. Als Resultat der Diskursüberschneidungen und engeren Zusammenarbeit unterstützten die Grünen und Jungen Grünen die Gruppen der Friedensbewegung auch nach dem Kalten Krieg bei der Mobilisierung für Friedensdemonstrationen, wie zum Beispiel jenen gegen den Golfkrieg 1991, gegen den Irakkrieg 2003 und gegen den Krieg in der Ukraine 2022, anlässlich derer jeweils Zehntausende auf die Strassen gingen.

Zusammenfassung

Wie dieses Kapitel aufgezeigt hat, begannen anfangs der 1980er Jahre die Gruppen der Friedensbewegung, die Zerstörung durch den von ihnen gefürchteten und bekämpften Atomkrieg auf die Umweltzerstörung zu übertragen. Dadurch kamen erstmals grüne Diskurse in der Friedensbewegung auf, die sie im Verlauf der 1980er Jahre als Verstärker der militärkritischen Argumente brauchte. Besonders die Katastrophen Tschernobyl und Schweizerhalle, aber auch verschiedene andere Faktoren innerhalb der Friedensbewegung, führten zu einer stärkeren Zusammenarbeit derselben mit der Grünen Partei und einer Zunahme der grünen Diskurse in der friedenspolitischen Argumentation.

Diese verstärkte Zusammenarbeit zeigte sich auch schnell auf politischer Ebene. Schon Ende der 1980er Jahre wurde mit der Armeeabschaffungsinitiative der GSoA eine erste Initiative mit der Unterstützung von Grünen lanciert, in denen die Friedensbewegten friedenspolitische und ökologische Argumentationen verknüpften, um eine höhere Mobilisierung zu erreichen.

Wie die in diesem Kapitel untersuchten Initiativen zeigen, nahm die Unterstützung der friedenspolitischen Initiativen durch die Grünen im Verlauf der Zeit immer stärker zu: Während anfangs nur einzelne Sektionen der Grünen eine unterstützende Abstimmungsparole fassten, sammelten sie einige Jahre später bereits Unterschriften, um schliesslich 2006 die Initiative als nationale Partei gemeinsam mit der GSoA zu lancieren. Diese immer engere Zusammenarbeit lässt sich unter anderem auch durch das Engagement von Einzelpersonen erklären, die sowohl in der Friedensbewegung als auch den Grünen aktiv waren.

Als Resultat der immer engeren Zusammenarbeit brauchte die GSoA im Verlauf der in diesem Kapitel untersuchten rund 20 Jahre immer mehr grüne Argumente, während die Grünen immer stärker friedenspolitische Argumente aufgriffen. Dabei zeigte sich im Argumentarium seit den 1980er Jahren eine Konstante, indem die ökologischen und friedenspolitischen Themen seit dann auf die gleiche Weise verknüpft wurden.

13 Die Grünen und die Umweltbewegung

Monika Gisler

Die Grünen stehen auf den Schultern von Riesen (Robert Merton 2021/1953). Dazu gehören die Frauen- und die Friedensbewegung, in erster Linie aber die Umweltbewegungen (siehe Kapitel 11, Fuchs und Kapitel 12, Schweizer). Letztere sind um einiges älter als die in den 1970er Jahren auf lokaler respektive 1983 auf nationaler Ebene gegründeten Grünen Parteien, und sie engagieren sich, wie die Grünen letztlich auch, in ausgesprochen vielfältigen und heterogenen Themenfeldern. Oder anders gesagt: Die Grünen sind Teil einer vielgestaltigen Bewegung, die ihre Mitglieder aus Verbänden, ökologischen Organisationen, ad hoc konstituierten Gruppierungen, aus nationaler und lokaler Politik sowie der Zivilgesellschaft rekrutiert. Sie alle betreiben Umweltpolitik. Das Themenspektrum dieser unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure weist viele Überschneidungspunkte, aber auch Zielkonflikte auf; Unterschiede lassen sich bezüglich der Praktiken und Taktiken, der Handlungsmotive und Wertvorstellungen ausmachen. Im Folgenden soll dieses Potpourri an grünen Bewegungen etwas genauer – jedoch ohne Anspruch auf Vollständigkeit – betrachtet werden (siehe Kapitel 1, Seitz).

Umweltschutz ist Heimatschutz

Umwelthemen beschäftigten die Menschen bereits im 19. Jahrhundert, auch wenn es den Begriff damals noch gar nicht gab. Im Fokus stand das Holz als zentrale Energieressource. 1876 erliess die Schweiz das erste Eidgenössische Waldgesetz, nachdem ab Mitte des 19. Jahrhunderts kantonale Schutzverordnungen verfügt worden waren. Das nationale Gesetz schob der Übernutzung des Waldes einen Riegel. Dessen richtungweisender Ansatz ist im Grundsatz der Nachhaltigkeit zu suchen: Jede Generation sollte Anrecht auf die gleichen Ertragsmöglichkeiten haben, entsprechend durften immer nur die Zinsen, nicht aber das Kapital genutzt werden, um letzteres der Nachwelt zu erhalten (Radkau 2018).

Diesen ersten Regulierungen folgte im 20. Jahrhundert eine Reihe von institutionellen Gründungen im Namen von Natur und Heimat. Dazu gehörten der 1905 geschaffene Schweizerische Heimatschutz und der nur vier Jahre später von der seit dem 18. Jahrhundert bestehenden Schweizerischen Natur-

forschenden Gesellschaft ins Leben gerufene Schweizerische Bund für Naturschutz (Summermatter 2010). Dazu gehörte aber auch der WWF Schweiz, 1961 gegründet, der sich in den Anfangsjahren primär auf den Artenschutz beschränkte und erst ab den 1970ern in die Umweltpolitik eingriff, nun vor allem im Bereich der Verkehrs- und Energiepolitik (Niederer-Schmidli 1992).

Den genannten Organisationen ging es vor allem um die Erhaltung und Pflege von Landschaften und die Schaffung zusammenhängender Naturschutzgebiete, eine konservative und romantisch orientierte Bewegung, die in engem Zusammenhang mit dem Heimatschutz gesehen werden muss: Naturschutz hiess, die Schönheiten der Heimat zu bewahren («conservare»). Die Diskussion verharrte, von wenigen kritischen Einsprüchen abgesehen, bis in die 1960er Jahre im Rahmen des gegebenen politischen Konsenses und ohne grundsätzliche Problematisierung von Umweltzerstörung mit Verbindung zur Gesellschaft. Die Debatten waren dabei vorwiegend bürgerlich-elitär geprägt, erreichten aber auch weitere Kreise, bis in die städtische Arbeiterschaft hinein.

Erste Proteststimmen erhoben sich dann gegen Infrastruktur- und Grosstechnologieprojekte und für den Schutz der wichtigsten Ressourcen Luft und Wasser. Der Widerstand zielte auf einzelne Projekte ab, etwa gegen die Planung und den Bau von Wasserkraftwerken, Stauseen und Staumauern, von Strassen und Autobahnen. Bekanntestes Beispiel dafür ist das anfangs der 1950er Jahre gegründete «Überparteiliche Komitee zum Schutze der Stromlandschaft Rheinfall-Rheinau», ab 1960 Rheinau-Bund, eine gesamtschweizerische unabhängige Umweltorganisation mit Schwerpunkt Gewässerschutz (Länzlinger & Schärer 2020). Die 1952 lancierte Initiative zum Schutz der Stromlandschaft Rheinfall und gegen den Bau des Kraftwerks Rheinau erlaubte den Schweizer Stimmbürgern – damals ausschliesslich Männer, da das Frauenstimmrecht erst 1971 eingeführt wurde – zum ersten Mal überhaupt, über ein ökologisches Anliegen abzustimmen. Auch wenn die Vorlage deutlich abgelehnt wurde und das Kraftwerk 1957 in Betrieb ging, verhalf die Initiative der Verankerung des Naturschutzes: So zog der Schweizerische Bundesrat 1954 erstmals in Betracht, einen Verfassungsartikel ausarbeiten zu lassen, um den Natur- und Heimatschutz zu stärken; er wurde 1962 beschlossen und sah vor, den Kantonen die Verantwortung für die Einhaltung der Schutzbestimmungen zu überlassen. Damit erhielten ökologische Argumente gegenüber rein ästhetischen Betrachtungen zum Schutz der unberührten Natur und Heimat mehr Gewicht (Burckhardt 1992).

Ökologische Wende

Noch waren diese Bewegungen stark fragmentiert. Dies änderte sich Ende der 1960er Jahre und zwar einigermaßen radikal, sodass man heute von einer

ökologischen Wende um 1970 spricht. Der 68er-Bewegung kam hierbei eine gewichtige Rolle zu. Sie lancierte neue Themen und politisch motivierte Aktionsformen, und leitete damit einen eigentlichen Kulturwandel ein. Neue Handlungsformen wie Besetzungen, Demonstrationen und direkte Aktionen wurden zu wichtigen Instrumenten des politischen Widerstands und verhalfen auch Umweltbewegten zu mehr Aufmerksamkeit. In der Folge formierten sich ad hoc-Gruppierungen, die neue Ressourcen mobilisierten, sich international vernetzten, sich aber auch wieder auflösten. Gleichzeitig wandelten sich die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die es erlaubten, Umweltprobleme als gesellschaftsrelevante Aufgabe zu propagieren und Anreize für lösungsorientiertes Handeln zu schaffen. Zuvor noch stark fragmentierte Themen wurden nun zielgerichteter angegangen und fundierter diskutiert.

Die Wende schlug sich auch auf semantischer Ebene nieder: Binnen kürzester Zeit setzte sich der Begriff «Umwelt» als Bezeichnung für die den Menschen umgebende Natur durch, Naturschutz wurde zu Umweltschutz, Natur- zu Umweltschutzorganisationen. Als «Umweltschutz» fand der neue Begriff 1971 den Weg in die Schweizer Verfassung. Umweltthemen erhielten dank dieser Umwälzungen innert kürzester Zeit zumindest theoretisch einen gänzlich neuen gesellschaftlichen Stellenwert. National wie international stand fortan die «Umwelt des Menschen» insgesamt zur Disposition; Konzepte für Umwelt und Nachhaltigkeit sollten die negativen Auswirkungen der menschlichen Eingriffe in die Umwelt ins gesellschaftliche Bewusstsein bringen.

Grenzen des Wachstums

Damit einher ging eine zunehmend ökologisch fundierte Wachstumskritik. Hatten frühere Bewegungen die Knappheitsideologie der klassischen Nationalökonomie noch nicht hinterfragt, wurde diese nach 1970 nicht mehr von allen akzeptiert. Nun ging es um knappe Ressourcen und Verteilungsgerechtigkeit und um die Frage, ob weiteres industrielles Wachstum und die rasche Entwicklung von Grosstechnologien gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvoll und wünschbar seien. Kenneth Boulding hatte die Begrenztheit der vorhandenen Ressourcen 1966 mit dem Verweis auf das Raumschiff als geschlossenes System vorweggenommen (Boulding 1994). Dieses Theorem gewann nun an Bedeutung. Anfang der 1970er Jahre erteilte der Club of Rome einer Gruppe junger Forscher am Massachusetts Institute of Technology in Boston (USA) den Auftrag, einen Bericht zur Lage der Menschheit zu erstellen. Sein Befund, 1972 unter dem Titel "The Limits to Growth" («Grenzen des Wachstums») publiziert, war so bedrohlich wie alarmierend: Die Mensch-

heit steuere, so die Botschaft, in hohem Tempo auf eine globale Katastrophe unvorstellbaren Ausmasses zu. In naher Zukunft seien die Grenzen der Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen erreicht, was die expansive zivilisatorische Entwicklung stoppen, ja sogar in ihr Gegenteil verkehren würde (Meadows et al. 1972; Kupper 2018). Die Studie trat eine Diskussion von globaler Reichweite los, auch deshalb, weil die nur ein Jahr später auftretende Erdölpreiskrise die Knappheit der natürlichen Ressourcen direkt vor Augen führte (Gisler 2021).

Die akademische Initiative «Wachstum und Umwelt» nahm diese apokalyptische Botschaft auf und untermauerte sie mit empirischen Daten. Entwickelt wurde das Projekt in den frühen 1970er Jahren von Hans Christoph Binswanger, Wirtschaftswissenschaftler an der Hochschule St.Gallen, und Theo Ginsburg, Physiker und ETH-Dozent. Binswanger hatte bereits 1969 gefragt, ob wirtschaftliches Wachstum zu Fortschritt oder aber zu Raubbau an der Natur führe und unter anderem das Fehlen des Produktionsfaktors Natur in den Wachstumstheorien kritisiert. Nun sollte dies in einem interdisziplinären Forschungsprojekt geklärt werden. Forschende aus verschiedenen Hochschulen und privaten Instituten der Schweiz und Deutschlands legten 1978 den «Nawu-Report» («Neue Analysen für Wachstum und Umwelt») vor, der lange Zeit als Wegweiser für die Nachhaltigkeitsforschung in der Schweiz galt (Binswanger et al. 1978). Im Fokus des Berichts stand die Suche nach neuen politisch-rechtlichen Steuerungsstrukturen, um so andere Wege hin zu einer umweltkonformen Wirtschaft aufzuzeigen. Die Autorinnen und Autoren forderten, den an materiellem Wohlstand orientierten Lebensstil, industrielle Massenproduktion und Eigentumsformen, aber auch die Art, wie wir miteinander leben, grundsätzlich zur Disposition zu stellen (Mauch & Iten 2008).

Dieser wachstumskritische, aber nicht pessimistische Ansatz war kennzeichnend für eine Vielzahl ähnlicher Initiativen, die in den darauffolgenden Jahren in eingeschworenen Zirkeln oder gross angelegten Veranstaltungen debattiert wurden. Verschiedene Mitarbeitende des Nawu-Projekts traten denn auch wiederholt in unterschiedlichsten Konstellationen zu den Themen Umwelt und Energie auf und übten so einen nachhaltigen Einfluss auf die Meinungsbildung in den Umweltorganisationen und der Gesellschaft aus.

Dieser sich ständig ausdifferenzierende Bewusstmachungsprozess führte in breiten Gesellschaftsschichten zu einem erhöhten Interesse für Umweltthemen. Den globalen Phänomenen musste auf lokaler Ebene begegnet werden – dies verstanden immer mehr Gruppierungen jenseits von politischen Parteien oder traditionellen Verbänden. Sie fanden aus Interesse zu einem bestimmten Thema zusammen, agierten mit zunehmender Konstanz, lancierten Pressekampagnen, informierten an Kundgebungen, schufen eigene Kanäle

der Propaganda und entwickelten ein Arsenal an innovativen Protestformen (Länzlinger & Schärer 2020). Ihr Auftritt zeigte sich dabei keineswegs einheitlich, vielmehr waren ihre Themen und Motive interessengelenkt, ideologisch unterfüttert und letztlich auch ein Phänomen ihrer Zeit. Nicht alle waren gleichermaßen wachstumskritisch oder hinterfragten den ungezügelten Ausbau von Technologien. Ihre vorrangige Funktion bestand darin, dem politischen System entscheidende Impulse zu geben. Dies wiederum forderte die traditionellen Umweltverbände heraus, die keineswegs obsolet geworden waren, und die dieser Herausforderung mittels Professionalisierung ihres Auftritts begegneten. Und dies erfolgreich: Nach 1970 stiegen deren Mitgliederzahlen rasant an (Niederer-Schmidli 1992).

Staat und Privatwirtschaft werden getestet

Darauf hatte auch der Bund zu reagieren. Mit der Schaffung des Bundesamts für Umweltschutz 1971, hervorgegangen aus dem Amt für Gewässerschutz, wurde die Institutionalisierung der Umweltpolitik vollzogen. Ebenfalls 1971, am 6. Juni, nahmen die Stimmbürger, und erstmals auch die Stimmbürgerinnen, die Erweiterung der Bundesverfassung um einen Umweltschutzartikel an. Die Prozesse zur Umsetzung des Verfassungsartikels in einen griffigen Gesetzestext gerieten später allerdings ins Stocken, entsprechend wurde die formale Verankerung des Umweltschutzes in der Politik erst in den 1980er Jahren vollzogen (Annahme 1983, Inkraftsetzung 1985) (Haefeli & Mieg 2020). Diese Verzögerung war der Wirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre geschuldet, als Themen wie Arbeitslosigkeit prioritär wurden. Wirtschaftskreisen gelang es nun besser, Umweltschutzinitiativen und andere Forderungen mit dem Hinweis auf die finanziellen Folgen für die Allgemeinheit zu bekämpfen (Kupper 2003).

Staat und Privatwirtschaft wurden in diesen Jahren getestet. Ein Feld, auf dem die globalen und lokalen Gesellschaftsentwürfe durchgespielt und präzisiert werden konnten, war jenes der Energie, vor allem der Atomenergie. Mitte der 1960er Jahre hatten Naturschutzorganisationen die zivile Nutzung der Atomenergie noch befürwortet. Sie hofften, deren Einsatz würde die Flusslandschaften vor der Wasserkraftnutzung retten. Zehn Jahre später kam es zur Kehrtwende. 1970 trat mit dem Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke eine organisierte Opposition gegen den 1964 eingeleiteten Bau von Atomkraftwerken auf, zunächst hauptsächlich wegen der Flusswasserkühlung. 1971 setzte der Bundesrat den Diskussionen ein abruptes Ende, indem er völlig unerwartet die Flusswasserkühlung verbot. Die da-

raufhin notwendig gewordenen Kühltürme riefen ihrerseits die Landschaftschützerinnen und -schützer auf den Plan (Hug 2007).

Kühltürme spielten auch bei der Mobilisierung des Widerstands um das geplante Kernkraftwerk Kaiseraugst eine Rolle. Die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst organisierte ab 1973 Demonstrationen gegen das Projekt, die 1975 in der mehrwöchigen Besetzung des Baugeländes gipfelten und das Infrastrukturprojekt zu einem nationalen Politikum machten. Vielleicht zum letzten Mal protestierten hier die unterschiedlichsten Gruppierungen – Anwohnerinnen, Heimatschützer, Nationalkonservative, Vertreterinnen von Linken und den späteren Grünen – gemeinsam (Länzlinger & Schärer 2020). Erst 1988 allerdings, zwei Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, verzichtete die Bauherrschaft endgültig auf das Projekt. 1990 stimmten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dann einem zehnjährigen Moratorium für den Bau neuer Atomanlagen zu. Zwei weitere Begehren, die den Ausstieg aus der Atomenergie sowie ein erneutes zehnjähriges Moratorium verlangten, wurden allerdings bachab geschickt. Erst mit der Atomkatastrophe von Fukushima von 2011 fällten Bundesrat und Parlament den Grundsatzentscheid zum schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Keine Chance hatte das Anliegen der Grünen, die mit ihrer Volksinitiative von 2011, «Für den geordneten Atomausstieg», den Bau neuer Atomkraftwerke generell verbieten wollte; Ende 2016 wurde sie abgelehnt (swissvotes 2020).

Die Grünen werden Partei

Stagnierte in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre also die Umweltdebatte, erlaubten es die Wachstumsjahre der 1980er Dekade, erneute Aufmerksamkeit für Umweltprobleme zu fordern. Die Jahre waren gekennzeichnet von einer Globalisierung ökologischer Probleme, von den Katastrophen von Tschernobyl und Schweizerhalle und den Themen rund um Gewässer-, Luft- und Bodenverschmutzung, Waldsterben, Abfallberge und umweltgefährdende Substanzen. Das ökologische Problembewusstsein verstetigte sich zunehmend und die Problemlösungsstrategien differenzierten sich aus. Von Umweltverbänden und ad hoc-Formationen wurden Verbesserungen in den Bereichen Gewässerschutz, Abfallentsorgung und Luftreinhalteverordnung erstritten.

Da soziale Bewegungen nicht ewig halten, das Bedürfnis nach Bündelung der Kräfte aber gereift war, wollte sich ein Teil der Bewegung innerhalb institutionalisierter Strukturen etablieren. Innert weniger Monate formierte sich 1983 die Grüne Partei auf nationaler Ebene (Baer & Seitz 2008). Die Themen und Debatten der 1970er Jahre trugen zur Konstituierung bei, oder anders gesagt, die Wurzeln der Grünen Partei reichen nicht nur organisatorisch,

sondern auch thematisch in die 1970er Jahre zurück. Das politische System der Schweiz mit seiner niedrigen Eintrittsschwelle erleichterte die Partei-gründung; Waldsterben, Tschernobyl und Schweizerhalle erwiesen sich als genügend einschneidende Ereignisse, um über die turbulenten Anfänge hinwegzuhelfen.

In die Landschaft von Heimat- und Naturschutz, von Umweltverbänden und Interessensgruppen war damit eine weitere Akteurin getreten. Der ökologischen Bewegung scheint die Ausdifferenzierung nicht geschadet zu haben, im Gegenteil: Mit der Gründung der Grünen wuchs sie kontinuierlich und verfügte gegenüber anderen Bewegungen über deutlich mehr Mitglieder und Ressourcen (Giugni & Passy 1999). Die Umweltverbände umfassten Mitte der 1990er Jahre rund eine halbe Million Mitglieder und stellten in Kombination mit den Grünen im politischen System Schweiz einen nicht unbedeutenden Machtfaktor dar (Kummer 1996). Die Grünen konkurrierten also nicht mit der Bewegung, sondern mit den Parteien, vor allem der SP (siehe Kapitel 1, Seitz).

Die Grünen bündelten zunächst ihre Kräfte rund um das Thema Umwelt und schlossen an die Wachstumskritik von Club of Rome und Nawu an. Die Annahme der Rothenthurm-Initiative 1987 zum Schutz des Hochmoors und gegen den Bau eines Waffenplatzes war dann noch nicht ihr Verdienst, sondern des WWFs im Verbund mit der lokalen Bevölkerung. Bald einmal öffnete die Partei ihren thematischen Fokus, stellte Fragen zu einem funktionierenden gesellschaftlichen Zusammenleben, thematisierte Geschlechtergerechtigkeit und neue Familienkonstellationen.

Im Gegensatz zu den Umweltverbänden und Interessensgruppierungen bewirtschaftete die Partei also rasch einmal nicht einzelne Themen, sondern beackerte eine Vielzahl gesellschaftlich virulenter Fragen. Dies führte mitunter zur Entfremdung mit aktionistischen Gruppierungen. Gleichzeitig kam es nach 1990 zu einer verstärkten Vernetzung von Gruppen und Organisationen: Mitglieder der Umweltverbände rekrutierten gelegentlich auch bei den Grünen und umgekehrt, ein und dieselbe Person konnte unterschiedliche Rollen in verschiedenen Gruppierungen innehaben. Gestritten wurde allenfalls über die einzusetzenden Mittel, das Auftreten oder die Rigorosität, mit der Anliegen vertreten werden sollten.

Einsatz an allen Fronten

Auseinandersetzungen fanden dann zunehmend im Rahmen von Zielkonflikten statt. So traten 2021 diverse Grüne aus der 1971 gegründeten Aqua Viva aus. Die Gewässerschutzorganisation bekämpfte die Planung eines Stausees

unterhalb des Triftgletschers (BE). Für die Grünen jedoch gehört der Ausbau erneuerbarer Energien angesichts der Klimakrise zu den dringenden Massnahmen, auch wenn dies heisst, Abstriche im Landschaftsschutz zu machen. Eine Beteiligung an Aqua Viva war nicht mehr vorstellbar (Häne 2021).

Konfliktstoff gab es aber auch schon früher: Ein Referendum der Grünen gegen die Neat, die Neue Eisenbahn-Alpentransversale, führte vor allem beim Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), der anders als andere Umweltorganisationen hinter dem Bundesrat stand, zu langen anhaltenden Kontroversen und einer inneren Zerreissprobe (Kummer 1996). Das Grossinfrastrukturprojekt hatte 1970 mit der Befürwortung des Baus eines Gotthard-Basistunnels seinen Ausgang genommen und wurde 2020 zum Abschluss gebracht, es umfasst neue Bahntunnels durch den Lötschberg, den Gotthard und den Ceneri und hat eine wichtige Transitfunktion für Europa. Erstmals in ihrer Parteigeschichte wagten die Grünen Ende 1991 die Lancierung eines eidgenössischen Referendums. Hauptkritikpunkte waren die mangelnde Finanzierung, die Überkapazitäten sowie die nicht gesicherte Umlagerung des Schwerverkehrs. Unterstützt wurden sie von WWF und Greenpeace, nicht aber vom VCS. Das Referendum scheiterte an der Urne – die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stimmten dem 15-Milliarden-Kredit für den Bau der Neat zu (Guggenbühl 2002). Die Partei hatte zwar verloren, vermochte damit aber ein deutliches Zeichen auf der nationalen Politbühne zu setzen.

Neue Ära?

Allen Gegensätzlichkeiten zum Trotz, ist die Umweltbewegung inklusive der Grünen also grösser, diversifizierter und origineller geworden. Umweltverbände arbeiten heute Hand in Hand mit den Grünen, die Wissenschaft mit der Politik. Impulse für Debatten gehen dabei nicht immer von den Grünen aus. So standen nicht sie als Wortführende der Klimakrise an vorderster Front, sondern eine junge Schwedin, Greta Thunberg, der es 2018 gelungen war, Aktivistinnen und Aktivisten in Europa zu einer Bewegung zu formieren, die seither lautstark auf eine der elementarsten Krisen des 21. Jahrhunderts aufmerksam macht: den anthropogenen Klimawandel (Lorenzini et al. 2021). Die Bewegung ist insofern einzigartig, als sie sich nicht im Zuge einer vorangegangenen Umweltkatastrophe oder eines Grossereignisses formierte, sondern der lapidaren Erkenntnis geschuldet ist, dass die Zeit, zu agieren, abläuft. Damit hat sie in den vergangenen Jahren vor allem auf diskursiver Ebene viel erreicht: Ältere Generationen teilen die Sorgen der jüngeren, die Wirtschaft wird zunehmend zum Umdenken gezwungen. Vor allem aber sind

die Parlamente nach 2019 zumindest in der Tendenz grüner geworden (siehe Kapitel 1, Seitz).

Der Aufruf zum sofortigen Handeln ging damit von der Klimastreikbewegung und nicht von der institutionellen Politik aus. Der Vorteil der Klimastreikenden ist es denn auch, dass sie dank ihrer ausserinstitutionellen, aber ausserordentlich gut organisierten Bewegung flexibel bleiben und die Themen stets neu verhandeln können, ohne auf Konventionen und Mehrheitsfähigkeit Rücksicht nehmen zu müssen. Die Grünen auf der anderen Seite sind Teil eines Parteiensystems und damit eingespannt in Routinen und Zwänge, wenn auch ausgestattet mit Einfluss auf alle gesellschaftlichen Aspekte. Sehen wir also, wie 1970, den Beginn einer neuen Ära, in der die Bewegungen erstarken, auf Kosten der Institutionen? Geben Greta Thunberg und Fridays for Future fortan Themen und Aktionsformen vor? Sind die Grünen als Partei bald überholt? Noch sieht es nicht so aus: Noch profitieren die verschiedenen Gruppierungen voneinander, noch sind die Grünen dabei, wenn es darum geht, die relevanten Themen auf die Strasse zu tragen. Für die Partei heisst dies jedoch, die Umweltbewegung nicht nur als ihr Fundament anzuerkennen, sondern ihre Radikalität als Impetus zukünftiger Themensetzung zu sehen und dabei als engste Mitstreiterin im Kampf zur Rettung des Planeten.

14 Die Schweizer Grünen im europäischen Vergleich

Martin Dolezal

Wie lassen sich die Schweizer Grünen, die GRÜNEN Schweiz (GPS), in einer europäischen Perspektive einordnen? Gleichen sie, wie so viele Aspekte des schweizerischen politischen Systems, einem Sonderfall, oder weisen sie ähnliche Charakteristika auf wie grüne Parteien im europäischen Ausland? Das vorliegende Kapitel vergleicht die Schweizer Grünen mit anderen grünen Parteien und befasst sich dabei mit ihrem politischen Gewicht, ihrer Programmatik und dem Profil ihrer Wähler:innen.

Für eine komparative Untersuchung müssen zunächst die zu vergleichenden Parteien bestimmt werden. Die Forschung zu Parteienfamilien (Mair & Mudde 1998) bedient sich unterschiedlicher Strategien, mit denen einzelne Parteien grösseren, über Ländergrenzen hinweg bestehenden Parteienfamilien zugeordnet werden. Das vorliegende Kapitel orientiert sich in erster Linie an der Mitgliedschaft in transnationalen Parteienbünden. Die GPS gehört den Europäischen Grünen (EGP) an, weshalb sich deren Mitglieder für einen Vergleich sehr gut eignen. Bei der Auswahl der Parteien spielt aber auch die Verfügbarkeit von Daten zur Angebots- (Programmatik) und zur Nachfrageseite (Sozialstruktur und Einstellungen der Wähler:innen) eine wichtige Rolle. Letztendlich werden die Schweizer Grünen daher mit grünen Parteien in sechs Ländern verglichen: Deutschland, *Bündnis 90/Die Grünen*; Frankreich, *Europe Écologie–Les Verts*; Österreich, *Die Grünen–Die Grüne Alternative* und *Liste Pilz*; Niederlande, *GroenLinks*, *GL* und *Partij voor de Dieren*, *PvdD*; Schweden, *Miljöpartiet de Gröna* und Finnland *Vihreät–De Gröna*. Bis auf die *Liste Pilz* und die *PvdD* gehören alle Parteien der EGP an. Der Fokus auf Nord- und Westeuropa ist kein Zufall, da die Grünen sowohl in Ost- als auch in Südeuropa schwächer vertreten sind und dort auch bei der für sie insgesamt erfolgreichen Europawahl 2019 deutlich schlechter abgeschnitten haben (Pearson & Rüdig 2020).

Im vorliegenden Kapitel wirft ein einführender Abschnitt zunächst einen Blick auf die historische Entwicklung der Grünen, ihre Wahlergebnisse und ihre Rolle als Regierungspartei, wobei ausschliesslich die nationale politische Ebene der verglichenen Länder erfasst wird. Daran schliessen Abschnitte zur programmatischen Entwicklung der Parteien sowie zur Sozialstruktur und den Einstellungen ihrer Wähler:innen an.

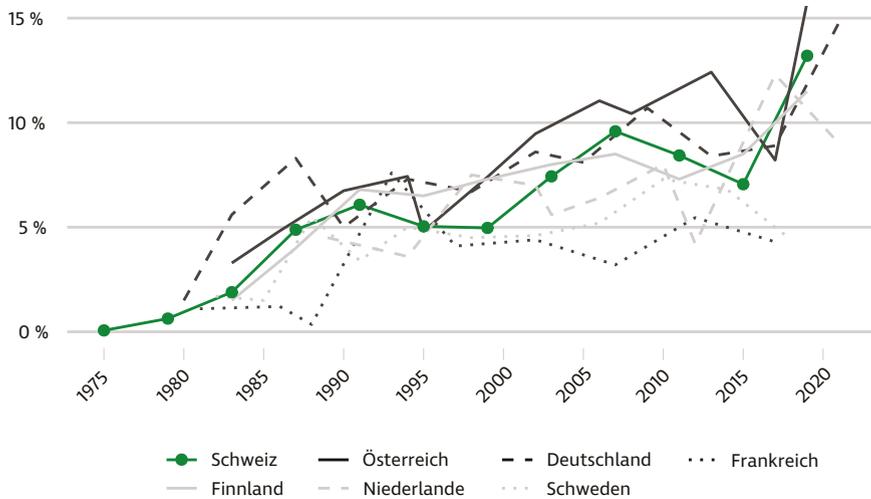
Die Entwicklung der grünen Parteien in Europa

Die Geschichte von Parteien kann über verschiedene Hürden definiert werden, die diese im Lauf ihrer Entwicklung überwinden. Nach der Phase der Parteigründung und dem ersten Antreten bei Wahlen bilden der Einzug in das Parlament und zuletzt die Regierungsbeteiligung zentrale Meilensteine. Die Schweizer Grünen sind bei den ersten drei Hürden europäische Vorreiterinnen; nur der letzte Schritt, ein Einzug in den Bundesrat, scheiterte bislang an den Eigenheiten des politischen Systems (Ladner 2020).

Während die Grünen in der Schweiz seit 1979 durchgängig im nationalen Parlament vertreten sind (siehe Kapitel 1, Seitz), folgten die übrigen Parteien bzw. deren Vorgängerinnen in den sechs Vergleichsländern später: 1983 Deutschland und Finnland, 1986 Österreich, 1988 Schweden, 1989 Niederlande und 1997 Frankreich. Die Entwicklung verlief nicht ohne Brüche: Einige Parteien schieden vorübergehend aus dem Parlament aus (z. B. Schweden 1991, Österreich 2017) und in mehreren Ländern dauerte es lange, bis sich unterschiedliche grüne Strömungen in einer Partei vereinten. Diesem Konsolidierungsprozess sind jedoch Grenzen gesetzt: In der Schweiz sind es die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Gegensatz zwischen der linken GPS und der als Rechtsabspaltung einordbaren GLP (Grünliberale Partei Schweiz) begründen (Seitz 2013; Ladner 2020). Auch wenn es in der Literatur anderslautende Sichtweisen gibt (z. B. Grant & Tilley 2019; Ladner 2020), wird die GLP im vorliegenden Kapitel – analog zur Vorgehensweise in den übrigen Kapiteln – nicht als grüne Partei eingestuft, sondern den «anderen» Parteien zugerechnet. In den Niederlanden vertreten GL und PvdD unterschiedliche Nischen des grünen Elektors, wobei die Wähler:innen der PvdD weniger kosmopolitisch eingestellt sind und der Politik insgesamt weniger vertrauen (Otjes & Krouwel 2015). In Österreich führte 2017 ein interner Konflikt um die Nominierung eines Kandidaten zur Abspaltung der Liste Pilz und trug in weiterer Folge zum vorübergehenden Ausscheiden der etablierten grünen Partei aus dem Parlament bei. Der neuen Liste gelang der Einzug, doch schied sie zwei Jahre später, bei vorgezogenen Neuwahlen, wieder aus.

Abbildung 14.1 zeigt die Stimmenanteile grüner Parteien bei nationalen Parlamentswahlen von 1975 bis 2021. Um die generelle Stärke der Parteienfamilie zu zeigen, sind dabei nicht nur die jetzt relevanten Parteien berücksichtigt, sondern auch einige kleinere, in den meisten Fällen nicht mehr existierende Gruppierungen. Die ausgewiesene Entwicklung verdeutlicht zunächst, wie früh die Grünen in der Schweiz kandidierten; in den übrigen Ländern begann diese Phase erst in den 1980er Jahren. Auch in Bezug auf die Stimmen-

Abbildung 14.1: Parteistärken der grünen Parteien bei nationalen Parlamentswahlen, 1975–2021



Anmerkung: Neben den im Kapitel genannten, sind folgende Parteien erfasst: Deutschland: Bündnis 90 (1990); Niederlande: De Groenen (1989–1998); Österreich ALÖ (1983) und VGÖ (1983, 1990–1995). Für Frankreich werden die Ergebnisse der ersten Runde bei Parlamentswahlen gezeigt (1986 Verhältniswahlrecht), für Deutschland die Zweitstimmen.

Quelle: Close & Delwit (2016); nationale Wahlbehörden.

anteile nehmen die Schweizer eine prominente Position ein und lagen zuletzt an dritter Stelle hinter den Grünen in Österreich bzw. Deutschland.

Die Regierungsbeteiligung gilt als letzter und entscheidender Entwicklungsschritt bei der Etablierung einer Partei. Sieht man von der Phase während des Zusammenbruchs des Kommunismus in Osteuropa ab, als es in Estland einen grünen Umweltminister gab, gilt Finnland (1995) als erstes Beispiel für die Übernahme von Regierungsverantwortung durch die Grünen (Little 2016). Abgesehen von der Schweiz, wo dies durch die institutionellen Rahmenbedingungen besonders schwierig ist, verfügen die Grünen in fünf der sechs übrigen Länder über Regierungserfahrung: Finnland (1995–2002, 2007–2014, seit 2019), Frankreich (1997–2002, 2012–2014, 2016–2017), Deutschland (1998–2005, seit 2021), Schweden (2014–2021) und Österreich (seit 2020). Allein in den Niederlanden waren die Grünen bislang stets in der Opposition.

Anfangs koalitierten die Grünen durchwegs mit linken Parteien. Gerade die rot-grüne Koalition in Deutschland (1998–2005) wurde daher zu einem europaweit beachteten Referenzpunkt. Eine Öffnung nach rechts erfolgte zunächst in Finnland, wo sich die Grünen 2007 an einer Koalition unter Führung

der liberalen Zentrumspartei beteiligten. Ein noch deutlicherer Strategiewechsel erfolgte zuletzt in Österreich, wo die Grünen seit 2020 als Juniorpartner der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) regieren. Die Offenheit für Bündnisse mit verschiedenen politischen Strömungen macht die Grünen in mehreren Ländern zu einem attraktiven Koalitionspartner, weshalb sich Regierungsbeteiligungen häufen könnten.

Die Programmatik der Grünen

Der Umweltschutz und speziell der Widerstand gegen die Nutzung der Kernenergie (Thurner et al. 2017) bilden den programmatischen Kern grüner Parteien. Dennoch wäre es falsch, die Grünen als Single-Issue-Parteien zu charakterisieren, da sie in den meisten Fällen weitere zentrale Anliegen der neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre, etwa die Forderungen der Frauen- und der Friedensbewegung, in den Parteienwettbewerb integrierten (siehe Kapitel 11, Fuchs und Kapitel 12, Schweizer). Bei den mit Globalisierung verbundenen Streitfragen, vor allem beim Konfliktthema Migration, nehmen sie häufig eine besonders prononcierte Position ein (Dolezal 2006). Ihre europapolitische Ausrichtung hat sich indessen gewandelt. In ihrer Frühphase vertraten die Grünen häufig kritische Positionen, seit der Jahrtausendwende treten sie jedoch gerade in den europaskeptischen Ländern Schweiz und Österreich besonders pro-europäisch auf (Dolezal 2008; Dolezal 2016).

Für einen fokussierten Vergleich der Programmatik bieten sich vor allem zwei in der Politikwissenschaft verwendete quantitative Verfahren an: Expert:innen-Befragungen und Inhaltsanalysen. Bei der ersten Methode ordnen Expert:innen die programmatischen Positionen von Parteien auf vordefinierten Skalen ein, bei der zweiten wird der Inhalt von Texten, hier von Wahlprogrammen, auf systematische Weise in numerische Werte übertragen.

Die in Tabelle 14.1 gezeigten Daten vergleichen die Grünen mit den anderen Parteien sowohl in der Schweiz als auch in den sechs Vergleichsländern. Da die Schweiz (bzw. die GPS) bei mehreren älteren Expert:innen-Befragungen nicht berücksichtigt wurde, liegen auf diese Art gewonnene Daten erst ab 2003 vor. Neben der allgemeinen Links-rechts-Position und der Positionierung bei fünf grossen Politikfeldern zeigt die Tabelle 14.1 eine zweite wichtige Vergleichsdimension: die Bedeutung von Themen. Gezeigt werden das Thema Umwelt sowie, als Referenzwert, die Sozial- und Wirtschaftspolitik.

In einer ähnlichen Untersuchung schätzte Ladner die GPS, verglichen mit anderen grünen Parteien, als «etwas radikaler und vielleicht noch etwas stärker links stehend» (Ladner 2013, 221) ein. Die hier präsentierten Daten zeigen erneut Unterschiede bei der allgemeinen Links-rechts-Position. Der 2003

Tabelle 14.1: Die Programmatik grüner Parteien im europäischen Vergleich: Expert:innen-Befragungen und Inhaltsanalysen von Wahlprogrammen

Methode	Thema	Schweiz		Vergleichsländer (Mittelwert)	
		GPS	andere Parteien	Grüne	andere Parteien
Expert:innen-Befragungen: Position auf einer Skala von 1 bis 7	Links (1) vs. Rechts (7)				
	2003	2.0	4.6	2.7	4.3
	2014	2.1	4.6	3.0	4.4
	2019	1.7	4.5	2.8	4.6
	Wohlfahrt (1) vs. niedrige Steuern (7)				
	2003	2.0	4.6	2.8	4.2
	2014	2.9	4.5	2.8	3.9
	2019	1.7	4.6	2.4	4.2
	Lebensstil: offen (1) vs. restriktiv (7)				
	2003	1.6	4.1	1.7	4.0
	2014	1.6	4.0	1.6	3.7
	2019	1.1	3.8	1.3	3.5
	Migration: offen (1) vs. restriktiv (7)				
	2003	1.7	4.4	1.8	4.0
	2014	2.6	4.8	1.9	4.3
	2019	1.8	4.6	1.9	4.8
	Umweltschutz (1) vs. Wachstum (7)				
	2003	1.3	4.6	1.6	4.5
	2014	1.5	4.5	1.6	4.5
	2019	1.6	4.4	1.7	4.6
	Europa: pro (1) vs. contra (7)				
2003	2.8	4.3	3.7	3.8	
2014	2.4	4.7	2.2	3.2	
2019	2.7	4.5	2.8	3.1	
Inhaltsanalysen von Wahl- programmen: Bedeutung des Themas (% der Aussagen)	Umweltschutz (%)				
	1980–1989	36.8	11.2	25.4	7.9
	1990–1999	21.5	5.3	22.5	7.7
	2000–2009	38.3	6.9	17.8	5.1
	2010–2019	38.5	8.4	21.8	6.4
	Sozial- und Wirtschaftspolitik (%)				
	1980–1989	23.5	37.8	29.0	42.7
	1990–1999	26.4	38.5	30.5	41.9
	2000–2009	32.7	39.8	35.0	41.6
	2010–2019	28.3	42.1	37.4	44.6

Quelle: Expert:innen-Befragungen: 2003 Benoit & Laver (2006); 2014 Polk et al. (2017); 2019 Bakker et al. (2020); Inhaltsanalysen: Volkens et al. (2020).

erhobene Wert verweist mit 2,0 auf eine deutliche Orientierung nach links, während die anderen Schweizer Parteien – d. h. ihr nach Stimmenstärke gewichteter Mittelwert – bei 4,6 und somit etwas rechts vom mittleren Wert 4, der von 1 bis 7 verlaufenden Skala liegen. Die grünen Parteien in den Vergleichsländern sind im Mittel mit 2,7 näher zur politischen Mitte verortet als die GPS, während sich die – erneut nach Stimmenanteilen gewichteten – anderen europäischen Parteien bei 4,3 positionieren. Verglichen mit den grünen Parteien in den Vergleichsländern positionieren sich die Schweizer Grünen nicht nur bei der allgemeinen Links-rechts-Dimension, sondern auch auf der ökonomischen Konfliktlinie generell weiter links (siehe Kapitel 9, Leemann und Odermatt). Im Gegensatz dazu bestehen bei den Streitfragen auf der kulturellen Dimension sowie zuletzt auch bei der Frage nach der Position zum europäischen Einigungsprozess keine relevanten Unterschiede.

Inhaltsanalysen von Wahlprogrammen liegen für grüne Parteien in den meisten Ländern seit den 1980er Jahren vor, weshalb die daraus gewonnenen Werte in Tabelle 14.1 pro Jahrzehnt gezeigt werden. Am Anfang lag die Bedeutung des Themas Umwelt bei der GPS mit 36,8 Prozent rund dreimal so hoch wie bei den anderen Schweizer Parteien. Auffällig ist, dass sich dieser Vorsprung seit damals noch vergrößert hat. Der Anteil bei der GPS übertrifft in drei der vier Zeiträume auch den Mittelwert der europäischen grünen Parteien, doch liegen deren Werte ähnlich hoch über dem der anderen Parteien wie in der Schweiz. Bei der Bedeutung der sozial- und wirtschaftspolitischen Themen zeigen die Daten Unterschiede zwischen den Schweizer und den europäischen Grünen, da letztere diesem bewusst umfassend definierten Themenbereich mehr Aufmerksamkeit widmen als dem Umweltschutz. Bei den GPS liegt der Fokus hingegen stärker auf der Umweltpolitik.

Europas grüne Wähler:innen

Der Blick auf die Programmatik der Parteien zeigt grosse Gemeinsamkeiten innerhalb der grünen Parteienfamilie. Gilt dies auch für die Wähler:innen? Neben ihren Einstellungen ist das sozialstrukturelle Profil von Bedeutung, da die Frage, ob die Grünen über eine spezifische soziale Basis verfügen, oder ihre Wähler:innen allein über (umweltpolitische) Einstellungen charakterisiert werden können, lange Zeit umstritten war (Dolezal 2010).

Tabelle 14.2 zeigt ausgewählte sozialstrukturelle Merkmale und Einstellungen der Wähler:innen der Grünen, wobei diese – analog zum vorherigen Abschnitt – mit den anderen Parteiwähler:innen verglichen werden. Die angeführten Prozent- und Mittelwerte zeigen den Einfluss der einzelnen Faktoren auf die Wahlentscheidung. Die in Tabelle 14.2 weiter rechts aufgeführ-

ten Ergebnisse logistischer Regressionen geben an, welche Einflüsse bedeutend sind, wenn alle angeführten Faktoren zugleich berücksichtigt werden.

Die erfassten sozialstrukturellen Charakteristika weisen den Grünen sowohl in der Schweiz als auch den Vergleichsländern einen überdurchschnittlichen Anteil weiblicher und einen grossen Anteil von Wähler:innen mit höherer Bildung zu. Während die GPS keineswegs besonders viele junge Wähler:innen aufweist, ist im europäischen Vergleich ein hoher Anteil bei den Jungwähler:innen sichtbar (siehe Kapitel, Sciarini & Petitpas). Zudem sind die grünen Wähler:innen sowohl in der Schweiz als auch in den Vergleichsländern weniger religiös.

Die fünf Einstellungsmessungen beruhen durchgehend auf einer Skala von 1 bis 10 und können daher direkt verglichen werden. Niedrigere Werte stehen, wie im Abschnitt zuvor, für eine linke Position sowie die Befürwortung der europäischen Integration. Die Werte für die Vergleichsländer zeigen, dass sich die Grünen deutlich links vom Mittelwert der übrigen Parteiwähler:innen positionieren, wobei es bei der angeführten spezifischen ökonomischen Frage (Staats- versus Privatbesitz von Unternehmen) weniger grosse Unterschiede gibt. Ein klar libertäres Profil zeigt sich bei der Akzeptanz von Homosexualität, ähnlich gross ist die Differenz bei der Befürwortung von Migration und – etwas schwächer – bei der Unterstützung der europäischen Integration. Ein ähnliches Profil zeigt sich in der Schweiz.

Zuletzt werden noch die Anteile der Postmaterialist:innen, die Präferenz für umweltpolitische Massnahmen und die Mitgliedschaft bei der Umweltbewegung gezeigt. Postmaterialist:innen weisen Werten wie Mitbestimmung und Selbstverwirklichung eine höhere Bedeutung zu als klassischen, «materialistischen» Anliegen wie Wirtschaftswachstum und Kriminalitätsbekämpfung (Inglehart 1977). Tatsächlich ist der Anteil dieser Gruppe bei den grünen Wähler:innen deutlich grösser. Wenig überraschend ist ihre stark ausgeprägte Präferenz für den Umweltschutz, interessanter sind die Vergleichswerte bei der Verbundenheit mit der Umweltbewegung. Die Grünen sind dort generell rund doppelt so stark vertreten wie die anderen Wähler:innen, doch gibt es grosse Unterschiede zwischen der Schweiz und den Vergleichsländern: Der Anteil der anderen Wähler:innen in der Schweiz, die eine Verbindung zur Umweltbewegung angeben, ist nur wenig kleiner als jener der Grünen in den Vergleichsländern.

Die Analyse auf Basis einzelner Faktoren ist jedoch nur der erste Schritt bei der Erfassung des Profils der grünen Wähler:innen. Erst die multivariate Analyse, bei der alle hier verwendeten Einflussfaktoren gleichzeitig berücksichtigt werden, zeigt deren tatsächliche Wirkung. Die Grünen werden dabei erneut mit der Gruppe der übrigen Parteiwähler:innen verglichen. In den sechs

Vergleichsländern weisen die Faktoren stets die erwartete Einflussrichtung und in den meisten Fällen auch signifikante Werte auf. Bei den sozialstrukturellen Faktoren ist das Profil der Grünen weiblich, jung und hochgebildet. Auch die Einstellungsfragen verweisen auf deutliche Unterschiede, wobei die allgemeine Links-rechts-Position, die unterschiedliche Themen zusammenfasst, die grösste Differenz zeigt. Allein bei der spezifischen wirtschaftspolitischen Frage bestehen keine Unterschiede zur Referenzkategorie der Wähler:innen anderer Parteien.

Bei der Analyse der Schweizer Daten beruhen die Ergebnisse auf weniger Beobachtungen, weshalb signifikante Werte schwieriger zu erreichen sind. Kein einziger sozialstruktureller Faktor weist etwa solche Werte auf. Bei der Links-rechts-Position und, wenn auch schwächer ausprägt, dem spezifischen Item zur Wirtschaftspolitik wird bei der GPS hingegen die starke Orientierung nach links sichtbar. Bei den kulturellen Streitfragen fällt auf, dass die Wähler:innen der GPS keine offenere Position gegenüber sexuellen Minderheiten aufweisen als die Wähler:innen der anderen Parteien. Dieses Thema hat seinen einst polarisierenden Charakter weitgehend verloren. Bei der Frage der Einwanderung zeigen die Daten die erwartete offenere Positionierung der Grünen, nicht aber beim Thema europäische Integration. Ein deutliches Profil weisen die Wähler:innen der GPS hingegen beim Anteil der Postmaterialist:innen sowie bei der Frage nach dem Vorrang des Umweltschutzes und der Mitgliedschaft in der Umweltbewegung auf.

Die GPS – ein starkes Mitglied der grünen Parteienfamilie

Die GPS zählt auf Basis ihrer Wahlergebnisse zu den erfolgreichsten Vertreterinnen der grünen Parteienfamilie in Europa. Die Schweizer Grünen (einschliesslich kantonaler Vorgängerparteien) sind europaweit auch am längsten in einem Parlament vertreten. Allein aufgrund der bislang fehlenden Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene richtet sich der Fokus der Aufmerksamkeit häufiger auf andere grüne Parteien.

Ein Vergleich der Programmatik der Parteien und des Profils ihrer Wähler:innen zeigt insgesamt grosse Ähnlichkeiten zwischen den Grünen in der Schweiz und den sechs Vergleichsländern Deutschland, Finnland, Frankreich, Niederlande, Österreich und Schweden. Das inhaltliche Profil der grünen Parteien, vor allem der Mitglieder der EGP, ist sehr homogen. Innerhalb dieser Gruppe ist die GPS am linken Flügel angesiedelt, doch gilt dies in erster Linie für sozioökonomische Themen, weniger für kulturelle Streitfragen. Die-

Tabelle 14.2: Die Wähler:innen grüner und anderer Parteien im europäischen Vergleich (2017/2018)

	Prozent- und Mittelwerte				Logistische Regressionen	
	Schweiz		Vergleichsländer		Schweiz	Vergleichsländer
	GPS	andere Parteien	Grüne	andere Parteien	GPS vs. andere Parteien	Grüne vs. andere Parteien
Sozialstruktur						
Frauen	63.2 %	48.7 %	62.1 %	47.7 %	0.34 (0.19)	0.53*** (0.09)
unter 30 Jahre	20.1 %	16.5 %	26.4 %	16.1 %	-0.17 (0.24)	0.56*** (0.10)
tertiärer Bildungsabschluss	47.7 %	36.5 %	49.5 %	32.0 %	0.19 (0.19)	0.32** (0.09)
wöchentlicher Kirchgang	2.9 %	8.6 %	4.8 %	8.5 %	-0.85 (0.50)	-0.16 (0.19)
Einstellungen (Skalen von 1–10)						
Links (1) vs. Rechts (10)	3.6	5.5	3.9	5.6	-0.28*** (0.06)	-0.31*** (0.03)
Unternehmen: Staatsbesitz (1) vs. Privatbesitz (10)	5.4	6.3	5.5	6.0	-0.12* (0.05)	0.02 (0.02)
Homosexualität: Akzeptanz (1) vs. Ablehnung (10)	2.3	3.4	1.9	3.3	0.03 (0.04)	-0.10*** (0.02)
Einwanderung: Pro (1) vs. contra (10)	4.8	6.1	4.3	6.0	-0.10* (0.05)	-0.12*** (0.02)
EU-Erweiterung: Pro (1) vs. contra (10)	5.7	6.8	5.5	6.7	-0.04 (0.04)	-0.09*** (0.02)
Postmaterialismus und Umweltschutz						
Postmaterialist:innen	39.4 %	19.9 %	45.6 %	23.4 %	0.38* (0.20)	0.37*** (0.09)
Vorrang Umwelt vor Arbeitsplätzen und Wachstum	97.0 %	74.9 %	91.3 %	67.0 %	1.68** (0.50)	1.06*** (0.14)
Mitglied Ökologie-, Umwelt-, Tierschutzorganisation	45.4 %	20.0 %	21.4 %	8.4 %	0.91*** (0.19)	0.71*** (0.11)
Pseudo R ² (Nagelkerke)	—	—	—	—	0.22	0.30
N [min]	165	2262	1033	6260	2237	6169

*p < 0.05; **p < 0.01; ***p < 0.001.

Abhängige Variable: v174_cs (Welcher politischen Partei stehen Sie am nächsten?); unabhängige Variablen (#Richtung der Skala gedreht): Frauen (v225), unter 30 (age), Bildung (v243_edulvlb_1), Kirchgang (v54), Links-Rechts (v102), Unternehmen (v107#), Homosexualität (v153#), Einwanderung (gedrittelter Summenindex aus v185 [Arbeitsplätze]#, v186 [Kriminalität]#, v187 [Wohlfahrtsstaat]#), EU-Erweiterung (v198#), Postmaterialist:innen (v111_4), Vorrang (v204), Mitglied (v13).

Anmerkung: Daten zur Grösse des Wohnortes sind nicht für alle Länder vorhanden. Die Regression der Vergleichsländer enthält Dummy-Variablen für die einzelnen Länder.

Quelle: European Values Study (EVS) 2017 (v4).

ser Befund gilt auch für die Einstellungen der Wähler:innen. Deren sozialstrukturelles Profil gleicht tendenziell dem der übrigen grünen Parteien; allein die Unterstützung in der Gruppe der jüngsten Wähler:innen ist weniger stark ausgeprägt.

Die Grünen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer relevanten politischen Kraft in Europa entwickelt, wobei ihr Schwerpunkt immer noch im Westen und Norden des Kontinents liegt. Die zunehmende Bedrohung durch den Klimawandel rückt den Umweltschutz erneut in das Zentrum der politischen Debatte und erhöht die inhaltliche Kompetenz der Grünen in den Augen vieler Wähler:innen. Der Bedeutungsrückgang traditioneller Parteien und die wachsende Offenheit grüner Parteien für Koalitionen sowohl links als auch rechts der politischen Mitte könnte die Entwicklung der Grünen zu einer «natürlichen», weder von der politischen Konkurrenz noch von eigenen (radikalen) Anhänger:innen in Frage gestellten Regierungspartei ermöglichen. Auch in der Schweiz ist dies ein zunehmend realistisches Szenario.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Aldini Parise, Michelle. 1999. *I partiti ecologista in Ticino. I primi 10 anni di lotta politica per l'ambiente, Esercitazione nell'ambito del corso di metodologia*. Canobbio: Scuola cantonale di diploma.
- Altermatt, Urs. 1987. Paradigmawechsel. Neue Themen, neue Dynamik. In Blum, Roger & Ziegler, Peter (Hrsg., 1987). *Hoffnungswahl. 12 Stimmen zum eidgenössischen Wahlherbst 1987* (S. 32–48). Zürich: Pendo.
- Altermatt, Urs et al. 1994. *Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik 1965–1990*. Basel und Frankfurt am Main: Helbing & Lichtenhahn.
- Amlinger, Fabienne. 2012. Pechschwarzes Patriarchat im Bundeshaus. Der Brunner-Skandal als Schweizer Politstück in zwei Akten. In *Ariadne – Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte* (64) (S. 58–65).
- Amtl. Bull, StR (Jahr). *Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. Ständerat (Jahr)*.
- APS: Année Politique Suisse. Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.). Bern. 1965–2014 gedruckte Ausgabe, ab 2015 online.
- Baer, Matthias. 2008. Des einen Freud, des anderen Leid. Die gegenläufigen Konjunkturen von Grünen und SP. In Baer, Matthias & Werner Seitz (Hrsg.). *Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis* (S. 73–88). Zürich/Chur: Rüegger Verlag.
- Baer, Matthias & Werner Seitz (Hrsg.). 2008. *Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis*. Zürich/Chur, Rüegger Verlag.
- Bailer, Stefanie & Sarah Bütikofer. 2015. From Loose Alliances to Professional Political Players: How Swiss Party Groups Changed. In *Swiss Political Science Review* 21(4): 556–577.
- Bakker, Ryan, Liesbet Hooghe, Seth Jolly, Gary Marks, Jonathan Polk, Jan Rovny, Marco Steenbergen & Milada Vachudova. 2020. 2019 *Chapel Hill Expert Survey*. Chapel Hill: University of North Carolina.
- Baratti, Danilo. 2015. Un cetaceo spiaggiato? Appunti sulla mutaziodiede Verdi del Ticino (quasi un diario). In *verifiche. Cultura, educazione, società*. N. 5/6, dicembre 2015: 13–32.
- Bein, Thomas & Ruedi Epple. 1986. Tendenzen in der schweizerischen Friedensbewegung. In *Neue Wege* 80, S. 148–154.
- Bein, Thomas & Rudolf Epple. 1987. Die Friedensbewegung in der Schweiz. In Reiner Steinweg (Hrsg.), *Kriegsursachen*. (S. 446–483). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Benoit, Kenneth & Michael Laver. 2006. *Party Policy in Modern Democracies*. London: Routledge.

- Bernhard, Laurent; Nathalie Eggenberg, Anke Tresch und Lukas Lauener. 2021. Wählen Frauen anders als Männer? In *DeFacto*, 8. Februar 21.
- Beyeler, Michelle, Sarah Bütikofer & Isabelle Stadelmann-Steffen. 2015. «Ich und meine Schweiz. Befragung von 17-jährigen Jugendlichen in der Schweiz». Bern: EKKJ.
- Binswanger, Hans Christoph, Werner Geissberger & Theo Ginsburg. 1978. *Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlstandsfalle. Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Blum, Roger. 1986. Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH) 1971–1986. In Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (Hrsg.), *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft: Politische Parteien und neue Bewegungen* (S. 119–150). Bern: Haupt.
- Blum, Roger & Peter Ziegler (Hrsg.). 1987. *Hoffnungswahl. 12 Stimmen zum eidgenössischen Wahlherbst 1987*. Zürich: Pendo.
- Bochsler, Daniel & Pascal Sciarini. 2010. So close but so far: voting propensity and party choice for left-wing parties in the Swiss national elections 2003–2007. *Swiss Political Science Review* 16(3): 373–402.
- Bochsler, Daniel; Silja Häusermann und Regula Hänggli. 2015. Consensus Lost? Disenchanted Democracy in Switzerland. In *Swiss Political Science Review* 21 (4): 475–490.
- Bodenmann, Peter & André Daguët. 1996. Parteipolitisch gibt es links als Machtfaktor nur mehr die SP: darum muss die SP in den nächsten vier Jahren stärker werden. In *Rote Revue. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur*: 2–9.
- Boulding, Kenneth Ewart. 1994. The Economics of the Coming Spaceship Earth [1966]. In Daly, H.E., K.N. Townsend (ed.) *Valuing the Earth. Economics, Ecology, Ethics*, Cambridge/London: The MIT Press, 297–309.
- Brassel, Ruedi & Jakob Tanner. 1986. Zur Geschichte der Friedensbewegung in der Schweiz. In *Forum für praxisbezogene Friedensforschung* (Hrsg.), *Handbuch Frieden Schweiz* (S. 17–90). Basel: Z-Verlag.
- Brüschweiler, Jonas & Adrian Vatter. 2018. Viele Vorstösse, wenig Wirkung? Nutzung und Erfolg parlamentarischer Instrumente in der Bundesversammlung. In Adrian Vatter (Hrsg.), *Das Parlament in der Schweiz* (S. 69–99). Basel: NZZ Libro.
- Bühlmann, Marc, Fritz Sager & Adrian Vatter. 2006. *Verteidigungspolitik in der direkten Demokratie: Eine Analyse der sicherheits- und militärpolitischen Abstimmungen in der Schweiz zwischen 1980 und 2005*. Zürich/Chur: Verlag Rüegger.
- Bühlmann, Marc & Marlène Gerber. 2015. Von der Unterschichtspartei zur Partei des gehobenen Mittelstands? Stabilität und Wandel der Wählerinnen und Wählern der Sozialdemokraten und anderer grosser Schweizer Par-

- teien zwischen 1971 und 2011. In Freitag, Markus & Adrian Vatter. *Wahlen und Wähler:innen in der Schweiz* (S. 71–94). Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Bundesamt für Statistik. 2003. *Nationalratswahlen 2003. Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971*. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik. 2005. *Die Raumgliederungen der Schweiz*. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik. 2017. *Raumgliederungen der Schweiz. Gemeindetypologie und Stadt/Land-Typologie 2012*. Neuchâtel.
- Burckhardt, Dieter. 1992. *Die Wiege des Naturschutzes stand in Basel – Streiflichter auf Entstehung und Entwicklung des Naturschutzes in der Schweiz*. *Verhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft Basel* 102/1, 3–45.
- Buser, Denise & Tomas Poledna. 1997. Politische Quoten auf dem Schafott: Reflexionen zum Bundesgerichtsurteil zur «Solothurner Quoteninitiative». In *Aktuelle Juristische Praxis* (6), 981–989.
- Bütikofer, Sarah. 2015. Wieso es die SVP nicht in den Ständerat schafft. In *DeFacto*, 15. November 2015.
- Bütikofer, Sarah. 2020. Zwischen Partei und Kanton: Von den Besonderheiten des Ständerats und seiner Mitglieder. In Vatter, Adrian & Sean Mueller (Hrsg.). *Der Ständerat. Die zweite Kammer der Schweiz*. (S. 93–118). Zürich: NZZ Libro.
- Caroni, Flavia und Adrian Vatter. 2016. Vom Ventil zum Wahlkampfinstrument? Eine empirische Analyse zum Funktionswandel der Volksinitiative. In *LeGes* 27(2): 189–210.
- Childs, Sarah & Joni Lovenduski. 2013. Political Representation. In Georgina Waylen, Karen Celis, Johanna Kantola & Laurel S. Weldon (Eds.): *The Oxford handbook of gender and politics* (p. 489–513). Oxford: Oxford University Press.
- Clalüna, Flurin. 1999. *Von der Generallinie zum grünen Bogen: Aufstieg, Wandel und Fall der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH), unter besonderer Berücksichtigung der POCH Zürich*. Lizentiatsarbeit am historischen Seminar der Universität Zürich.
- Close, Caroline & Pascal Delwit. 2016. Green parties and elections. In Emilie Van Haute (Hrsg.), *Green Parties in Europe* (p. 241–264). Surrey: Ashgate.
- Cowell-Meyers, Kimberly B. 2020. The Women's Movement Knocks on the Door: Theorizing the Strategy, Context and Impact of Frauen Macht Politik (FraP!) on Women's Representation in Swiss Politics. In *Politics & Gender* 16 (1), 48–77.
- Dahinden, Martin (Hrsg.). 1987. *Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen*. Zürich: Fachvereine Zürich.

- Däpp, Heinz; Fredi Hänni und Niklaus Ramseyer (Hrsg.). 1986. *Finanzaffäre im Staate Bern. Vom schwierigen Umgang mit Macht in der Demokratie*. Basel: Lenos.
- Dolezal, Martin. 2006. Globalisierung, neue Konfliktlinien und die Position der Grünen. Eine Analyse am Beispiel Deutschlands. In Uwe Jun, Henry Kreikenbom & Viola Neu (Hrsg.). *Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft* (S. 97–116). Frankfurt: Campus Verlag.
- Dolezal, Martin. 2008. Kein Sonderfall. Die Schweizer Grünen im europäischen Vergleich. In Matthias Baer & Werner Seitz (Hrsg.). *Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis*. (S. 135–149). Zürich: Rüegger.
- Dolezal, Martin. 2010. Exploring the Stabilization of a Political Force. The Social and Attitudinal Basis of Green Parties in the Age of Globalization. In *West European Politics* 33(3): 534–552.
- Dolezal, Martin. 2016. The Greens in Austria and Switzerland: Two successful opposition parties. In Emilie Van Haute (Hrsg.), *Green Parties in Europe* (S. 15–41). Surrey: Ashgate.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen. 2001. *Frauen Macht Geschichte. Frauen- und gleichstellungspolitische Ereignisse in der Schweiz 1848–2000*. Bern.
- Eith, Ulrich. 2013. Die Grünen als Volkspartei neuen Typs? Perspektiven einer Reform der Parteiendemokratie. In Ralf Thomas Baus (Hrsg.). *Parteiensystem im Wandel. Perspektiven, Strategien und Potential der Volksparteien* (S. 81–92). Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Epple, Ruedi. 1986. Die schweizerische Friedensbewegung. Alte Wurzeln – neue Blüten. In Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (Hrsg.), *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft*, 26: 193–210.
- Federer, Lucas. 2020. *Zwischen Internationalismus und Sachpolitik: Die trotzkistische Bewegung in der Schweiz 1945–1968*. Dissertation, Geschichte, Universität Zürich.
- Felber, Olivier. 2021. *Die Armeeabschaffungsinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) von 1989: Der Abstimmungskampf, die Gründe für die hohe Zustimmung und die Auswirkungen der Abstimmung*. Masterarbeit, Geschichte, Universität Bern.
- Ferree, Myra Marx. 2012. *Varieties of feminism. German gender politics in global perspective*. Stanford, California: Stanford University Press.
- Finger, Matthias & Jean-Noël Rey. 1987. Le parti socialiste suisse face aux nouvelles valeurs et aux nouveaux enjeux politiques de la société industrielle avancée. In *Annuaire suisse de science politique* 27: 257–272.
- Fischer, Manuel. 2015. Collaboration patterns, external shocks and uncertainty: Swiss nuclear energy politics before and after Fukushima. In *Energy Policy* 86: 520–528. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2015.08.007>.

- Flury Remo und Linda Koponen. 2019. Plötzlich Staatsmann. Wie die Zürcher Wähler:innen den Grünen Martin Neukom überrumpelten. *Neue Zürcher Zeitung*, 25. März 2019.
- Friedl, Harald. 2007. *20 Jahre Grüne Basel – eine geschichtliche Aufarbeitung*. Referat (Typoskript).
- Fuchs, Gesine. 2015. Substantielle Repräsentation im Schweizer Parlament: Zum Agenda Setting beruflicher Gleichstellungspolitik 1996–2011. In *femina politica* 24 (1), 73–83.
- Fuchs, Gesine. 2023. How Gender Quotas Work in Switzerland. In Sabine Lang, Petra Meier & Birgit Sauer (Eds.). *Implementing Gender Quotas in Political Representation: Resisting Institutions*, Palgrave, 51–70. https://doi.org/10.1007/978-3-031-08931-2_3.
- Furrer, Markus. 1994. Die neue Opposition in der Urschweiz 1970–1990. In Altermatt, Urs et al. (Hrsg.). *Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik 1965–1990* (S. 95–134). Basel und Frankfurt am Main: Helbing & Lichtenhahn.
- Giger, Nathalie; Stefanie Bailer, Adrian Sutter & Thomas Turner-Zwinkels. 2021. Policy or person? What voters want from their representatives on twitter. *Electoral Studies* 74, 102401.
- Giger, Nathalie; Denise Traber, Fabrizio Gilardi & Sarah Bütikofer. 2022. The surge in women's representation in the 2019 Swiss federal elections. In *Swiss Political Science Review* 28 (2): 361–76. doi:10.1111/spsr.12506.
- Gilardi, Fabrizio; Lucien Baumgartner, Clau Dermont, Karsten Donnay, Theresa Gessler, Maël Kubli, Lucas Leemann & Stefan Müller. 2021. Building Research Infrastructures to Study Digital Technology and Politics: Lessons from Switzerland. *PS: Political Science & Politics*, 6.
- Gilg, Peter. 1974. *Jugendliches Drängen in der schweizerischen Politik. Struktur, Ziele und Aktionsformen von politischen Gruppen der jungen Generation*. Bern: Francke.
- Gisler, Monika. 2021. *Energie*. Zürich: Vontobel-Stiftung.
- Giugni, Marco. 2014. Mouvements sociaux. In Knoepfel, Peter u. a. *Handbuch der Schweizer Politik/Manuel de la politique suisse* (S. 391–412). Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 5. Auflage.
- Giugni, Marco & Florence Passy. 1999. *Zwischen Konflikt und Kooperation. Die Integration der sozialen Bewegungen in der Schweiz*. Zürich/Chur: Rüegger.
- Glättli, Balthasar & Pierre-Alain Niklaus. 2014. *Die unheimlichen Ökologen: sind zu viele Menschen ein Problem?* Zürich: Rotpunktverlag.
- Goebel, Viktor & Florian Kohler. 2014. *Raum mit städtischem Charakter 2012: Erläuterungsbericht*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- GPS 1989. *Die Grüne Partei der Schweiz. Kriterien grüner Politik, Programmrichtlinien, Geschichte, Daten*. Bern (Eigenverlag).

- GPS 1988. *GPS-Info*, Nr. 10, Januar 1988.
- GPS 2004. Parteinews: Junge Grüne Schweiz. *Greenfo* 2004(2): 12.
- GPS 2006. Mandat für Klimainitiative erteilt. Medienmitteilung. <https://gruene.ch/medienmitteilungen/mandat-fuer-klimainitiative-erteilt> (13.12.2021).
- GPS 2009a. Grüne bedauern rekordmässigen Waffenexport. Medienmitteilung. <https://gruene.ch/medienmitteilungen/gruene-bedauern-rekordmaessigen-waffenexport> (13.12.2021).
- GPS 2009b. Es braucht ein generelles Verbot von Kriegsmaterialexporten. Medienmitteilung. <https://gruene.ch/medienmitteilungen/es-braucht-ein-generelles-verbot-von-kriegsmaterialexporten> (13.12.2021).
- GPS 2020. Geschichte der Grünen in der Schweiz. Bern: Grüne Schweiz. <https://gruene.ch/geschichte-der-gruenen>.
- GPS 2021. Statuten der Grünen Schweiz. Bern: Grüne Schweiz. <https://gruene.ch/statuten> (03.08.2022).
- Grandjean, Sylvain. 2015. *La nébuleuse verte dans le canton de Fribourg: émergence, développement et politisation (1970–1986)*. Université de Fribourg.
- Grant, Zack P. & James Tilley. 2019. Fertile soil: explaining variation in the success of Green parties. In *West European Politics* 42(3): 495–516.
- Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt. 2022. Mitglieder A–Z. Basel: Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt. <https://grosserrat.bs.ch/mitglieder/15004031-laurin-hoppler> (03.08.2022).
- Gruner, Erich. 1964. «Eigentümlichkeiten der Schweizerischen Parteienstruktur: Zur Typologie frühliberaler Massenparteien». In *Politische Vierteljahresschrift* 5(2): 203–217.
- GSoA 2009a. Pressemappe Lancierung der Abstimmungskampagne «JA zum Verbot von Kriegsmaterial-Exporten am 29. November 2009». https://www.gsoa.ch/media/filecontent/Pressemappe_web.pdf (11.12.2021).
- GSoA 2009b. Bundesrat bewilligt Waffenlieferung für Kindersoldaten. <https://www.gsoa.ch/bundesrat-bewilligt-waffenlieferung-fur-kindersold/> (13.12.2021).
- Guggenbühl, Hanspeter. 2002. Vom Neat-Streit zum Neat-Netz: das «Jahrhundert-Bauwerk» spiegelt 50 Jahre Schweizer Zickzack-Politik. In *Tec21* 128, 7–16.
- Haefeli, Ueli & Harald A. Mieg. 2020. Einleitung. In dies. (Hrsg.) *Umweltpolitik in der Schweiz. Von der Forstpolizei zur Ökobilanzierung*, Zürich: NZZ Libro, 11–29.
- Häne, Stefan. 2021. Die Klimawende einfordern und gleichzeitig deren Umsetzung blockieren: Der Vorwurf an die grüne Partei entzündet sich am Gewässerschutz Aqua Viva – Jetzt hat Bastien Girod genug. In *Tages Anzeiger*, 20.12.2021.
- Haus, Maja. 2019. *Sind grüne Parteien Bewegungsparteien? Eine Untersuchung am Beispiel der grünen Parteien im Kanton Bern*. Masterarbeit, Universität Bern.

- Häusermann, Silja & Tarik Abou-Chadi, Reto Bürgisser u. a. 2022. *Wählerschaft und Perspektiven der Sozialdemokratie in der Schweiz*, Basel: NZZ Libro.
- Hug, Peter 2007. Antiatombewegung, In *Historisches Lexikon der Schweiz*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016516/2007-07-23/> (4.7.2022).
- Hermann, Michael. 2008. Politische Zwillinge. Wie Grüne und SP im Bundesparlament politisieren. In Matthias Baer & Werner Seitz (Hrsg.), *Die Grünen in der Schweiz* (S. 89-92). Zürich/Chur: Rüegger Verlag.
- Hermann, Michael & David Krähenbühl. 2020. Die Ratsmitte ist nach links gerückt. In *Neue Zürcher Zeitung*, 27.11.2020. S. 8.
- Hermann, Michael, Heinrich Leuthold & Martin Steinmann. 2003. *Atlas der politischen Landschaften: ein weltanschauliches Porträt der Schweiz*. Zürich: vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich.
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold. 2008. Zwischen Heimatschutz und Klimawandel. Spannungsfelder in der Umweltpolitik. In Baer, Matthias & Werner Seitz (Hrsg.). *Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis* (S. 119–133). Zürich/Chur: Rüegger Verlag.
- Hersche, Peter. 2019. Der Umweltschutz hat seine Wurzeln nicht bei den Grünen. In *Neue Zürcher Zeitung*, 8. Mai 2019.
- Hofer, Bruno. 1987. Die Volksinitiative als Verhandlungspfand. In *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 17: 207–236.
- Hoffmann-Lange, Ursula. 2018. Methods of Elite Identification. In Heinrich Best & John Higley (eds.), *The Palgrave Handbook of Political Elites* (p. 79–92). London: Palgrave Macmillan.
- Hooghe, Marc; Bruno Heyndels, Dimi Jottier, Tuba Bircana, & Sarah Bottermana. 2010. Explaining the Green vote: Belgian local elections, 1994–2006. In *Environmental Politics* 19(6): 930–950.
- Huber, Stefanie & Doris Scheuch. 2003. Junge Grüne – wir punkten. *Greenfo* 2003(3): 4.
- Inglehart, Ronald. 1977. *The silent revolution: Changing values and political styles among western publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Ingold, Karin, Frédéric Varone, Marlene Kammerer, Florence Metz, Lorenz Kammermann, & Chantal Strotz. 2020. Are responses to official consultations and stakeholder surveys reliable guides to policy actors' positions? *Policy and Politics* 48(2): 193–222.
- IPCC 2023. The Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), 2023. <https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-cycle>.
- Jäggi, Simon. 2007. *Vorhut ohne Rückhalt. Integrationsprozess der RML/SAP (1969–1987)*. Lizentiatsarbeit an der Philosophisch-historischen Fakultät der Universität Bern.

- Junge Grüne Schweiz. 2004, 2008, 2012, 2016a, 2020. Statistische Angaben z. Hd. Bundesamt für Sozialversicherungen. Dossier. Bern: Junge Grüne Schweiz.
- Junge Grüne Schweiz. 2016b. Zersiedelungsinitiative eingereicht. Bern: Junge Grüne Schweiz <https://www.jungegruene.ch/aktionen/zersiedelungsinitiative-eingereicht> (03.08.2022).
- Junge Grüne Schweiz. 2019. Schweizweit stärkste Jungpartei: Grosserfolg für die Jungen Grünen. Bern <https://www.junge-gruene.ch/medienmitteilung/1329> (03.08.2022).
- Junge Grüne Schweiz. 2021. Statuten der Jungen Grünen Schweiz. Bern <https://jungegruene.ch/statuten> (03.08.2022)
- Junge Grüne Schweiz. 2022a. Statistische Auswertung der Datenbank. Bern: Junge Grüne Schweiz.
- Junge Grüne Schweiz. 2022b. Green Earth Festival. Bern: Junge Grüne Schweiz, <https://greenearthfestival.ch/> (03.08.2022).
- Junge Grüne Zentralschweiz. 2014. Junge Grüne Zentralschweiz gegründet. Luzern: Junge Grüne Zentralschweiz, https://www.lu-wahlen.ch/uploads/media/20140519_MM_Gruendung_Junge_Gruene_Zentralschweiz.pdf (03.08.2022).
- Junges Grünes Bündnis Nordwest. 2022. Jo Vergeat wird Grossratspräsidentin. Basel: Junges Grünes Bündnis Nordwest, <https://www.junges-gruenesbuendnis.ch/medienmitteilung/1521> (03.08.2022).
- Kitschelt, Herbert. 1994. *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Klein, Markus & Jürgen W. Falter. 2003. *Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung*. München: Beck.
- Klimastreik Schweiz. 2019. Chronologie der Bewegung. (ohne Ortsangabe): Klimastreik Schweiz, https://de.climatestrike.ch/wiki/Chronologie_der_Bewegung (03.08.2022).
- Klinger, Ulrike. 2013. Mastering the art of social media. *Information, Communication & Society*, 16(5), 717–736.
- Kriesi, Hanspeter. 1986. Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen. In Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (Hrsg.). *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft: Politische Parteien und neue Bewegungen*. (S. 333–350). Bern: Haupt.
- Kroh, Martin & Jürgen Schupp. 2011. Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei? *DIW Wochenbericht* 78(12): 2–9.
- Kummer, Lorenz. 1996. *Erfolgschancen der Umweltbewegung. Eine empirische Untersuchung anhand von kantonalen politischen Entscheidungsprozessen*, Bern u. a.: Paul Haupt.

- Kupper, Patrick. 2003. Die «1970er Diagnose»: Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte. In *Archiv für Sozialgeschichte*, 325–348.
- Kupper, Patrick. 2018. Dennis Meadows et al. Die Grenzen des Wachstums (1972). In Manfred Brocker (ed.). *Geschichte des politischen Denkens – Das 20. Jahrhundert* (S. 548–561). Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Lachat, Romain. 2006. A Tale of Two Councils: Explaining the Weakness of the SVP in the Upper House of the Federal Parliament. In *Swiss Political Science Review* 12(4): 77–100.
- Ladner, Andreas. 2008. Linksrutsch an der Basis. Die Mitglieder und Aktiven der Grünen. In Baer, Matthias & Werner Seitz (Hrsg.). *Die Grünen in der Schweiz* (S. 39–54). Zürich/Chur: Rüegger Verlag.
- Ladner, Andreas. 2013. Die Positionierung der Schweizer Parteien im internationalen Vergleich. In Mazzoleni, Oscar & Olivier Meuwly (Hrsg.). *Die Parteien in Bewegung. Nachbarschaft und Konflikte* (S. 201–228). Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Ladner, Andreas. 2020. Switzerland's successful green parties in the federal election of 20 October 2019: close to entering government? In *Environmental Politics* 29(3): 552–557.
- Ladner, Andreas & Michael Brändle. 2008. Switzerland: the Green Party, Alternative and Liberal Greens. In E.G. Frankland, Paul Lucardie & Benoît Rihoux (Eds.): *Green parties in transition. The end of grass-roots democracy?* (S. 109–128). Farnham: Ashgate.
- Ladner, Andreas, Jan Fivaz & Daniel Schwarz. 2008. *Die Positionierung der Nationalratskandidierenden 2007. Eine explorative Analyse der Antworten auf die Fragen der Online-Wahlhilfe smartvote*. Chavannes-près-Renens: IDHEAP.
- Lanfranchi, Prisca & Ruth Lüthi. 1999. Cohesion of Party Groups and Interparty Conflict in the Swiss Parliament: Roll Call Voting in the National Council. In Shaun Bowler, David M. Farrell & Richard S. Kath (eds.). *Party Discipline and Parliamentary Government* (pp. 99–120). Columbus: Ohio State University Press.
- Lang, Sabine. 1997: The NGOization of Feminism. In Cora Kaplan, Debra Keates & Joan W. Scott (Eds.): *Transitions, environments, translations: feminisms in international politics* (p. 101–120). New York, London: Routledge.
- Länzlinger, Stefan & Thomas Schärer. 2020. *Gifttod, Betonwüsten, strahlende Zukunft. Umweltbewegungen und bewegte Bilder in der Schweiz, 1940–1990*, Bern: Open Publishing.
- Leemann, Lucas. 2015. Political Conflict and Direct Democracy – Explaining Initiative Use 1920–2011. In *Swiss Political Science Review* 21(4): 596–616.

- Leimgruber, Philipp, Dominik Hangartner und Lucas Leemann. 2010. "Comparing Candidates and Citizens in Ideological Space" *Swiss Political Science Review* 16(3): 499–532.
- Lenzin, Danièle. 2000. *Die Sache der Frauen. OFRA und die Frauenbewegung in der Schweiz*. Zürich: Rotpunkt.
- Linder, Wolf. 2005. *Schweizer Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. 2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Bern: Haupt.
- Linder, Wolf, Christian Bolliger & Regula Christina Zürcher. 2008. *Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz: gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz bei den Volksabstimmungen seit 1874*. Baden: Hier und Jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte.
- Linder, Wolf, Christian Bolliger & Yvan Rielle (Hrsg.). 2010. *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007*. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag.
- Linder, Wolf & Sean Müller. 2017. *Schweizer Demokratie*. Bern: Haupt Verlag.
- Lipp, Jacqueline. 2020. Julia Küng: «Es ist unsere Aufgabe, Druck zu machen.» *Zentralplus*, 22. November 2020.
- Lipset, Seymour Martin & Stein Rokkan. 1967. Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In Lipset, Seymour Martin & Stein Rokkan (Eds.). *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press, p. 1–64.
- Little, Conor. 2016. Green parties in government. In Emilie Van Haute (eds.). *Green Parties in Europe* (p. 265–279). Surrey: Ashgate.
- Lorenzini, Jasmine, Gian-Andrea Monsch & Jan Rosset. 2021. *Challenging Climate Strikers' Youthfulness: The Evolution of the Generational Gap in Environmental Attitudes Since 1999*. In *Frontiers in political science*.
- Lüth, Maximilian & Lena M. Schaffer (2022). The electoral importance and evolution of climate related energy policy: evidence from Switzerland. *Swiss Political Science Review*, 28, 169–189.
- Lüthi, Nora und Jonas Glatthard. 2021. Von wegen uninteressierte Junge: Jungparteien sind im Aufwind. *Swissinfo*, 25. November 2021.
- Lüthi, Ruth, Luzius Meyer & Hans Hirter. 1991. Fraktionsdisziplin und die Vertretung von Partikulärinteressen im Nationalrat. In *Parlamentsdienste* (Hrsg.). *Das Parlament – «Oberste Gewalt des Bundes»?* (S. 53–71). Bern/Stuttgart: Verlag Paul Haupt.
- Lutz, Georg. 2006. Party potential and the pattern of party competition in the 2003 Swiss federal elections. In *Swiss Political Science Review* 12 (4): 191–215.
- Lutz, Georg & Peter Selb. 2006. Die nationalen Wahlen in der Schweiz. In Ulrich Klöti et al. (Hrsg.). *Handbuch der Schweizer Politik* (S. 427–457). Zürich: Verlag Neue Züricher Zeitung.

- Lutz, Marc Andrew & Christoph Rainer Wyniger. 2017. *Der Kampf um die Schweizer Armee 1966–2003*. Bern: Bibliothek am Guisanplatz.
- Mäder, Ueli. 2018. *68 – was bleibt?* Zürich: Rotpunktverlag.
- Mair, Peter & Cas Mudde. 1998. The Party Family and its Study. In *Annual Review of Political Science* 1: 211–229.
- Markard, Jochen, Marco Suter & Karin Ingold. 2016. Socio-technical transitions and policy change – Advocacy coalitions. In *Swiss energy policy. Environmental Innovation and Societal Transitions* 18: 215–237.
- Mauch, Samuel & Rolf Iten (Hrsg.). 2008. *Wachstum und nachhaltige Entwicklung. Vorträge der Tagung vom 13. November 2007. Dreissig Jahre nach dem NAWU-Report «Wege aus der Wohlstandsfalle»*. Dielsdorf: Kyburz AG.
- Meadows, Donella H.; Dennis L. Meadows, Jorgen Randers & William W. Behrens III. 1972. *The Limits to Growth*. New York: Universe Book.
- Mende, Silke. 2011. «Nicht rechts, nicht links, sondern vorn». Eine Geschichte der Gründungsgrünen. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH.
- Menzi, Brigitte. 2010. GSoA-Initiative ohne Erfolg: Volk und Stände billigen den Kauf neuer Kampfflugzeuge. In Wolf Linder, Christian Bolliger & Yvan Rielle (Hrsg.). *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007* (S. 506). Bern: Haupt Verlag.
- Merton, Robert K. 2021. Auf den Schultern von Riesen. Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Gelehrsamkeit. Aktuelle, 6. Auflage. Übersetzt von Reinhard Kaiser. Amerikanische Originalausgabe: *On the Shoulders of Giants. A Shandean Postscript*. 1953. Berlin. Suhrkamp.
- Milic, Thomas. 2014. Gekommen, um zu bleiben – der Amtsinhaberbonus bei kantonalen Exekutivwahlen. In *Swiss Political Science Review* 20(3). 427–452.
- Michel, Pascal. 2021. Gianluca Looser (18) ist der jüngste Kantonsrat der Schweiz. 20 Minuten. 21. August 2021.
- Milic, Thomas. 2015. Dem Proporz zuliebe. In *DeFacto*, 30. Dezember 2015.
- Müller-Rommel, Ferdinand. 1993. *Grüne Parteien in Westeuropa: Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Nicolet, Sarah & Pascal Sciarini. 2010. *Le destin électoral de la gauche : le vote socialiste et vert en Suisse*. Georg Editeur.
- Niederer-Schmidli, Susanne. 1992. Umweltschutz – Schlagwort der siebziger Jahre. *Verhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft Basel* 102/1, 175–210.
- Oesch, Daniel. 2006. Redrawing the Class Map: Stratification and Institutions. In *Britain, Germany, Sweden and Switzerland*. Basingstoke: Palgrave MacMillan.
- Oesch, Daniel & Line Rennwald. 2010. La disparition du vote ouvrier? Le vote de classe et les partis de gauche en Suisse. In : Nicolet, Sarah & Pascal Scia-

- rini (éd(s)). *Le destin électoral de la gauche. Le vote socialiste et vert en Suisse* (S. 219–256). Genève: Georg Editeur.
- Otjes, Simon & André Krouwel. 2015. Two shades of Green? The electorates of GreenLeft and the Party for the Animals. In *Environmental Politics* 24(6): 991–1013.
- Pearson, Mitya & Wolfgang Rüdig. 2020. The Greens in the 2019 European elections. In *Environmental Politics* 29(2): 336–343.
- Petitpas, Adrien & Pascal Sciarini. 2018. Short-term dynamics in issue ownership and electoral choice formation. In *Swiss Political Science Review* 24(4): 423–441.
- Petitpas, Adrien & Pascal Sciarini. 2022. Competence Issue Ownership, Issue Positions and the Vote for the Greens and the Social Democrats. In *Swiss Political Science Review* 28(2): 230–253.
- Phillips, Anne. 1994. Democracy and Representation, or: why should it matter, who our representatives are? In *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 34, 63–76.
- Piguet, Christian. 2022. *Histoire des Verts et d'Écologie et Liberté 1970–2021* (typo-scripte).
- Pitkin, Hanna Fenichel. 2008. *The concept of representation*. (EA 1967). Berkeley: University of California Press.
- Polk, Jonathan, Jan Rovny, Ryan Bakker, Erica Edwards, Liesbet Hooghe, Seth Jolly, Jelle Koedam, Filip Kostelka, Gary Marks, Gijs Schumacher, Marco Steenbergen, Milada Vachudova & Marko Zilovic. 2017. Explaining the salience of anti-elitism and reducing political corruption for political parties in Europe with the 2014 Chapel Hill Expert Survey data. In *Research & Politics* 4(1): 1–9.
- Radkau, Joachim. 2018. *Holz. Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt*. München: oekom Verlag.
- Raschke, Joachim. 2003. Bewegung, Reform, Protest – Blockaden und Veränderungen. In *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 16 (2), 14–23.
- Rebeaud, Laurent. 1987. *Die Grünen in der Schweiz*. Bern: Zytglogge.
- Reichardt, Sven & Detlev Siegfried (Hrsg.). 2010. *Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*. Göttingen.
- Rootes, Christopher. 2004. Environmental Movements. In David A. Snow, Sarah A. Soule & Hanspeter Kriesi (eds.). *The Blackwell Companion to Social Movements* (p. 608–640). Malden, Oxford, Carlton: Blackwell.
- Rüdig, Wolfgang. 2012. The perennial success of the German Greens. In *Environmental Politics* 21(1): 108–130.

- Schäublin, Theo. 1989. Ein Ja zur GSoA-Initiative, aber keine Parole der Grünen Partei Schweiz (GPS). *Echo vo dr GSoAlp* 14, S. 3.
- Schaffner, Hans Beat. 2003. *Grün bewegt. 20 Interviews nach 20 Jahren Grüne Partei der Schweiz*. Zürich: Chronos Verlag.
- Scherrer, Lucien. 2019. Der lange Marsch nach links. Die turbulente Geschichte der grünen Wahlsieger offenbart einen unerwarteten Wandel. In *Neue Zürcher Zeitung*, 25. Oktober 2019.
- Schneider, Madeleine. 2008. Die Grünen in Zahlen. Analyse der Wahlergebnisse 1975 bis 2007. In Baer, Matthias & Werner Seitz (Hrsg.). *Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis*. Zürich: Rüegger.
- Schulz, Kristina, Leena Schmitter & Sarah Kiani. 2014. *Frauenbewegung – die Schweiz seit 1968. Analysen, Dokumente, Archive*. Baden: Hier und Jetzt.
- Schwarz, Daniel. 2018. Professionalisiert, zentralisiert und diszipliniert: Die Fraktionen der Bundesversammlung. In *Parlament – Parlement – Parlemen-*to 2/2018: 3–7.
- Schwarz, Daniel & Wolf Linder. 2006. *Formation des majorités et des coalitions au Conseil national, 1996–2005*. Berne: Institut für Politikwissenschaft.
- Schweizer, Andrea. 2020. Protestieren für den Frieden: Mobilisierungspraktik der Schweizer Friedensbewegung zu Beginn der 1980er-Jahre. In Caroline Arni, Delphine Gardey & Sandro Guzzi-Heeb (Hrsg.). *Protest! Protestez! Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte* 35 (S. 243–266). Zürich: Chronos Verlag.
- Schweizer Radio und Fernsehen. 2019. Klimademo in Bern. Zürich: Schweizer Radio und Fernsehen, <https://www.srf.ch/news/schweiz/klimademo-in-bern-organisatoren-sprechen-von-100-000-teilnehmern> (03.08.2022).
- Schaub, Björn. 2013. *Kurze Geschichte der Grünen Baselbiet*. Typoskript
- Sciarini, Pascal. 2010a. Le potentiel électoral des partis de gauche. In: Nicolet, Sarah & Pascal Sciarini (éds.). *Le destin électoral de la gauche. Le vote socialiste et vert en Suisse* (p. 87–129). Genève: Georg.
- Sciarini, Pascal. 2010b. La concurrence au sein de la gauche. In Nicolet, Sarah & Pascal Sciarini (éds.) *Le destin électoral de la gauche. Le vote socialiste et vert en Suisse* (p. 131–177). Genève: Georg.
- Sciarini, Pascal. 2010c. Le potentiel électoral de la gauche dans les cantons. In : Nicolet, Sarah & Pascal Sciarini (éds.) *Le destin électoral de la gauche. Le vote socialiste et vert en Suisse* (p. 179–217). Genève: Georg.
- Sciarini, Pascal. 2013. Le Parti socialiste et les Verts: concurrence et défis. In Mazzoleni, Oscar & Olivier Meuwly (éds.). *Voisinages et conflits. Les partis politiques suisses en mouvement* (p. 133–152). Lausanne: Slatkine.
- Sciarini, Pascal, Sarah Nicolet, Daniel Oesch, & Line Rennwald. 2009. Le vote de gauche en Suisse. Potentiel électoral, concurrence et vote de classe. In

- Mazzoleni, Oscar & Hervé Rayner (éds.). *Les partis politiques suisses: traditions et renouvellements* (p. 279–306). Paris: Michel Houdiard.
- Seitz, Werner. 1990. Grüne Partei: Die Basis ist kritischer als die Führung. Wie oppositionell, wie grün, wie links. In *Wochen-Zeitung (WoZ)*, 16, 20. April 1990, S. 4–5.
- Seitz, Werner. 2007. «Das Grüne Bündnis Bern und die Grünen 1987–1997–2007». In *Grünes Bündnis (Hrsg.). Zwanzig Jahre bewegt. Grünes Bündnis 1987–2007*. (S. 26–33). Bern.
- Seitz, Werner. 2008. «Melonengrüne» und «Gurkengrüne». Die Geschichte der Grünen in der Schweiz. In Baer, Matthias & Werner Seitz (Hrsg.). *Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis* (S. 15–37). Zürich/Chur: Rüegger Verlag.
- Seitz, Werner. 2013. Die Grünliberale Partei (GLP). Sind die Grünliberalen eine «Rechts»-Abspaltung der Grünen? Ein Überblick zu den Grünliberalen, von der Gründung bis zu den Nationalratswahlen 2011. In Mazzoleni, Oscar & Olivier Meuwly (Hrsg.). *Die Parteien in Bewegung. Nachbarschaft und Konflikte* (S. 123–155). Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Seitz, Werner. 2014. *Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz: eine Darstellung anhand der eidgenössischen Wahl- und Abstimmungsergebnisse von 1848 bis 2012*. Zürich: Rüegger Verlag.
- Seitz, Werner. 2020. *Auf die Wartebank geschoben. Der Kampf um die politische Gleichstellung der Frauen in der Schweiz seit 1900*. Zürich: Chronos Verlag.
- Seitz, Werner; Julie Silberstein & Antoine Michel. 2019. *Nationalratswahlen 2019. Analyse der Parteistärken und Mandate*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Skenderovic, Damir. 1994. Die Umweltschutzbewegung im Zeichen des Wertewandels. In Altermatt, Urs et al. (Hrsg.). *Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik 1965–1990* (S. 33–61). Basel und Frankfurt am Main: Helbing & Lichtenhahn.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle & Clau Dermont. 2017. *Energie-Enquete 2017: Abstimmung zum Energiegesetz*. Bern: Universität Bern.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle & Karin Ingold. 2015. Ist der Name schon Programm? Die GLP-Wähler und ihre grünen und freisinnigen Wurzeln. In Markus Freitag & Adrian Vatter (Hrsg.). *Wahlen und Wählerinnen und Wähler in der Schweiz. Analysen anlässlich der Eidgenössischen Wahlen 2015* (S. 217–243). Zürich: NZZ Verlag.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle; Karin Ingold, Stefan Rieder, Clau Dermont, Lorenz Kammermann & Chantal Strotz. 2018. *Akzeptanz erneuerbarer Energie*. Bern: Universität Bern, Interface Politikstudien Forschung Beratung, EAWAG.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle & Philippe Thalmann. 2021. What determines the attitude-behavior link when voting on renewable energy policies? The

- roles of problem perception and policy design. In Axel Franzen & Sebastian Mader (eds.). *Research Handbook on Environmental Sociology* (p. 268–290). Edward Elgar Publishing.
- Stiegler, Barbara. 2005. Die Kontroversen um Gender Mainstreaming. In Ute Behning & Birgit Sauer (Hrsg.). *Was bewirkt Gender Mainstreaming? Evaluierung durch Policy-Analysen* (S. 29–43). Frankfurt/M.: Campus.
- Stifel, Andreas. 2018. *Vom erfolgreichen Scheitern einer Bewegung. Bündnis 90/Die Grünen als politische Partei und soziokulturelles Phänomen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Strijbis, Oliver. 2019. Der Prognosemarkt für die Ständeratswahlen. In DeFacto, 17. August 2019.
- Summermatter, Stefanie. 2010. Naturschutz. In *Historisches Lexikon der Schweiz*. <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007791/2010-09-07/> (4.7.2022).
- Swissvotes. 2009. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten». www.swissvotes.ch.
- Swissvotes. 2020. Atomausstiegsinitiative. www.swissvotes.ch.
- Tanner, Jakob. 2015. *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*. München: C. H. Beck.
- Tanner, Jakob. 2018. «Nein zur Bombe – Ja zur Demokratie»: Zürich als Brennpunkt der Friedens- und Antiatombewegung der 1960er Jahre. In Erika Hebeisen, Gisela Hürlimann & Regula Schmid (Hrsg.). *Reformen jenseits der Revolte. Zürich in den langen Sechzigern* (S. 83–94). Zürich: Chronos.
- Turner, Paul W.; Sylvain Brouard, Martin Dolezal, Isabel Guineaudau, Swen Hutter & Wolfgang C. Müller. 2017. The Conflict over Nuclear Energy: Public Opinion, Protest Movements, and Green Parties in Comparative Perspective. In Wolfgang C. Müller & Paul W. Turner (eds.). *The Politics of Nuclear Energy in Western Europe* (p. 65–97). Oxford: Oxford University Press.
- Tresch, Anke; Lukas Lauener, Laurent Bernhard, Georg Lutz, & Laura Scaperrotta. 2020. *Elections fédérales 2019: Participation et choix électoral*. FORS-Lausanne.
- Tschäni, Hans. 1979. *Parteien, Programme, Parolen*. Aarau: Sauerländer.
- Vasella, Marco. 1956. *Die Partei- und Fraktionsdisziplin als staatsrechtliches Problem*. Winterthur: Verlag P. G. Keller.
- Vatter, Adrian. 2020. *Das politische System der Schweiz*. 4. vollständig aktualisierte Auflage. Nomos: Baden-Baden.
- Vatter, Adrian & Isabelle Stadelmann-Steffen. 2008. Viele Grauschnäbel und immer mehr graue Häupter. In Baer, Matthias & Werner Seitz (Hrsg.). *Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis* (S. 55–71). Zürich/Chur: Rüegger Verlag.
- Vischer, Daniel. 2021. *Eckdaten. Linke Politik und rechter Fussball. Memoiren*. Zürich: edition 8.

- Vogler, Daniel; Adrian Rauchfleisch, Mark Eisenegger & Lisa Schwaiger. 2019. Agenda-Setting auf Twitter – welche Rolle spielen Informationsmedien in der Schweizer Twitter-Sphäre? In Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög). *Qualität der Medien. Schweiz – Suisse – Svizzera. Jahrbuch 2019* (S. 47–57). Basel: Schwabe.
- Wüest, Bruno & Christian Müller. 2014. *Tweetocracy Switzerland: exploring the representativeness, structuration and content of swiss party politics on twitter*. In Smart city: new media, social participation and urban governance, Shanghai, 5.–7. Juni 2014.
- Wyss, Oliver. 2004. «Das schönste Rot ist grün!». Die POCH 1971–1990 und die Rolle der Umweltbewegung. Lizentiatsarbeit an der Philosophisch-historischen Fakultät der Universität Bern.
- Wytttenbach, Judith. 2000. Geschlechterquoten in der Politik: Eine Herausforderung für die Demokratie. In *F – Frauenfragen* (1): 43–48.
- Ziltener, Patrick. 2016. «Teil einer breiten internationalen Überlebensbewegung». Entstehung und Entwicklung der Grünen in St. Gallen, 1983–1989. In Historischer Verein des Kantons St. Gallen (Hrsg.). 156. *Neujahrsblatt. Aufbruch – Neue Soziale Bewegungen in der Ostschweiz*, S. 106–119.
- Zürcher, Regula Christina. 2008. Grosse Chance für eine kleine Partei. Die Grünen und die direkte Demokratie. In Baer, Matthias & Werner Seitz (Hrsg.). *Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis* (S. 103–117). Zürich/Chur: Rüegger Verlag.

Quellen: Archive, Datensätze

- Bundesamt für Statistik. Abstimmungsstatistik. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen.html>.
- Bundeskanzlei. 2022a. Eidgenössische Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge». Bern: Bundeskanzlei, <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis351.html> (03.08.2022).
- Bundeskanzlei. 2022b. Eidgenössische Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)». Bern: Bundeskanzlei, <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis461.html> (03.08.2022).
- Bundeskanzlei. 2022c. Eidgenössische Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten». Bern: Bundeskanzlei, <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis474.html> (03.08.2022).
- Bundeskanzlei. 2022d. Eidgenössische Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortung)». Bern: Bundeskanzlei, <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis475.html> (03.08.2022).

- tungsinitiative)». Bern: Bundeskanzlei, <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/>.
- Fesenfeld, Lukas; Ingold, Karin; Monfort, Simon & Isabelle Stadelmann-Steffen (2021): CO₂-vote 2021, data set. Bern: Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
- Lachat, Romain und Sarah Bütikofer (2007). Wahlresultate Ständerat 1967–2003. Datensatz. Universität Zürich.
- Luzerner Kantonsblatt. 2019. *Ergebnis der Neuwahl des Kantonsrates und des Regierungsrates*. Luzern: Kanton Luzern, https://www.luzernerkantonsblatt.ch/Kantonsblatt/Archiv/pdf_2019/14a.pdf (03.08.2022).
- Selects. 2021a. *Swiss Election Study, cumulative dataset 1971–2019* [Dataset]. Distributed by FORS, Lausanne. www.selects.ch. <https://doi.org/10.23662/FORS-DS-495-5>
- Selects. 2021b. *Candidate Survey – 2019* [Dataset]. Distributed by FORS, Lausanne. www.selects.ch. <https://doi.org/10.23662/FORS-DS-1186-2>
- Staatskanzlei Kanton Schaffhausen. 2021. *Resultate der Kantonsratswahl vom 27. September 2020*. Schaffhausen: Staatskanzlei Kanton Schaffhausen. <https://sh.ch/CMS/get/file/c07eb045-81ab-4f70-962b-9ef53b9010e5> (03.08.2022).
- Schweizerisches Sozialarchiv, Ar 452.20.1, Gruppe für eine Schweiz ohne Armee Periodika 1985–2000.
- Schweizerisches Sozialarchiv, Ar 452.20.3, Gruppe für eine Schweiz ohne Armee Flugblätter, Plakate, Diverses.
- Schweizerisches Sozialarchiv, Ar 452.41.1, Gruppe für eine Schweiz ohne Armee F/A-18 Akten I.
- Schweizerisches Sozialarchiv, Ar 452.65.9, Gruppe für eine Schweiz ohne Armee Initiative Kriegsmaterial-Exporte 2006–2007.
- Schweizerisches Sozialarchiv, Ar 452.65.16, Gruppe für eine Schweiz ohne Armee Broschüren, Flyer 1988–2003.
- Schweizerisches Sozialarchiv, Ar 452.65.17 Gruppe für eine Schweiz ohne Armee Flyer, Broschüren, Texte, Rundschreiben 1980–1993.
- Schweizerisches Sozialarchiv, QS 46.1, Friedensbewegung, Pazifismus.
- Schweizerisches Sozialarchiv, QS 45.5 Atomwaffen, Biologische Waffen, Chemische Waffen.
- Volkens, Andrea, Tobias Burst, Werner Krause, Pola Lehmann, Theres Matthiess, Nicolas Merz, Sven Regal, Bernhard Wessels & Lisa Zehnter. 2020. *The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2020b*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Abkürzungsverzeichnis

AG	Kanton Aargau
AHV	Alters- und Hinterbliebenenversicherung
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden
AKW	Atomkraftwerk
ALÖ	Alternative Liste Österreichs
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
BE	Kanton Bern
BFS	Bundesamt für Statistik
BL	Kanton Basel-Landschaft
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BS	Kanton Basel-Stadt
BV	Schweizerische Bundesverfassung
bzw.	beziehungsweise
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
d.h.	das heisst
DA	Demokratische Alternative
DACH	Die Andere Schweiz
DNA	Desoxyribonukleinsäure (Träger der Erbinformation der Lebewesen)
EGP	European Green Party, Europäische Grüne
et al.	und andere
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EU	Europäische Union
EVP	Evangelische Volkspartei
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
F/A-18	fighter and an attack aircraft (Kampfflugzeug)
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz. 2009 Fusion von FDP und Liberaler Partei auf nationaler Ebene unter der Bezeichnung «FDP.Die Liberalen»
FR	Kanton Freiburg
FraP!	Frauen macht Politik!
FYEG	Federation of Young European Green
GAL-TAN	green-alternative-liberal vs traditional-authoritarian-nationalistic
GE	Kanton Genf
GFS	Föderation der Grünen Parteien der Schweiz
GL	Kanton Glarus
GLiZ	Grünliberale Zürich
GL	GroenLinks (Niederlande)
GLP	Grünliberale Partei Schweiz
GPE	Groupement pour la protection de l'environnement
GPS	Grüne Partei der Schweiz

GR	Kanton Graubünden
GRAS	Grüne Alternative Schweiz
GSoA	Gruppe für eine Schweiz ohne Armee
GYG	Global Young Greens
IG Velo	Interessengemeinschaft Fahrrad
JG	Junge Grüne (Jungpartei der Grünen Partei Schweiz)
JU	Kanton Jura
JUSO	Jungsozialist*innen
LdU	Landesring der Unabhängigen
LGBTQI*	lesbian, gay, bisexual, transgendered, queer, intersexual und mehr
LU	Kanton Luzern
MET	Movimento ecologista ticinese
MPE	Mouvement populaire pour l'environnement
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt)
Nawu	Neue Analysen für Wachstum und Umwelt
NE	Kanton Neuenburg
NEAT	Neue Eisenbahn-Alpentransversale
NW	Kanton Nidwalden
OFRA	Organisation für die Sache der Frau
OW	Kanton Obwalden
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PdA	Partei der Arbeit
POB	POCH-Sektion Basel
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz
PvdD	Partij voor de Dieren (Niederlande)
RML	Revolutionäre Marxistische Liga
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SBgaA	Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung
SD	Schweizer Demokraten
Selects	Swiss Election Studies (Schweizer Wahlforschung)
SFB	Schweizerische Friedensbewegung
SFR	Schweizerischer Friedensrat
SG	Kanton St. Gallen
SH	Kanton Schaffhausen
SKV	Schweizerischer Kaufmännischer Verband
SO	Kanton Solothurn
SP	Sozialdemokratische Partei Schweiz
SZ	Kanton Schwyz
SVP	Schweizerische Volkspartei
TG	Kanton Thurgau
TI	Kanton Tessin
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion)
UR	Kanton Uri
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)

VCS	Verkehrs-Club der Schweiz
VD	Kanton Waadt
VGÖ	Vereinte Grüne Österreichs
VS	Kanton Wallis
WILPF	Women's International League for Peace and Freedom
WWF	World Wide Fund For Nature
ZG	Kanton Zug
ZH	Kanton Zürich

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1.1	Nationalratswahlen 1979–2019: Parteistärken der rotgrünen Parteien und der GLP	22
Abbildung 1.2	Kantonale Parlamentswahlen 1979–2022: Mandate der rotgrünen Parteien und der GLP	23
Abbildung 2.1	Wahlentscheidung 2019, im Vergleich zur Wahlentscheidung 2015 (in Prozent)	53
Abbildung 2.2	Herkunft der Stimmen, die GPS, SP und GLP 2019 erhalten haben (in Prozent)	53
Abbildung 2.3	Wähler:innenströme zwischen SP und GPS von einer Wahl zur nächsten	54
Abbildung 2.4	Anteil der Stimmen der Wechselwähler:innen an der Parteistärke der SP und der GPS	55
Abbildung 3.1	Zustimmung zum Item «Zum Schutz der Umwelt sollten stärkere Massnahmen getroffen werden»	62
Abbildung 3.2	Zustimmung zum Item «Umwelt und Energie ist wichtigstes Problem»	63
Abbildung 3.3	Zustimmung zum Item «Individuelles Handeln zu Gunsten des Umweltschutzes einschränken»	66
Abbildung 3.4	Argumente Pro und Contra die Energiestrategie 2050, nach Parteien	67
Abbildung 3.5	Positionen der Parteien zu der Energiestrategie 2050 und dem Energiegesetz (Vernehmlassungen 2013 und 2017)	69
Abbildung 3.6	Beurteilungen von staatlichen Regulierungen im Bereich Umweltschutz und Energie, nach Parteibasis	70
Abbildung 3.7	Positionen der Parteien zum CO ₂ -Gesetz und Verordnung (Vernehmlassungen 2016 und 2021)	72
Abbildung 4.1	Inhaltliche Cluster von Facebook-Posts nach Partei, 2019–2021	77
Abbildung 4.2	Nutzung der Sozialen Medien bei den Nationalratswahlen 2019, nach Parteizugehörigkeit	78
Abbildung 4.3	Soziodemografische Merkmale der bei den Nationalratswahlen 2019 in den Sozialen Medien aktiven GPS-Politiker:innen	80
Abbildung 4.4	Beiträge der Politiker:innen in den Sozialen Medien, nach Parteien, 2019–2021	81
Abbildung 4.5	Die populärsten GPS-Politiker:innen in den Sozialen Medien (August 2019–Oktober 2021)	83
Abbildung 5.1	Die Wähler:innenanteile von GPS, SP, GLP und der kleinen Linksparteien, bei den Nationalratswahlen 1971–2019, nach Sprachregion	89
Abbildung 5.2	Die Parteienstärke der Linksparteien (GPS, SP, kleine Linksparteien), bei den Nationalratswahlen 1971–2019, nach Sprachregion	90

Abbildung 5.3	Positionierung der Wählenden von SP, GPS und GLP auf der Links-rechts-Achse, 1995–2019	92
Abbildung 5.4	Zustimmung zum EU-Beitritt der SP- und GPS-Wähler:innen nach Sprachregion, 1995–2019	93
Abbildung 6.1a	Parteistärke der GPS nach Siedlungstyp, Nationalratswahlen 1983–2019	97
Abbildung 6.1b	Parteistärke der GPS nach Siedlungstyp, Kantonale Parlamentswahlen 2004–2021	98
Abbildung 6.2	Parteistärke der GPS, nach Sprachregion und Siedlungstyp, Nationalratswahlen 1983–2019	100
Abbildung 6.3	Nationale Parteistärke von GPS, SP und GLP, nach Siedlungstyp, Nationalratswahlen 2007–2019	101
Abbildung 6.4	Die Parteistärke der GPS in den fünf grössten Städten, Nationalratswahlen 2003–2019	102
Abbildung 7.1	Mandatsverteilung im Ständerat 1971–2019, nach Parteien	106
Abbildung 7.2	Parteizugehörigkeit der Ständerät:innen nach Kanton, 1971–2019	109
Abbildung 7.3	Karrierewege der GPS-Ständerät:innen	112
Abbildung 7.4	Parteistärken Nationalratswahlen und Kandidaturen für den Ständerat nach Kanton, 1971–2019	116
Abbildung 7.5	Herkunft der Stimmen für GPS-Kandidierende, Ständeratswahlen 2019	118
Abbildung 7.6	Mandatsgewinne der GPS bei Regierungs- und Ständeratswahlen, seit 1986	119
Abbildung 8.1	Abstimmungsverhalten im Nationalrat: Geschlossenheit der Parteien, 1996–2021	123
Abbildung 8.2	Abstimmungsverhalten im Nationalrat: Kooperation der GPS mit nahestehenden Parteien, 1996–2021 (in Prozent aller Abstimmungen)	125
Abbildung 8.3	Abstimmungserfolg der Parteien im Nationalrat, Oktober 1996–November 2021	129
Abbildung 9.1	Von GPS genutzte Volksrechte, nach Typ und Thema	137
Abbildung 9.2	Verortung der Schweizer Parteien in den beiden Konfliktdimensionen «Links–Rechts» und «Progressiv/liberal–Konservativ»	138
Abbildung 9.3	Von der GPS zur Abstimmung gebrachte Vorlagen, nach inhaltlicher Dimension	140
Abbildung 9.4	Initiierung von Volksabstimmungen durch die GPS, nach Themen und Zeitperioden	141
Abbildung 9.5	Abstimmungsvorlagen, zu denen die GPS und die SP Stimmempfehlungen abgaben, nach inhaltlicher Dimension	142
Abbildung 10.1	Durchschnittsalter der Nationalrät:innen, nach Partei	145
Abbildung 10.2	Mitglieder Junge Grüne Schweiz, von 2010 bis 2021	149

Abbildung 10.3	Anzahl Sektionen der Jungen Grünen und Abdeckung in den Kantonen	151
Abbildung 11.1	Frauenanteil unter den Gewählten der GPS und insgesamt, Nationalratswahlen 1975–2019	163
Abbildung 11.2	Frauenanteil unter den Gewählten der GPS und insgesamt, Kantonale Parlamentswahlen 1975–2022	163
Abbildung 14.1	Parteistärken der grünen Parteien bei nationalen Parlamentswahlen, 1975–2021	193
Tabelle 1.1	Beitritte zur Grünen Partei der Schweiz in den 1980er Jahren	25
Tabelle 1.2	Beitritte zur Grünen Partei der Schweiz in den 1990er Jahren	28
Tabelle 1.3	Beitritte zur Grünen Partei der Schweiz in den 2000er Jahren	33
Tabelle 2.1	Wahlentscheid für die GPS nach soziodemografischen Merkmalen, Nationalratswahlen 1995, 2007 und 2019 (alle Wählenden = 100%)	44
Tabelle 2.2	Soziodemografische Zusammensetzung der Wähler:innen der GPS, Nationalratswahlen 1995, 2007 und 2019 (GPS-Wählende = 100%)	47
Tabelle 2.3	Wahrscheinlichkeit, die GPS zu wählen, in Abhängigkeit von der Wahrscheinlichkeit, die SP zu wählen und umgekehrt, 2019 (in Prozent)	49
Tabelle 2.4	Wahrscheinlichkeit, die GPS zu wählen, in Abhängigkeit von der Wahrscheinlichkeit, die GLP zu wählen und umgekehrt, 2019 (in Prozent)	50
Tabelle 2.5	Determinanten des Wahlentscheids für die GPS, gegenüber der SP und der GLP (multinomiale logistische Regression)	57
Tabelle 8.1	Abstimmungsverhalten im Nationalrat: Kooperation der GPS mit nahestehenden Parteien, nach Politikbereich (in Prozent aller Abstimmungen)	126
Tabelle 9.1	Volksinitiativen, die von der GPS lanciert wurden	134
Tabelle 10.1	Volksinitiativen der Jungen Grünen	154
Tabelle 11.1	Geschlechterquoten in grünen Kantonalparteien	166
Tabelle 14.1	Die Programmatik grüner Parteien im europäischen Vergleich: Expert:innen-Befragungen und Inhaltsanalysen von Wahlprogrammen	195
Tabelle 14.2	Die Wähler:innen grüner und anderer Parteien im europäischen Vergleich (2017/2018)	199

Die Autorinnen und Autoren

Sarah Bütikofer ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Herausgeberin von DeFacto, der Online-Plattform für den Wissenstransfer der Schweizer Politik- und Sozialwissenschaft, Dozentin an den Universitäten Basel, Zürich und ETHZ sowie Projektpartnerin bei Sotomo. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Schweizer Politik und Parlamentsforschung.

Martin Dolezal ist Senior Scientist am Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Salzburg, wissenschaftlicher Mitarbeiter (Postdoc) am Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz sowie Fellow am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. In seiner Forschung beschäftigt sich der habilitierte Politikwissenschaftler (Universität München) mit konventionellen und unkonventionellen Formen der politischen Partizipation sowie mit Fragen des Parteienwettbewerbs.

Gesine Fuchs ist habilitierte Politikwissenschaftlerin. Sie ist Dozentin und Projektleiterin an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, ihre Forschungsschwerpunkte sind die politische Repräsentation von Frauen, Sozial- und Gleichstellungspolitik sowie Recht und Gesellschaft. Sie hat zahlreiche wissenschaftliche Beiträge über Frauen in Politik und Gesellschaft publiziert.

Fabrizio Gilardi ist seit 2008 Professor für Policy-Analyse am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich und Mitbegründer und Direktor des Digital Democracy Lab an der Universität Zürich. Seine Forschungsschwerpunkte sind Regulative Politiken und Institutionen, Sozialpolitik, Policy Diffusion, Methoden. Siehe auch <https://www.fabriziogilardi.org>.

Monika Gisler, Dr. phil. Historikerin, lehrt an ETH und Universität Zürich und forscht mit eigenem Büro zur Umwelt- und Energiegeschichte. Ihre Schwerpunkte sind die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von Energie, die Kulturgeschichte des Anthropozäns, die Wissenschaftsgeschichte von Naturkatastrophen sowie die Geschichte von Körperschaften, Unternehmen und Personen. Siehe auch www.unternehmensgeschichte.ch

Maja Haus studierte Politikwissenschaften in Zürich und Bern. Im Rahmen ihrer Masterarbeit untersuchte sie die Fragestellung «Sind grüne Parteien Bewegungsparteien?» am Beispiel der grünen Parteien im Kanton Bern. Haus wurde mit 18 Jahren ins Parlament ihrer Wohngemeinde gewählt und amtierte unter anderem als Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz. Nach

dem Übertritt zu den GRÜNEN Schweiz wirkt Haus als Kampagnenleiterin im Generalsekretariat und als Mitarbeiterin des Präsidiums.

Karin Ingold ist Professorin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern und Vize-Präsidentin des Oeschger-Zentrum für Klimaforschung (OCCR). Sie führt die Gruppe Policy Analysis and Environmental Governance (PEGO), die sowohl am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern wie auch an der Forschungsabteilung Umweltozialwissenschaften der EAWAG angesiedelt ist. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Politikprozess-theorie, Policy Analyse, Umweltpolitik und die Anwendung der sozialen Netzwerkanalyse.

Lucas Leemann ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Zürich. Er hat an der Universität Bern und an der University of North Carolina, Chapel Hill studiert. Nach seinem Doktorat, das er von der Columbia University in New York erworben hat, war er Lecturer am University College London und Reader an der University of Essex. Seine Schwerpunkte sind die empirische Demokratieforschung und die Umfrageforschung, siehe auch <https://lucastleemann.ch>.

Georg Lutz ist Direktor des Schweizer Kompetenzzentrums für Sozialwissenschaften FORS und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Lausanne. Davor war er Projektleiter der Schweizer Wahlstudie Selects. Er forscht und lehrt zu politischen Institutionen und politischem Verhalten in vergleichender Perspektive sowie zu Schweizer Politik und Umfrageforschung.

Angela Odermatt ist Masterstudentin an der University of Oxford. Sie hat an der Universität Zürich und der Universität Konstanz Politikwissenschaften studiert und ist als Assistentin an den politikwissenschaftlichen Instituten in Zürich und Oxford tätig. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der vergleichenden politischen Ökonomie, politischem Verhalten und Forschungsmethodik.

Adrien Petitpas ist seit September 2021 Postdoc am Departement für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Universität Genf. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich des Wahlverhaltens, der Wirkung von Kampagnen, des Meinungswandels, der Rolle von Issues, der politischen Psychologie sowie quantitativen und experimentellen Methoden.

Madeleine Schneider hat an der Universität Bern Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft studiert. Sie arbeitet seit 1994 beim Bundesamt für Statistik (BFS) und hat in dieser Zeit an sämtlichen Publikationen des BFS zu Wahlen und Abstimmungen mitgewirkt. Seit 2019 ist sie Leiterin der Sektion Politik, Kultur, Medien.

Daniel Schwarz ist promovierter Politikwissenschaftler und arbeitet an der Universität Bern und der Berner Fachhochschule im Bereich der Parlaments- und Parteienforschung und digitalen Demokratie. Er ist Mitbegründer der Online-Wahlhilfe *smartvote* und der Parlamentsplattform *smartmonitor*. Er publizierte zahlreiche Arbeiten über die Parteien der Schweiz, die Digitalisierung und zum Schweizer Parlament.

Andrea Schweizer, M. A., studierte an der Universität Zürich Geschichte, Publizistik und Islamische Welt. Seit 2017 ist sie Assistentin am Lehrstuhl von Prof. Dr. Monika Dommann am Historischen Seminar der Universität Zürich und schreibt ihre Dissertation über die Schweizer Friedensbewegung in den 1980er Jahren.

Pascal Sciarini ist Professor für Schweizer und Vergleichende Politik am Departement für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Universität Genf und Dekan der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften. Seine Forschung konzentriert sich auf Gesetzgebungsprozesse, direkte Demokratie, Europäisierung und Meinungsbildung sowie das Abstimmungsverhalten bei Wahlen und Abstimmungen. Er ist dabei, die Veröffentlichung des französischsprachigen Handbuchs der Schweizer Politik vorzubereiten.

Werner Seitz studierte Philosophie, Schweizer Geschichte und Staatsrecht und promovierte zum Thema der politischen Kultur. Über zwanzig Jahre lang leitete er im Bundesamt für Statistik die Sektion «Politik, Kultur, Medien». Er verfasste Bücher über die politische Kultur, die Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz, den Kampf der Frauen um die politische Gleichstellung sowie über die Grünen.

Isabelle Stadelmann-Steffen ist Professorin für Vergleichende Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der öffentlichen Politik (v. a. Wohlfahrtsstaatspolitik und Energiepolitik), der direkten Demokratie sowie der politischen Verhaltens- und Einstellungsforschung.

Virginia Wenger studierte an der Universität Zürich Politikwissenschaften und schloss mit dem Master ab. Seit Sommer 2020 arbeitet sie als Projektleiterin und Datenanalytikerin bei Sotomo. Ihre thematischen Schwerpunkte sind gesellschaftliche und politische Meinungsbefragungen sowie Datenvisualisierungen.

Die Grüne Partei der Schweiz (GPS) ist heute, nach vierzig Jahren Bestehen, in der Schweizer Parteienlandschaft eine feste Grösse. Sie erreichte bei den letzten nationalen Wahlen 2019 13 Prozent Stimmenanteil, ist in allen Sprachregionen präsent, regiert in zahlreichen Städten und Kantonen mit und vertritt fünf Kantone im Ständerat.

Als sich im Mai 1983 fünf ökologische Gruppierungen zur «Föderation der grünen Parteien der Schweiz» zusammenschlossen, war dies der erste Schritt zur heutigen GPS. Für die Weiterentwicklung war der Beitritt der linksalternativen Grünen Anfang der Neunzigerjahre wichtig, da dadurch ihr soziales, pazifistisches und feministisches Profil verstärkt wurde. Während die Grüne Partei der Schweiz zunehmend in Konkurrenz zur Sozialdemokratischen Partei (SP) trat, erwuchs ihr und der SP in der zweiten Hälfte der Nullerjahre Konkurrenz durch die eher bürgerlich positionierten Grünliberalen (GLP).

Im vorliegenden Sammelband beleuchten 18 Autor:innen die GPS in all ihren Facetten. Untersucht werden ihre Geschichte und das Profil ihrer Wähler:innen, ihr intensiver Gebrauch der direktdemokratischen Instrumente oder das Stimmverhalten der Grünen im Nationalrat. Ein Vergleich mit den anderen Grünen in Europa zeigt, dass die GPS besonders wählerstark ist und sich ausgesprochen links positioniert.

Sarah Bütikofer ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Herausgeberin von DeFacto, der Online-Plattform für den Wissenstransfer der Schweizer Politikwissenschaft, Dozentin an verschiedenen Universitäten sowie Projektpartnerin bei Sotomo. Ihre Schwerpunkte sind Schweizer Politik und Parlamentsforschung.

Werner Seitz, Dr. phil., ist Politologe und leitete während zwanzig Jahren im Bundesamt für Statistik die Sektion «Politik, Kultur, Medien». Er verfasste Bücher über die politische Kultur, die Geschichte der politischen Gräben, den Kampf um die politische Gleichstellung der Frauen sowie über die Grünen.

ISBN: 978-3-03777-271-3



9 783037 772713